

Sitzungsbericht

31. Sitzung der Tagung 1995/96 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Montag, den 4. Dezember 1995

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 258).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 258).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 258).
4. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 262).
Redner: Finanzreferent LR Mag. Freibauer (Seite 264).
5. **Generaldebatte:**
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 271), Abg. Gratzer mit Resolutionsantrag (Seite 275), Abg. Dr. Bauer (Seite 278), Abg. Böhm mit Resolutionsantrag (Seite 288), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 293), Abg. Dr. Bauer (Seite 293), Abg. Gratzer (Seite 294).
Abstimmung (Seite 295).
6. **Spezialdebatte:** Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 295).
Redner: Abg. Ing. Gansch (Seite 296), Abg. Präs. Koczur (Seite 299), Abg. Hoffinger (Seite 303), Abg. Gratzer mit Abänderungsantrag und Resolutionsantrag (Seite 305),
Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 308), Abg. Kautz (Seite 311), Abg. Moser (Seite 313), Abg. Marchat mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 320), Abg. Litschauer (Seite 322), Abg. Gratzer (Seite 326), Abg. Uhl (Seite 326).
Abstimmung (Seite 327).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 327).
Redner: Abg. Sivec (Seite 327), Abg. Egerer (Seite 329), Abg. Preiszler mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 331), Abg. Knotzer (Seite 336), Abg. Klupper (Seite 339), Abg. Dr. Bauer (Seite 342), Abg. Preiszler (Seite 343).
Abstimmung (Seite 343).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 343).
Redner: Abg. Cerwenka (Seite 344), Abg. Friewald (Seite 350), Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 351), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 353), Abg. Sacher mit Resolutionsantrag (Seite 355), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 360), Abg. Auer (Seite 363).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 10.00 Uhr): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der

letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig auf-
gelegen, es ist unbeanstandet geblieben und
demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Abge-
ordneter Ing. Hofer wegen Krankheit entschuldigt.

Hohes Haus! Ich bringe folgenden Einlauf zur
Kenntnis:

Ltg. 405/M-4/1 - Vorlage der Landesregierung
betreffend Änderung des NÖ
Mutterschutz-Landesgesetzes.

Ich weise diese Vorlage hiemit dem Sozial-
Ausschuß zu.

Ltg. 402/L-5/1 - Vorlage der Landesregierung
betreffend Änderung des NÖ
Landesumlagegesetzes 1974,

Ltg. 403/H-2/5 - Vorlage der Landesregierung
betreffend Landeshaftung für
die österreichische Länderaus-
stellung 1996 "Ostarrichi -
Österreich, 996 - 1996, Men-
schen, Mythen, Meilensteine"
in Neuhofen an der Ybbs und
St. Pölten,

Ltg. 404/H-12 - Vorlage der Landesregierung
betreffend Änderung des NÖ
Hausstandsgründungsgesetzes
1979 und

Ltg. 407/B-1/8 - Bericht des Finanzkontrollaus-
schusses über die bei Aus-
übung seines Kontrollrechtes
gemachten Wahrnehmungen
III/1995.

Ich weise all diese Vorlagen hiemit dem Wirt-
schafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Bera-
tung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 406/A-5/37 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an LR
Mag. Freibauer betreffend Auf-
stellung der bisher von der EU
nach NÖ geflossenen Mittel.

Hier darf ich mitteilen, daß ich diese Anfrage
am 21. November 1995 dem Herrn Landesrat
Mag. Freibauer übermittelt habe.

Ltg. 408/A-5/38 - Anfrage des Abgeordneten
Haberler an LR Blochberger
betreffend Standortwahl von
Mülldeponien.

Hiezu teile ich, Hohes Haus, mit, daß ich
diese Anfrage dem Herrn Landesrat übermittelt
habe.

Ich darf bekanntgeben, daß folgende Anfra-
gebeantwortungen eingelangt sind: Anfragebeant-
wortung des Herrn LR Wagner zu Zahl Ltg. 398/A-
5/36, Anfrage der Abgeordneten Rosenkranz be-
treffend Bedarf der Errichtung Neurologischer
Zentren, sowie die Anfragebeantwortung des
Herrn LR Mag. Freibauer zu Zahl Ltg. 406/A-5/37,
Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek be-
treffend Aufstellung der bisher von der EU nach
NÖ geflossenen Geldmittel.

Diese Anfragebeantwortungen haben folgen-
den Inhalt:

Beantwortung der Anfrage der Frau Abgeord-
neten Rosenkranz an Herrn LR Ewald Wagner
betreffend Bedarf der Errichtung Neurologischer
Zentren, Ltg. 398/A-5/36:

"ad 1)

Eine Beteiligung an den Kosten der Errichtung
des Projektes Bad Pirawarth seitens des
Gesundheits- bzw. Krankenanstaltenreferates war
niemals beabsichtigt und auch nicht zugesagt.
Allfällige sonstige Beteiligungsmöglichkeiten des
Landes NÖ liegen außerhalb meines
Kompetenzbereiches.

ad 2)

Der Bedarf zu der Sonderkrankenanstalt für Neu-
rologie Bad Pirawarth mit 248 Patientenbetten
wurde auf der Grundlage des Krankenanstalten-
gesetzes erhoben:

Die eingeholte "Stellungnahme" der Ärztek-
ammer NÖ als auch der Handelskammer NÖ
bejahen eindeutig einen solchen Bedarf; das Gut-
achten des Landessanitätsrates für NÖ vom
15. Juni 1994 führt aus, daß bezüglich der Be-
darfsschätzung neurologischer Rehabilitationsbet-
ten auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, daß

in Österreich eine geschätzte Bedarfszahl von 2.700 Betten vorliegt und lediglich etwas mehr als 10 % bisher abgedeckt sind. Der Landessanitätsrat kommt daher im Hinblick auf den Bedarf an Rehabilitationsbetten zum Schluß, daß dieser Bedarf zweifelsfrei vorliegt. Im Neurologieplan 1994 wird zur Neurorehabilitation festgestellt, daß zweifellos ein großer Bedarf besteht.

ad 3)

Die Landesregierung hat mit ihrem Grundsatzbeschluß vom 19. 9. 1995 die Absicht, das Neurologiezentrum in Allentsteig zu planen und zu errichten, eindeutig kundgetan. Selbstverständlich sind alle erforderlichen verwaltungsrechtlichen Verfahren auf Grundlage der in Frage kommenden Gesetze und Verordnungen durchzuführen.

ad 4)

Ich möchte diesen Fragenkomplex in Akutneurologie und in die Neurorehabilitation teilen.

a) Akutneurologie

In NÖ stehen derzeit 272 Betten tatsächlich für die Behandlung zur Verfügung, und zwar:

A.ö. Krankenhaus St. Pölten	37 Betten
A.ö. Krankenhaus Wr. Neustadt	35 Betten
LKH Grimmenstein (allerdings nur für Multiple Sklerose)	20 Betten
Landesnervenklinik Gugging	80 Betten
Landesnervenklinik Mauer	100 Betten.

Hiezu wird noch das A.ö. Krankenhaus Allentsteig mit den geplanten 75 Akutneurologiebetten kommen.

Zur Bedarfsfrage führt der Neurologieplan aus: Der derzeitige Bettenschlüssel der neurologischen Abteilung ergibt 0,22 Betten pro 1000 Einwohner älter als 14 Jahre. Zur Bettenbedarfsrechnung wurden zwei Varianten herangezogen (Maximal- und Minimalvariante). Die Maximalvariante ergibt eine Zahl von 899 erforderlichen neurologischen Akutbetten für Patienten älter als 14 Jahre, die Minimalvariante ergibt noch immer eine Zahl von 652 erforderlichen Akutbetten für Patienten älter als 14 Jahre.

Daraus ergibt sich, daß weder in den einzelnen Versorgungsgebieten, noch im gesamten Bundesland der derzeitige Bettenstand mit dem Bettenbedarf kongruent ist.

Für Gesamtniederösterreich besteht derzeit ein Gesamtbettenschlüssel von 0,22 (pro 1000 Einwohner älter als 14 Jahre), der nach der Minimalvariante auf 0,54 Betten und nach der Maximalvariante auf 0,74 Betten erhöht werden sollte. Es besteht daher ein unmittelbarer Bedarf von mehr als 203 neurologischen Akutbetten, davon 34 Überwachungs/Intensivbetten. Dieser unmittelbare Bedarf ergibt einen Bettenschlüssel von 0,34 pro 1000 Einwohner älter als 14 Jahre und liegt sowohl unter dem Bettenschlüssel der Minimalvariante als auch unter dem bundesweit empfohlenen Bettenschlüssel von 0,44 pro 1000 Einwohner. Aus dieser Untersuchung ergibt sich daher eindeutig, daß für die Akutneurologie (A.ö. Krankenhaus Allentsteig) zweifellos ein Bedarf besteht.

b) Neurorehabilitation

Hier ist geplant, daß im Bereich des A.ö. Krankenhauses Allentsteig eine Neurorehabilitation, betrieben von einer privaten Betreibergesellschaft, mit ebenfalls 75 Betten zur Ausführung gelangt; dazu kämen die angeführten 248 Patientenbetten von Bad Pirawarth.

Es zeigt sich daher zweifelsfrei, daß auch auf dem Gebiet der Neurorehabilitation ein dringender Bedarf nach diesen Einrichtungen besteht."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Mag. Freibauer betreffend Aufstellung der bisher von der EU nach NÖ geflossenen Mittel, Ltg. 406/A-5/37:

"zu Pkt. 1) Wieviele und welche Projekte wurden bis dato bei der EU zur Förderung eingereicht?"

Grundsätzlich ist dazu festzuhalten, daß für eine Inanspruchnahme von Förderungsmitteln aus den drei EU-Strukturfonds (EAGFL, EFRE, ESF) entsprechende Programme erstellt und bei der Europäischen Kommission (EK) eingereicht werden müssen. Es werden von der EU ausschließlich solche Programme, untergliedert nach größeren Maßnahmenbereichen, kofinanziert. Einzelne Projekte können daher bei der EU nicht zur Förderung eingereicht werden, sondern ausnahmslos bei den dafür jeweils zuständigen inländischen Förderstellen bzw. Entwicklungsgesellschaften (z.B. ECO PLUS GmbH), welche mit entsprechenden Mitteln aus den EU-Strukturfonds dotiert werden und für die Zuteilung der EU-Kofinanzierungsanteile (beim EAGFL rund 35 %, EFRE 40 %, ESF zumeist 40 %) bei der Förderung von Projekten sorgen

(Details dazu siehe beiliegende Information des Bundeskanzleramtes sowie beiliegenden 'Leitfaden zur Wirtschafts-, Tourismus- und Regionalförderung in Niederösterreich').

Im Rahmen der EU-Regionalförderungsprogramme (siehe Punkt 3) wurde im Laufe des Jahres 1995 bei den Förderungsstellen des Landes eine große Zahl von Projekten eingereicht, für welche eine Kofinanzierung mit EU-Mitteln gewährt werden kann. Im Zuge der Diversifizierung der Landwirtschaft sollen innerhalb der niederösterreichischen Ziel 5b-Gebiete beispielsweise 23 Projekte (zumeist Vermarktung bäuerlicher Produkte) gefördert werden, beim landwirtschaftlichen Wasserbau 16, bei der Energiegewinnung aus Biomasse 6, Dorferneuerungsprojekte in 60 Ortschaften.

Im Rahmen des NÖ Wirtschaftsförderungsfonds werden in den Ziel 2- und Ziel 5b-Gebieten insgesamt 80 betriebliche Investitionsvorhaben mit EU-Geldern unterstützt. Die ECO PLUS GmbH. meldet 24 'EU-taugliche' Projekte. Einzelne markante EU-Projekte sind beiliegenden Aufstellungen zu entnehmen.

Eine Gesamtsumme aller EU-Regionalförderungsprojekte in Niederösterreich steht noch nicht fest, da einige Förderstellen noch mit der Prüfung der 'EU-Tauglichkeit' einzelner Projekte befaßt sind.

zu Pkt. 2) Wieviele und welche Projekte wurden bereits seitens der EU genehmigt?

Diese Frage wurde teilweise bereits unter Punkt 1) beantwortet. Die EU genehmigt, wie erwähnt, nur die vom Mitgliedstaat eingereichten Programme und nicht die dazugehörigen Projekte, deren EU-Konformität von den inländischen Förderstellen überprüft wird. Man kann davon ausgehen, daß die oben angeführten, von den Förderstellen bereits bewilligten Projekte auch von der EU kofinanziert werden. Die EU kontrolliert in der Regel nur die Förderbarkeit von wenigen Großprojekten (Mitwirkung von EU-Beamten in den Begleitausschüssen zur begleitenden Kontrolle des Ablaufes der einzelnen Programme).

zu Pkt. 3) Welcher Betrag ist bis jetzt von der EU nach Niederösterreich geflossen?

a) Regionalförderung

Im Bereich der Regionalförderung sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine EU-Mittel nach Niederösterreich geflossen. Die Überweisung der Gelder aus den EU-Strukturfonds an das Bundesministerium für Finanzen wird etwa 1 Monat nach Genehmigung der einzelnen Programme durch die EK erfolgen. Unmittelbar danach werden die für die Landesförderungsstellen vorgesehenen EU-Mittel (Aufteilungsschlüssel in den Finanzplänen der einzelnen EU-Förderprogramme) auf das Hauptkonto des Landes überwiesen, von wo diese Kofinanzierungsbeträge dann von den einzelnen Förderstellen abgerufen werden.

Die einzelnen Regionalförderprogramme sind rechtzeitig bei der EK eingereicht worden (Ausnahme: RESIDER - Grund der Verzögerung liegt nicht beim Land), es ist von Brüssel jedoch erst eines davon (Ziel 2) genehmigt worden.

Genehmigtes EU-Programm:

16.11.95 Ziel 2

Voraussichtliche Genehmigung der übrigen EU-Programme:

6.12.95 Ziel 5b

Mitte Dez. 95 INTERREG II, LEADER II

Febr./März 95 KMU, RETEX II

noch nicht

bekannt

RESIDER II

Wenn diese Genehmigungstermine eingehalten werden, dann wäre bis Ende Jänner (für die Ziele 2 und 5b, INTERREG, LEADER) mit der Überweisung von zunächst 50 % der für diese Programme vorgesehenen EU-Mittel für das Jahr 1995 (rund 340 Mio. S), d.h. von insgesamt rund 170 Mio. S zugunsten der im Land Niederösterreich 1995 angelaufenen Projekte zu rechnen (Prinzip der Retroaktivität: rückwirkende Finanzierung von bereits 1995 begonnenen Projekten durch die EU). Der Restbetrag an EU-Kofinanzierungsmitteln wird dann entsprechend dem Realisierungsfortschritt dieser Projekte an die Republik Österreich (bzw. die Landesförderungsstellen) ausbezahlt. Für den Programmzeitraum 1995 - 1999 sind seitens der EU 134 Mio. ECU (rd. 1,7 Mrd. S) für die niederösterreichischen Zielgebiete reserviert.

b) Agrarförderung

Die Auszahlung aus dem Agrarfonds der EU (EAGFL) für 1995 erfolgt im November und Dezember 1995. Für den Zeitraum 1995 - 1999 sind für ganz Österreich für die Ziel 5a-Förderung EU-Mittel von 388 Mio. ECU (rund 5 Mrd. S) zu erwarten. Die niederösterreichische Landwirtschaft dürfte nach ersten Schätzungen von diesem Betrag mindestens ein Viertel erhalten.

Wie hoch die beträchtlichen EU-Mittel sind, die im Rahmen der übrigen Agrarförderungen (außerhalb von Ziel 5a, also Lagerabwertung, Degressive Ausgleichszahlungen, Marktordnungsprämien und Umweltförderung) bereits an die Landwirte Niederösterreichs ausbezahlt wurden, kann derzeit noch nicht quantifiziert werden. Dies bedarf nach Abschluß der Aktionen einer eigenen Sonderauswertung der mit dem Förderungsvollzug befaßten Stelle (Agrarmarkt Austria).

c) Arbeitsmarktförderung

Die Programme für die arbeitsmarktpolitischen Ziele 3 und 4 der EU wurden von der EK bereits im Juli 1995 genehmigt. Für den Zeitraum 1995 - 1999 ist ein Betrag von 395 Mio. ECU (rd. 5 Mrd. S) aus dem Sozialfonds der EU (ESF) für ganz Österreich reserviert. Es gibt keine fixen Länderquoten bei der Verteilung dieser Mittel.

zu Pkt. 4) Mit welchen EU-Zahlungsflüssen nach Niederösterreich ist bis 31.12.1995 zu rechnen?

Diese Frage wurde bereits unter Punkt 3) behandelt.

Ausgewählte Projekte der ECO PLUS GmbH, welche für eine Kofinanzierung durch die EU vorgesehen sind:

Ziel 2-Gebiet:

- * Civitas Nova, Wiener Neustadt
- * Technologiezentrum (TZU), Wiener Neustadt
- * Rehabilitationszentrum, Semmering

Ziel 5b-Gebiet:

- * Grenzüberschreitendes Gründerzentrum, Gmünd
- * Biomasseheizwerk, Gmünd
- * Seminarhotel Forum, Rosenberg
- * Kulturpark Kamptal
- * Thermalbad, Laa/T.

Projekte, welche im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II für eine Kofinanzierung durch die EU vorgesehen sind:

Grenzabschnitt Österreich - Tschechische Republik

- 1) Tourismus, Gewerbe, Industrie
 - * Anglerparadies (Teichwirtschaft, Naturtourismus)
 - * Retzer Land - Znaimer Land (Marketing, Rad und Kultur, Vernetzung)
 - * Grenzüberschreitender Industriepfad (Textilindustrie)
 - * Zwettler Brauerei
- 2) Gemeinsame Planungen und Studien
 - * Grenzüberschreitendes Kleinregionales Entwicklungskonzept (Laa/Thaya)
- 3) Grenzüberschreitende Beratungsleistungen und Know How Transfer
 - * Grenzüberschreitende Wirtschaftsberatung (ARGE Grenznutzen)
 - * Grenzübergreifende Umwelt- und Energieberatung (EUPRI)
 - * Aufbau und Vernetzung gewerblich-industrieller und touristischer Datenbanken
- 4) Land- und Forstwirtschaft
 - * Waldschadensbekämpfung ("Resonanztherapie")
 - * Pilotprojekt Landmann (Gutsverwaltung Stutenhof)
- 5) Grenzüberschreitende soziokulturelle Entwicklung
 - * NÖ Bildungs- und Heimatwerk (Seminare, Kurse, Veranstaltungen)
 - * Regionalstelle für Erwachsenenbildung in Horn (Kath. Bildungswerk der Diözese St. Pölten)
 - * Ost - West Jugendzentrum Franziskushof Sola - Langau

Grenzabschnitt Österreich - Slowakische Republik:

- 1) Tourismus, Gewerbe, Industrie
- * Gewerbepark Poysdorf - Zusammenarbeit mit Gewerbeparks in Breclav (Tschechien) und Malacky (Slowakei)
 - * Kanuprojekt March
 - * March-Panoramaweg
 - * Archäologischer Park Carnuntum
 - * Erlebnisregion March (Fotografie, Rad)
 - Natur, * Fähre bei Angern einschließlich touristischer Nutzung
- 2) Gemeinsame Planungen, Studien
- * Studie zur Brücke Hohenau
 - * Trilaterales Gewässerkonzept March
 - * Kulturtouristisches Konzept Bernsteinstraße
- 3) Grenzüberschreitende Beratungsleistungen und Know-How-Transfer
- * Auf- und Ausbau zweisprachiger Datenbanken (Rechtsberatung, Marktrecherchen usw.)
- 4) Land- und Forstwirtschaft
- * Grenzüberschreitender Know-How-Transfer im Bereich "Naturnahe Landwirtschaft"
- 5) Grenzüberschreitende soziokulturelle Entwicklung
- * Österreichisch - Slowakisches Lehrbuch für Kinder
 - * Bilinguale Aus- und Weiterbildung"

(Die in dieser Anfragebeantwortung (Pkt. 1) zitierten Beilagen liegen in der Landtagsdirektion zur Einsicht auf.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nunmehr, Hohes Haus, kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt betreffend Beratung des Budgets 1996. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, seinen Bericht zum Voranschlag 1996, Ltg. 399/V-3, zu geben und die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Berichterstatter obliegt mir die Aufgabe, dem Hohen Landtag den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die Landesregierung hat gemäß Artikel 29 Absatz 2 der NÖ Landesverfassung 1979 den Voranschlagsentwurf der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das Jahr 1996 rechtzeitig erstellt. Die Vorlage wurde vom Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß eingehend durchgearbeitet. Der Aufbau des Landesvoranschlages 1996 entspricht den Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden. Die vertikale Gliederung des ordentlichen und des außerordentlichen Teiles sowie des Konjunkturausgleichsteiles erfolgt in Gruppen, Abschnitte, Unter- und Teilabschnitte sowie Voranschlagsstellen nach funktionellen, finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten. Die Horizontalgliederung stellt die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanes 1996 den entsprechenden Voranschlagsbeträgen des Finanzjahres 1995 sowie den Beträgen der Jahresrechnung 1994 gegenüber.

Umfang des Voranschlages:

In Gegenüberstellung zum Voranschlag 1995 steigen 1996 die Ausgaben um 1,2 auf 48,6 Milliarden und die Einnahmen um 1,9 auf 40,9 Milliarden Schilling; der Abgang sinkt um 0,7 auf 7,7 Milliarden Schilling.

Die Verteilung auf die verschiedenen Haushalte ist der vorliegenden Übersicht zu entnehmen:

Voranschlag 1996

AUSGABEN	S	48.596,104.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	46.508,289.000
Außerordentlicher Teil	S	1.947,815.000
Konjunkturausgleichsteil	S	140,000.000

EINNAHMEN	S	40.909,773.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	39.809,988.000
Außerordentlicher Teil	S	1.099,785.000

ABGANG	S	7.686,331.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	6.698,301.000
Außerordentlicher Teil	S	848,030.000
Konjunkturausgleichsteil	S	140,000.000

Voranschlag 1995

AUSGABEN	S	47.430,647.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	45.678,827.000
Außerordentlicher Teil	S	1.591,820.000
Konjunkturausgleichsteil	S	160,000.000

EINNAHMEN	S	39.023,673.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	38.412,265.000
Außerordentlicher Teil	S	611,408.000

ABGANG	S	8.406,974.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	7.266,562.000
Außerordentlicher Teil	S	980,412.000
Konjunkturausgleichsteil	S	160,000.000

Unterschied 1996/1995

AUSGABEN	+ S	1.165,457.000	+ 2,46 %
Davon: Ordentlicher Teil	+ S	829,462.000	+ 1,82 %
Außerordentlicher Teil	+ S	355,995.000	+22,36 %
Konjunkturausgleichsteil	- S	20,000.000	- 12,50 %

EINNAHMEN	+ S	1.886,100.000	+ 4,83 %
Davon: Ordentlicher Teil	+ S	1.397,723.000	+ 3,64 %
Außerordentlicher Teil	+ S	488,377.000	+79,88 %

ABGANG	- S	720,643.000	- 8,57 %
Davon: Ordentlicher Teil	- S	568,261.000	- 7,82 %
Außerordentlicher Teil	- S	132,382.000	- 13,50 %
Konjunkturausgleichsteil	- S	20,000.000	- 12,50 %

Die Personalausgaben der Verwaltung steigen um 376, die Personalausgaben für Landeslehrer um 268 und die Sachausgaben um 521 Millionen Schilling.

Herkunft, Zweckwidmung und Begründung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind in den Erläuterungen ausführlich dargestellt, Änderungen gegenüber dem Vorjahr aus der Horizontalgliederung ersichtlich.

Die Finanzschulden des Landes von 18,2 Milliarden Schilling mit Ende 1994 werden nach der Erhöhung im Jahr 1995 nun aufgrund des Voranschlages 1996 um weitere 6,2 Milliarden Schilling steigen. Dieser Anstieg ergibt sich aus der in der Folge angeführten Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden:

Voranschlag 1996

Aufnahme neuer Finanzschulden (Brutto-Abgang)	S	7.686,331.000
abzüglich Tilgung alter Finanzschulden	S	1.536,000.000
Erhöhung der Finanzschulden (Netto-Abgang)	S	6.150,331.000

Voranschlag 1995

Aufnahme neuer Finanzschulden (Brutto-Abgang)	S	8.406,974.000
abzüglich Tilgung alter Finanzschulden	S	1.491,245.000
Erhöhung der Finanzschulden (Netto-Abgang)	S	6.915,729.000

Unterschied 1996/1995

Aufnahme neuer Finanzschulden (Brutto-Abgang)	- S	720,643.000	- 8,57 %
abzüglich Tilgung alter Finanzschulden	+ S	44,755.000	+ 3,00 %
Erhöhung der Finanzschulden (Netto-Abgang)	- S	765,398.000	- 11,07 %

Ordentlicher Teil:

Gegenüber dem Voranschlag 1995 ist 1996 eine Erhöhung der Ausgaben um 0,8 auf 46,5 und der Einnahmen um 1,4 auf 39,8 Milliarden Schilling vorgesehen. Der Abgang 1996 verringert sich um 0,6 auf 6,7 Milliarden Schilling. Der Anteil der Personalausgaben der Verwaltung an den ordentlichen Ausgaben (ohne Personalausgaben für Landeslehrer) steigt gegenüber dem Voranschlag 1995 von 21,12 auf 21,81 Prozent.

Der prozentuelle Anteil der einzelnen Gruppen am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles

ändert sich 1996 gegenüber 1995 am stärksten bei der Gruppe 7 "Wirtschaftsförderung", wo sich vor allem der Wegfall der einmaligen Agrarförde-

rung 1995 auswirkt, und bei der Gruppe 9 "Finanzwirtschaft" durch den Anstieg des Schuldendienstes.

Die Anteile der einzelnen Gruppen sind in der folgenden Tabelle erfaßt:

Gruppe	Voranschlag 1996	Voranschlag 1995
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	14,31 %	14,48 %
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0,53 %	0,49 %
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	24,74 %	24,53 %
3 Kunst, Kultur und Kultus	1,51 %	1,70 %
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	27,39 %	26,49 %
5 Gesundheit	9,08 %	9,22 %
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	6,53 %	6,70 %
7 Wirtschaftsförderung	4,68 %	6,60 %
8 Dienstleistungen	0,03 %	0,03 %
9 Finanzwirtschaft	11,20 %	9,76 %

Außerordentlicher Teil:

Die Einnahmen und Ausgaben des außerordentlichen Teiles steigen 1996 vor allem durch die Heranziehung von Rücklagen und durch die Verwendung von Vermögensveräußerungen deutlich an, und zwar auf 1,9 bzw. 1,1 Milliarden Schilling, sodaß sich ein Abgang 1996 ergibt, der mit 0,8 um 0,1 Milliarden Schilling unter dem Abgang 1995 liegt. Die einzelnen Vorhaben sind in den Erläuterungen zum außerordentlichen Teil des Voranschlags näher beschrieben.

Konjunkturausgleichsteil:

Die im Konjunkturausgleichsteil vorgesehenen Kreditmittel 1996 von 140 gegenüber 160 Millionen Schilling im Jahr 1995 betreffen investitions-wirksame Ausgaben und sollen nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1996 eingesetzt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Budgetvollzug mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen abzustimmen.

Sonderfinanzierungen:

Zur Budgetentlastung soll die Finanzierungsform für Investitionsgüter im Rahmen von Beschaffungsprogrammen, welche zur Erfüllung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlich sind, sowie von Bauvorhaben schrittweise auf die Nutzungsdauer dieser Güter abgestellt werden.

Im Jahresvoranschlag 1996 steht in diesen Fällen nur mehr ein Teilbetrag des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises zur Verfügung. Der gesamte Kaufpreisrest bildet dann eine Vorbelastung künftiger Finanzjahre.

Die zur Erfüllung dieser rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus den Kauf- bzw. Werkverträgen erforderlichen Landesausgaben in den folgenden Jahren bedürfen vor ihrer Vollziehung der Genehmigung durch den Landtag. Als Ausdruck des Einverständnisses ist eine diesbezügliche Ermächtigung im Antrag, Abschnitt III, Ziffer 7, enthalten. Zur Durchführung des Landesvoranschlags 1996 werden wieder alle jene Bestimmungen beantragt, die sich schon bisher für den Budgetvollzug als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen über den Voranschlag 1996 einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gelangt der Finanzreferent des Landes Landesrat Mag. Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum viertenmal habe ich die Ehre, dem Hohen Haus einen Haushaltsentwurf zu präsentieren und zu begründen. Wobei sich die heute beginnende Budgetdebatte in mehrfacher Hinsicht von jenen der letzten Jahre unterscheidet.

Lassen Sie mich mit dem positivsten Unterschied beginnen. Es ist der erste Haushaltsentwurf auf der Basis des "NÖ Budgetprogrammes für die Jahre 1996 bis 1998", mit dem Landesregierung und Landtag heuer bereits im Frühsommer die entscheidenden Weichenstellungen vor-

genommen haben. Erinnern wir uns kurz zurück: Im Zuge der vorjährigen Budgetdebatte hat das Hohe Haus einen Resolutionsantrag zum Beschluß erhoben. Es forderte den Landesfinanzreferenten auf, dem Landtag zusammen mit der nächsten Budget- und Finanzvorschau auch - ich zitiere jetzt wörtlich - "einen Vorschlag zur langfristigen Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung zwecks Konsolidierung des Landeshaushaltes und Sicherung der Gestaltungsspielräume in der Zukunft vorzulegen." Aufgrund dieses klaren Auftrages wurde das "NÖ Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 1998" erarbeitet. Und zwar sowohl im Hinblick auf die Konsequenzen, die sich aus der Finanz- und Budgetvorschau bis 2005 mit den bekannten "Horrorzahlen" ergeben, als auch auf die Maastricht-Kriterien. Der Kernpunkt des Programmes für das kommende Jahr 1996 lautet: Der Netto-Abgang einschließlich der EU-Milliarde für die Landwirtschaft darf 6,2 Milliarden Schilling nicht überschreiten. Am 29. Juni haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, dieses Programm mit klarer Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen. Das bedeutete gleichzeitig einen deutlichen Auftrag an die Landesregierung und insbesondere an mich als Landesfinanzreferenten. Einen deutlichen Auftrag, dem der vorliegende Haushaltsentwurf Rechnung trägt.

Wie schlägt sich das nun im Budgetentwurf 1996 nieder? Zunächst die wichtigsten Zahlen wiederholt: Der Haushalt weist Ausgaben von 48,6 Milliarden Schilling aus, denen Einnahmen in Höhe von 40,9 Milliarden gegenüberstehen. Daraus resultiert ein Abgang von 7,7 Milliarden Schilling brutto. Da wir auch Schulden zurückzahlen im nächsten Jahr, gibt es eine Netto-Verschuldung, die unter 6,2 Milliarden Schilling liegt und somit auch das Budgetprogramm 1996 - 1998 erfüllt. In absoluten Zahlen klingen diese Beträge noch unbefriedigend. Aber, Hohes Haus, diese Zahlen belegen eine höchst bedeutende Trendumkehr: Nach drei Jahren, in denen es aus verschiedenen und Ihnen allen hinlänglich bekannten Gründen dazu gekommen ist, daß die Ausgaben weit stärker als die Einnahmen gestiegen sind und die Neuverschuldung höchst bedrohliche Ausmaße angenommen hat, ist das Verhältnis der Steigerungsraten wieder "im Lot". Unter Berücksichtigung des Voranschlages 1995 sowie des ersten und des zweiten EU-Anpassungsbudgets steigen die Ausgaben im kommenden Jahr voraussichtlich um 2,46 Prozent und die Einnahmen um 4,83 Prozent. Daraus ergibt sich eine Reduzierung des Abganges um 8,57 Prozent und der Nettoverschuldung um 11,07 Prozent. Es ist somit ein erster Konsolidierungseffekt. Das ist also die

Trendumkehr. Unbestritten muß aber die Notwendigkeit sein, diesen Kurs im Sinn des Budgetprogrammes auch 1997 und 1998 fortzusetzen.

Ermöglicht wurde dieses Ergebnis des Budgetvoranschlages durch den gemeinsamen Willen aller Mitglieder der Landesregierung. Durch den Willen, die wichtigsten Anliegen der Landespolitik außer Streit zu stellen und das Budgetprogramm einzuhalten. Selbstverständlich lagen die Forderungen der einzelnen Ressorts am Beginn der Verhandlungen wesentlich über jenen Zahlen, die Ihnen heute vorliegen. Aber alle Regierungsmitglieder haben Einsicht in die Notwendigkeit des Sparens gezeigt. Sie haben damit konsequent einen Weg der Budgetdisziplin fortgesetzt, einen Weg, der bereits das zu Ende gehende Jahr 1995 geprägt hat. Und dieser Weg wurde nicht nur von der Regierung getragen, sondern auch vom Landtag. Und dafür gebührt Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Dankeschön.

Vor einem Jahr, bei der Einbegleitungsrede zum Budgetentwurf 1995, habe ich von diesem Pult aus sinngemäß erklärt: "Wir haben diesmal nicht so knapp budgetiert wie in den letzten Jahren, aber dafür darf es - abgesehen von Ausgaben infolge des EU-Beitrittes - kein Nachtragsbudget mit einer Ausweitung des Defizits geben!" Das habe ich also vor einem Jahr gesagt. Es gab damals nicht wenige Zweifler. Aber wir haben das gesteckte Ziel erreicht. Die Mehrausgaben über die EU-Mittel hinaus, die Sie am 9. November 1995 genehmigt haben, werden zur Gänze aus Umschichtungen bedeckt. Ferner wird es sogar gelingen, das vom Landtag genehmigte Ausgabenvolumen durch Einsparungen in den einzelnen Ressorts um etwa 500 Millionen Schilling zu unterschreiten.

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren Mandatäre! Ein Novum war sicher auch, daß die Arbeit an diesem Haushaltsentwurf zeitweise von einer großen Unsicherheit in den beiden ungemein wichtigen Bereichen Finanzausgleich und Spitalsfinanzierung geprägt war. Erinnern wir uns zurück: In der entscheidenden Phase der Budgeterstellung gab es ein vom Parlament noch nicht beschlossenes Paktum der Finanzausgleichspartner vom 27. September 1995, mit dem eigentlich alle Beteiligten, alle Finanzausgleichspartner zufrieden sein konnten. Gleichzeitig wurde über die Spitalsfinanzierung noch verhandelt. Mit der Budgetkrise auf Bundesebene und der Auflösung des Nationalrates ist uns dann in einem Fall ein Vertrags-, im anderen ein Verhandlungspartner

vorübergehend "abhanden gekommen". Nach Neuverhandlungen und der Einigung vom 6. November 1995, sowohl den Finanzausgleich wie auch den KRAZAF um ein Jahr zu verlängern, hat der Nationalrat in seiner Sondertagung die erforderlichen Gesetzesbeschlüsse gefaßt. Damit ist zwar die Unsicherheit beseitigt, aber wir müssen uns darüber im klaren sein: Das kann nur eine Übergangslösung sein! Eine Übergangslösung, die die Zeit gibt, 1996 endlich zu einer dauerhaften und gerechten Lösung zu kommen!

Wir erleben somit auch eine Budgetdebatte im Schatten einer Nationalratswahl. Darin mag auch eine gewisse Versuchung liegen. Ich appelliere daher dringend an Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, diese drei für die nächste Zukunft unseres Landes entscheidenden Tage nicht als eine Wahlkampfplattform zu betrachten. Ich begrüße wie immer jede sachliche, positive und konstruktive Kritik, bitte aber zu bedenken, daß sich gerade der Landeshaushalt sicher nicht dazu eignet, parteipolitisches "Kleingeld" einzusammeln. Halten wir uns an gute niederösterreichische Tradition. Setzen wir uns deutlich, wenn nötig auch hart auseinander. Aber zerschlagen wir nicht Porzellan, das wir nach dem 17. Dezember wieder brauchen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Der Haushaltsentwurf 1996 ist ein Sparbudget mit Konsolidierungseffekt. Wobei entscheidend ist, daß auf Landesebene das Sparen ausschließlich ausgabenseitig erfolgen kann. Ein Richtungsstreit wie auf Bundesebene war gar nicht möglich, weil die Länder praktisch keine Möglichkeit haben, ihre Einnahmen zu gestalten oder die Auswirkungen steuerpolitischer Maßnahmen zu beeinflussen. Die Länder müssen demnach ihre Ausgaben den Einnahmen anpassen. War es bisher möglich, diesen Druck durch Kreditaufnahmen abzuschwächen, so werden künftig die "Maastricht-Kriterien" auch diese Möglichkeit wesentlich einschränken.

Worum es somit geht, das hat der renommierte Budgetexperte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Gerhard Lehner, in einer Strukturanalyse des blau-gelben Landeshaushaltes auf den Punkt gebracht: "Die Budgetpolitik des Landes Niederösterreich und seine Ausgabengestaltung sind jetzt und in den nächsten Jahren von zwei entgegengesetzten Zielen geprägt. Auf der einen Seite muß der niederösterreichische Landeshaushalt entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und Strukturänderungen unterstützen, damit die

Chancen der Europäischen Union und der Ostöffnung bestmöglich genutzt werden. Auf der anderen Seite muß das Land aber sein Budget konsolidieren und die Ausgabengestaltung der schwächeren Einnahmenentwicklung anpassen." Soweit also Professor Lehner. Längerfristig meine ich sogar: Auf Dauer kann die Latte, daß die Ausgaben deutlich weniger steigen dürfen als die Einnahmen, nicht nur auf die Ermessensausgaben angelegt werden. Das reicht wahrscheinlich nicht aus, um das Budgetprogramm zu erfüllen. Es werden auch Änderungen bei gesetzlichen Maßnahmen notwendig sein, wir werden danach trachten müssen, Strukturen im Landeshaushalt zu verändern. Und zwar durch Gesetzes- und Richtlinienänderungen im Bereich aller Regierungsmitglieder. Es ist dies eine gemeinsame Herausforderung an Regierung und Gesetzgebung. Strukturen verändern können wir nur mit gemeinsamen Anstrengungen. Ich meine auch, es geht nur, wenn die Regierungsfaktionen, die derzeit Verantwortung tragen, auch in Zukunft gemeinsame Verantwortung tragen. Niederösterreich braucht ganz einfach diese solide Zusammenarbeit!

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Trotz des in Einzelfällen sicher schmerzlichen Sparstiftes haben wir das Budget 1996 unter das Motto gestellt: "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen". Denn genau darum geht es: Durch konsequentes Sparen am richtigen Platz der Landespolitik auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte einen entsprechenden Gestaltungsspielraum offenzuhalten. Und nicht durch Sparen an der falschen Stelle Zukunftschancen zu verbauen.

Bei einem Sparbudget und angesichts des verhältnismäßig geringen Anteils der Ermessensausgaben besteht im allgemeinen die Gefahr, daß bei der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten in erster Linie die Investitionen gekürzt werden - mit unter Umständen verheerenden Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Solche nachteiligen Auswirkungen sind vom NÖ Landeshaushalt 1996 nicht zu erwarten! Durch die Anwendung von Sonderfinanzierungsmodellen sind die Bauinvestitionen des Landes vom jeweiligen Jahresbudget unabhängig. Sie werden daher von budgetären Sparmaßnahmen auch nicht behindert oder verzögert, wie das bei einer konventionellen Budgetfinanzierung wohl der Fall wäre. Im Klartext: Alle unsere Bauprojekte, etwa im Bereich der Krankenanstalten, der Landes-Pensionisten- und -pflegeheime, der Landesberufsschulen und der Bezirkshauptmannschaften können planmäßig und

wirtschaftlich fortgesetzt werden. Sie werden auch 1996 wesentliche Impulse zur Belebung der Bauwirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze auslösen. Das heißt: Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der die Budgetgestaltung durch vorgegebene Ausgabenbegrenzungen eingeengt wird, bieten die außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodelle die Möglichkeit, wirksam gegenzusteuern und negative Auswirkungen von Sparbudgets auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu verhindern bzw. auszugleichen.

Gerade die Bauwirtschaft ist ja einer der wichtigsten Indikatoren für die Entwicklung der Konjunktur, die wiederum entscheidend für die Erstellung und den Vollzug unseres Budgets ist. Derzeit bietet die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs ein etwas gespaltenes Bild. Die Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen der Betriebe und die Exporte wachsen kräftig. Die österreichischen Unternehmer nützen die Chancen, die sich aus dem EU-Beitritt ergeben. Sie sind bereit, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen. Sie weiten daher heuer und im nächsten Jahr ihre Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen deutlich stärker als in den letzten Jahren aus, nämlich um jeweils 7 bis 8 Prozent real. Auch die kräftigen Zuwachsraten der realen Exporte - heuer um 8,5 Prozent, 1996 nach den Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes um 8 Prozent - lassen erkennen, daß Österreich wettbewerbsfähig ist und sich in der Europäischen Union auch behauptet. Positiv zu bewerten ist auch die zu erwartende Entwicklung der Preise. Sowohl für heuer als auch für das kommende Jahr rechnen die Experten mit einer Zunahme der Verbraucherpreise um jeweils etwas mehr als 2 Prozent. Die Inflationsrate war seit Jahren nicht so niedrig wie derzeit. Österreich liegt damit deutlich besser als der Durchschnitt der EU-Mitglieder. Getrübt wird dieses positive Bild allerdings durch die Probleme im Tourismus, in der Bauwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt.

Insgesamt rechnen die Wirtschaftsforscher daher für heuer mit einem realen Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,4 Prozent. Für 1996 haben sie ihre Prognosen auf 2 Prozent reduziert. Das sind die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die Budgeterstellung des Landes Niederösterreich. Wobei wir uns darauf stützen können, daß sich die niederösterreichische Wirtschaft bemerkenswert gut hält. Sie hat bisher den Wachstumsvorsprung, den sie sich in den letzten Jahren erarbeitet hat, erfolgreich verteidigt. Im ersten Halbjahr 1995 lag Niederösterreich mit

3,4 Prozent realer Steigerung der Wertschöpfung deutlich über dem österreichischen Durchschnitt.

Auch auf dem Arbeitsmarkt war und ist die Situation in Niederösterreich günstiger als im bundesweiten Durchschnitt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm sowohl im ersten Quartal 1995 mit 1,1 Prozent als auch im zweiten Quartal 1995 mit 0,8 Prozent stärker zu als im österreichischen Schnitt, wo die Steigerungen bei 5 bzw. 3 Promille lagen. Zu Recht verweisen die Monatsberichte des Arbeitsmarktservices immer wieder auf die "bemerkenswerte Entwicklung in Niederösterreich". Dementsprechend war auch die Arbeitslosenquote in unserem Land im zweiten Quartal des laufenden Jahres mit 5,5 Prozent niedriger als im gesamtösterreichischen Durchschnitt von 5,9 Prozent. Zu dieser positiven Entwicklung haben sicher auch die Impulse beigetragen, die vom Landeshaushalt 1995 unter dem Motto "Partnerschaft ist unser Weg" ausgegangen sind. Und positive Entwicklungen - weit über 1996 hinaus - soll auch das Budget 1996 ermöglichen. Es soll, wie gesagt, die Zukunftschancen Niederösterreichs absichern und intakt halten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es soll - indem wir durch einen konsequenten Sparkurs künftige Gestaltungsspielräume offenhalten - dazu beitragen, unser großes Ziel zu verwirklichen. Nämlich Niederösterreich als Zukunftsregion im Herzen des Kontinents und als Brückenkopf zwischen der EU und den Reformstaaten zu positionieren.

In der Passage über die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs habe ich bereits auf die Chancen verwiesen, die sich unseren Unternehmen durch den EU-Beitritt eröffnen und die auch bereits genutzt werden. Wenn öfters der Eindruck entsteht, daß es die EU ist, die uns zwingt, den

Sparstift anzusetzen und den Gürtel enger zu schnallen, dann auch dazu ein ganz klares Wort: Der Sparkurs der öffentlichen Haushalte wäre auch ohne den Beitritt zur Union notwendig geworden. Es liegt - mit oder ohne Mitgliedschaft - im ureigenen Interesse Österreichs und Niederösterreichs, daß die Maastricht-Konvergenzkriterien erreicht werden! Ich möchte dazu eine gewichtige Stimme aus einem anderen neuen EU-Mitgliedsland zitieren. An einer strikten Budgetsanierung führe kein Weg vorbei, hat kürzlich der schwedische Wirtschaftsminister Sten Heckscher erklärt. Wer die Staatsfinanzen nicht saniere, könne nicht bei der Europäischen Währungsunion mitmachen. Wer aber die gemeinsame Währung nicht wolle, müsse seine Finanzen noch besser ordnen, um außerhalb des starken Währungsblocks bestehen zu können. Der Schluß, den der schwedische Wirtschaftsminister daraus zieht, gilt voll und ganz auch für uns: "Wir tun das nicht für die EU, sondern für uns!" Und wenn ich gesagt habe, dieser Schluß gilt auch für uns, dann heißt das: Er gilt für alle Gebietskörperschaften. Die Maastricht-Kriterien können nur, nur durch eine permanente und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erreicht werden. Durch eine echte Zusammenarbeit, nicht durch ein Diktat eines Partners. Das heißt: Dieses Ziel verlangt nicht mehr und nicht weniger als einen lebendigen, einen gelebten Föderalismus!

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun auf einige Schwerpunkte und Kapitel des Budgetentwurfes eingehen. Ein solcher Schwerpunkt war und ist im Agrarlandesland Nr. 1 immer die Landwirtschaft. Und sie ist es durch den EU-Beitritt in noch höherem Maß geworden. Das zeigt die bewegte Entwicklung des Agrarbudgets.

Nach dem Ausnahmejahr 1995 steht uns nunmehr wieder ein Regeljahr bevor, so hoffen wir. Gegenüber 1994 haben sich die Ausgaben als Konsequenz aus dem Europa-Abkommen für die Landwirtschaft im Jahre 1995 auf 2,4 Milliarden Schilling fast verdreifacht. Im Haushaltsentwurf für 1996 sind Aufwendungen von 1,69 Milliarden veranschlagt - sie liegen damit doppelt so hoch wie 1994. Dabei gilt ein wichtiger Grundsatz: Wir haben Vorsorge dafür zu treffen, daß jeder Schilling, den wir von der EU bekommen können, auch tatsächlich nach Niederösterreich fließt. Was bekanntlich Kofinanzierungen durch Bund und Land erfordert. Kein Schilling oder kein ECU darf in Brüssel liegenbleiben - das gilt selbstverständlich nicht nur im Bereich der Landwirtschaft. Diverse EU-Töpfe gibt es auch für die Regional- und die

Wirtschaftsförderung, für den Tourismus, für den Sozialbereich, für grenzüberschreitende Maßnahmen und so weiter. Auch hier haben wir die entsprechenden budgetären Vorkehrungen getroffen, um diese Mittel für unser Land und seine Regionen lukrieren zu können.

Damit bin ich schon beim Kapitel Wirtschaft, dem im Sinne des Mottos "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen" natürlich besonderes Gewicht zukommt. Im ersten Augenblick mag es als Widerspruch dazu erscheinen, daß die Mittel für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds sowie für den Fremdenverkehrsförderungs fonds gegenüber dem heurigen Jahr doch spürbar gekürzt wurden. Dazu ist allerdings festzuhalten: Nicht zuletzt durch die Steigerung in den letzten beiden Jahren - vor allem 1994 mit der "Konjunkturmilliarde" - haben diese Fonds jetzt wieder eine ausgezeichnete Finanzkraft erreicht, die sie auch im kommenden Jahr in die Lage versetzen wird, ihre Aufgaben voll zu erfüllen. Andere Förderungsaktionen bleiben vom Sparstift verschont, so vor allem das NÖ Beteiligungsmodell, das besonders auf die Bedürfnisse der klein- und mittelständischen Wirtschaft zugeschnitten ist und sich ausgezeichnet bewährt hat. Außerdem finden sich wirtschafts- und arbeitsplatzrelevante Ansätze natürlich wieder in vielen anderen Haushaltskapiteln. Dazu gehören vor allem die erheblichen Aufwendungen im investiven Bereich. Beispielsweise die Landesbeiträge zum Schul- und Kindergartenfonds in Höhe von 189 Millionen und zum NÖ Wasserwirtschaftsfonds von 214,2 Millionen Schilling. Für den Ausbau der Gemeindespitäler stehen 315,2 Millionen Schilling zur Verfügung. Kürzungen in diesen Bereichen sind nicht nur im Lichte des Konsolidierungskurses zu sehen, sondern auch mit Blick auf die erheblichen Steigerungsraten in den letzten Jahren. Alle diese Aufwendungen lösen Investitionen in vielfacher Höhe aus.

Das gilt insbesondere auch für die Wohnbauförderung, für die im Haushaltsentwurf 5,96 Milliarden Schilling angesetzt sind, eine Steigerung um 6,7 Prozent. Damit können wir auch im kommenden Jahr einerseits unseren Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems leisten und andererseits für die Wirtschaft ein Investitionsvolumen von mehr als 17 Milliarden Schilling in Gang setzen. Auch deshalb, weil sich unser neues Wohnbauförderungsmodell bewährt und seine Ziele - sowohl hinsichtlich der Bauleistung als auch der sozialen Treffsicherheit - voll und ganz erreicht. Im Interesse tausender vor allem junger Familien sowie der konjunkturellen Entwicklung und der

Sicherung der Arbeitsplätze kann ich nur einmal mehr vor allen Überlegungen warnen, die Wohnbauförderungsmittel zu kürzen, wie sie im Vorfeld der Finanzausgleichsverhandlungen wieder einmal aufgetaucht sind.

Faßt man alle wirtschafts- und arbeitsplatzrelevanten Wirkungen des vorliegenden Budgets zusammen, dann kommt man auch 1996 wieder auf ein landesweites Investitionsvolumen von über 25 Milliarden Schilling. Und dazu kommen die enormen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Impulse, die von der Errichtung des Regierungsviertels und des Kulturbezirkes in unserer jungen Landeshauptstadt St. Pölten ausgehen. Was mich im übrigen an eine weitere Besonderheit dieser Budgetdebatte erinnert: Es wird in diesem Rahmen die letzte Budgetdebatte auf Wiener Boden sein.

Von erheblicher Bedeutung für die Sicherung unserer Zukunftschancen sind auch die Leistungen des Landes für die Gemeinden. Die Kommunen sind die größten öffentlichen Investoren und es ist unsere Aufgabe, sie in dieser Funktion zu stärken. Die Qualität der kommunalen Leistungen - etwa Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Schulen und Kindergärten, Müllabfuhr, Straßen und Wege - und die von ihnen geschaffenen Infrastruktureinrichtungen bis hin zu Freizeitanlagen bestimmen nicht nur die Lebensqualität der Bürger, sondern sind auch entscheidend für die Qualität des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich.

Das Land unterstützt die Gemeinden insbesondere in den Bereichen Krankenhäuser, Kindergärten, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und Schul- und Kindergartenbau, im Sozialbereich, aber auch im kulturellen Bereich, wenn man etwa an die Musikschulen oder an die Dorf- und Stadterneuerung denkt. Vor allem aber haben die finanziellen Verflechtungen zwischen Land und Gemeinden seit dem Jahr 1995 eine neue Dimension erhalten: Durch die erste Etappe zur Abschaffung der Landesumlage bleiben im Jahr 1995 rund um 288 Millionen Schilling mehr in den Gemeindekassen, 1996 wird sich diese Summe auf 623 Millionen erhöhen. Wobei uns klar sein muß: Das ist einerseits ein Aderlaß für die Landeskasse, andererseits eine beachtliche Hilfestellung für die Gemeinden, die es in keinem anderen Bundesland, die es eben nur in Niederösterreich gibt!

Hohes Haus! Zu den "Sorgenkindern" des Finanzreferenten zählen seit jeher das Gesundheits- und das Sozialwesen. Um

Sorgenkinder muß man sich besonders annehmen, so meine ich das. Ich habe schon erwähnt, daß die Verlängerung des KRAZAF nur eine Übergangslösung sein kann. Wir müssen im kommenden Jahr entscheidende Schritte setzen, um endlich zu einer dauerhaften Lösung auf der Basis der leistungsorientierten Abrechnung zu kommen. Zu einer Lösung, die die Kostenexplosion eindämmt und die von allen Beteiligten - Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern - akzeptiert werden kann. Mit einem Wort: Eine gerechte und tragfähige Neuregelung. Einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, schon vorgegeben: Parallel zu den Verhandlungen wird Niederösterreich auf der Grundlage des einstimmigen Landtagsbeschlusses vom 9. November 1995 eine leistungsorientierte Abrechnung einführen. Alle notwendigen Unterlagen sind vorhanden. Der Gesundheitsreferent wird also bald auf den "Startknopf" drücken um die konkrete Umsetzung in Angriff zu nehmen. Daß es funktionieren kann, das zeigt das Beispiel des Bundeslandes Vorarlberg.

Unbestritten, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ist, daß wir auch und gerade im Gesundheitswesen neue Wege gehen müssen und auch nicht davor zurückschrecken dürfen, Tabus anzutasten. Auch standes- und lokalpolitische Interessen sowie oft sehr teures Prestigedenken sind in Frage zu stellen. Ich habe vor einem Jahr in meiner Einbegleitungsrede eine Studie über die "Strukturreform des niederösterreichischen Gesundheitswesens" angekündigt. Inzwischen habe ich sie gemeinsam mit dem Gesundheitsreferenten, Landesrat Wagner, in Auftrag gegeben. Sie wird im kommenden Jahr fertiggestellt sein und darf dann nicht Papier bleiben, sondern muß Grundlage für sehr konkrete und nachhaltige politische Entscheidungen sein. Das Ziel ist vor allem, vorhandene Einsparungspotentiale aufzuzeigen. Es gibt hier, davon bin ich überzeugt, ein sehr weites Feld. Es reicht vom Abbau von Überkapazitäten über eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten Diensten sowie der Einrichtung von Tageskliniken bis zur Forcierung der Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge.

Hohes Haus! Wir wollen mit diesem Budget die Zukunftschancen Niederösterreichs sichern. Eines ist uns aber auch klar: Das kann nicht auf Kosten jener geschehen, die sich am wenigsten wehren können, weil sie über keine lautstarke Lobby verfügen. Wir bekennen uns zur Solidarität mit den Schwächeren. Und daher gehört das So-

zialwesen zu den wenigen Kapiteln, in denen auch für 1996 erhebliche Zuwachsraten veranschlagt sind: Um plus 4,88 Prozent auf 6,4 Milliarden Schilling. Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen: Die Förderungen für die sozialen und sozialmedizinischen Dienste werden wie bereits im Budget 1995 wieder um 10 Prozent ausgeweitet. Diese mobilen Hilfen, die zu den Menschen ins Haus kommen, ermöglichen es tausenden älteren Mitbürgern, auch Kranken und Behinderten, in ihren vertrauten vier Wänden zu bleiben. Und sie bedeuten damit auch eine Entlastung für die Krankenhäuser und die Heime. Aber natürlich hat die häusliche Hilfe auch ihre Grenzen. Das außerbudgetär finanzierte 2,8 Milliarden Schilling-Sonderprogramm zur Schaffung von rund 1.500 zusätzlichen Pflegebetten in Landesheimen wird daher zügig fortgesetzt. Im kommenden Jahr werden vier Heimneubauten - darunter drei an neuen Standorten - fertiggestellt und fünf weitere in Angriff genommen.

Ich betone noch einmal: Ich bekenne mich voll und ganz zu den Ausgabensteigerungen im Sozialbereich. Wir stehen zu unseren mitmenschlichen Verpflichtungen! Aber sicher ist auch, daß wir immer wieder neu überlegen müssen, wie die vorhandenen Mittel möglichst effektiv, wirtschaftlich und zugleich human eingesetzt werden können. Das sind nicht Überlegungen in Richtung auf einen Sozialstopp, sondern es geht um notwendige Schritte, um unser weltweit vorbildliches Sozialnetz auch für kommende Jahrzehnte zu sichern. Und das geht letztlich nur über eine erhöhte soziale Treffsicherheit aller Aufwendungen.

Die beste Sozialpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren Mandatäre, ist und bleibt eine gute Familienpolitik. Weil Sie vorbeugend wirkt! Gesunde Familien verhindern, daß viele soziale Probleme überhaupt entstehen. Gesunde Familien geben unserer Jugend auch jene Geborgenheit und Sicherheit, die verhindern, daß Jugendliche Zusammenhalt in diversen Gruppierungen suchen müssen und zu Opfern gewissenloser Demagogen und Verführer aus radikalen Lagern werden. Probleme der Familien sind Probleme der Gesellschaft. Wir haben daher unsere Familien so zu unterstützen, daß diese ihre Probleme aus eigener Kraft lösen können. Wir haben also Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gegenüber dem heurigen Jahr erhöhen sich im Budgetentwurf die Aufwendungen für die Familien von 133 auf 142 Millionen Schilling, wobei hier vor allem die Niederösterreichische

Familienhilfe und die Tagesmutteraktion zu Buche schlagen. Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, der Grundsatzbeschluß, den Sie am 30. Juni 1994 als einen "Paukenschlag" zum Internationalen Jahr der Familie gefaßt haben, wird trotz aller gebotenen Sparsamkeit zügig in die Realität umgesetzt.

Eine ungeheuer wichtige familien- und zugleich bildungspolitische Aufgabe stellt die vorschulische Erziehung dar, also die Kindertagesbetreuung. Das Kindergartenwesen hatte und hat in Niederösterreich Priorität! Kein anderes Bundesland gab und gibt für die Kindergärten pro Kopf der Bevölkerung so viel aus wie Niederösterreich. Und auch im Budgetentwurf 1996 ist wieder eine deutliche Steigerung enthalten, nämlich um knapp über 5 Prozent auf 1,11 Milliarden Schilling. Ich bekenne mich zu dieser Priorität voll und ganz. Es gibt kaum einen anderen Bereich, bei dem das Motto "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen" so zum Tragen kommt wie beim Kindergartenwesen - die Kinder von heute, sie sind unsere Zukunft. Allerdings müssen sicher auch hier Überlegungen in Richtung mehr Selbstverantwortung angestellt werden. Wo in den Kindergärten durch wesentlich längere Öffnungszeiten die reine Betreuung stark ausgeweitet wird, wäre sicher ein sozial gestaffelter Beitrag der Eltern angebracht.

Gestatten Sie mir aber noch eine Bemerkung zu diesem Thema: Auch im kommenden Jahr darf es kein Nachtragsbudget mit einer Ausweitung des Defizits geben. Diesen Grundsatz haben alle meine Regierungskollegen anerkannt. Ich habe nur eine einzige Ausnahme gemacht, nämlich im Bereich der Kindertagesbetreuung. Es sind 19 Millionen Schilling zugesagt, und zwar für Kofinanzierungen des Landes, falls es zu der vom Bund angekündigten "Kindergarten-Milliarde" kommt.

Hohes Haus! Der Budgetentwurf, also das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm für das kommende Jahr, umfaßt wieder rund 12.000 Positionen, aus denen ich im Rahmen der Einbegleitungsrede nur einige wenige herausheben konnte. Diese Zahl macht bereits deutlich: Es bedarf der Zusammenarbeit vieler Kräfte in Politik und Verwaltung, bevor Ihnen ein Budgetentwurf vorgelegt werden und der Landesfinanzreferent an dieses Pult treten kann. Es ist mir daher ein echtes Anliegen, einige Worte des Dankes zu sagen. Ich danke ganz besonders allen Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Sie haben selbstverständlich die berechtigten Wünsche ihrer

Ressorts nachdrücklich vorgetragen. Das Gesprächsklima blieb immer sachlich und konstruktiv und alle Regierungskollegen waren schließlich bereit, das Wünschenswerte dem Notwendigen unterzuordnen. Daß das keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt ein Blick über die Landesgrenzen.

Mein besonderer Dank gilt dem Leiter der Finanzabteilung des Amtes der NÖ Landesregierung, Herrn Hofrat Dr. Rudolf Höbart, sowie seiner gesamten Mannschaft: Herrn Hofrat Dr. Walter Pecker, Herrn Budgetdirektor Eduard Pichler sowie allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die die letzten Wochen sicher keine einfachen waren. Ich danke weiters Herrn Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Werner Seif, der für die rechtzeitige EDV-mäßige Fertigstellung des umfangreichen Zahlenwerkes alle erforderlichen Kräfte zur Verfügung gestellt hat. Und ich danke schließlich Herrn Hofrat Dr. Anton Pöschmann und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Druckerei, in der Buchbinderei und in der Kopierstelle. Sie alle haben ihren Beitrag dazu geleistet, daß der Budgetentwurf auch heuer wieder zeitgerecht dem Landtag vorgelegt werden konnte.

Mit dem Dank verbinde ich eine Bitte an Sie alle, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete: Ich ersuche Sie noch einmal eindringlich, heute, morgen und übermorgen das Landesbudget 1996 in einer Atmosphäre der Sachlichkeit zu behandeln - abgehoben von den Turbulenzen, Stimmungen und - wenn Sie so wollen - Versuchen, die zwei Wochen vor einer Nationalratswahl verständlich sind. Wie immer sich am Abend des 17. Dezember durch die Entscheidung unserer Wähler die politischen Gewichte verteilen werden: Am 18. Dezember geht die Arbeit weiter und ab 1. Jänner 1996 sind wir aufgerufen, gemeinsam die abstrakten Zahlen des Budgets in die konkrete Wirklichkeit umzusetzen. Und zwar in einem Jahr, in dem Niederösterreich, die "Wiege Österreichs", in besonderem Maß "in der Auslage stehen" wird.

Das Landesbudget 1994 stand unter dem Titel "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze" - und Wirtschaftsexperten haben bestätigt, daß es Impulse ausgelöst hat, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß die niederösterreichische Wirtschaft eine Rezessionsphase besser überstanden hat als die anderer Bundesländer. Während bundesweit die Zahl der Beschäftigten nur um 0,4 Prozent stieg, erhöhte sie sich in Niederösterreich um 1,1 Prozent. Im laufenden Jahr 1995 folgte "Partnerschaft ist unser Weg" - und die Entwicklung der letzten 12 Monate sowie nicht zuletzt

die Art und Weise, in der der vorliegende Entwurf zustande gekommen ist, zeigen, daß auch dieses Motto realisiert wurde.

Der Ihnen vorliegende Budgetentwurf für 1996 mit seinem Konsolidierungskurs ist sicher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend wird sein, daß wir auf diesem Kurs bleiben - durch Budgetdisziplin im kommenden Jahr und durch weitere Konsolidierungshaushalte in den folgenden Jahren. An uns allen liegt es, so zu arbeiten, daß wir später feststellen können: Auch das Motto "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen" wurde umgesetzt. (*Beifall bei der ÖVP, LHStv. Höger und Präsident Koczur.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Generaldebatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, daß wir als einzige wirkliche Oppositionspartei hier im Hohen Haus am wenigsten leider beitragen durften zu der Niederschreibung des Zahlengebildes, das eigentlich unsere Zukunft sichern soll. Ich werde aber nicht aus diesem Grund rein als Opposition mir erlauben, einige kritische Anmerkungen zu machen, sondern weil es wirklich nach unserer Meinung nicht so sein kann, wie es jetzt hier von der Landesregierung in allem Frieden weiter vollzogen werden soll.

Ich glaube, daß wir hier ein ganz einfaches Beispiel anführen können, Herr Landesrat. Es dürfte wohl jedem, der in die entsetzliche Lage kommt, daß er zu ertrinken droht, egal sein, ob er vier Meter oder einen Meter unter der Wasseroberfläche ertrinkt. Die Änderungen, die Sie bis jetzt im Budget als Gegensteuerung gesetzt haben, lassen nur eine Aussage zu. Sie geben nur

eine Möglichkeit: Zu sagen, so kann es nicht weitergehen! Der, der das vertritt, muß in diesem Schuldengemege ertrinken.

Ich glaube aber, daß ganz wesentlich ist, daß wir alle - und das haben Sie angeführt - daß hier das Klima dazu erforderlich ist. Und an dieses Klima darf ich auch appellieren, daß dieses Klima aus diesem Grund so wichtig ist, weil wir vor einer Änderung stehen, vor einem wesentlichen Eintritt in die Zukunft und endlich einmal erkennen müssen, daß die bis jetzt gültigen Perspektiven für Soziales, für Kultur, für die Versorgung der älter werdenden Menschen sich geändert haben, daß ja auch die Wirtschaftsbedingungen sich geändert haben.

Wir sind heute in einem vereinten Europa, wir haben das "Feindbild Kommunismus" Gottseidank beiseite schieben können. Es ist daher notwendig, daß wir erkennen, daß auch andere strukturelle Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Budgets erforderlich sind. Und wir können uns nicht immer mit Schlagworten - und Sie selbst haben es gesagt, trotz der Vorwahlzeit sollte man versuchen, das beiseite zu schieben, leider gelingt es uns nicht einmal ohne Wahl, diese Worte und diese Schlagworte zu ignorieren. Kaum kommt jemand und hat einen Vorschlag, bevor er noch untersucht wird, wird schon dagegen opponiert, weil es politisch opportun ist. Und damit ist eigentlich jede Aktivität in der Vergangenheit zum Erliegen gekommen. Damit ist es eigentlich entstanden, daß die Bevölkerung verdrossen ist, nicht mehr wahrhaben will, daß Politiker für sie da sind sondern behauptet, die Politiker machen eh' nur das, was für sie gut ist. Und damit einher gehen auch die geringen Wahlbeteiligungen. Und das müssen wir uns ja alle vor Augen halten: Die zweitgrößte Partei sind die Nichtwähler. Das sollte uns eigentlich mehr Aktivität abfordern als in diesem Budget zum Ausdruck kommt.

Ich darf noch dazu erwähnen, daß die internationalen Finanzmärkte uns sehr scharf beobachten und daß auch österreichische Wirtschaftsexperten sich der dramatischen Entwicklung im klaren sind und schwerstens davor warnen, daß eine Schillingabwertung vor der Tür steht, wenn es nicht gelingt, die Verluste und Defizite in den Griff zu bekommen. Das geht soweit, daß auch österreichische Wirtschaftsexperten sagen, daß nicht nur der Bund, die Länder und die Gemeinden dringend sparen müssen, sondern daß auch endlich eine Koordinierung dieser Budgets erfolgen muß. Diese Koordinierung ist ja in manchen Belangen vorhanden, sie führt aber trotzdem dazu, daß immer wieder ein Wetteifern

in gewissen Ausgaben entsteht. Und nicht umsonst wird der von der ÖVP so als neuer Staatssekretär umworbene Herr Kramer sehr nachdenklich und meint eben, daß die rückläufige Konjunktur, das hohe Defizit 1995, das wahlbedingte späte Einsetzen der Reform und die Verschlechterung der Länderbudgets so negativ sich auswirken. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ist ja so, oder? Na gut, macht ja nichts. Vielleicht weiß ich mehr als Sie. Ich glaube allerdings nicht.

Es ist daher notwendig, glaube ich, daß wir gerade in diesem Punkt wesentliche Akzente setzen. Wenn wir das Umfeld Europa betrachten, so müssen wir ja feststellen, daß in Paris entsetzliche Streiks und Brutalität ausbricht, daß der Herr Clinton kämpfen muß, um ein Sparbudget durchzubekommen, daß Schweden, Dänemark, Italien vor der gleichen Problematik stehen und hier wesentliche Handlungen setzen.

Ich möchte auch wissen, wie es möglich ist, daß Sie, Herr Landesrat, hier erklären, daß Sie bis 1998 bereits Vorschauen gemacht haben, wie das ganze in den Griff zu bekommen ist, wo ja überhaupt keine gesetzlichen Veränderungen noch stattgefunden haben, um diese Kostendynamik umzuleiten. Wir haben sehr viele Landesgesetze, Bundesgesetze, die zwingend Ausgaben vorschreiben. Und die dann dazu führen, daß, wie Sie selbst gesagt haben, bei wesentlichen Gebieten wie der Wirtschaft Einsparungen getroffen werden, nur um diesen gesetzlichen Vorschriften nachzukommen. Hier muß eingeschritten werden, hier muß versucht werden, Änderungen in der Form durchzuführen, daß die Landesregierung, die Bundesregierung wirklich einen Spielraum bekommt, um das Budget zu beherrschen. Solange das nicht der Fall ist, glaube ich, kann man nicht von einer Sanierung sprechen.

Es ist auch bemerkenswert, wenn Sie in Zeitungsartikeln verkünden, daß in einer einvernehmlichen Lösung das Budget zustande kommt. Nun haben wir das erste Mal Gelegenheit gehabt, das durchzusehen. Ich sehe nicht, wo hier ein Streitpunkt entstehen hätte können. Es ist alles erhöht worden, einschließlich der Schulden. Es ist eigentlich nichts geschehen, was wirklich verändernd wirkt. Zukunftsorientiert verändernd, so wie sich die Gesellschaft verändert, wie sich die Wirtschaft verändert, wie sich jeder Betrieb täglich verändern muß. Und das ist doch der Auftrag, den wir als Politiker bekommen haben.

Ich glaube auch, daß der Schuldenstand, den Sie heute schon hier zitiert haben, ich darf ihn

aber trotzdem zahlenmäßig noch einmal in Erinnerung rufen, von 7,7 Milliarden bei 40,9 Milliarden Einnahmen wirklich nicht dazu angetan ist, das Budget positiv zu sehen und zu verabschieden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß ein Industriebetrieb mit einer derartigen Bilanz an eine weitere Existenz denkt. Und wir haben die Verpflichtung, den Steuerzahler zu sichern. Und wir haben die Verpflichtung, dem Steuerzahler klar zu machen, daß wir unsere Aufgabe endlich aufnehmen. Das sind 19,3 Prozent des ordentlichen Haushaltes. Sie werden wieder sagen, man muß auch den außerordentlichen dazurechnen, gut, dann sind es um ein paar Prozent weniger. Ich glaube, daß der Schuldendienst allein und die Tilgung von 3,4 Milliarden im Jahr wirklich zu Bedenken Anlaß gibt. Und in all diesen Ansätzen fehlt eine Verwaltungsreform, fehlt die Spitalsreform. Sicher, da wird immer gesagt, das ist der Bund, das kenne ich vom Herrn Landesrat Wagner. Der Herr Landesrat Wagner dürfte mit seinen Spitälern sowieso nicht so nahe stehen. Denn sonst könnte er bei der letzten Sitzung nicht erklären, daß sich wahrscheinlich kein Spital für einen Reformversuch findet, obwohl gleich eines hier gemeldet wurde. Und sieben oder acht haben sich im Nachhinein noch gemeldet. Das stimmt mich bedenklich. Weil wenn ich heute als Landesrat in engem Kontakt mit meinen Spitälern bin, dann gehe ich nicht 'raus und sage dem Landtag, es wird sich niemand melden. So geht es nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, so geht es wirklich nicht.

Und gerade, weil die Spitalsreform etwas ist, was am dringendsten nicht nur wegen der Budgetsanierung, sondern auch wegen der Versorgung unserer Bürger nach Änderung schreit. Wenn man die zehnjährige Budgetvorschau betrachtet, so endet die mit 117 Milliarden Schilling Schulden im Jahr 2005. Herr Landesrat, wem das zu einem Jubelruf Anlaß gibt, den verstehe ich nicht. Ich kann auch eines nicht begreifen: Daß Sie Ausgaben praktisch budgetiert haben mit 50 Milliarden für heuer. Sie haben es geschafft, Sie sind darunter geblieben. Sie halten bei 48,6 Milliarden. Nur, die Einnahmen sind auch um zwei Milliarden weniger. Und wenn man das jetzt hochrechnet, dann wird die ganze Katastrophe ohne strukturelle Veränderungen in den nächsten Jahren über uns hereinbrechen. Und da darf ich auf die Deutschen verweisen, die neutrale betriebswirtschaftliche Untersuchungen über die Verwaltung machen ließen. Bis zu 30 Prozent Einsparung haben diese Leute nachgewiesen. 30 Prozent im Verwaltungsapparat, wo wir heuer, soweit ich das jetzt im Kopf habe, 15 Milliarden für

Gehälter, 5 Milliarden für Pensionen ausgeben. Also hier könnten sich wirklich Möglichkeiten auf-tun, um der Bevölkerung zu helfen und ihr zu zeigen, daß wir unsere Aufgabe ernst nehmen.

Es fehlt mir auch jeglicher Ansatz - Sie wissen, daß wir uneingeschränkte Befürworter der EU sind und ich möchte mich davon auch nicht distanzieren; auch, nicht nachdem die Stimmung der Bevölkerung durch Fehlinformationen, durch schlechte Publizierung der wirklichen Ziele und Effekte negativ ist. Wir bleiben dabei, die EU ist ein Zukunftsbild, ist eine Vision und die haben wir anzustreben. Was ich aber nicht verstehe ist, daß diese Einmalkosten für die EU von der ÖVP abgelehnt werden. Daß zum Beispiel ein Bund daran-geht, seine Anteile an der Flughafen Betriebs-gesmbH zu verkaufen und sich dafür Milliarden-einnahmen ausrechnet. Ich habe den Zeitungen entnommen - ich hoffe, es ist eine "Zeitungsent" - daß der Herr Landeshauptmann dagegen ist, daß Niederösterreich seine Anteile verkauft. Und mir fehlt auch jeder andere Ansatz für eine Privatisierung. Diese Privatisierung könnte die Einmalkosten abdecken. Das wäre eine Zukunftsinvestition. Ich sehe das nur als eine Umschichtung, nicht als ein Veräußern des Familiensilbers. Diese Umschichtung würde uns Millionen, -zig Millionen an Steuergeldern, an Zinsen ersparen. Auch Ausgliederungen in GesmbHs könnte ich mir vorstellen, wodurch wir eben Umsatzsteuerrückvergütung lukrieren könnten, wo wir steuertechnische Vorteile in Anspruch nehmen können. Ich bin sicher nicht der Fachmann, Ihnen das jetzt im Detail auszuarbeiten, weil der Herr Landesrat wird gleich wieder sagen, ich soll Vorschläge machen. Aber wir haben gute Fachleute. *(LR Mag. Freibauer: Der "Hund" liegt im Detail, Herr Abgeordneter!)* Gottseidank haben wir genügend Fachleute dafür. Privatisierung, Auslagerung ist einer der wesentlichen Punkte.

Jetzt komme ich noch zum Budget. Da ist ein ganz ein wesentlicher Punkt vollkommen unberücksichtigt und das halte ich nicht mehr für zulässig: Leasing, mein Lieblingsthema. Die Leasingfragen werden überhaupt nicht mehr berücksichtigt. Es sind nur die Ausgaben drinnen im Budget und nicht die Zinsen. Obwohl klar ist, daß wir bereits 3,5 Milliarden an Leasingraten zu bezahlen haben und 2,5 Milliarden Zinsen vor uns herschwimmen, wird das nirgends berücksichtigt. Und ich darf das Hohe Haus ersuchen, daß es doch möglich wird, daß hier auch ein Riegel vorgeschoben wird. Was mich nämlich besonders nachdenklich stimmt, ist ein vorhandenes Papier, das eigentlich darauf hinweist, daß Leasing eine

der besten Möglichkeiten ist, die Bestimmungen von Maastricht zu umgehen und die Prüfung auszuschalten. Und zwar in der Form, daß klar praktisch festgehalten wird in dem Papier, daß die Konvergenzbestimmungen aus dem Grund umgangen werden können, weil es sich bei Maastricht darum handelt, daß jährlich 3 % des Bruttoinlandsproduktes Verschuldenserhöhung ist und maximal 60 % des Bruttoinlandsproduktes. Daß Leasingverbindlichkeiten nicht als Finanzschulden gelten, sondern als nicht fällige Verwaltungsschuld. Und das bitte, meine Damen und Herren, halte ich wirklich für bedenklich, daß so etwas überhaupt entstehen kann. Wenn ich mir heute ein Haus kaufe, Schulden mache und dann sage, jetzt habe ich bei der Bank so viel Schulden, jetzt will ich nicht mehr Schulden haben, das nächste Haus lease ich mir und gehe Zahlungsverpflichtungen ein, dann ist ja wohl für meine Familie der Verschuldungsgrad um diesen Betrag gestiegen. Und anders kann es beim Land auch nicht sein, Herr Landesrat. Anders kann es nicht sein. Und diese Punkte, glaube ich, sollten Sie bei der nächsten Budgeterstellung im wesentlichen berücksichtigen.

Ich darf auch noch einmal darauf hinweisen, daß Sie freundlicherweise mir ein Papier zukommen lassen mit der Prüfung der Mehrwertsteuer bei Leasing. Das Papier behandelt - und ich würde fast sagen, sicher vorsätzlich - nur Kindergärten und Spitäler, aber sicher nicht das Kulturhaus und das Festspielhaus und sicher nicht die Landeshauptstadt und sicher nicht die Investitionen, die über Leasing ablaufen, die nichts mit solchen Sozialeinrichtungen zu tun haben. Dort gilt das nämlich überhaupt nicht, was in dem Papier drinnen steht. Ich möchte daher nochmals davor warnen, daß das Hohe Haus Leasingverträge ohne schwerste Kontrolle und Limitierung zuläßt. Denn wenn der Weg so weitergeht, dann haben wir daneben Milliardenverschuldungen, die die Nachfolger dieser Regierung - und die wird es einmal geben - die die Nachfolger vollkommen handlungsunfähig machen. Weil sie überhaupt keinen Spielraum mehr haben mit freien Mitteln. Und das sollte nicht sein.

Wenn ich jetzt zu den einzelnen Punkten kurz noch Stellung nehmen kann, dann darf ich schon sagen, den EU-Beitritt habe ich schon erwähnt, der ist für uns nach wie vor positiv zu sehen. Und ich glaube, daß die Wirtschaftszahlen - und das wird der Herr Landesrat Gabmann bestätigen - dafür sprechen, daß hier viel mehr geschieht als wir immer wieder in den Schlagzeilen lesen vom Preisverfall bei den Bauern, der zugegebener-

maßen entsetzlich ist und der sicher Gegensteuerungsmaßnahmen auf EU-Ebene verlangt. Aber hier sind unsere Bauern Gottseidank nicht allein, sondern in der EU werden sie von ihren Kollegen ja massiv unterstützt. Irgendwo muß ein Weg gefunden werden.

Ich darf zur Wirtschaft sagen, daß es mich natürlich bedenklich stimmt, was auch schon zugegeben wurde vom Herrn Landesrat Mag. Freibauer, daß die Mittel reduziert wurden. Und es ergibt sich eben dann, daß man nur dort reduzieren kann, wo am wenigsten geschrien wird. Sie haben es selbst gesagt, die Wirtschaft sind die, die am wenigsten auf die Barrikaden gehen. Daher nehmen wir ihnen halt das weg. Man hat nicht den Mut, dort zu kürzen, wo es vielleicht Diskussionen gibt und wo im Vorhinein Gespräche zur Lösung erforderlich sind. Diese Wirtschaftsreduzierungen, die kann man im Kammerl machen, die kann man im Büro machen mit den Kollegen. Und dann steht das halt da und niemand wird jetzt schreien. Das ist keine Verantwortung.

Der Verkehr ist der nächste Punkt. Jeder kennt die Verkehrslawine, die vor uns steht. Jeder weiß, was sich abspielen wird durch die Gottseidank so positive Entwicklung in Tschechien, in der Slowakei, in den ehemaligen kommunistischen Ländern. Wir haben ein Feindbild verloren, ich wiederhole mich, die Grenzen sind gefallen, Niederösterreich ist ins Zentrum Europas gerückt. Und Niederösterreich ist eine der Weichen in dieser Verkehrsproblematik. Das stimmt uns sicher bedenklich, weil dadurch die Bevölkerung enormen Belastungen ausgesetzt wird. Auf der anderen Seite kann man mit reduzierten Budgets dagegen sicher nichts machen. Und es ist entsetzlich, wenn ich sehe, daß die Tschechen, die Slowaken Straßen, Brücken bauen bis zur Grenze - und dann ist Schluß. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Ich glaube, Herr Klubobmann, die Wege werden wir hier jetzt nicht finden, das maße ich mir nicht an. Aber auf der anderen Seite ist es so, daß bis zu 195 % Verkehrssteigerung vorhergesehen wird. Und da wird das Budget reduziert! Sicher ist es ein bißchen schizophran, wenn ich auf der einen Seite sage, Sie sollen sparen, auf der anderen sage ich, man soll mehr ausgeben. Aber es ist ja nicht immer das Geld, das die Lösung bringt. Es kann auch die Möglichkeit sein, daß man eben Wege und Mittel findet, um mit der EU gemeinsam das anzugehen.

Die Verwaltungsreform vermissen Sie total. Ich darf nur nochmals darauf hinweisen, daß man vielleicht auch hier mit deutschen Kollegen einmal reden sollte, wie die das Ding anpacken. Und das ist sicher nicht von der Hand zu weisen, daß neutrale Firmen, Gutachter hier bessere Wege finden als landeseigene oder sogar Beamte. Weil es ist nicht von der Hand zu weisen, daß man befangen ist, wenn man in einem Boot sitzt. Da schaukelt man nicht gern. Aber neutrale Gutachter können Wege aufzeigen, die ohne Schmerz vielleicht und ohne harte Maßnahmen einen Weg in die Zukunft bringen, der die Budgetsanierung, die Sie ja anstreben - und das spricht Ihnen niemand ab - durchführt.

Die Krankenhäuser habe ich schon erwähnt. In den Krankenhäusern ist sicher ein von uns schon lange Verlangtes das Zentralisieren, ein Management aufziehen. Und es ist eben auch die Verrechnung nach Leistung erforderlich. Ich glaube, daß auch hier das Unwesen der Kassen weg muß. Es kann nicht sein, daß die Krankenhäuser von 10, 15 verschiedenen Stellen finanziert werden. Hier sollte ein Zentralismus eingeführt werden, den sogar ein Liberaler sich zu verlangen traut. Und zwar ein Zentralismus, der die Möglichkeit gibt, die Landeskrankenhäuser, die Bundeskrankenhäuser, Gemeindefrankenhäuser in der Form zu koordinieren, daß die Bevölkerung nicht ständig damit konfrontiert wird, daß das System am Zusammenbruch ist. Das schafft Unruhe, das schafft auch Unbehagen. Die wesentlichste Sache, die wir haben, ist die Gesundheit. Wir werden auch sehen, wenn wir die Umweltdiskussion im Rahmen der Budgetdebatte führen, daß die Maßnahmen wirklich unzureichend sind. Wir haben Vorschläge, wir werden diese Vorschläge in den Detaildebatten einbringen.

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Schluß kommen und ich darf um eines ersuchen: Es wird jeder Redner, der hier herauskommt, seine Linie vertreten, so wie ich die meine. Das ist legitim, das ist der Sinn der Sache. Auf der anderen Seite glaube ich, daß man über eines nicht hinweggehen kann: Daß 117 Milliarden im Jahr 2005 zu viel sind. Daß die Zeit sich verändert, die Gesellschaft sich verändert und daher andere Maßnahmen als in der Vergangenheit für die Lösung erforderlich sind. Ein Rückgriff in die Kiste der Erfahrungen wird nicht viel helfen. Ich glaube, wir alle sind aufgerufen, den Mut zu haben, die Zukunft aufzunehmen und dort anzupacken, wie dies auch schon in anderen Ländern geschieht. Leider mit Streiks. Aber vielleicht nur deshalb mit Streiks, weil die Politiker zu lange nicht die Wahrheit gesagt haben und zu lange zu feige waren,

den Sparhandschuh aufzunehmen und sich mit der Materie in der Form zu beschäftigen, daß die Lösung dann am Tisch liegt mit Information und mit Handeln. Danke. *(Beifall bei LIF.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nun ein paar Worte zu den Vorrednern. Es freut uns natürlich, daß die selbsternannte einzige Opposition im Haus mittlerweile auch sich der Themen Leasing, Kulturbezirk annimmt. *(LR Blochberger: Ihr seid ja in der Regierung.)* Wir sind in der Regierung, das ist richtig. Aber der Herr Landesrat Blochberger hat sicher schon sehr oft erfahren, daß wir stark oppositionelle Züge haben und diese auch sehr stark vertreten. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich wundere mich nur nach den ernsthaften Worten des Herrn Landesrat Freibauer, der zur Sachlichkeit und weiß Gott was aufgerufen hat, über die ersten Wortmeldungen von seiten der ÖVP, die hier zumindest von der Regierungsbank her fallen. Herr Landesrat Freibauer! Sie haben heute aufgerufen zur sachlichen Diskussion. Sie haben auch dem Landtag viel Lob gespendet. Die Diskussion wird sicher auch von unserer Seite her sehr sachlich geführt werden. Wir werden viele Vorschläge einbringen. Nur, ich muß wieder vorwertschicken, wir haben oft ein Problem. Nämlich die verschiedene Sicht der Dinge. Und daher möchte ich schon vorausstellen: Wenn wir gewisse Dinge anders sehen, so heißt das noch lange nicht, daß die Dinge von uns unsachlich betrachtet werden. Ich gehe jetzt auf Ihr Motto ein zum Beispiel. Sie sagen, Sie haben alle Ihre Vorstellungen erfüllt, das Motto "Schwerpunkt Arbeitsplätze" beim Budget 1994 etwa. Sie haben schon recht, daß Niederösterreich in der Beschäftigungspolitik im Vergleich zu Österreich in der Gesamtzahl eigentlich ganz gut aussteigt. Nur - das haben wir voriges Jahr schon erwähnt - darf man bei Niederösterreich nicht außer acht lassen, daß bei uns - und die Arbeiterkammer weist das monatlich in den Berichten immer nach - der Ausländeranteil mehr steigt als der Inländeranteil. Und es daher bei uns durchaus Monate gibt, wo wir - ich sage das jetzt einmal bildlich, weil ich die Zahlen nicht mitgenommen habe - um 2000 Beschäftigte mehr haben, was aber bedeutet, 3000 Ausländer mehr und 1000 Österreicher weniger. Diese Monate gibt es. Man sollte bei dieser Betrachtung auch nicht außer acht lassen, daß wir

zur Zeit die höchste Arbeitslosigkeit haben bei den über Fünfzigjährigen. Ich glaube, wir liegen im vergangenen Monat bei zirka 24, 25 Prozent und liegen damit am höchsten von ganz Österreich. Also das soll man immer dazu sagen, wenn man die Arbeitsplatzsituation so gut heißt in dem Land.

Das nächste ist "Partnerschaft ist unser Weg". Ich habe mir da mehrere Argumente vorbereitet. Aber nachdem Sie selbst in Ihrer Rede gesagt haben, daß Ihnen im abgelaufenen Jahr mehrmals die Partner abhanden gekommen sind, so ist das Motto zumindest im Jahr 1995 nicht sehr erfolgreich durchgezogen worden. Und dann etwas, worin wir uns auch unterscheiden, schon von der Sicht her. Sie sagen, wir haben keinen Nachtrag beschlossen, weil alles durch Umschichtung finanziert werden konnte. Sie wissen aber ganz genau, daß ein wesentlicher Teil in diesem zweiten Anpassungsbudget Mehreinnahmen betraf. Und da hätten wir uns zum Beispiel vorstellen können, daß man Mehreinnahmen zur Budgetkonsolidierung herannimmt und nicht dort 'reinwirft, wo man dann sagt, wir haben keinen Nachtrag gemacht. Damit man ein bißchen die Verschiedenartigkeit die Sicht der Dinge auch hier aufzeigt.

Nun zum Budget: Ich glaube, es ist auch so, wie es der Kollege Ing. Dautzenberg gesagt hat, daß man sich schon sehr ernsthaft auseinandersetzen muß mit den steigenden Defiziten. Und auf alle Fälle sich nicht in Schönfärbereien ergehen darf, wie wir das im vergangenen Jahr des öfteren gehört haben, als es um den EU-Beitritt gegangen ist. Unser Landeshauptmann hat da immer sehr interessante Schlagworte geprägt, ich denke etwa an den "Feinkostladen Europas" und an die "Musterregion". Nun, im Jänner haben Sie möglicherweise zu Recht bei der EU-Debatte gesagt, es ist noch zu früh, um zu befinden. Am 29. Juni 1995 bei der EU-Anpassung hat man auch noch diskutieren können. Jetzt, ein Jahr nach dem EU-Beitritt, glaube ich schon, daß man zumindest ein Resumé ziehen kann und sich überlegen kann, ist das alles eingetroffen was uns versprochen wurde? "Feinkostladen Europas", so wurde es uns versprochen. Im Grünen Bericht bei der letzten Sitzung haben wir erfahren, daß wir zum Beispiel bei Wein wesentlich mehr importieren als exportieren. Wenn man in die Kaufhäuser geht, sieht man jetzt, daß es bei uns die feinsten Dinge aus dem Ausland gibt, aber daß es noch immer keine feinen österreichischen Produkte, nämlich in derselben Menge, im Ausland gibt.

Ich habe mir da eine Broschüre mitgenommen, weil sie so typisch ist. Und weil ich glaube, daß das ein Beginn ist, der uns schon auch mit Sorge erfüllen sollte. Wahrscheinlich haben das viele von Ihnen auch bekommen, ich weiß nicht, ob das landesweit verschickt worden ist. Und zwar ist das ein Feinkostladen in der Toskana, der eine ganz gezielte Werbung in Österreich macht. Und der uns zeigt, wie es gehen könnte, der sogenannte Ab-Hof-Verkauf mit allen Produkten. (*Abg. Gratzler hält Broschüre hoch.*) Da ist der komplette Kreislauf, von der Bestellung durch den österreichischen Haushalt per Fax bis dahin, daß die Leerflaschen vom italienischen Kleintransporter wieder abgeholt werden, enthalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das mag zwar jetzt für einzelne Abgeordnete unheimlich lustig sein und manchen gefallen, aber darin sehe ich die große Gefahr: Daß wir als Schlagwort sagen, wir werden der Feinkostladen Europas, doch wir werden sukzessive von den anderen EU-Staaten überschwemmt. Die haben die Chance ergriffen und die haben genau das gemacht, was wir immer befürchtet haben. Daß nämlich nicht wir urplötzlich die Erweiterung unseres Marktes nach außenhin sehen, sondern ganz im Gegenteil, daß wir der Markt für die anderen EU-Länder sein werden.

"Musterregion Niederösterreich" hat unser Landeshauptmann so gerne gesagt. Naja, die Musterregion sind wir insofern, weil wir brave Nettozahler sind und unseren Zahlungen sehr pünktlich nachkommen. Wenn man die Perspektive betrachtet, die uns der Herr Landeshauptmann in einem seiner letzten Pressedienste gibt, was kommt 'rein für uns: Das kann bis zum Jahr 1999 in eine Größenordnung von rund 1,7 Milliarden Schilling gehen. Eine ordentliche Stange Geld, erzählt uns der Herr Landeshauptmann, was wir bis 1999 von der EU bekommen werden. Jetzt wissen wir alle, weil wir ja am 29. Juni 1995 dabei waren, daß wir 1,37 Milliarden pro Jahr zahlen. Ich brauche das jetzt nicht zu multiplizieren, aber das ergibt ein Vielfaches von den 1,7 Milliarden, die wir als "Stange Geld" von Brüssel hereinbekommen. Und darin sehe ich eine große Gefahr, daß wir mit dieser Art der Politik alles schönfärben, daß wir so zufrieden sind, weil wir weniger bekommen als wir 'rausgeben. Wenn wir so zufrieden sind, daß unser Budgetdefizit noch nicht, ich weiß nicht, 120 oder mehr Milliarden beträgt wie beim Bund, sondern wesentlich weniger, aber auf der anderen Seite eine Entwicklung vor uns haben, die ganz einfach nicht akzeptierbar ist.

Der Herr Landeshauptmann sagt, 1,7 Milliarden kommen zurück. Ich habe anlässlich der EU-Ausschußveranstaltung anschließend Frau Dr. Schiel gefragt, ob es eine Zusammenschau gibt der Gelder, ob sie eine Zusammenschau jener Gelder, die von Brüssel 'reinkommen, hat. Der Herr Kollege Dr. Bauer schüttelt schon den Kopf, er weiß es auch mittlerweile: Die Zusammenschau gibt es nicht! Sie hat mir gesagt, sie könnte das vielleicht für uns besorgen, aber aus irgendwelchen Gründen kann sie es jetzt nicht mehr besorgen. Tatsache ist, daß wir diese Zahlen offensichtlich gar nicht besitzen. Zumindest nach Auskunft unseres EU-Verbindungsbüros. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Aber die Wirtschaftsdaten sprechen für sich, nicht?)* Ich bin schon neugierig auf die Wirtschaftsdaten. Die Insolvenzen in Niederösterreich und bundesweit sind auf alle Fälle auch nicht von schlechten Eltern.

Ich glaube, man muß die Entwicklung des Budgets, wie es vor uns liegt, wie es sich während der letzten Jahre gestaltet hat und in welche Richtung es gehen sollte, in der Generaldebatte schon sehr bewußt anschauen, um auch zu den richtigen Schlüssen zu kommen. Wir hatten im Jahr 1990 ein Defizit von zwei Milliarden, 1993 von drei Milliarden, 1995 bereits von 8,4 Milliarden, im Jahr 2000 werden es 15,4 Milliarden sein gemäß Budgetprognose, jener Leitlinien, die am 29. Juni 1995 beschlossen wurden. Und bei diesem Punkt muß ich einmal klipp und klar sagen, hier können und werden die Freiheitlichen nicht mitmachen, daß man sehenden Auges in eine bewußte Neuverschuldung geht und die Neuverschuldung auch noch festschreibt. Daher habe ich es überhaupt nicht verstanden, daß der Herr Kollege Ing. Dautzenberg hergeht, diese Budgetprognose sehr kritisch hier betrachtet, aber selber am 29. Juni 1995 genau dieser Prognose zugestimmt hat. Wir haben nämlich nicht zugestimmt, weil es meiner Meinung nach unseriös ist, auf der einen Seite von Konsolidierung und Sparen zu reden, auf der anderen Seite das Defizit für die nächsten Jahre schon um ein Vielfaches zu prognostizieren.

Herr Landesrat Freibauer, ich möchte Sie schon erinnern an einen Satz, den Sie voriges Jahr gesagt haben, der mir heuer im Budget ganz einfach fehlt. Sie haben nämlich voriges Jahr gesagt, es ist aus einer Reihe von Gründen einfach eine Notwendigkeit, diesen Vorgriff zu machen. Also der Vorgriff vom Budget 1995, wobei ich "Vorgriff" doppelt unterstreichen möchte, denn selbstverständlich muß das in den nächsten Jahren wieder eingebracht werden. Herr Landesrat!

Weder das heurige Budget noch die am 29. Juni beschlossene Budgetprognose läßt erkennen, daß dieser Vorgriff jemals wieder hereingebracht wird. Und das ist jene Politik, die wir ganz einfach ablehnen. Daß man zwischendurch so ganz locker sagt, wir werden schon, da werden wir ein bißchen sparen und dort werden wir sparen. Und das wird alles gar nicht so arg sein. Dabei gehen wir sehenden Auges genau jenen Weg, der - und ich glaube, das muß man schon auch so dramatisch sehen - auf Bundesebene zum Bruch der Koalition geführt hat. Daß man irgendwann erkannt hat, so geht es nicht weiter. Wie auch immer dann der Obmann Schüssel gesagt hat, er hat drei Jahre lang Schwindelbudgets beschlossen. Ich hoffe, daß das in diesem Haus nicht der Fall sein wird. Aber ich sehe, wenn man diese Prognosen einhält, geht man diesen Weg. Es fehlt mir ganz einfach der Spargedanke und die Spargesinnung. Denn, und das wurde schon richtig erwähnt, in vielen Bereichen finden wir einfach eine lineare Fortschreibung der Budgetposten vor, ohne daß man erkennt, daß irgendwo tatsächlich ein Sparwille vorhanden ist. Ich erinnere mich an die Debatten vor der Präsentation des Budgets. Jedes Landesregierungsmitglied hat gefeilscht um den eigenen Posten. Landesrat Blochberger hat sogar in Aussicht gestellt, daß er zurücktritt, wenn er sein Geld nicht bekommt. Das wäre wahrscheinlich eine erste sehr positive Einsparungsmaßnahme gewesen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber vom Gedanken her hat man erkennen können, daß die Spargesinnung fehlt. Die Spargesinnung hat ganz einfach in allen Bereichen gefehlt. Weil - und so sehen wir das - das Problem darin besteht, jeder will möglichst viel für sein Ressort herausholen. Und es gibt nicht jene Situation, daß sich alle zusammenfinden und sagen, wie kommen wir zu einem gemeinsamen Ziel, das heißt, 'runter von den Schulden. Ich könnte mir vorstellen, ein gemeinsames Ziel müßte heißen: Erster Schritt - keine Neuverschuldung; zweiter Schritt - Schuldenabbau. Das wäre Aufgabe der Landesregierung, in diese Richtung einmal sich das Ziel zu stecken bei einer Budgetverhandlung und dann auch danach zu handeln.

Wir haben uns daher überlegt, wie man dem ein bißchen nachhelfen kann. Und zwar nachhelfen insofern, daß man die Regierungsmitglieder auffordert, sich mehr Gedanken zu machen, was die kommenden Jahre bringen sollen. Nicht nur, daß man sich irgendein Zahlengerippe gibt, von dem man dann Abstriche macht oder nicht, sondern daß man sich überlegt für die Zukunft, was

werden die primären Vorhaben sein in der nächsten Zeit und sozusagen zum Budget dazu einen Vorhabensplan erstellt.

Und ich bringe daher folgenden Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Gratzler zur Vorlage der Landesregierung des Landes NÖ für das Jahr 1996 (LtG. 399/V-3) betreffend Erstellung eines Vorhabensberichtes zur Budgetprognose.

Der Landtag von NÖ hat in seiner Sitzung am 5.12.1994 im Rahmen der Budgetdebatte einen Resolutionsantrag zum Beschluß erhoben, der den Landesfinanzreferenten auffordert, neben der seit 1990 dem Landtag vorgelegten mittelfristigen Budget- und Finanzvorschau (für 10 Jahre) auch ein Budgetprogramm bzw. einen Vorschlag zur langfristigen Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung zwecks Konsolidierung des Landeshaushaltes und Sicherung der Gestaltungsspielräume in der Zukunft vorzulegen. Nun wäre es sinnvoll und angebracht, zusätzlich zur Budget- und Finanzvorschau und zum Budgetprogramm, welches gleichzeitig mit dem Rechnungsabschluß dem Landtag vorgelegt wird, auch einen detaillierten Vorhabensbericht beizulegen. Dieser Vorhabensbericht soll analog der Zeitspanne des Budgetprogrammes die wesentlichen Investitionsvorhaben, die Kosten sowie die budgetmäßige Bedeckung beinhalten. Dies wäre auch in Analogie zum Bund zu sehen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere der Herr Finanzlandesrat wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung zusätzlich zur Budget- und Finanzvorschau und dem Budgetprogramm einen Vorhabensbericht zur beabsichtigten Konsolidierung des Landeshaushaltes dem Landtag vorzulegen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie um Zustimmung zu dem Antrag, weil ich davon überzeugt bin, daß dieser Antrag sicher wieder ein wesentlicher Schritt dazu ist, bei der Konsolidierung wesentlich mitwirken zu können. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich darf daher zusammenfassend für meine Fraktion feststellen, uns geht es in erster Linie darum, das Budget wieder in den Griff zu bekom-

men. Das Verhandlungsziel für die Regierungsmitglieder insofern zu ändern, daß als Ziel vorne stehen muß, keine Neuverschuldung und als zweites Schuldenabbau, um somit auch den Sparwillen von oben her zu zeigen und auch durchzusetzen. Wir sind gerne bereit, hier mitzuarbeiten. Ich erinnere nur, wenn es um das Sparen ganz oben geht, daß unser Antrag auf Abschaffung der Politikerpensionen und -abfertigungen noch immer im Ausschuß liegt. Ich glaube auch, daß es unsere Aufgabe sein muß, jene Voraussetzungen zu schaffen, daß die Politiker, die nach uns kommen, nicht mehr nur damit beschäftigt sind, Schulden zu zahlen, sondern auch noch einen Spielraum haben, um dieses Land wirklich zu gestalten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde von Herrn Landesrat Mag. Freibauer ein Budget präsentiert, das man als Sparbudget bezeichnen kann und das in den wesentlichen Konturen dem Auftrag des Landtages entspricht. Ich möchte auf ein paar Positionen in seiner Rede eingehen: Was die Wirtschaft betrifft wurde schon von Kollegen Ing. Dautzenberg darauf hingewiesen, daß hier spürbare Kürzungen erfolgen und wir daher überlegen müssen, wie dennoch sozusagen die Wirtschaft insgesamt dadurch nicht reduziert wird, sondern das Wachstum gesichert ist. Was nun das Gesundheitswesen betrifft, das immer wieder angezogen wird mit diesem leistungsorientierten Verrechnungssystem, das ist etwas, was ja von allen gewollt ist und dessen Einführung schon lange versucht wird. Nur glaube ich, daß die Leistungsfähigkeit etwas überschätzt wird. Man glaubt nämlich, daß daraus dann keine Defizite mehr im Gesundheitswesen vorliegen. Diese sind lediglich sichtbar. Man muß sich im klaren darüber sein, daß es nicht das Allheilmittel der Sanierung an sich ist, sondern daß hier auch die Fragen der besseren Abstimmung, die Fragen der Investitionen, die Fragen der höheren Effizienz in diesem Leistungsangebot mitzudiskutieren sind und das nicht nur vom System allein abhängig ist.

Was nun den Begriff "Soziales" betrifft, so meine ich, daß ich als sehr, sehr positiv unterstütze, daß hier eine Steigerung von 4,88 % angesetzt wurde. Ich glaube tatsächlich, daß wir auch in den noch offenen Fragen der vorschulischen Erziehung uns auf einen vernünftigen Weg

in Niederösterreich einigen werden. Es ist nur so, daß gerade auf diesem Gebiet bei den Vorschlägen, die von Euch kommen ein bißchen die ideologische Brille hier schon sichtbar ist. Also etwa nach dem Motto, daß hier doch eine etwas einseitige Belastung einer breiten Bevölkerung zugunsten von Menschen, die sich das besser richten können - um das vorsichtig auszudrücken - vielleicht inkludiert ist.

Was nun die Kollegen Ing. Dautzenberg und auch Gratzler betrifft: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, wenn man immer wieder hört, wie wichtig es ist, daß gespart wird und so und wie wichtig dann die Vorschläge sind, die man dazu erwartet. Aber man wartet vergebens. Beim Kollegen Ing. Dautzenberg ist es mir so vorgekommen: Philosophisch betrachtet haben Sokrates und Platon sich sehr lange damit beschäftigt, wieso diese Schüler so gar nichts lernen wollen und wie schrecklich die Zukunft der Welt sein wird, weil doch die Schüler so wenig aufnehmen. In der Zwischenzeit muß man die Wissensexplosion seit Sokrates und Platon sehr wohl doch zur Kenntnis nehmen. Und ungefähr so kommen mir diese Prognostiker vor, die sich da festkrallen und der nächsten Generation so überhaupt keine Phantasie zubilligen, daß sie ihre Probleme lösen können wird.

Die Kunst der Politik, das Mögliche auch zu machen und umzusetzen, die werden auch andere beherrschen. Daher glaube ich, bei allem Sparwillen und bei allem Bekenntnis zu einer Ausgewogenheit des Sparens muß natürlich ein budgetärer Spielraum und eine politische Beweglichkeit erhalten bleiben. Weil, Freunde, das Schlimmste wäre natürlich, daß man sich so einengt durch einen Resolutionsantrag nach dem anderen, daß man das ganze Jahr eigentlich nur mehr feststellen kann und abhaken, ob schon das eine oder das andere angefangen oder beendet ist. Also, auf die Rolle des Buchhalters als Politiker würde ich mich nicht reduzieren lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In eine ähnliche Richtung geht ja auch der Antrag des Kollegen, der wird noch gestellt werden, er wurde vom Herrn Kollegen Böhm heute bereits in den Medien angekündigt. Er wird nämlich diesen Antrag einbringen, der auch in die Richtung geht, daß der Landtag sich möglichst binden soll und ja diese Verantwortung wahrnimmt. Ich glaube - das in Richtung ÖVP gerichtet - ich glaube, verantwortungsvolle Politik besteht darin, daß man solche Anträge eigentlich nicht braucht. Nämlich, daß man aus der Verantwortung heraus sehr wohl bei jedem Antrag, den man stellt, sich dessen bewußt wird, welche Konsequenzen er in der Umsetzung

bedeutet. Und das bedeutet für mich Freiheit in der politischen Bewegung und Entscheidung, aber Verantwortung gegenüber einer Gesamtentwicklung. Und da brauche ich die Aufforderung nicht, wie sie da drinnen steht, daß das Konsolidierungsprogramm nur dann möglich ist, wenn bei Anträgen auch gleichzeitig das Einsparungspotential angesagt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sozialdemokraten sind eben so verantwortungsvoll, daß sie, auch wenn sie in Niederösterreich in der Rolle des Zweiten sind, eine budgetäre Überforderung in all den Jahren überhaupt nicht betrieben haben.

Ganz anders könnte ich hier auf der Seite des Bundes auf jene verweisen, die es als eine gewisse Unerträglichkeit empfunden haben, die Rolle des Zweiten zu spielen. Und wenn der Herr Mag. Freibauer da immer meint, daß es so wichtig ist, die bundespolitischen Aspekte überhaupt nicht zu berühren - ich werde das in meiner Rede nicht tun, aber immer nur Appelle zu richten und anders zu agieren, das ist natürlich eine Strategie, die nur

wenig Anklang finden kann. Nämlich, sich hier herzustellen und zu sagen, hoffentlich hat das alles keinen Einfluß auf die Überlegungen, hoffentlich hat das alles keine Störeinflüsse von seiten der Bundespolitik auf unser Land. Ich habe schon einmal gesagt, es ist schon ein bißchen eigenartig, daß die einen klare Aussagen treffen, wie es nach dem 17. Dezember 1995 weitergehen soll und die anderen sich alles offen lassen. Es ist schon eigenartig, wenn die einen in einem Bundesland mit 19 Prozent immer wieder mit großer Selbstverständlichkeit den Landeshauptmann stellen, durch eine Koalition und gegen 45 Prozent der anderen. Es ist schon eine etwas, von meinem Verständnis her, eigenwillige Auffassung von Zusammenarbeit, wenn diese darin besteht, daß sich die ÖVP alles offenhält und von der SPÖ verlangt, daß sie hier ein guter Partner in der Umsetzung der Landespolitik sein möge. Und ich sage Euch, trotz dieser eher sehr schwierigen Einschätzung der ÖVP werden wir in Niederösterreich den Weg der Zusammenarbeit nicht verlassen! Sondern wir werden den Weg der Zusammenarbeit deshalb fortsetzen, weil wir überall dort zusammenarbeiten, wo das Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gewahrt bleibt und wo wir glauben, daß wir das zu tun dem Land gegenüber verpflichtet und schuldig sind. In diesem Sinne machen wir Politik, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nun einige Überlegungen zum Budget 1996 treffen. Ich habe schon gesagt, das Budget 1996 ist ein Sparbudget. Das zeigt sich am deutlichsten darin, daß sehr viele Voranschlagsstellen im Bereich des Sachaufwandes zum Teil empfindlich gekürzt wurden. Trotzdem ergibt sich bei Ausgaben von rund 48,6 Milliarden und - es wurde schon gesagt - Einnahmen von 40,9 Milliarden ein Bruttodefizit von 7,7 Milliarden Schilling. Und angezeigt wird, daß weitere Maßnahmen durchaus notwendig sind. Die immer höhere Verschuldung, insbesondere aber ein Schuldendienst in der Höhe von 3,4 Milliarden Schilling, und den muß man ja einbeziehen in diese Überlegungen, beinhalten natürlich die Gefahr des Verlustes der politischen Einflußfähigkeit. Nämlich dadurch, daß die Ausgaben im wesentlichen zu Pflichtausgaben werden - und das ist in einem hohen Maße gegeben - während die Einnahmen praktisch ausschließlich zweckgebunden sind und de facto nicht mehr zur freien Verfügung stehen. Das ist in einem sehr hohen Ausmaß schon gegeben. Wenn man nun bedenkt, daß die Ertragsanteile in Niederösterreich mit 14,2 Milliarden Schilling und der Kopfquotenausgleich von 382 Millionen sowie die

137 Millionen Verwaltungsabgaben die wichtigsten und damit größten Einnahmenpositionen zur Deckung sind, so erkennt man, daß zum Beispiel allein die Verwaltung mit 15,5 Milliarden Schilling zu Buche schlägt, was bedeutet, daß auch hier natürlich über Strukturänderungen nachgedacht werden muß. Kürzungen von 2 Millionen, 5 Millionen und auch um 20 Millionen bei verschiedenen Voranschlagsstellen sind richtig und nützlich zur Vermeidung eines noch höheren Abganges. Doch müßte grundsätzlich die gesamte Haushaltsstruktur neu überdacht werden. Das ist eine Auffassung, die auch schon Vorredner von mir geäußert haben.

Wie schon erwähnt sind wesentliche Teile der Einnahmen fremdbestimmt und können durch den Landtag überhaupt nicht oder nur in geringem Ausmaß beeinflußt werden. Weitere wesentliche Teile wie die Wohnbauförderung, die Bedarfszuweisung, wie Heimbeiträge und de facto auch die Lehrgelöhner sind ja bekannterweise zweckgebunden. Der NÖ Landtag wird sich daher auch überlegen müssen, und da meine ich, daß man hier einen neuen Weg durchaus vorsichtig beschreiten wird müssen, über weitere Bereiche der Eröffnung von Finanzierungen nachzudenken. Wie wir das zum Beispiel in der Frage der "Mastensteuer" gemacht haben, wo wir bundesmäßig ja nicht entsprechend durchgekommen sind.

Ich habe bereits gesagt, daß die ÖVP einen Resolutionsantrag einbringen wird. Ich muß hier klarstellen, daß dieser Antrag von uns aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt wird, daß aber diese Ablehnung nicht bedeutet, daß wir uns nicht dem Spargedanken verpflichtet fühlen. Sparen muß aber sozial verträglich und mit Augenmaß erfolgen, was auch die bundespolitische Debatte sehr deutlich zum Ausdruck bringt.

Ein Aspekt noch: In Zeiten einer Krise darf die Bauwirtschaft als wichtiger Wirtschaftszweig nicht durch Mangel an öffentlichen Aufträgen kaputtgespart werden. Und das heißt für uns, daß zum Beispiel die Wohnbauförderung, und darauf sind wir, glaube ich, alle stolz, daß diese nicht gekürzt wurde, da das ein wesentlicher Motor dieser Bauwirtschaft ist. Daß aber auch andere Bereiche der öffentlichen Hand durchaus Aufträge für diesen Sektor vergeben müssen. Und das ja nicht nur, weil man jetzt Arbeitsplätze natürlich im Auge hat, sondern weil wir auch noch, wie das ja in den Analysen zum Ausdruck kommt, diese Infrastrukturverbesserungen brauchen für unser

Land. Und daher müssen hier durchaus weiter auch Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auf der anderen Seite ist sehr wohl zu überlegen, ob jede Annehmlichkeit, jeder Luxus auch durch öffentliche Unterstützung gewährleistet werden soll. Wir haben sicher Kulturaufgaben zu erfüllen und müssen überlegen, ob nicht in der einen oder anderen Aktion auch gewisse Einsparungspotentiale gegeben sind. Und ob nicht gerade in einer Zeit, in der alle vom Sparen reden, neue Defizitbringer um jeden Preis neu geschaffen bzw. sagen wir, überlegt werden müssen.

Wir werden daher in vielen Bereichen diese Diskussion nicht nur auf einzelne Ressorts und Bereiche über neue Ansätze zu führen haben, sondern schon eine grundsätzliche Diskussion, die da reicht von Einsparungen in den Ressorts, aber auch Erhöhung von Fördereffizienz in den einzelnen Bereichen, ohne daß die Qualität darunter wirklich leidet. Und ich glaube, die Anmerkung ist wichtig, weil ich hier in einer sehr klaren Stellungnahme in einer der letzten Sitzungen zur Landwirtschaft gesagt habe, wir haben diese Vertragstreue, aber wir werden über neue Ansätze hinsichtlich neuer sozialer Erfordernisse und höherer Fördereffizienz sehr wohl auch nachzudenken haben. Und wir werden schließlich auch überlegen müssen, in Übereinstimmung mit dem Bund, inwieweit nicht auch im Dienstrecht Änderungen vorzunehmen sind, welche die wohlverworbenen Rechte wahren, die Lebensverdienstsumme gleich halten, aber die Steigerungsautomatik einbremsen. Ich glaube, das ist ein Grundsatz, den man heute in vielen Diskussionen erkennen kann. In anderen Bereichen wie etwa bei den Österreichischen Bundesbahnen sind diese Überlegungen ja zu einem hohen Maß bereits umgesetzt worden.

Die SPÖ hat in der Regierung dem Voranschlag 1996 zugestimmt. Die SPÖ wird auf Landtagesebene in Wahrung des Budgetrechtes des Landtages sich bemühen, für die Zukunft Alternativen und Möglichkeiten für Strukturänderungen aufzuzeigen. Sie wird auch in ihren Antragstellungen gesellschaftliche und wirtschaftliche Anliegen mit dem notwendigen Kostenbewußtsein verbinden, vor allem aber auch auf die schwierige Situation der Gemeinden Bedacht nehmen. Insgesamt werden wir aber dem Voranschlag 1996 zustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie rasch sich zum Beispiel unsere Auffassungen, für die wir eintreten, dann zu einem großen Erfolg der Landespolitik "herausmauern" - zuerst wurde ja

das angezweifelt - sieht man zum Beispiel bei der Landesumlage. Es gibt heute niemanden, der nicht froh darüber ist, daß die Gemeinden diese Mittel haben und diese Mittel sehr wirksam einsetzen können. Wir reden heute von den 600 Millionen, die erfreulicherweise den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Herr Landeshauptmann Dr. Pröll hat als erste Reaktion seinerzeit in der Werdung dieses Antrages und der Beschlußfassung eine andere Position eingenommen, aber nach der Abstimmung in den Medien, vor allem in der Gemeindezeitung der ÖVP, mit großem "Victory"-Zeichen gezeigt, wie es zu diesem Jahrhundertbeschluß letztlich gekommen ist. Und hat ausgeführt, wie wichtig es ist, daß die Gemeinden endlich das Geld bekommen haben, das ihnen ohnehin schon lange zusteht.

Nun, in diesem Sinne werden wir unsere Verantwortung auch in Zukunft sehr klar wahrnehmen. Und wir werden Dinge, von denen wir überzeugt sind und wofür wir kämpfen auch in Zukunft einbringen und kämpfen, ohne daß unsere Forderung für das Budget als eine Überforderung hingestellt werden kann. Weil wir letztlich natürlich auch wissen, daß Niederösterreich ein Budget braucht, das einen Spielraum hat, um in Zeiten, in denen es schwieriger ist, vernünftige Reaktionen auch zu ermöglichen, wie das auch für das Bundesbudget eine absolute Forderung ist.

Ich möchte mich heute mit einem Beitrag beschäftigen, etwas losgelöst vom Budget und von den Tönen, die jetzt noch kommen werden, wie gut dieses Budget ist und wie "klaß" alles in Niederösterreich läuft. Das weiß ich schon, daß das alles kommen wird. Ich möchte mich etwas kritischer mit dem Standort Niederösterreich beschäftigen. Ich weiß, daß Niederösterreich das Agrarland Nummer 1 ist, daß es ein Tourismusland ist, aber ich möchte auch einmal herausstreichen, daß Niederösterreich nicht nur ein Agrarland ist, nicht nur ein Tourismusland ist, sondern vor allem ein Land der Arbeitnehmer ist, in dem über 500.000 beschäftigt sind. Wo man aber gerade in diesen Bereichen der Wirtschaft, die sehr gut in den letzten Jahren sich entwickelt haben, auch Schwächen erkennt. Und gegen diese Schwächen in unserer Wirtschaft muß gekämpft werden, weil wir sonst vielleicht Gefahr laufen, in der Nichte

kennung dieser Schwächen und infolge der Jubelmeldungen mehr zu verlieren als notwendig ist. Und daher möchte ich mich einmal mit Niederösterreich als Wirtschafts- und Lebensstandort im neuen Europa auseinandersetzen. Wir glauben, daß das eben notwendig ist, weil in Wirklichkeit es davon abhängen wird, ob unser Wohlstand zu halten sein wird. Diese Wirtschaft ist der Bereich, der für den Wohlstand in einem hohen Maße eben verantwortlich zeichnet. Und der letztlich auch die soziale Sicherheit finanzieren muß und der daher auch erfordert, daß man in diesem neuen Europa der Regionen sich selbstbewußt positionieren muß. Die geänderten Rahmenbedingungen durch die Europäische Union und die Ostöffnung erfordern es, daß wir uns einmal hier mit diesen Rahmenbedingungen sehr grundsätzlich auseinandersetzen. Die zunehmende Öffnung und Integration auf der einen Seite gegenüber der Europäischen Union bzw. Osteuropa erfordert, daß wir uns einmal bewußt werden, mit welchen neuen Bedingungen des Wettbewerbes wir uns überhaupt auseinandersetzen haben, und welche Faktoren für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein werden. Es wurde bereits ausgeführt, daß Niederösterreich geographisch im Mittelpunkt dieser Entwicklung liegt. Aber das allein genügt ja nicht, daß man nur im Mittelpunkt liegt. Sondern man muß ja diesen Mittelpunkt auch zum Mittelpunkt werden lassen durch eine aktive Landespolitik und durch entsprechende Anpassung der Rahmenbedingungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bereits ausgeführt, daß die Wirtschaftsdaten 1995 weitgehend zufriedenstellend ausfallen werden. Der Aufschwung hält, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, weiter an. Motor dieser Entwicklung ist, so wie in der Vergangenheit auch, die Industrie, die sich zur Konjunkturlokomotive entwickelt hat. Die Exporte entwickeln sich ebenfalls als Ergebnis des EU-Beitrittes positiv und auch die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen verstärkt diese Tendenz. Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die jüngsten Meldungen über die künftige Konjunktur doch auch etwas mit Vorsicht, aber mit großer Aufmerksamkeit aufzunehmen. Das Konjunkturbarometer zeigt auf veränderlich, darin, glaube ich, sind wir uns in der Beurteilung einig, und es sind auch Stagnationstendenzen spürbar.

Die Wirtschaftsentwicklung in Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist davon in manchen Bereichen überdurchschnittlich betroffen. Und ich möchte meinen, daß zwar die räumliche Nähe zu den neuen Demokratien in

Ost- und Mitteleuropa eine Korrektur zur traditionell niedrigen Exportneigung der Unternehmen gebracht hat, gleichzeitig aber dazu führt, daß es zu vielen Auslagerungen lohnkostenintensiver Produktionen in diese Billiglohnländer kommt. Ein Umstand, der besonders in manchen Bereichen, wie zum Beispiel der Textilindustrie, weiter zu Arbeitsplatzverlusten führt. Die durch den Preiswettbewerb unter Druck geratene Nahrungsmittelindustrie ist ebenfalls nicht mehr zu übersehen. Und insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist daher auch ein Rückgang der Beschäftigten in der Industrie weiter zu erwarten. Das kann nicht einfach so als Diagnose stehenbleiben. Sondern ich glaube, wir müssen davon ausgehen, daß der Anpassungsprozeß der NÖ Wirtschaft, der gelaufen ist und der feststellbar ist, auch mit negativen Begleiterscheinungen konfrontiert ist. Ich möchte es einmal so ausdrücken: Wir stehen vor der Tatsache, daß der Rationalisierungsdruck auf die Unternehmen infolge erhöhter Wettbewerbsbedingungen und fortschreitender Deregulierung weiter zunimmt und daher auch zur Entlassung führt. Es sind, und das sagte ich bereits, die lohnkostenintensiven Branchen und jene mit vergleichbar niedrigem technologischen Niveau betroffen. Ich komme dann auf diese Technologie noch zurück, weil ich glaube, daß das ein Bereich ist, der auch in Niederösterreich einen zu geringen Stellenwert hat. Insolvenzrekorde wurden bereits angeführt; ich möchte meinen, daß der Standortwettbewerb in Industrieinvestitionen auch immer heftiger wird. Und das bedeutet, daß wir international gesehen selbstverständlich auch unsere Ansiedlungspolitik vielmehr verstärken müssen und besser abstimmen müssen. Und dazu ist gerade diese künftige Zusammenarbeit mit den österreichischen Agenturen und auch den eigenen regionalen Agenturen sehr, sehr wichtig und zu verbessern.

Das gestiegene Verkehrsaufkommen in unserem Bundesland zeigt sehr deutlich die Grenzen unserer Infrastruktur auf. Das werde ich auch später noch als einen wettbewerbshemmenden Faktor klassifizieren. Die Strukturdefizite der NÖ Wirtschaft lassen sich vor allem auf drei Gebiete zurückführen. Nämlich einerseits eine sehr geringe Innovationsfreudigkeit. In allen Studien zeigt sich, daß in Niederösterreich die Qualität der Innovation aber auch die Innovation selbst zu gering ist - vielleicht bei den Prozeßinnovationen etwas günstiger liegt, aber im Prinzip zu gering ist. Das betrifft die Innovationsfähigkeit. Wenn man diese Aussage trifft, muß man das auch untermauern: Es zeigt sich, daß die Förderaktionen des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft von niederösterreichischen Firmen tatsäch-

lich nur in sehr geringem Ausmaß beansprucht werden. So zeigt sich zum Beispiel, daß nur 7 Prozent der Fondsmittel unter dem Titel Forschungsförderung von Unternehmen an uns in Niederösterreich fließen. Und 7 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für das Industrieland Nummer 1 sicher zu wenig. Da muß eine stärkere Bereitschaft zur Beanspruchung dieser Mittel erfolgen.

Auch bei den ERP-Technologiekrediten liegt Niederösterreich nur bei 8 Prozent. Das ist eigentlich besorgniserregend, weil ich glaube, daß diese Nichtnachfrage nach Krediten, sei es im Forschungsförderungsfonds, sei es auch in den ERP-Technologiekrediten, sehr deutlich einfach etwas ausdrückt. Nämlich vielleicht eine gewisse Haltung, vielleicht auch aber Strukturprobleme in der Größenordnung der Wirtschaft selbst, was man ja auch berücksichtigen muß. Und selbst dort, wo typischerweise klein- und mittelbetriebliche Förderungen der Bürges Förderungsbank zum Tragen kommen, beträgt der Anteil Niederösterreichs nur 10 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch dort, wo sozusagen diese klein- und mittelständische Struktur man erwartet, daß dort daher eine größere Nachfrage erfolgte, auch dort hat Niederösterreich nur 10 Prozent Anteil an diesen Aktionen. Und ich sage dazu, das in Relation zu mehr als 16 Prozent Beitrag Niederösterreichs am Bruttoinlandsprodukt. Also hier ist einfach ein hoher BIP-Beitrag auf der einen Seite und nur eine geringe Beanspruchung der Mittel auf der anderen Seite spürbar.

Ich habe schon gesagt, die Innovationskraft, die meiner Auffassung nach doch zu gering ist, liegt sicher auch begründet in der Größenstruktur der Unternehmen. 80 Prozent der Unternehmen beschäftigen nämlich weniger als 100 Mitarbeiter. Und die gesamte Industrie weist im nationalen und ausgewählten westeuropäischen Vergleich zudem einen auffallend geringen Anteil an höher ausgebildeten Mitarbeitern auf. Das muß man ganz nüchtern einmal analysieren. Die Herausforderung für die Politik in unserem Bundesland lautet daher für mich in einer Phase politisch schwieriger werdender Zeiten, eine Gesamtstrategie für unser Bundesland etwa so zu formulieren: Die Sorgen der Unternehmer und Mitarbeiter, die um ihre Betriebsstandorte bangen, müssen ernster genommen werden. Die Sorgen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die Angst haben, ihren Job zu verlieren, müssen immer offene Türen finden. Und die Sorge der Pensionisten um die Finanzierbarkeit ihrer Pensionen muß diesen durch eine klare Entscheidung genommen werden. Die Sorge der

Kranken um medizinische Versorgung muß ebenfalls eine klare Antwort bekommen, ebenso wie die Sorgen der Arbeitslosen, einen neuen Job zu finden. Und die Sorgen der Jugend, nach ihrer Ausbildung einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, müssen in ein verbessertes Angebot an die Jugend führen. Daher glaube ich, daß gerade in einer Zeit der Polarisierung unserer Gesellschaft dieser Umgang, dieser neue Umgang mit den Bürgern eine der wesentlichen Voraussetzungen für dieses Klima, das wir zur Problemlösung brauchen, ist. Und daß wir daher dieses Klima verbessern müssen. Ich warne davor, daß manche Polarisierungen, die man spürt, die stattfinden, daß diese weiter betrieben und getrieben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube auch, daß es die große Aufgabe von uns sein wird, die Politik der Sicherung von Beschäftigungschancen sehr offensiv zu betreiben. Und es geht mir dabei um ein Prinzip, nämlich um das Prinzip des Anspruches auf Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist etwas, was wir immer verlangt haben. Aber es sollte einmal ein formuliertes politisches Ziel sein, das Recht bzw. der Anspruch auf Arbeit. Zu dem sollten wir uns alle gemeinsam bekennen! Nicht diese Debatte führen, ob diese nun Schmarotzer oder anderes und über den Mißbrauch und so. Sondern das Recht auf Arbeit oder der Anspruch auf Arbeit soll unsere politische Zielsetzung sein. Weil arbeitslos ist man nicht wegen Arbeitsunlust, sondern weil Unternehmen rationalisieren, weil Betriebe abwandern oder weil Unternehmen insolvent werden. Nicht aus Lust sozusagen am Nichtarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel einer Beschäftigungspolitik muß es daher sein, die Arbeitslosigkeit möglichst gering zu halten. Die Politik muß bei den Risiken des Arbeitsmarktes ansetzen und versuchen, diese durch entsprechende Absicherungsangebote zu minimieren. Was ich dabei meine ist, daß die, die dieses Risiko ja haben, unterstützt werden müssen. Das Risiko zum Beispiel, daß mit den erworbenen Qualifikationen nicht die Arbeit abgesichert oder der Arbeitsplatz abgesichert werden kann. Das Risiko, durch billigere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Und Herr Kollege Gratzner hat es bereits ausgeführt, in der Tat ist Niederösterreich bei den Arbeitslosen über 50 Jahre bzw. von 50 bis 55 über dem Bundesdurchschnitt und bei den Arbeitslosen von 55 bis 60 Jahren weit über dem Bundesdurchschnitt betroffen. Bei den 55- bis 60-Jährigen liegen wir nämlich fast um ein Drittel höher als auf Bundesebene. Meine sehr geehrten

Damen und Herren, das ist ein Signal für uns! Das ist etwas, was man nicht abtun kann so wie man das versucht, durch irgendwelche neuen Pensionistensteuern oder so etwas, das ohnehin nicht durchgesetzt werden kann dank der Sozialdemokratie. Denn in Niederösterreich hätte zum Beispiel diese Forderung gar nicht erhoben werden dürfen. Und wenn ein Minister Ditz, der Spitzenkandidat der ÖVP ist, nachgeschaut hätte, daß wir bei den 50- bis 55-Jährigen deutlich darüber liegen, aber von 55 bis 60 sehr deutlich darüber liegen, dann müßte zumindest die Aussage, wenn schon vielleicht nicht das Gedankengut korrigiert wird, aber die Aussage zumindest schon sehr viel vorsichtiger ausfallen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich glaube auch, daß das Risiko der älteren Arbeitnehmer, durch jüngere ersetzt zu werden, genauso gilt wie die Frage des Ersatzes von Inländern durch Ausländer. Man muß das ansprechen. Auch da ist in Niederösterreich eine sehr deutliche Tendenz erkennbar, daß nämlich freierwerdende inländische, freigesetzte inländische Arbeitskräfte durch billigere ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden. Und da gibt es dann wieder Sinn sozusagen, wenn man liest, wie sehr die NÖ Wirtschaft nach einem höheren Kontingent verlangt. Weil nämlich hier in der offiziellen Statistik sehr deutlich gezeigt wird, daß inländische Arbeitskräfte in Niederösterreich stärker durch billigere ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden. Und ich sage das deshalb und ich getraue mich das deshalb zu sagen, weil ich unverdächtig bin, daß ich hier zwischen Ausländer und Inländer unterscheide. Aber weil ich auch mit aller Vehemenz dagegen kämpfe, daß inländische Arbeitskräfte freigesetzt werden, um eine billigere Arbeitskraft hier hereinzunehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)*

Und ich glaube tatsächlich, daß unsere Position daher sein muß, gleiche Lohnbedingungen für In- und Ausländer. Das muß die Antwort sein! Gleiche Lohnbedingungen für In- und Ausländer. Dann ist diese Tendenz schon einmal weg, die da zum Vorschein kommt. Ein Überdenken auch - und das sage ich sehr kritisch - kollektivvertraglicher Automatismen, die letztlich zu höheren Arbeitsmarktrisiken für ältere Arbeitnehmer führen. Auch darüber muß man nachdenken, das richtet sich an alle, auch an uns selber, um das klarzustellen. Denn durch einen Automatismus gefährde ich unter Umständen hier diese Beschäftigung, diese Lebenszeitbeschäftigung. Da muß man Maßnahmen setzen und einen vernünftigen Weg eben finden.

Das dritte, die Ausbildungsoffensive zur Erhöhung der Arbeitsmarktchancen. In der Tat, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Offensive für Arbeitsmarktchancen muß man eröffnen, weil die Technologie in einer derartigen Rasanz sich verändert, daß man aus dem heraus, aus dem statischen Verhalten heraus natürlich eine hohe Bedrohung seines Arbeitsplatzes erkennen muß. Daher hat ein Ausbau des Angebotes an entsprechenden Ausbildungsstätten bis hin zu den Fachhochschulen und hat auch eine Überarbeitung des Konzeptes der Lehrlingsausbildung zu erfolgen. Und ich glaube, daß vor allem auch die jungen Menschen dieses laufende Lernen, dieses laufende Anpassen als eine Chance für die Zukunft erkennen. Und den Älteren muß bei diesem Prozeß ein großes Maß an Unterstützung gewährt werden und gegeben werden.

Und wir müssen auch feststellen, daß die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Niederösterreich - und in den Bezirken wissen wir das ganz genau - zunimmt. Und es sind dies in erster Linie wieder ältere, beruflich wenig qualifizierte Menschen. Wobei der Begriff "älter", meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man die Statistik anschaut, schon etwa mit 45 Jahren beginnt. Also wir reden gar nicht von den 55-Jährigen jetzt, was den Begriff "älter" betrifft und das Qualifikationsanfordernis. Sondern wir reden hier bereits von der Altersschicht etwa um die 45 Jahre. Und das bedeutet, daß hier bei den Männern noch ein 15-jähriger Arbeitseinsatz erforderlich ist und daher in dieser ganzen Frage der Nachqualifikation von entscheidender Bedeutung sein wird, ob wir hier eine befriedigende Lösung finden oder ob da viele Menschen in eine Randgruppe abgleiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es genügt daher nicht nur, um das deutlich zu sagen, die finanziellen Voraussetzungen zu erfüllen, sondern ich glaube, daß es neuer Betreuungsmodelle bedarf, daß diese Menschen eben einbezogen werden und nicht in die Randgruppe abgedrängt werden. Das ist für mich ein sehr entscheidender Ansatz. Und ich glaube, daß daher das Arbeitsmarktservice hier eine große Aufgabe hat und neu initiativ werden soll. Und daß man das nicht, wie das in der Vergangenheit der Fall war, immer so abwertet, diese Aktionen oder diese Maßnahmen für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Das ist ein schwieriger Prozeß, aber ein notwendiger. Denn das Abgleiten in die Randgruppe bedeutet ja letztlich Entstehen eines Aggressionspotentials und die Gefährdung eines gesellschaftlichen Gesamtsystems. Das muß man unter diesem Aspekt auch ganz klar sehen.

Ich möchte noch folgendes Motto ausführen: Der Mensch zuerst unter Einsatz für eine gesunde Wirtschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns dessen bewußt, daß unser Grundprinzip, "der Mensch zuerst" natürlich auf der Basis einer gesunden Wirtschaft besser umgesetzt werden kann, um das ganz deutlich zu sagen. Die politischen Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes und damit auch des Lebensstandortes Niederösterreich sind vielfältig. Die Maßnahmen reichen von Infrastrukturinvestitionen und wirtschaftsfördernden Maßnahmen, Schulung und Ausbildung bis hin zur Vereinfachung und Serviceorientierung der Verwaltung und zum Kultur- und Freizeitangebot. Vor allem müssen wir aber verlässliche Rahmenbedingungen liefern.

Und jetzt zur Strategie der Regionalisierung, weil ich glaube, daß das ungemein wichtig ist. Nämlich die Regionalisierung verstanden als eine Strategie und die Arbeit an konkreten Projekten. Das beginnt bei der Gestaltung einer lebenswerten Gemeinde und Region über den Ausbau der Infrastruktur - darauf werde ich noch zurückkommen - über den Umweltschutzbereich bis hin zum Aufbau von Sozialzentren und Sozialstationen, ja bis zur Mitarbeit an den Programmplanungsdokumenten für Brüssel. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Niederösterreich rund 20 Prozent in den Fördergebieten Ziel 2 und Ziel 5b. Es wurde kritisch da angemerkt, daß das Geld mühsam zurückfließe. Wenn es auch mühsam ist, so müssen wir alles tun, damit wir dieses Geld zurückbekommen. Der Herr Abgeordnete Gratzler hat gemeint, da schicken wir zuerst Geld hinüber und dann freuen wir uns, wenn wir etwas zurückbekommen. Die Nettozahlungsverpflichtung, die haben wir auf jeden Fall. Es ist daher alles zu tun - und da bin ich mit Landesrat Mag. Freibauer eines Sinnes - alles zu tun, daß diese Mittel in einem hohen Maße wieder zurückfließen. Und nicht so, daß die Nettozahlung geleistet wird und weil die Niederösterreicher keine Projekte rechtzeitig einreichen, kommt dann nichts zurück. Das wäre der noch schlechtere Schluß. Wobei ich sage, daß wir uns ja hier nichts vorzuwerfen haben. Ich glaube, daß das wirklich in einem vernünftigen Ausmaß passiert. Es muß natürlich auch eine gewisse Lehrzeit und Lernphase einkalkuliert werden bei all diesen Vorgängen. Das muß man auch berücksichtigen.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen, um unseren Lebens- und Wirtschaftsstandort Niederösterreich besser zu gestalten und attraktiver zu machen, davon bin ich überzeugt, muß die Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes

und der entsprechenden Infrastruktur sein. Und dazu gehört eben die Verbesserung des Regionalverkehrsangebotes und endlich einmal auch eine Fixierung und nicht die Unsicherheit in den Regionen. Dazu gehört der weitere Ausbau der Park-and-ride-Anlagen, die Verkehrsfrequenz wie auch die Schnellbahnverbindungen, um nur einiges zu nennen. Und der Ausbau von Schiene und Straße auch in Richtung der angrenzenden osteuropäischen Staaten. Denn es genügt nicht nur, wenn wir auf unserem Hoheitsgebiet immer die Maßnahmen setzen und dann überall 50 Kilometer oder 100 Kilometer von einem internationalen Netz uns fernhalten. Das muß mitentwickelt und mitaufgebaut werden. Die Anbindung von Industrieunternehmen an das Bahnnetz wird in Zukunft ein entscheidender Wirtschaftsvorteil sein für die jeweiligen Unternehmen.

Ich habe hier eine Studie aus dem Jahr 1995, ich möchte die wirklich nur ganz kurz zitieren. Es geht um die Frage der Attraktivität der Standorte und der Regionen. Das war die IWI-Studie aus dem Jahr 1995. Da zeigt sich sehr deutlich, daß Wien-Umland die höchste Attraktivität hat, aber es wurde auch festgestellt, daß der entscheidende Standortvorteil die gute Infrastruktur, das Verkehrssystem ist und die Nähe zu Universitäts-, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen. Das ist einmal dieser große Vorteil. Für das Wald- und Weinviertel ist als Gesamtstandortnachteil die Verkehrsinfrastruktur genannt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da kann man noch so lange diskutieren, bei dieser Infrastruktur, die das Wald- und Weinviertel bietet, wirst du wenig Bereitschaft finden, hier wirklich Investoren internationaler Größenordnung nach Niederösterreich und in diese Regionen zu bringen.

Das ist eine Studie, die das einmal objektiv darstellt. Ich zitiere gerade das Wald- und Weinviertel jetzt. Infolge zahlreicher Standortschwächen schneidet das Wald- und Weinviertel bei der Standortbeurteilung am ungünstigsten ab. Die besonderen Standortnachteile sind die periphere Lage zu den Zentralräumen und hochrangigen Verkehrswegen, fehlende Agglomerationen und zu wenig differenzierte Arbeitsmärkte. Aber deutlich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Verkehrsnachteil. Und wir müssen feststellen - das ist auch wichtig - daß 15 Prozent der industriell-gewerblichen Arbeitsplätze in dieser Region durch die Ostöffnung akut gefährdet sind. Weil natürlich der Standortvorteil Niederösterreichs im Wald- und Weinviertel lange Zeit darin bestanden hat, günstigere und billigere

Arbeitskräfte als Standortfaktor anzubieten. Dieser Standortvorteil ist weggefallen, ohne daß andere Standortvorteile nämlich hinzugekommen sind. Und daher sage ich das mit aller Deutlichkeit: Wenn es uns hier nicht gelingt, diese Verkehrsinfrastruktur, diese Gesamtinfrastruktur - dazu gehört auch die Kommunikationstechnik usw., einfach Infrastruktur im weitesten Sinne - zu verbessern, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann brauchen wir nicht darüber nachdenken, ob wir etwa durch die Öffnung mehr Arbeitsplätze bekommen. Sondern wir werden dort förmlich ein "Ausrinnen" der Arbeitsplätze haben und feststellen müssen - und wir haben ja auch die Anzeichen dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren -, daß halt der eine oder andere Betrieb den Standortvorteil der Reformländer nützend dann unsere Arbeitsplätze gefährdet. Und ich sage dazu, dieser Prozeß ist nicht zu stoppen, aber ein anderer ist einzuleiten. Nämlich so attraktiv zu sein, daß neue Arbeitsplätze mit einem höheren Wertschöpfungsanteil entstehen. In Niederösterreich-Süd oder im Wiener Becken wird dazu festgestellt, daß der Standortvorteil zum Beispiel eben in der günstigen Verkehrslage nach Ost- und Südeuropa gelegen ist. Also ist wieder die Verkehrsinfrastruktur ein sehr wichtiger Bereich.

Wenn ich den niederösterreichischen Kernraum, die Zentralregion Niederösterreichs, St. Pölten - Krems - Tulln, betrachte, was wird hier angeführt als Vorteil? Wieder die verkehrsgünstige Lage zur Westbahn, Westautobahn und zur Donau. Also alles infrastrukturelle Vorteile, die das Wald- und Weinviertel einfach bei der Politik, die da betrieben wird, nicht hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und der Süd-West-Raum inklusive Amstetten? Auch hier wieder die Nähe zu großen Wirtschaftsräumen, zum süddeutschen Wirtschaftsraum, mit hervorragender Verkehrsanbindung. Ich würde daher meinen, daß auch unter diesem Aspekt die Diskussion über Straßen, über Schiene und über sonstige Infrastrukturmaßnahmen ein bißchen offener auch in den Regionen geführt werden muß, und nicht nur im Sinne der Verhinderung die Diskussion eingeleitet wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte auf noch etwas verweisen, weil ich glaube, daß vielleicht wenige sich dessen bewußt sind, daß die Analyse für Niederösterreich noch etwas zeigt. Nämlich, daß rund 38 Prozent der industriell-gewerblichen Arbeitsplätze in Niederösterreich als gefährdet einzustufen sind. Und zwar sind 15 % stark gefährdet, 10 % mittel gefährdet und 13 % gering gefährdet. Und wenn

also diese 15 %, die stark gefährdet sind, sich dann regional mit lohnkostensensiblen Branchen treffen, dann gibt es die Entwicklung, die wir alle kennen und wo ein Gegensteuern im letzten Moment nicht reicht. Sondern da muß vorbeugend und vorsorgend gearbeitet werden. Und ich habe dann noch die Regionalportfolios, die möchte ich nicht vorenthalten. Weil das nämlich das, was ich dargelegt habe, sehr deutlich aufzeigt. Wieder auch hier die Maßnahme Wien-Umland: höchste Attraktivität, Bestfall. Und als "worst case" wird hier wieder das Wald- und Weinviertel, Bezirke wie Zwettl und Waidhofen erkannt. Hier kann man durch normale Maßnahmen, so wie sie jetzt laufen, überhaupt nichts mehr erreichen, sondern da müßten ganz neue Wege hinsichtlich der langfristigen Verbesserung der Standortattraktivität eingegangen werden. Wir haben uns aber, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, immer dazu bekannt, daß in Niederösterreich annähernd gleiche Lebensbedingungen herrschen sollen für alle Niederösterreicher. Und das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß hier ein klares Konzept für diese benachteiligten Regionen aber auch die Attraktivierung sozusagen der Nutzung dieser Vorteile der anderen Regionen durchgeführt werden muß, daß nämlich dieses hohe Defizit von Arbeitsplätzen und die drohende Gefährdung von 38 Prozent industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in Niederösterreich nicht eintritt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher sind wir gefordert, neue Wege einzuschlagen. Mit den herkömmlichen Instrumenten können wir sicher nicht die nötige Gegensteuerung vornehmen, auch nicht mit dem, was die Raumordnung hier leisten kann. Und daher ein klares Bekenntnis zur Verbesserung dieses großen Bereiches Infrastruktur, aber auch - und das richtet sich dann an die Betriebe - ein klares Bekenntnis zur Innovations- und Technologieförderung. Ich sagte es bereits, die Innovationsdefizite unserer Wirtschaft erfordern einfach die Weiterführung des Technologieförderprogrammes. Und ich möchte meinen, daß wir Impulse setzen müssen über diese Förderung, über das NÖ Beteiligungsmodell, über die ECO-PLUS, über die Regionalisierungsmittel des Landes. Wir müssen diese Impulse einfach setzen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die selbstbewußte Position Niederösterreichs in einem Europa der Regionen. Ich glaube, wir können uns selbstbewußt positionieren. Aber wir sollten auch - und das habe ich ja ausgeführt - durchaus nicht unsere Schwächen unter den Teppich kehren, sondern sie erkennen. In einer Zeit des raschen Integrationsprozesses und einer langen

EU-Außengrenze ist eine selbstbewußte Positionierung besonders wichtig. Wir wissen, daß unser Bundesland eine hohe Agrarstruktur aufweist und von der Osterweiterungstendenz besonders betroffen ist. Der Herr Landeshauptmann hat in Brüssel erklärt, daß Niederösterreich hier eine Vorreiterfunktion erfüllen soll. Nun, meine Position ist hier grundsätzlich auch positiv, aber, die Sozialdemokratie hat am 12. Juni 1995 ein Jahr nach der EU-Abstimmung, ihr Positionspapier dargelegt im Austria Center. Ich hatte die Ehre, hier auch mitarbeiten zu dürfen bei dem Positionspapier, besonders bei dem Schwerpunkt Osterweiterung. In diesem Positionspapier haben wir eine etwas vorsichtigere Haltung in dieser Frage eingenommen. Nämlich zusammenfassend in dem Satz, die Osterweiterung soll so rasch als möglich, aber so langsam als notwendig erfolgen. Was ich damit ausgedrückt habe oder ausdrücken wollte ist, daß es durchaus in diesem Integrationsprozeß Zwischenschritte geben kann. Daß durchaus in diesem Weg der weiteren Integration vielleicht einzelne Gebiete nicht voll einbezogen werden, sondern zum Beispiel in der Landwirtschaft oder anderen, sensiblen Bereichen, längerfristige Übergangsregelungen gefunden werden müssen und vereinbart werden müssen. Weil bei aller Bereitschaft, dieses Europa wirtschaftlich abzurunden, wir dennoch, glaube ich, die Interessen Österreichs sehr wohl mitzuberücksichtigen haben und gerade die Interessen Niederösterreichs in einem sehr hohen Ausmaß hier mit einbringen müssen.

Das ist auch einer der großen Vorteile. Das scheint vielen Österreicherinnen und Österreichern nicht ganz so bewußt. Einer der ganz großen Vorteile, daß wir Vollmitglied der Europäischen Union sind, liegt darin, daß eine Erweiterung der Europäischen Union dem Prinzip der Einstimmigkeit unterworfen ist. Und damit darf nur erweitert werden, wenn unsere vitalen Lebensinteressen des Landes gewahrt bleiben. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es auch in dieser Richtung eine wichtige Entscheidung, daß wir dort Vollmitglied werden.

Damit möchte ich zum Schluß noch erinnern, daß auch die Zusammenarbeit Niederösterreichs mit Wien und dem Burgenland gerade vor dem Hintergrund dieser neuen Entwicklung wichtig ist. Und ich bin sehr froh darüber, daß zum Beispiel Wien einen analogen Antrag zum Beschluß erhoben hat, wie Sie für Niederösterreich ihn in der vorletzten Sitzung beschlossen haben. Nämlich über die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Ostregion, aber nicht im Rahmen der PGO - das kann ja nur das Sekretariat sein - sondern mit dem Gedanken der Wien-Niederösterreich-Burgenland-Kooperation. Daß also in Wien dieser Beschluß auch gefaßt wurde im Rahmen der Budgetdebatte und daß daher die Bereitschaft auch von seiten Wiens besteht, diese höhere Qualität der Zusammenarbeit nicht nur auf Ebene der Exekutive, sondern auf der Ebene von Ausschüssen und auf der Ebene der Landtage zu installieren und fortzusetzen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Wir müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die regionale und die interregionale Zusammenarbeit tatsächlich fördern. Ich bin überzeugt, daß dieses Aufeinander-Zugehen der Regionen in Europa einer der wesentlichsten Impulse wirtschaftlicher und auch humanitärer Art sein wird. Mit dem Verständnis der Europäischen Integration als Modell und Konzept gilt es daher zur Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung inklusive Landwirtschaft, Friedenssicherung und Stabilisierung sozialer Verhältnisse den Beitrag Niederösterreichs zu erbringen im Gesamtinteresse dieser Republik Österreich. In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu sehen. Und ich glaube, daß das, losgelöst von tagespolitischen Ereignissen und Wahlauseinandersetzungen, die Aufgabe für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ist. *(Beifall bei der SPÖ, Abg. der ÖVP, LH Dr. Pröll und LR Gabmann.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Nach dieser Vorlesung des Herrn Klubobmann Dr. Bauer in Sachen Nationalökonomie und Regionalpolitik in Niederösterreich gestatten Sie, daß ich nur einen Satz noch dazu sage. Ich gebe ihm in vielen Punkten recht. Aber Gottseidank ist es nicht ganz so, daß in manchen Bereichen Niederösterreichs der Abfluß der Arbeitsplätze so drastisch ist. Wir sollten mit solchen Äußerungen etwas vorsichtiger umgehen, um gerade dort nicht noch zusätzlich Angst zu erzeugen. Ich habe hier eine Untersuchung der NÖ Arbeiterkammer vom 15. November 1995, in der mit Recht darauf hingewiesen wird, daß es - das wurde vorhin ja schon betont - regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Wirtschaft und damit natürlich auch der Arbeitsplätze gibt. Und daß hier vier Zentren in Niederösterreich besonders begünstigt sind. Aber es gibt auch Bezirke im Waldviertel und das sind insbesondere die Bezirke Zwettl und Horn, wo kein Stagnieren der Arbeitsplätze und vor allem kein Rückgang der Arbeitsplätze vorhanden ist, sondern wo es auch Zuwächse gibt - die natürlich nie groß genug sein können. Und wo wir natürlich auch infrastrukturelle Maßnahmen uns überlegen müssen, um diese Entwicklung voranzutreiben. Und das wird auch eine Aufgabe des Budgets sein. Und in diesem Sinne habe ich die Ausführungen vorhin auch gesehen und gehört.

Aber lassen Sie mich, meine Damen und Herren, doch auch wieder zu dem zurückkommen, was wir heute und in den nächsten Tagen ganz besonders diskutieren wollen. Das ist der Budgetentwurf, der von der NÖ Landesregierung für das Jahr 1996 dem Landtag nunmehr vorgelegt wurde und von dem ich glaube, daß es doch auch bemerkenswert ist, daß in der heutigen Zeit mit all den Schwierigkeiten, die sich bei der Erstellung eines Budgets ergeben, es gelungen ist, ein Budget zustande zu bringen, das sicherlich das nicht zum Inhalt haben kann, was wir heute uns alle wünschen: Keine Vermehrung der Schulden, kein Anwachsen des Budgetdefizits, eine Reduktion des Zinsendienstes in einem Ausmaß, wie das vielleicht sehr angenehm für uns alle wäre. Aber ich glaube eines sagen zu können: Dieses Budget ist angesichts des Umfeldes, in dem es zustande gekommen ist, ein Konsolidierungsbudget. Nicht von ungefähr hat Landesrat Mag. Freibauer dieses Budget unter das Motto gestellt "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen". So ist es zu sehen. Mit jenen Schwerpunkten ausgestattet, die

eben auch in dieser Zeit, in einer sicherlich wirtschaftlich schwierigen Zeit, in unserem Heimatland Niederösterreich Möglichkeiten vorsehen, daß zielgerichtet in jenen Bereichen sogar zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden, wo sie notwendig sind. Landesrat Mag. Freibauer hat heute in seiner Budgetrede auch schon zum Ausdruck gebracht, daß die Zielrichtung einfach lauten muß, den Schwächsten in unserer Gesellschaft zu helfen. Ich möchte das ganz besonders unterstreichen.

Es waren Voraussetzungen vorhanden - ein Nichtvorhandensein eines Bundesvoranschlags, der Beitritt Österreichs in die Europäische Union, gewisse Schwerpunktsetzungen - daß man mit Fug und Recht behaupten kann, daß dieses jetzt, verglichen mit der Vergangenheit, eines der schwierigsten Budgets der letzten Jahrzehnte gewesen ist. Dennoch ist es gelungen, einen Voranschlag zustande zu bringen, mit dem sich die beiden großen Fraktionen unseres Landtages in der Regierung einverstanden erklärt haben, auch im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß dem bereits zugestimmt haben. Ein Voranschlag, von dem ich glaube, daß der Inhalt dieses Budgets in erster Linie auch ident ist mit der von unseren Finanzreferenten schon in der Vergangenheit immer wieder zum Ausdruck gebrachten vorausschauenden Budgetpolitik in Niederösterreich. Also nicht eine Budgetpolitik, die immer nur für ein Kalenderjahr erstellt wird, sondern wo sehr wohl mittelfristig Überlegungen angestellt werden, die unter Bedachtnahme der wirtschaftlichen Entwicklung dann auch umzusetzen sind.

Ich habe gehört, daß die ursprünglichen Wünsche der Regierungsmitglieder bei weitem höher gewesen sind. Es gibt ja nicht nur Wünsche an das Christkind, sondern es gibt ja auch Wünsche an das Budget. Und ich verstehe das. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Ich sage das einmal so ganz offen: Wir können es uns einfach nicht leisten, meine Damen und Herren, daß diese Wünsche in vollem Umfang auch erfüllt werden. Der Rahmen, um den das Budget sonst noch zusätzlich ausgeweitet hätte werden müssen, liegt in einer Größenordnung, die halt im Jahr 1996 einfach nicht drinnen ist. Ich möchte es einmal so mit meinen Worten bezeichnen.

Wenn wir aber die Ausgabenseite und die Einnahmenseite vergleichen und vor allem den Zuwachs der Ausgaben und den Zuwachs der Einnahmen, dann können wir schon feststellen, daß die Einnahmen in einem größeren Ausmaß, nämlich genau um 4,83 Prozent steigen, während

die Ausgaben "nur" um 2,46 Prozent steigen. Also gibt es hier schon eine Verringerung. Und das ist genau die Richtung, die ja angepeilt ist seit einiger Zeit, mit dem Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 1998. Und damit hat der Landesfinanzreferent die von ihm entwickelten Vorgaben für das NÖ Budgetprogramm auch im nächsten Jahr eingehalten mit seinem Entwurf. Ich glaube aber auch, und das sollte man in dem Zusammenhang durchaus erwähnen, daß damit auch der Landtagsbeschuß aus der Budgetdebatte des Jahres 1994 vor einem Jahr nunmehr eingehalten ist, worin ja die Obergrenze künftiger Budgetausweitungen fixiert wurde. Und daß damit natürlich diesem Landtagsbeschuß entsprechend Rechnung getragen ist. Das ist gerade im Hinblick auch auf die Situation, die wir in der EU vorfinden, besonders wichtig.

Lassen Sie mich dazu auch eine Bemerkung machen. Nach den EU-Richtlinien und nach den Konvergenzkriterien, die uns jetzt die Europäische Union vorschreibt, können sich ja bekanntlich die Ausgaben oder die Budgets in ihrer Gesamtheit des Bundes, der Länder und der Gemeinden, also aller Gebietskörperschaften in Österreich nicht mehr losgelöst voneinander entwickeln, sondern hier ist es sehr wichtig und notwendig, eine Verschränkung vorzunehmen. Weil ja das Erfordernis der Einhaltung der Obergrenzen nicht nur für den Bund gilt, sondern für alle öffentlichen Haushalte in Österreich gesehen werden muß. Und das wurde ja heute von einem meiner Vorredner schon erwähnt, wir stehen ja, seit wir Mitglied der Europäischen Union sind, unter sehr strenger Kontrolle von außen. Die internationalen Finanzmärkte beobachten diese Entwicklung ja mit besonderer Genauigkeit. Und ich glaube, auch das ist mit ein Grund, daß wir uns hier wirklich mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bemühen, diese Kriterien möglichst bald zu erfüllen.

Trotz Einsparungen in sehr vielen Bereichen, meine Damen und Herren, bei denen, wie ich bereits erwähnt habe, alle Regierungsmitglieder gefordert waren und ihren Beitrag geleistet haben, gibt es Steigerungen. Steigerungen im Sozialwesen, Steigerungen in der Familienpolitik und Steigerungen auch im Kindergartenwesen. Und es gibt keinen Sozialstopp in Niederösterreich, wie das vielleicht fälschlicherweise da und dort in den letzten Tagen behauptet wurde. Im Gegenteil! Dort, wo es notwendig ist - und ich sage das bewußt jetzt noch einmal - dort, wo es notwendig ist, den Schwachen zu helfen, ist auch die Voraussetzung in diesem Budget für das Jahr 1996 gegeben. Beispiele dafür sind die Förderungen für den sozialen und sozialmedizinischen Dienst,

Beispiel dafür ist das Kindergartenwesen, Beispiele dafür sind auch die Bereiche der Altenpflege und der Krankenpflege. Niederösterreich hat damit einmal mehr, und ich glaube im wiederholten Maße, auch für das kommende Jahr diese Solidarität unter Beweis gestellt. Wir lassen die Schwächsten in unserem Bundesland nicht im Stich. Und wir lassen die Familien, meine Damen und Herren, in Niederösterreich und unsere Kinder nicht im Stich, wenn es darum geht, in schwierigeren Zeiten - ich möchte nicht sagen, in schweren Zeiten, in schwierigeren Zeiten - entsprechende Maßnahmen durch die Öffentlichkeit zu setzen. Trotzdem glaube ich, müssen wir auch in Zukunft Überlegungen anstellen, wie die ständig steigenden Anforderungen in Form vermehrter Leistungen auch finanziell bedeckt werden können. Es ist heute sehr modern geworden, die Anforderungen an die öffentliche Hand in einem immer größer werdenden Ausmaß zu artikulieren und die öffentliche Hand soll dafür eintreten. Wir sind heute dort angelangt, wo wir diese Überlegungen sehr konkret bereits anstellen müssen und wo es in dieser Form sicherlich nicht mehr ohne gewisse Einschränkungen gehen wird.

Niederösterreich läßt aber auch, meine Damen und Herren, die Wirtschaft nicht im Stich. Und wenn wir in den letzten Wochen immer wieder mit Zeitungsmeldungen über einen drastischen Einbruch in der Bauwirtschaft konfrontiert wurden - lassen Sie mich das einmal so deutlich sagen - so gibt es in Niederösterreich Gottseidank eine doch etwas andere Entwicklung als etwa bundesweit. Es ist sichergestellt, daß alle Bauprojekte des Landes plangemäß fortgesetzt werden. Und immerhin ist das Investitionsvolumen, das dieses neue Budget für den Bereich der Bauwirtschaft beinhaltet, in einer Größenordnung vorhanden, die uns sehr stark hoffen läßt, daß es hier auch im kommenden Jahr keine Einbrüche geben wird. 26,5 Milliarden Schilling sind in diesem Budget für diese doch sehr wichtige und wesentliche Branche in Niederösterreich beinhaltet. Dieses Investitionsvolumen wird gegenüber dem Jahr 1995 etwa gleich hoch sein. Und Niederösterreich leistet damit, glaube ich sagen zu können, trotz seiner budgetären Schwierigkeiten da und dort einen ganz wichtigen Beitrag zur Absicherung der Baukonjunktur, zur Absicherung der Arbeitsmarktlage, zur Sicherheit für die Arbeitsplätze in diesem Bereich und letztlich auch der gesamten niederösterreichischen Wirtschaft.

Ein großer finanzieller Brocken hat sich, wie ich das vorhin schon erwähnt habe, natürlich

durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ergeben. Und ich glaube, dies war allen, die sich rechtzeitig mit diesem wichtigen Schritt Österreichs in ein gemeinsames Europa beschäftigt haben, auch klar. Wir haben diese Probleme auch in der letzten Landtagssitzung im Zusammenhang mit den Förderungen für unsere Landwirtschaft diskutiert. Ich möchte jetzt darauf nicht mehr weiter eingehen.

Ich habe etwas überrascht heute den Ausführungen des Kollegen Gratzner zugehört, der angekündigt hat, daß die Freiheitlichen - und wir haben das ja im Abstimmungsverfahren beim Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß schon erlebt - diesem Budget nicht zustimmen werden. Das ist deswegen interessant, weil ich auch in den Ausführungen heute nicht deutlich erkennen konnte, wo eigentlich die allgemeine Tendenz, die allgemeine Argumentation zur Ablehnung liegt. Vielleicht gibt es da und dort den einen Punkt, mit dem man nicht einverstanden ist. Aber grundsätzlich zu sagen, wir lehnen dieses Budget in seiner Gesamtheit mit allen Punkten ab, das erscheint mir doch... *(Abg. Gratzner: Ich kann es Ihnen gerne noch einmal erklären!)*

Ich habe es jedenfalls so verstanden. Es waren zwei Kapitel, bei denen Zustimmung signalisiert wurde. Aber das Budget beinhaltet ja mehr als zwei Voranschlagsgruppen. Und daher darf ich mir doch die Bemerkung erlauben, daß das nicht ganz einsichtig ist. Ich erlaube mir eine sehr persönliche Überlegung, weil vielleicht hier auch eine andere Vorgangsweise entscheidend dafür ist, die wir in einem Parallellfall jetzt erlebt haben. Ich muß das aber schon erwähnen. Es war der doch nicht sehr leise vorgenommene Austritt des ehemaligen freiheitlichen Landesparteiobmannstellvertreters Haltmeyer in St. Pölten, der ja in einem Interview sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß er sich mit der Vorgangsweise der Freiheitlichen in Niederösterreich nicht mehr einverstanden erklären kann. Und diesen Zusammenhang kann ich ja wohl darstellen, Herr Kollege Gratzner, daß er auch gemeint hat, er hätte zu einem Zeitpunkt, wo das Budget der Landeshauptstadt St. Pölten noch gar nicht vorgelegen ist, Order von oben bekommen, diesem Budget die Zustimmung zu versagen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das ist etwas, was in der Öffentlichkeit sehr wohl zum Ausdruck gekommen ist und wo ich eigentlich bis heute keinen Widerspruch seitens der Parteiführung der Freiheitlichen in Niederösterreich gehört habe. Das ist es, was mich etwas enttäuscht. Und das ist der Grund, warum ich sage, ich verstehe eigentlich diese Argumentation nicht. Weil ich wohl nicht

unterstelle, daß sie auch bei der Landtagsfraktion dieselbe sein kann oder sein soll. Weil es aber vielmehr doch zu denken gibt, wenn solche Überlegungen dann da und dort in Niederösterreich bei lokalen Organisationen zum Ausdruck gebracht werden.

Ich glaube, die politische Verantwortung ist damit nicht dokumentiert, die eine demokratische Partei wie die Freiheitliche Partei eigentlich in allen Gremien zu übernehmen hätte. *(Abg. Dr. Bauer: Also, die Freiheitlichen sind dagegen, die Liberalen sind dagegen, was wäre wenn die SPÖ nicht dafür wäre?)*

Ja, aber es gibt auch die ÖVP in diesem Bundesland, Herr Klubobmann Dr. Bauer, nicht? Es ist ja kein ÖVP-Budget, sondern es ist ja ein Budget, um das auch klar zu sagen, ein Budget der Regierung bitte. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch zu einem anderen Thema kommen, das gerade in letzter Zeit und gerade im Hinblick auf die vielen, vielen Diskussionen, die es dazu gibt, doch wieder auch aktualisiert wurde. Das ist die Frage der Verwaltung in Niederösterreich und das ist die Frage der Dienstposten und der Vermehrung der Dienstposten. Da wird sehr oft auch fälschlich der Hinweis gegeben, die Beamten in der NÖ Landesverwaltung werden schon wieder mehr. Es gibt schon wieder mehr Bedienstete, die Verwaltung ist nicht bereit, hier Einsparungen vorzunehmen, die Landesverwaltung schlanker zu gestalten und hier entsprechende Maßnahmen zu setzen. Ich möchte das ganz deutlich hier zum Ausdruck bringen und wenn Sie sich den Dienstpostenplan ansehen, dann werden Sie mir auch recht geben: Seit dem Jahr 1993, also seit dem Budget des Jahres 1993 wurde der Dienstpostenplan in Niederösterreich um 456 Dienstposten für den Bereich der Hoheitsverwaltung und der Arbeitsplätze bei den Mitarbeitern in der Straßenverwaltung verringert. Es gibt demgegenüber Vermehrungen, die für den Bereich der Krankenpflege, für den Bereich der Altenbetreuung und insbesondere auch bei den Kindergärtnerinnen zu Buche schlagen. Diese Entwicklung, die wir seit 1993 in Niederösterreich positiv verzeichnen können, setzt sich auch im Jahr 1996 fort. Es werden 1996 136 Dienstposten bei den vorhin genannten Bereichen Verwaltung und Straßenverwaltung eingespart. Was unter dem Strich als Saldo im Dienstpostenplan zum Ausdruck kommt, ist eine Vermehrung der anderen Bereiche, wo es wirklich darum geht, daß unsere Kinder besser betreut werden, daß unsere kranken Menschen besser betreut werden und daß auch unsere alten Menschen besser betreut werden, um auch das einmal klar und

deutlich zum Ausdruck zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube aber auch sagen zu können, meine Damen und Herren, daß die Frage der Verwaltungsvereinfachung und der Deregulierung in Niederösterreich Eingang gefunden hat und daß seit geraumer Zeit immer wieder, auch hier vom Landtag ausgehend, Initiativen gesetzt werden, um Gesetze einfacher zu gestalten. Ein typisches Beispiel dafür ist ja auch die NÖ Bauordnung, wo die Österreichische Volkspartei ja beginnend mit einer Enquete im Frühjahr dieses Jahres einen Startschuß dafür gegeben hat, daß wir sicher in den ersten Monaten des Jahres 1996 auch eine wesentlich vereinfachte Bauordnung beschließen können. Eine Bauordnung, die den Niederösterreichern, die bauen wollen, die den Baufirmen in Niederösterreich, die den Planern in Niederösterreich auch entsprechende Vereinfachungsmöglichkeiten bietet. Das ist praktizierte Entbürokratisierung. Und parallel dazu soll ja auch die Bau-technikverordnung demnächst von der NÖ Landesregierung beschlossen werden.

Ein anderes Beispiel ist die von uns immer wieder auch ins Treffen geführte, vorgeschlagene und dann letztlich auch umgesetzte Straffung bei den Behördenverhandlungen im Gewerbeverfahren. Wo es gelungen ist, so sagen uns die Fachleute, bei gewerberechtlichen Verhandlungen für Betriebsgenehmigungen durch die Zusammenlegung im Jahr 5.000 bis 6.000 solcher Verhandlungen einzusparen. Das ist ja etwas, wodurch Verwaltungskosten verringert werden, womit aber - und das steht für mich eigentlich viel mehr noch im Vordergrund - für die Bürger unseres Landes eine Vereinfachung durchgeführt werden kann.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn ich von Reformen spreche, so erscheint es mir in diesem Zusammenhang aber auch besonders wichtig, auf ein "Sorgenkind", das wir alle haben, hinzuweisen. Ein "Sorgenkind", das uns in den künftigen Budgets sicherlich auch beschäftigen wird. Es handelt sich um die Frage der Neugestaltung des Gesundheitswesens. Mit der vereinbarten Verlängerung des KRAZAF bis Ende 1996 ist zwar jetzt eine Übergangslösung gefunden, aber diese Übergangslösung ist ja wieder nur für ein Jahr befristet und wir müssen, ich sage das jetzt so in einem Postulat, wir müssen das Jahr 1996 nützen, um auch eine dauerhafte Neuregelung der Spitalsfinanzierung und damit eine Finanzierung der Gesundheit und der Gesundheitspolitik in Niederösterreich zu gewährleisten. Ich möchte das einmal so deutlich hier zum Ausdruck

bringen. Und es wird notwendig sein, daß auch auf der Basis eines neuen Krankenhausfinanzierungsmodelles Überlegungen angestellt werden, die dazu führen, daß eben die Kosten bei gleichbleibender Betreuung der Patienten, bei der Garantie der Betreuung unserer Patienten, auch umgesetzt werden können. Da gibt es das "Modell Vorarlberg", das seit etwa einem Jahr mit Erfolg bereits praktiziert wird und von dem wir wissen, daß dadurch eine nicht geringe Verringerung der Patienten in der stationären Behandlung bereits möglich geworden ist und damit natürlich auch Kosten gesenkt werden, weil es weniger Aufenthalts- und Verpflegstage in den Krankenhäusern gibt. Und jeder von uns weiß, daß jeder Verpflegungstag automatisch das Defizit eines jeden Krankenhauses erhöhen hilft. Hier ist es einfach notwendig - und ich möchte dieses Angebot auch an den Gesundheitslandesrat Wagner richten - daß wir, die Österreichische Volkspartei, bereit sind, hier mitzutun und mitzuwirken, unterstützend mitzuwirken. Und wir haben das auch dadurch schon bewiesen, daß wir eine ganze Reihe von niederösterreichischen Krankenhäusern davon überzeugen konnten, daß sie sich hier melden, daß sie freiwillig mittun bei diesem neuen Modell, das umgesetzt werden soll. Und daß es nicht so ist, wie anfänglich behauptet wurde, da wird ja niemand mittun. Die Krankenträger, die Verantwortlichen in den niederösterreichischen Krankenhäusern sind bereit, hier ihren Beitrag auch zu leisten.

Meine Damen und Herren! Der Voranschlag für das Jahr 1996 hält sich, ich habe das vorhin schon erwähnt, an die Vorgaben des Budgetprogrammes für die Jahre 1996 bis 1998. Und ich glaube sagen zu können, daß dadurch auch ein wesentlicher Konsolidierungseffekt eintritt, der ja nur dann dauerhaft sein kann, wenn dieses Programm künftig auch eingehalten wird.

Es müssen aber auch in der Gesetzgebung bestimmte Strukturmaßnahmen verankert werden. Nicht Momentanmaßnahmen, die darin bestehen, daß irgend etwas vom Familiensilber verscherbelt wird, sondern Maßnahmen, die mittel- und längerfristig Einsparungen nach sich ziehen. Um dies zu erreichen wird es notwendig sein, daß auch die NÖ Landesregierung, daß jedes Regierungsmitglied in der nächsten Zeit Vorschläge zu solchen Strukturmaßnahmen wenn notwendig auch in den Landtag einbringt, damit wir hier im Landtag darüber befinden und wenn notwendig auch die entsprechenden Beschlüsse fassen können. Ich bringe daher, wie vorhin schon angekündigt, einen Resolutionsantrag ein, der in diese Richtung geht (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Böhm und Ing. Dautzenberg zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996, Ltg. 399/V-3, betreffend Konsolidierungsprogramm.

Anlässlich der Beschlußfassung des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 hat der NÖ Landtag in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß der beschlossene Budgetrahmen des Jahres 1995 nicht überschritten werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde beschlossen, daß sich der Landtag selbst an diese Vorgaben halten müsse. Dies sollte unter anderem dadurch erfolgen, daß bei Initiativ- bzw. Resolutionsanträgen immer auch Vorschläge zu machen seien, wie die finanzielle Bedeckung der mit dem Antrag verbundenen Aufwendungen im Rahmen des Budgets erfolgen sollte. Darüber hinaus wurde zum Ausdruck gebracht, daß es erforderlich sei, Maßnahmen zu setzen, um der wachsenden Verschuldung wirksam entgegenzuwirken.

In Umsetzung dieser Zielvorgaben wurde der Voranschlag 1996 erstellt. Der Voranschlag hält sich dabei an die Vorgaben des 'NÖ Budgetprogrammes für die Jahre 1996-1998'. Dadurch tritt ein Konsolidierungseffekt ein, der jedoch nur dann dauerhaft sein kann, wenn dieses Programm auch künftig eingehalten wird. Dazu ist es erforderlich, einerseits keine weiteren Belastungen für das Budget vorzusehen und andererseits in allen Ressorts Einsparungsmöglichkeiten zu schaffen und zu realisieren. Im Hinblick auf den zu erwartenden steigenden Konsolidierungsbedarf aller Gebietskörperschaften wird es dabei notwendig sein, auch Richtlinien und gesetzliche Rahmenbedingungen zu verändern.

Weil die Regierung aufgefordert wird, weitere Einsparungen im Sinne des NÖ Budgetprogrammes 1996 bis 1998 vorzunehmen, würde es einem verantwortungsvollen Vorgehen des Landtages entsprechen, selbst keine Anträge einzubringen, die diesem Konsolidierungskurs widersprechen und weitere Kosten für das Budget mit sich bringen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert,

- a) zur Einhaltung des Konsolidierungsprogrammes Maßnahmen, die eine weitere Belastung für das Budget mit sich bringen könnten, nur dann vorzusehen, wenn es

durch gleichzeitige Einsparungen zu keiner Erhöhung des Abganges kommt und

- b) innerhalb eines jeden Ressorts die notwendigen Einsparungsmöglichkeiten zu schaffen und zu realisieren und, soweit dazu die Mitwirkung des NÖ Landtages erforderlich ist, bis spätestens zum Zeitpunkt der Vorlage des Rechnungsabschlusses 1995 dem Landtag die entsprechenden Anträge zur Behandlung zuzuleiten."

Es dürfte da ein Mißverständnis vorliegen, Herr Klubobmann Dr. Bauer. Der Landtag bindet sich durch diesen Antrag überhaupt nicht. Im Gegenteil! Der Landtag versucht durch diesen Resolutionsantrag die Regierung zu binden, daß sie bis spätestens zur Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1995 auch alle notwendigen Maßnahmen im Landtag eingebracht hat, die dazu dienen, dieses Konsolidierungsprogramm auch umzusetzen. Das möchte ich gleichzeitig auch sagen.

Zum eingebrachten Resolutionsantrag des Kollegen Gratzler darf ich nur hinweisen, daß er an sich in unserem Antrag beinhaltet ist, weil die Vorlage von solchen Programmen ja sowieso auch in unserem Antrag aufscheint. Der Unterschied ist nur der, daß der Antrag der Abgeordneten Böhm und Ing. Dautzenberg um einiges weiter geht, was nämlich auch die erforderlichen Vorschläge der Regierung hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen des Landtages zum Ausdruck bringt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube ohne Übertreibung sagen zu können, daß der niederösterreichische Voranschlag für das Jahr 1996 dem Motto "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen" voll entspricht. Trotzdem aber muß es uns klar sein, daß wir, wenn wir auch zukünftig derartige Budgets erstellen wollen, etwas dazu tun müssen. Und daher sind wir, alle Mitglieder des Hohen Hauses aufgefordert, in Zukunft unseren Beitrag zu einer gemeinsamen Spargesinnung auch zu leisten. Wenn wir den bisher eingeschlagenen Weg fortsetzen, kann der Konsolidierungseffekt in unserem Budget auch erhalten bleiben. Und nur dann kann auch der soziale Standard in Niederösterreich gehalten werden. Und nur dann können auch die Arbeitsplätze in Niederösterreich erhalten werden. Und nur dann kann auch die NÖ Wirtschaft angekurbelt werden. Meine Damen und Herren! Konsolidierung des Landesbudgets ist, glaube ich, ein Gebot der Zukunft und ist sicherlich der wichtigste Beitrag für

eine positive Entwicklung unseres Bundeslandes!
(*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Es liegen weitere drei Wortmeldungen zur Generaldebatte vor. Und zwar von den Herrn Abgeordneten Ing. Dautzenberg, Dr. Bauer und Gratzner. Ich möchte das zur Kenntnis bringen. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Nach Verlesung des Resolutionsantrages habe ich dem Gemurmel entnommen, daß man erstaunt ist, daß wir Liberalen diesem Antrag beitreten. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Klubobmann Dr. Bauer, darauf aufmerksam machen, daß Sie fast dieselbe Formulierung mit der Freiheitlichen Partei, mit dem Liberalen Forum in jener zur Abschaffung der Landesumlage mit aufgenommen hatten, nur wurde das nachher wieder vernichtet. Ich denke, daß wir als Liberale jedem Antrag immer zustimmen werden, der eine bessere Behandlung dessen bringt, was ich bekrittelt habe in meiner ersten Rede. Und zwar in der strukturellen Veränderung. Wir müssen dafür sein! Wir als Landtag haben nicht die Aufgabe, Details vorzulegen, sondern die Regierung hat zu arbeiten. Und das ist der Grund, warum wir diesem Resolutionsantrag vorbehaltlos beitreten, wengleich es nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist. Danke. (*Beifall bei LIF und Abg. der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Abgeordneter Dr. Bauer ist am Wort.

Abg. Dr. BAUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Abgeordneter kann keinen anderen hindern, irgendwo beizutreten, auch wenn er das nicht ganz so versteht. Aber das ist nicht die Aufgabe, die mir obliegt, das zu bewerten. Es ist allerdings schon eine eigenartige Zustimmung, wenn ich auf der einen Seite hergehe und sozusagen ankündige, daß das Budget abgelehnt wird. Genauso die Freiheitliche Partei, die dieses Budget ablehnt bei der Abstimmung, aber in bezug auf weitere Bindungen der Landtagsabgeordneten und damit des Landtages, der letztlich seine Budgethoheit immer mehr eingegrenzt bekommt, zustimmt.

Ich sage das nicht, weil ich nicht ein Budget haben will, das konsolidiert ist. Ich sage das nicht, weil ich nicht erkenne, wie wichtig es ist, hier ein

Budget zu haben, das eine hohe Stabilität für die Wirtschaft sichert. Sondern ich sage das deshalb, weil ich hier nicht zu dem degradiert werden will, wozu offensichtlich die anderen bereit sind, degradiert zu werden. Nämlich zu nicht mehr und nicht weniger als einer Abstimmungsmaschinerie, die da so läuft: Hast du keinen Vorschlag, wie du die Bedeckung selber einbringst, darfst du ihn gar nicht einmal einbringen. Das ist einmal das erste. Jede weitere Ablehnung erfolgt ja dann sozusagen nur aus dem Titel heraus. Da müßte dann noch ein Landesrat überprüfen, ob das überhaupt zugelassen ist, mein Antrag. Und wenn der Herr Landesrat vielleicht draufkommt, daß meine Rechnung nicht ganz stimmt, dann könnte das ja aus dem Titel heraus abgelehnt werden. Na gut, es kann sich jeder bevormunden lassen wie er will. Wir sind verantwortungsbewußte Politiker, die nicht erst durch solche Selbstbindungen letztlich verantwortungsbewußt sind. Hätte dieses Verantwortungsbewußtsein bei der Volkspartei ausgereicht, dann hätten wir nicht am 17. Dezember Neuwahlen, um das einmal deutlich zu sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber eines steht schon fest, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir stimmen daher grundsätzlich nicht zu. Nicht weil wir gegen ein Sparen sind, nicht weil wir eine Budgetkonsolidierung nicht wollen, sondern weil in Wirklichkeit kein Abgeordneter in Zukunft in Wahrheit ein dringendes Anliegen hier vorbringen kann, ohne daß er sozusagen über einen Apparat verfügt. Der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg wird die Mitbenützung des ÖVP-Apparates vielleicht haben. Eines steht nämlich fest: Von sich aus wird er keinen Antrag mehr stellen können. Er wird sich sehr schwer tun zum Beispiel darzustellen, in welchen Bereichen etwa eine Deckung möglich ist. Die Freiheitlichen haben immerhin ein Regierungsmitglied. Ob hier eine entsprechende Kooperation bei den Vorschlägen möglich ist, weiß ich nicht. Ich glaube, sein Ressort reicht nicht aus, um alle übrigen acht abzudecken im Bereich auf Möglichkeiten und des Erkennens von Kompensationspotentialen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Abgeordneter kann nicht davon leben, daß ihm der jeweilige Landesrat sagt, was er darf, auch wenn das der eigene ist, um das deutlich zu sagen. Sondern die Politik lebt davon, daß sie die Probleme der Menschen durch viele Kontakte draußen erkennt und diese zu Anträgen formuliert und nicht am Gängelband von irgendwelchen Exekutivorganen steht, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)
Und ich sage Euch, jeder, der diesen Antrag un-

terstützt, hat die nächsten paar Jahre eigentlich kein Recht, daß er sich da herstellt. Außer er bekommt von Freibauer oder von Blochberger grünes Licht. Da wird es ohnehin nur Erhöhungen geben. Weil bisher hat ja der Landesrat Blochberger noch keinen Antrag eingebracht, der uns nicht eine halbe Milliarde gekostet hätte, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Also, diesbezüglich braucht niemand Angst zu haben. Und zu diesem Fall sage ich Euch, weil der Herr Landesrat Blochberger sich ja als besonders tüchtig erweist in der Frage der Budgetüberschreitung, um das einmal klarzustellen: Wenn der Herr Landesrat Blochberger nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie bekommen hätte zu der Budgetüberschreitung 1, zur Budgetüberschreitung 2, dann hätten heute unsere Bauern nicht die Förderung, die sie zu Recht beanspruchen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(LR Blochberger: Aber ich habe schon mit dem Klubobmann Hannes Bauer gesprochen, nicht?)*

Deine Deckung, sage ich Dir: Von 611 Millionen hast Du ganze 80 zusammengebracht, die Du zusammengekratzt hast und die anderen haben wir "drüberziehen" müssen! Nur um das klar zu sagen. Und jetzt stellt sich diese Volkspartei her und stellt diesen Antrag. Du müßtest ja als erster warnen davor! *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ihr habt das herübergeschickt, so nach der Methode, Vogel friß oder stirb. Also wir sterben nicht und akzeptieren es trotzdem nicht, um das klarzustellen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch ungeheuerlich: Du warst vor ganz kurzem in der Situation, würde ich diese Bindung akzeptiert haben, ja was hättest Du dann gemacht als Ressortchef? Jetzt kommst Du zum Beispiel mit einem weiteren Antrag. Da kannst Du nichts dafür ausnahmsweise einmal, da liegt nämlich die Situation wirklich beim Bund. Da werden 700 Millionen plötzlich nicht anerkannt von der EU-Förderung in Brüssel. Na gut. Die Bauern sind aber dahingehend beraten worden, daß sie die 700 Millionen bekommen. Also zahlt es dieses liebe Österreich. Und davon werden 160 Millionen oder 200 Millionen auf dieses Land Niederösterreich entfallen. Und ich bin schon sehr gespannt, ob der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg und der Herr Abgeordnete Gratzler dann sagen, ja um Gotteswillen, das ist ja gegen unsere Beschlüsse, aber jetzt müssen wir trotzdem wieder umfallen. Ich wünsche Euch nur, daß Ihr nicht sozusagen in der Schräglage noch einmal fällt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Abgeordneter Gratzler, bitte.

Abg. GRATZER (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Dr. Bauer soll sich nicht soviel Gedanken machen, wie wer vielleicht abstimmt. Man kann ja abwarten, bevor man da loslegt und loswettert. Aber Du hast halt ein Problem: Du mußt hergehen und eine Viertelstunde lang Dein Abstimmungsverhalten rechtfertigen, weil Du offensichtlich ein Koalitionsübereinkommen brichst. Weil Du einmal nicht mit den "Schwarzen" mitstimmst. *(Zwischenrufe bei der SPÖ: Welches? Wo?)* Ihr habt ja eines, nicht? Das Arbeitspapier habt Ihr doch. Was steht denn da drinnen in dem Arbeitspapier? Nur anders genannt ist es. Dein Problem ist, daß Du Dich jetzt ein bißchen länger rechtfertigen mußt.

Herr Klubobmann Böhm! Ich möchte noch einmal den Unterschied herausstreichen, weil er mir schon wesentlich erscheint. Unsere Absicht ist nämlich nicht eine großartige Einengung jetzt mit dem Vorhabensbericht, sondern wir beabsichtigen, daß man sich in den einzelnen Ressorts über langfristige Investitionstätigkeiten Gedanken macht und diese auch äußert. Das soll eben dem Landtag vorgelegt werden. Im Bundesbudget ist das durchaus üblich. In den Ressorts, ich nehme mein eigenes her, wenn das Bundesheer jetzt irgendein neues Artilleriesystem anschafft, diese Anschaffung über 10 Jahre verteilt ist, so wird das definiert. Und genau das haben wir uns vorgestellt: Daß große Vorhaben in den einzelnen Ressorts als Vorhaben für die nächsten Jahre definiert werden, wo sich der Landtag schon frühzeitig Gedanken machen kann darüber, wollen wir das oder wollen wir das nicht? *(Abg. Böhm: Das steht bei uns auch!)*

Nein, das steht da nicht drinnen. Weil das muß ich schon dazu sagen, das, was hier drinnen steht als Antrag, sehe ich als "Nona-Pflicht" von jedem Landesregierungsmitglied. Nämlich sparsam zu sein, sich Gedanken zu machen über die Einsparung. Das brauche ich nicht zu beschließen, denn es ist ohnedies auch bisher schon die Pflicht eines jeden Regierungsmitgliedes gewesen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Wir sind damit am Schluß der Generaldebatte, nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER
MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bevor wir zur Spezialdebatte übergehen kommen wir zur Abstimmung über die beiden Resolutionsanträge, die hier im Zusammenhang mit der Generaldebatte eingebracht wurden. Der erste Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Gratzler betrifft die Erstellung eines Vorhabensberichtes zur Budgetprognose. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung bei FPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung bei ÖVP und SPÖ.)*

Wir kommen zum zweiten Antrag. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Böhm und Ing. Dautzenberg betreffend Konsolidierungsprogramm. Inhalt und Antrag wurden hier erläutert. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! - Ich darf noch einmal kontrollieren? Das sind, wenn ich es richtig gezählt habe 29 Mandatare. 26 der Volkspartei, drei des Liberalen Forums. Hohes Haus! Der Resolutionsantrag ist damit außer Streit gestellt und angenommen. *(Zustimmung ÖVP, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung SPÖ, FPÖ.)*

Ich bitte nunmehr um Zustimmung für den Eintritt in die Spezialdebatte. *(Nach Abstimmung darüber):* Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen Teiles über alle Gruppen, des außerordentlichen Teiles zu den Gruppen 0, 2, 4, 5, 6, 8 und 9, des ordentlichen Konjunkturausgleichsteiles zu den Gruppen 5 und 6, des außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles zur Gruppe 6 sowie des Dienstpostenplanes 1996 je unter einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des ordentlichen und außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles sowie des Dienstpostenplanes 1996 über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I bis Punkt VIII abstimmen zu lassen. Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlages beabsichtige ich zunächst über allfällige Abänderungsanträge zu den drei Teilen des Voranschlages 1996, dann über die Gruppe selbst und zum Schluß über allfällige zu der jeweiligen Gruppe eingebrachte Resolutionsanträge abstimmen zu lassen. Ist bezüglich dieser Vorgangsweise Ihre Zustimmung gegeben? Danke.

Wir kommen damit zur Gruppe 0 und ich erseuche den Berichterstatter, Herr Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, betreffend Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER
MARKHOF (ÖVP):

Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, enthält Landtag, Landesregierung, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Personalvertretung, Pensionen und Personalbetreuung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 6.657,060.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 909,041.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 14,31 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 122,986.000 Schilling und Einnahmen von 1.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich danke für die Berichterstattung. Wir treten in die Debatte ein. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landesrat Wagner! Geschätzte Mitglieder des Hohen Hauses!

Ich darf heute in der Spezialdebatte zur Gruppe 0 im vorliegenden Voranschlag ein paar Dinge aus der Sicht der Gemeinden darlegen. Die Gruppe 0 ist in diesem Voranschlag dotiert mit einem Budgetansatz von etwa 6.657,000.000,- Schilling, das sind rund 15 Prozent des Gesamtbudgets. Und diese gut 6,5 Milliarden Schilling beeinflussen in sehr hohem Maße das Geschehen in unseren Gemeinden in Niederösterreich. Durch diesen Voranschlag wird das Geschehen wesentlich bestimmt. Der Herr Finanzreferent hat, so glaube ich, ein gutes, ein nachvollziehbares Budget vorgelegt. Und es ist auch ausgewogen. Ein Sparbudget mit Konsolidierungseffekt. Einsparungen können nur bei den Ausgaben geschehen. Niederösterreich sichert damit seine Zukunftschancen. Die wesentlichen Säulen, auf denen unser vorliegender Voranschlag steht, wurden nicht gekürzt, die Gemeindefinanzierung zum Beispiel. Das bedeutet somit Investitionen. Für die

Wohnbauförderung gilt dasselbe, auch für die Landwirtschaft, die Wirtschaftsförderung, im Sozialbereich und in der Bildung. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Krankenhausfinanzierung gelegt, wobei wir noch nicht ganz genau wissen, wie die Sache in Zukunft läuft. Aber daß Handlungsbedarf, erhöhter Handlungsbedarf besteht, das steht sicherlich fest.

Vergangenes Jahr stand dieser Voranschlag unter der Devise "Partnerschaft ist unser Weg". Das gilt auch heuer. Auch heuer müssen wir hier in diesem Hohen Hause zusammenstehen um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben zu bewältigen. Der Voranschlag hält sich dabei an die Vorgabe des NÖ Budgetprogrammes für die Jahre 1996 bis 1998. Dadurch tritt, so hofft man - und ich glaube es auch - ein Konsolidierungseffekt ein, der ja doch nur dann dauerhaft sein kann, wenn dieses Programm auch künftig eingehalten wird. Und ich glaube, daß dieser Resolutionsantrag, der vorhin beschlossen wurde, sicherlich ein Mittel dazu ist. Wenn aber der Herr Klubobmann Dr. Bauer vorhin gesagt hat, wer diesem Antrag zustimmt, der hat kein Recht, hier zu stehen, dann möchte ich schon sagen, daß ich wie viele andere ein direkt und frei gewählter Abgeordneter bin. Und daß das vielleicht doch ein bißchen zu scharf formuliert war vom Herrn Abgeordneten Dr. Bauer, zu sagen, wenn man einem Antrag zustimmt, hat man kein Recht mehr, hier am Rednerpult zu stehen. *(Abg. Gruber: So hat er es nicht gemeint! Er meint, wir sollen keine Marionetten sein!)*

Das sind wir sicher nicht als frei gewählte Abgeordnete! Der Mensch zuerst, hat er auch gesagt, und dafür möchte ich ihn und seine Rede loben. Der "Lebensstandort Niederösterreich", das ist ein Begriff, der eigentlich wert ist, ihn näher zu betrachten und ins Kalkül zu ziehen. Denn dieser Lebensstandort Niederösterreich ist ja letztlich unsere Heimat. Es wurde von einem Vorredner schon angesprochen, daß man die Leute mit 45 Jahren schon zu den Randgruppen der Älteren zählen kann. Das ist sehr bedenklich. Ich glaube, daß ein Voranschlag auch dahingehend ausgerichtet sein muß, daß es eben dazu nicht kommt.

Grundsätzlich ist es notwendig, auch mit einem Budget wie diesem die Autonomie der Gemeinden in Zukunft zu sichern. Nicht nur Fakten der Politik, der Gesellschaftspolitik, sondern finanzielle Faktoren sind es, die diese Eigenständigkeit und Selbstverwaltung unserer Kommunen weitgehendst sichern. Dem vorliegenden Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden in Niederösterreich ist zu entnehmen, daß ein rapides Ansteigen jener Gemeinden zu verzeichnen ist,

welche ihren ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgeglichen erstellen können. Diese unerfreuliche Entwicklung zeigt, daß bei unseren Gemeinden die Belastbarkeitsgrenze bei der Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben bereits erreicht ist. Vor allem die NÖKAS-Beiträge und die Sozialhilfeumlage sind jene Bereiche, die unsere Gemeinden am meisten belasten. Unser Ziel hier in diesem Hohen Hause als Gesetzgeber muß es sein, die Gemeinden zu entlasten und sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben vermehrt zu unterstützen. Vieles wird vom Bund aber auch vom Land auf die Gemeinden abgewälzt. Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde, wie es im Sprichwort heißt, und das sind in dem Fall die Gemeinden.

Sehr deutlich kommt die Entwicklung des Steueraufkommens in den Jahren 1990 bis 1994, das sind gesicherte Daten, zum Ausdruck. Wenn das Steueraufkommen der Gemeinden in diesem Bericht dargelegt ist, so ist natürlich auch zu beachten, daß die Kommunalsteuer als Ersatz für die Gewerbesteuer und die Lohnsummensteuer eingeführt wurde. Und gegenüber der bisherigen Lohnsummensteuer wurde der Steuersatz von 2 % auf 3 % der Bemessungsgrundlage, das ist die Summe der Arbeitslöhne, angehoben und der Kreis der Steuerpflichtigen erweitert. Dieser Umstand ist daher bei der Beurteilung der aufkommensmäßigen Verteilung der Gemeindesteuern sicherlich zu berücksichtigen. Aber das Steueraufkommen, wenn man diese Entwicklung betrachtet, ist von 1990 bis 1994 von 10,9 Milliarden, also rund 11 Milliarden Schilling, auf 14,2 Milliarden im Jahre 1994 gestiegen. Die Steigerungsraten sind von Jahr zu Jahr immer geringer geworden. Was auch auffällt in diesem Bericht ist, daß die Ertragsanteile von 63 % auf 60 % in dem Vergleichsjahr 1993 auf 1994 zurückgegangen sind. Das bedeutet für unsere Gemeinden natürlich ein Erschwernis, weil eben die Ertragsanteile nicht in der Form gekommen sind.

Die Investitionen in unseren Gemeinden sind für die gesamte Wirtschaft ein wesentlicher Faktor. Wie in den Vorjahren wurde das Investitionsvolumen der niederösterreichischen Gemeinden trotz der schlechten konjunkturellen Lage weiter gesteigert. Die Gemeinden sind damit ein nicht wegzudenkender Bestandteil der heimischen Wirtschaft und haben wesentlichen Anteil an der Sicherung von Arbeitsplätzen. Als alarmierend ist jedoch anzusehen, daß einerseits die Zuführungen vom ordentlichen Haushalt weiter rückläufig sind, andererseits immer mehr Darlehen in Anspruch genommen werden. Sollte dieser Trend weiter anhalten, wird in den nächsten Jahren mit

einem Rückgang des Investitionsvolumens sicher zu rechnen sein.

Auch der Schuldenstand der Gemeinden ist in diesem Bericht festgelegt. Dieser hat auch schon entsprechende Dimensionen angenommen, die Anlaß zur Sorge geben. Im Jahre 1974, der Rechnungsabschluß weist es aus in den Abschlüssen der Gemeinden, sind 27,5 Milliarden Schilling an Schulden auszuweisen. Und wenn heute schon die Rede war von der Leasingfinanzierung, so ist auch hier festzustellen, daß die Leasingfinanzierung sehr wohl eine Möglichkeit ist, in vielen Bereichen die Finanzierung noch zu sichern. Aber sie muß letztlich auch so beachtet werden, daß es längerfristig Schulden sind und daß die Belastung durch Leasingfinanzierung keinesfalls übersehen werden darf.

Die Gebührenhaushalte der Gemeinden sind in vielen Bereichen aus dem Lot geraten, vor allem in den Bereichen der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Es sind durch das Wasserrechtsgesetz Vorgaben gegeben, die in diesen Bereichen erfüllt werden müssen und in vielen Gemeinden ist eben der Gebührenhaushalt nicht mehr kostendeckend zu erstellen. Oder es ist die Belastung für die Bevölkerung so groß, daß es ganz einfach nicht vertretbar ist. Ein wesentlicher Faktor ist - und das möchte ich heute mit besonderer Deutlichkeit sagen - daß das zumutbare Maß der Belastung der Bürger in unseren Gemeinden draußen ausgelotet werden muß oder manchesmal eben schon die Grenze erreicht hat. Da fallen vor allem die Kanal- und die Wassergebühren in diesen Bereich. Ich sage das deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil das ein sehr ernstes und auch in die Zukunft reichendes Problem ist. Man kann nicht Gesetze schaffen, wenn man nicht dahinter auch eine gewisse Vorstellung hat, wie das bezahlt wird. Ich glaube, das muß man sehr deutlich hier zum Ausdruck bringen.

Eine weitere Frage, die uns in den Gemeinden in sehr hohem Maße berührt und in Hinkunft noch beschäftigen wird: Es wurde in der Vergangenheit schon sehr viel von der Krankenhausfinanzierung und von der leistungsbezogenen Abrechnung gesprochen. Es ist aber jetzt die Stunde gekommen, da Handlungsbedarf besteht. Ich bin guter Hoffnung, daß hier in diesem kommenden Jahr auch eine entsprechende Lösung kommen wird. Wir müssen uns aber dabei überlegen, ob wir nicht doch etwas tiefgreifender reformieren müssen als nur den KRAZAF und diese Dinge zu ersetzen. Es soll vielmehr eine grundlegende,

strukturelle Bereinigung in unserem Krankenhauswesen in Niederösterreich geschehen. Mir ist es halt zu wenig, wenn der Herr Landesrat Wagner bei der letzten Landtagsitzung erklärt hat, naja, es wird sich doch irgendwo in Niederösterreich eine Gemeinde finden - so hat er wörtlich gesagt - die sich für ein Pilotprojekt hergibt. Das ist zu wenig zu diesem Zeitpunkt! Ich glaube, daß ganz Niederösterreich in dieses Pilotprojekt einbezogen werden muß. Und wenn die Gewinner und die Verlierer in diesem Krankenhausreformprogramm ganz einfach nicht wollen, dann wird der Gesetzgeber dafür sorgen müssen - und das ist unsere Aufgabe - dieses "Wollen" auch entsprechend zu unterstützen.

Wir wissen ja, wie schwierig der Betrieb eines Krankenhauses ist. Es ist eine sehr schwierige Materie, zugegebenermaßen. Das Krankenhaus ist ein Dienstleistungsbetrieb in Reinkultur, das ganze Jahr hindurch, 365 Tage voll im Einsatz. Es genügt nicht, wenn wir da nur Pflage tage einsparen. An dem liegt es nicht. Es liegt an der Grundstruktur, an der Zuordnung, was jedes Krankenhaus zu tun hat. Und hier kann man nicht alles dem freien Markt überlassen. Und es wird notwendig sein, auch das Raumordnungsprogramm für unser Krankenhauswesen zu überdenken. In so einem Krankenhaus ist das Zusammenspiel aller Kräfte, die es hier gibt, eine wesentliche Sache. Ein Krankenhaus ist ein kompliziertes, ein komplexes System, hochtechnisiert noch dazu. Ob es jetzt ein Standardkrankenhaus oder ein Schwerpunktkrankenhaus oder irgendeine Sonderklinik ist. Diese Dinge sind in diesen drei Kategorien sicherlich gleich.

Den Krankenhäusern sind klare, strategische Ziele vorzugeben, die vor allem regions- und bedarfsbezogen sein müssen. Ich glaube, daß die Beibehaltung der Aufteilung, wie wir sie jetzt haben, in Standard-, und Schwerpunktkrankenhäuser im wesentlichen bleiben soll. Die Zuordnung dieser Aufgaben nach den Erfahrungswerten der Auslastung und der Notwendigkeit in der Region ist gegeben. Die Eigenverantwortung der Abteilungen, die Eigenverantwortung der Träger: Ja ich kann mir auch vorstellen, daß man vielleicht auch hier eine Lösung findet, wo alle, die mitzahlen, in einem erweiterten Krankenhaus-Ausschuß von mir aus mitreden und mitbestimmen sollen. Jetzt ist es ja so - und da spreche ich fast gegen mich - daß der Träger eines Krankenhauses, der mit 10 Prozent an dem ganzen Geschehen beteiligt ist, das Sagen im laufenden Betrieb eigentlich hat. Und da verstehe ich durchaus, daß man sagt, jene Gemeinden, die nicht-spitalerhaltende Gemeinden sind, wollen durchaus auch hier im

laufenden Geschehen mitreden, weil sie ja letztlich auch dafür etwas bezahlen.

Bei den Krankenhäusern zeichnet sich auch international eine fachübergreifende Organisationsform ab. Ich meine das so, daß der wirtschaft

lich Zuständige auch mitreden soll. Und daß dort eigentlich die Fäden zusammenlaufen sollen, was den wirtschaftlichen Bereich betrifft. Daß also nicht der einzelne Primar oder vielleicht der Pflegedienstleiter bei Bestellungen mehr zu sagen hat als der Verwalter. Soviel vielleicht zu dem. Es gibt ja verschiedene Diskussionen in dieser Richtung, Gesundheitsforum und all diese Möglichkeiten, in denen hier vorgearbeitet wird. Es wird eine der wesentlichsten Aufgaben sein, auch aus der Sicht der Gemeinden, im kommenden Jahr die Krankenhausfinanzierung ins richtige Lot zu bringen.

Es sei mir aber auch gestattet, auf einen Punkt noch hinzuweisen, wie ich das auch voriges Jahr getan habe, weil ich Obmann dieser Vereinigung der Musikschulen in Niederösterreich bin. Es gibt in Niederösterreich 173 Musikschulen, die im wesentlichen sehr gut funktionieren. Aber ich höre immer wieder aus den Diskussionen, daß eben vor allem die Gemeinden durch die Musikschulen einen über das Maß hohen Beitrag zu leisten haben. Der grundsätzliche Gedanke als das Musikschulgesetz beschlossen wurde war ja, ein Drittel bezahlen die Eltern, ein Drittel die Trägergemeinde und ein Drittel das Land. Doch das verschiebt sich nach diesen Erfahrungswerten immer weiter zu Lasten der Gemeinden, weil vor allem die Betriebsmittel, die Betriebskosten, das Betreiben einer Schule wirklich zu Lasten der Gemeinde geht. Und das geht oft über das eine Drittel weit hinaus. Ich glaube, das sollten wir auch in Zukunft bedenken. Die Musikschulen nehmen eine sehr hohe und wertvolle Aufgabe wahr, eine erzieherische Aufgabe, die wir manchmal unterschätzen. Ich glaube, daß es notwendig ist, das hier auch in das rechte Licht zu rücken. Ich bitte, wenn in diese Richtung Vorschläge kommen, daß man diesen Dingen doch positiv gegenübersteht.

Meine Damen und Herren! Das waren ein paar Dinge, die ich aus dem "Problemkreis Gemeinde" Ihnen darlegen wollte. Ich sage, die Arbeit hier in diesem Landtag wäre umsonst, wenn wir die Gemeinden nicht als starke Partner ernstnehmen würden. Denn draußen in den Gemeinden wird ja die Arbeit des Gesetzgebers hier umgesetzt. Und ohne funktionierende Kommunen ist das sicherlich nicht möglich. Und ich habe das voriges Jahr bereits gesagt anlässlich der Budgetrede: Es ist sehr gut, daß einige Bürgermeister hier im Kreis der Abgeordneten sitzen, weil man die Erfahrungen aus diesen Bereichen einbringen kann.

Zum Budget im gesamten möchte ich noch einmal wiederholen, daß ich glaube, daß es sorgfältig verhandelt war und ist mit den zuständigen Regierungsmitgliedern und daß es kein "Schummelbudget" ist, wie das Wort heute schon gefallen ist. Sondern daß es ein realistisches, der Zeit angepaßtes und auf den Rechnungsabschluß 1994 und die Erfahrungswerte des Jahres 1995, des laufenden Jahres, aufgebautes Budget ist. Ich denke, daß wir mit diesem Budget sicherlich im kommenden Jahr einen Großteil unserer Aufgaben und Pflichten erfüllen können. Natürlich kann nicht alles erfüllt werden. Aber die wesentlichen Säulen sind, glaube ich, in diesem Konsolidierungs- und Sparbudget so dotiert, daß wir damit leben können, auch die Gemeinden. Ich darf unserem Finanzreferenten für die Erstellung dieses Budgets wirklich danken. Sie können mir glauben, er hat es sich nicht leicht gemacht. Es werden viele, die hier im Landtag sitzen, bestätigen, daß und wie der Finanzreferent in den letzten Monaten mit sich, mit den Regierungsmitgliedern gerungen hat, das hier vorzulegen. Daher werde ich diesem Budget als Abgeordneter zustimmen und ich bitte Sie, das auch zu tun. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Präsident Anton Koczur.

Abg. Präs. KOCZUR *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Debatte zur Gruppe 0 des Voranschlages für das kommende Jahr eröffnet wieder die Möglichkeit, neben der Vorschau auf die künftige Entwicklung und das Zahlenwerk für das kommende Jahr, das hier schon einige Male angesprochen wurde, auch auf allgemeine Probleme der niederösterreichischen Kommunen einzugehen.

Die Gemeinden werden zu Recht als die kleinste Zelle unseres starken Gefüges bezeichnet. Hier wird eben die Politik hautnah spürbar. Und das ist auch die Ebene, auf der der Bürger mit seinen kleinen und großen Sorgen an die Verantwortlichen in der Gemeindestube herantritt. Daneben ist sicherlich augenscheinlich, daß die Gemeinden und Städte enorme Aktivitäten im Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial-, Kultur-, Gesundheitsbereich, in der Bildungspolitik und in der Infrastruktur entfalten. Mit einem Anteil von rund 35 Prozent an den Gesamtinvestitionen Österreichs sind sie zugleich die größten Investoren, von denen eine bedeutende wachstumsstimulierende Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft ausgeht. Daß das alles immer wieder neu gesagt

werden muß, daß man um Anerkennung der Gemeinden im Gefüge der Gebietskörperschaften ringen muß, das empfinde ich auch heute so. Wenn ich etwa in die Bankreihen der Abgeordneten sehe und feststelle, welche Bedeutung man der Diskussion über die Probleme der Gemeinden beimißt. Aber lassen Sie mich zur Sache einige Feststellungen treffen. Wenn die Gemeinden auch in Zukunft diesen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung des Gesamtstaates leisten sollen, so müssen Bund und Länder in Anerkennung dieser gesamtstaatlichen Funktion der Kommunen auch die notwendige finanzielle Ausstattung mittragen und darüber hinaus das Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht der Gemeinden erweitern.

Der Verband der Sozialdemokratischen Gemeindevertreter hat bei seinem NÖ Gemeindegtag in Schwechat eine Resolution mit entsprechenden Forderungen - es waren maßvolle Forderungen - an den Bund und an das Land Niederösterreich verabschiedet. Ich habe mit Freude registriert, daß bereits zahlreiche Antworten von Bundes- und Landesregierungsmitgliedern sowie den Klubs der gesetzgebenden Körperschaften beim Verband eingelangt sind, die ihre Unterstützung zu den berechtigten Anliegen zum Ausdruck brachten.

Weniger Freude, sehr geehrte Damen und Herren, gab es am NÖ Gemeindegtag über die am gleichen Tage ausgesandte Erklärung des Landesfinanzreferenten, wonach es im Zusammenhang mit der Budgeterstellung des Landes auch bei bestehenden Gemeindeförderungen keine Tabus geben werde. Der Landesfinanzreferent hat dabei auch nicht vergessen, seine Abneigung gegen die Abschaffung der Landesumlage zu deponieren. Die Delegierten haben dementsprechend darauf reagiert, daß es nämlich nicht zur Kenntnis genommen werden kann, wenn Beschränkungen der Landesförderungen in Bereichen kommen sollen, die von existentieller Bedeutung für die Gemeinden sind. Auch Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger hat sich vor Ort mit den Kommunalvertretern solidarisch erklärt und darauf hingewiesen, daß es in einem solchen Fall dann eben keine Zustimmung zum Landesbudget geben werde. Diese gemeinsame Kraftanstrengung dürfte sich doch gelohnt haben. Der Landesfinanzreferent hat schließlich erklärt, daß es heuer zu keinen gravierenden Veränderungen kommen wird. Wir haben heute mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der Landesfinanzreferent in der Zwischenzeit seinen inneren Frieden mit der Einstellung der Landesumlage und der Förderungen der Gemeinden gefunden hat. Ich

darf aber trotzdem von dieser Stelle aus ankündigen, daß wir sehr wachsam die vorbereitenden Gespräche für das nächstfolgende Budget verfolgen werden. Die Gemeinden werden im Interesse der zu erfüllenden Aufgaben keinesfalls tatenlos zusehen, wenn Kürzungen oder sonstige Verschlechterungen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, des Schul- und Kindergartenfonds, bei den Musikschulen, den Förderungen des Kindergartenpersonals oder vielleicht gar bei der endgültigen Auflassung der Landesumlage ab 1997 überlegt werden sollten. Dies alles sind nämlich Bereiche, welche, um beim Budgetslogan des Landesfinanzreferenten für das Jahr 1996 zu bleiben, "Niederösterreichs Zukunftschancen sichern". Das sind Bereiche, welche für die Gemeinden tatsächlich tabu sind!

Gleiches gilt natürlich auch in Richtung der Budgetgestaltung des Bundes. Wenn Umweltminister Bartenstein beim 25. Internationalen Symposium und dem 4. Österreichischen Biomessetag in der Waldviertler Gemeinde Kautzen die Abschaffung der Kommunalsteuer anspricht, nachdem er auch gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Blochberger diese Veranstaltung zur VP-Wahlwerbung umfunktioniert hat, und die Wirtschaft gerne zusätzliche Einnahmen durch die Abschaffung der Getränkesteuer lukrieren möchte, um nur einige Beispiele aus der letzten Zeit zu nennen, so wird man dann, wenn es keinen gleichwertigen finanziellen Ausgleich dafür gibt und man es nicht der Mühe wert findet, in so lebenswichtigen Fragen die Gemeinden zu kontaktieren, eben gewaltigen Widerstand leisten. Immerhin geht es allein bei diesen beiden Bereichen, wenn man die Zahlen des Vorjahres anspricht, um 3,6 Milliarden Schilling, welche den Gemeinden allein in Niederösterreich dann fehlen würden. Bei Kommunaljubiläen auf die Gemeindeautonomie zu verweisen und den Gemeinden gleichzeitig den wirtschaftlichen Boden zu entziehen, dafür ist die finanzielle Lage der Kommunen zu ernst.

Mein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß die Abteilung II/1 des Amtes der Landesregierung, also das Gemeindereferat, vor kurzem wieder einen umfassenden Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs vorgelegt hat. Bereits in den Vorworten kann man

lesen, daß die Gemeinden an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind. Und daß daher besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen um die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu entlasten. Herr Kollege, da brauchen wir nichts auszuloten, das ist so. Da braucht man nicht mehr nachzufragen, die Gemeinden sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt! Hier wird einmal mehr bestätigt, wie wichtig und richtig der Beschluß zur Abschaffung der Landesumlage und die Zuwendungen für finanzschwache Gemeinden gewesen sind.

Und ich darf bei dieser Gelegenheit auch, weil das aus dem Bericht so schön ersichtlich ist, die mahnenden Worte unseres Klubobmannes Dkfm. Dr. Hannes Bauer bestätigen. Und zwar, daß auch aus der Sicht Gemeinden bei aller Zurückhaltung, um die Menschen in den Grenzregionen nicht zu verunsichern, die Realität der Entwicklung unterstrichen werden muß. Der Bericht des Gemeindereferates stellt nämlich fest, daß das regionale Steueraufkommen der Wald- und Weinviertler Bezirke deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Und ich darf hier alle Bezirke kurz anführen: Bezirk Krems-Land - minus 19,2 % unter dem Landesdurchschnitt. Waidhofen a.d. Thaya - 18,9 % minus, Hollabrunn - minus 18,1 %, Mistelbach - minus 15,7 %, Zwettl - minus 15,2 %, dieser ist vom Herrn Klubobmann Böhm als ein Bezirk dargestellt worden, bei dem es so stark aufwärts geht. Gänserndorf - minus 14,7 %, Horn, der zweite Bezirk, wo es so wunderbar geht nach der Aussage des Herrn Klubobmannes, Horn - minus 13,7 %, Gmünd - minus 10,5 %. Daneben müssen wir registrieren, daß es Ballungszentren gibt, in denen die Einnahmen um 50 % über dem Landesdurchschnitt liegen. Und das sind Aderlässe der Gemeinden in diesen Bezirken im Grenzland.

Die Wald- und Weinviertler Gemeinden liegen ja auch auf jener Liste, welche die Erlöse aus den Ertragsanteilen ersichtlich macht, weit hinter den Ballungszentren zurück. Wir haben daher kein Verständnis, wenn jetzt, wo in den Ballungszentren die infrastrukturellen Voraussetzungen in einem Maße vorhanden sind, wovon wir im Grenzland nur träumen können, jetzt auf einmal kein Geld für wichtige Maßnahmen vorhanden ist. Wir sehen jedenfalls die Rückflüsse, die es aus den EU-Förderungen nach Österreich gibt, als eine Chance für unsere Region und wir werden die Kofinanzierungen, die dazu erforderlich sind, jedenfalls vehement einfordern.

Meine Damen und Herren! Im Lichte dieser ungünstigen Entwicklung in den Gemeinden mußten in diesem Jahr auch die Finanzausgleichsverhandlungen in mehreren Abschnitten geführt werden. In Anerkennung der Probleme der Mittelaufbringung für die EU-Beitrittskosten des Bundes und der Länder haben sich die Gemeinden Österreichs bereiterklärt, ebenfalls einen Beitrag und zwar in der Höhe von 4,75 Milliarden Schilling zu leisten, wobei dann in Anerkennung unserer besonderen Situation eine teilweise Refinanzierung aus der Senkung des Investitionsfreibetrages ausgehandelt werden konnte. Die ursprünglich vorgesehene Verbreiterung der Kommunalsteuer ist ja am Widerstand der Österreichischen Volkspartei gescheitert. Das bereits ausgehandelte Paket mußte noch einmal aufgeschnürt, mußte neu verhandelt werden, und brachte dann in der Folge letztlich die Einbindung der Gemeinden in die Sondernotstandsunterstützung mit all den damit verbundenen Problemen. So hat allein die rückwirkende Vorschreibung des Drittelanteiles österreichweit zu 16.000 Berufungen geführt, in Niederösterreich waren das ebenfalls 3000 an der Zahl.

Dem österreichischen Gemeindebund als Interessensvertreter der Kommunen ist es dann doch in zähen Verhandlungen mit dem Bund gelungen, dieses Problem zu lösen und auch den Verordnungsentwurf zur Handhabung der Sondernotstandsunterstützung zu entschärfen. Der Abbruch der Verhandlungen zum Bundesbudget 1996 durch die Schüssel-ÖVP ließ die Gemeinden große Probleme für 1996 befürchten. Konsequentes Handeln der Verantwortlichen im Gemeindebund führte knapp vor Abhaltung der Sondertagung des Parlamentes zu zusätzlichen Finanzausgleichsgesprächen mit dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, bei denen dann doch wichtige Anliegen erledigt werden konnten. So war es unter anderem möglich, den provisorischen Schlüssel für die Zuteilung der Wohnbauförderungsmittel auch für die Länder zu erreichen, nachdem durch eine oberstgerichtliche Entscheidung das Wohnbauförderungszweckzuschußgesetz mit Wirksamkeit 1. Jänner 1996 teilweise behoben wurde. Damit konnte dieser wichtige regionale Wirtschaftsmotor, der ebenso wie die Regionalisierung in den Gemeinden wachstumsstimulierend wirkt, abgesichert werden.

Sehr wichtig ist es auch, daß die Verlängerung des Finanzausgleiches 1993 um ein Jahr verhandelt werden konnte. In dieser Paketlösung ist die ausreichende Dotierung der Siedlungswasserwirtschaft, die Verlängerung des KRAZAF auf

der Finanzierungsbasis 1995 um ein weiteres Jahr, die Sondernotstandsunterstützung sowie das Paktum enthalten, daß Gesetze und Verordnungen, welche unmittelbare finanzielle Belastungen im Krankenanstaltenwesen verursachen, jeweils nur in gegenseitigem Einvernehmen der Gebietskörperschaften beschlossen, erlassen oder abgeändert werden. Selbstverständlich, und das ist auch heute schon gesagt worden und ich möchte es unterstreichen, müssen wir die rasche Fortführung der KRAZAF-Gespräche in Richtung des leistungsorientierten Verrechnungssystems einfordern. Auch wenn damit allein, das ist schon festgestellt worden, daraus die Probleme in diesem Bereich nicht gelöst werden können.

Die Landesfinanzreferenten - und das darf ich bei dieser Gelegenheit auch sagen, weil sie das auch so eingefordert haben, zu Recht eingefordert haben, aus dem unmittelbaren Geschehen kann ich das beurteilen - haben sich aus der Sicht der Gemeinden in dieser Frage zu wenig in die Verhandlungen zur Erreichung einer Lösung eingebracht und außerdem kaum die Bereitschaft gezeigt, die Gemeinden in diese Gespräche entsprechend einzubinden. Die Gemeinden hoffen daher, daß diese, wie wir alle glauben, letzte Chance im Jahr 1996 genutzt wird, weil ein neues System, gleich, wie es aussieht, eine viele Monate umfassende Vorlaufzeit braucht bis man es letztlich dann mit Erfolg einsetzen kann.

Was diese von mir angesprochenen Finanzausgleichsverhandlungen im Frühjahr und in den Herbst hinein betrifft, dürfen die Gemeinden im allgemeinen nicht unzufrieden sein. Leider hat dieses teuerste Aufstehen vom Verhandlungstisch des Bundes auch zunächst nichtreparable Probleme hinterlassen. So sind die bereits sehr weit gediehenen Gespräche im Bereich der Problematik der Abwasserbeseitigung zum Stillstand gekommen, sodaß die finanziellen und rechtlichen Hürden, die sich aus der derzeitigen Gesetzeslage für die Gemeinden ergeben, weiter bestehen. An die künftige Bundesregierung muß daher rechtzeitig die Forderung nach einer vernünftigen und finanzierbaren Lösung im Rahmen einer Novelle des Wasserrechtsgesetzes herangetragen werden. Die Forderung nach Richtwerten anstelle von starren Grenzwerten, die Abwägung der Verhältnismäßigkeit der Kosten bei vorgeschriebenen Investitionen und die Novelle zur Nitratverordnung mit Anpassung an den zu erwartenden 50 Milligramm Richtwert der EU anstelle der derzeit für 1. Juli 1999 in Österreich geplanten und, wie wir glauben, nicht zu realisierenden 30 Milligramm zeigen nur einige

der unerledigten Forderungen der Gemeinden auf.

Gerade im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zeigt sich, daß die Gemeinden künftig besonders wachsam sein müssen, wenn Gesetze oder Verordnungen beraten werden, damit man sich sehr wohl der finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden und ihre Bürger bewußt wird. Nachträgliche Reparaturen sind, das erleben wir gerade, sehr, sehr mühsam. Im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen ist es im Hinblick auf die berechtigten Forderungen nach Ausweisung der mit Gesetzesbeschlüssen, Verordnungen und Regierungsvorlagen verbundenen Kosten für die Gebietskörperschaften zu einer Vereinbarung, nämlich auf Einsetzung eines Konsultationsgremiums gekommen. Damit wurde unter anderem den Interessensvertretungen der Gemeinden ein Einspruchsrecht eingeräumt, wobei die Ländervertreter solche Einrichtungen auch auf Landesebene zusagten. Wenn diese Vereinbarungen nun auf Grund der aktuellen Situation auf Bundesebene nicht mehr zum Tragen kommen, so spricht wohl nichts dagegen, daß wir in Niederösterreich die Gespräche zur Schaffung eines solchen Konsultationsgremiums auf Landesebene in nächster Zeit einleiten werden.

Ein weiteres Sorgenkind der Gemeinden, geschätzte Damen und Herren, ist die Klärschlamm-entsorgung. Einerseits wäre das Land für die Beseitigung der kontaminierten Klärschlämme, andererseits die Betreiber der Anlagen, zumeist Gemeinde- oder Gemeindeverbände, für den übrigen Bereich zuständig. Leider ist die wünschenswerte Rückführung in den vielzitierten Naturkreislauf nahezu unmöglich, weil mit Ausnahme der Böschungsbegrünungen und der öffentlichen Grünflächen kaum Klärschlammkompost Verwendung findet. Schließt doch zum Beispiel das ÖPUL-Programm die Aufbringung von Klärschlamm und auch Kompost aus Klärschlämmen auf landwirtschaftlich genutzte Flächen weitgehend aus. Daß auch die Düngemittelindustrie ein gewichtiges Wort hier mitredet, ist sicherlich nur ein böses Gerücht. Tatsache ist aber, daß aus derzeitiger Sicht, wenn man den Blick ein wenig nach vorne richtet, in Hinkunft nur mehr die teure Verbrennung nach der Pressung übrigbleiben dürfte.

Einige Anmerkungen auch zur Verbrennung. Nachdem die Deponieverordnung des Bundes zur Begutachtung vorliegt, ist eine klare Zukunftsent-scheidung zu urgieren. Die Verbrennung wird sich nämlich nur dann rechnen können, wenn andere Restmüllentsorgungen ausgeschlossen sind. Da-

nach wird sich auch die Politik der AVN, der Abfallverwertung Niederösterreich richten, wobei die Gemeinden in diese zukunftsträchtige Einrichtung entsprechend eingebunden werden wollen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Novelle des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes wieder einmal einzufordern. Den Gemeinderäten muß mehr Mitspracherecht und ein größeres Kontrollrecht im Gemeindeverband zukommen. Darüber hinaus erscheint ein gewichtetes Stimmenverhältnis der verbandsangehörigen Gemeinden im Sinne dieses sogenannten maßgeblichen Einflusses erforderlich, wie das in der Bundesverfassungsgesetznovelle 1984, mit der die Rechtsgrundlagen für die Bildung von Gemeindeverbänden geschaffen wurden, auch festgeschrieben ist.

Eine weitere Frage drängt sich im Zusammenhang mit der Verbrennung auf. Nach einer kürzlich ergangenen obersterichtlichen Entscheidung hat der Bundesgesetzgeber nunmehr bis 31. Dezember des kommenden Jahres Zeit, die verunglückte Rauch-Kallat-Verpackungsverordnung administrierbar und kontrollierbar zu gestalten. Als Problem für die Gemeinden erweist sich hier zum Beispiel, daß die Bürger mit großem Engagement sammeln und trennen, andererseits sich allein aus der Tatsache, daß die richtige Trennung und Wiederverwertung zum Beispiel von Kunststoff einen eigenen Wertstofftechniker im Haushalt erfordern würde, die Wiederverwertung beträchtlich erschwert. Dieses Material liegt derzeit auf Lagerplätzen, hat andererseits höchsten Heizwert und würde sich als Beigabe zum Restmüll im Rahmen der Verbrennung anbieten. Auch hier sind Entscheidungen gefordert.

Abschließend möchte ich noch auf eine für die Gemeinden erfreuliche Nachricht der letzten Tage zu sprechen kommen. Nämlich ein Ergebnis, in dem, Herr Kollege, dem Herrn Landesrat Ewald Wagner lobende Worte zu widmen sind. Sie haben ja bisher trotz aller Bemühungen und der Anerkennung, daß das ein sehr, sehr schwieriger Bereich ist, in dem er tätig ist, nur kritische Worte gefunden. Herr Landesrat Ewald Wagner hat nämlich eine Arbeitsgruppe zur Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitsbereich eingesetzt. In harten aber fairen Verhandlungen konnte folgendes Ergebnis bei der Krankenanstaltenfinanzierung erzielt werden. Im Vergleich mit 1995 steigen die Ausgaben des kommenden Jahres um 4 %, die Einnahmen um 8 %. Der prozentuelle Anteil der Sozialversicherungsträger am Aufwand bleibt gleich, der Betriebsabgang erhöht sich um 1,4 %. Auf Grund der zu erwartenden Einsparungen des

Jahres 1995, der geringeren Ausbau- und Verwaltungskosten, der Rücklagen aus 1995 und der geänderten Einhebungsmodalität wird die NÖKAS-Umlage 1996 jedoch nicht steigen, sondern im Gegenteil um 14,08 % sinken, der Beitrag für die zwar geringen aber doch vorhandenen Verwaltungskosten sogar um 31,54 %. Damit ist erstmals nach vielen Jahren, in denen die Gemeinden mit sehr hohen Steigerungen belastet worden sind, eine deutlich spürbare Kostenentlastung erreicht worden. An dieser Stelle möchte ich daher allen, die sich in diese erfolgreiche Gespräche eingebracht haben, ein herzliches Dankeschön sagen.

Selbstverständlich ist es in der Kürze der Zeit nicht möglich, alle kommunalrelevanten Sachgebiete anzusprechen. Uns allen sollte aber bewußt sein, daß die Kommunalpolitik jener Bereich ist, in dem die Lebensumstände der Gemeinden und ihrer Bürger entscheidend mitbestimmt und verändert werden, sodaß es auch Aufgabe der Landespolitik ist, die Gemeindeautonomie zu stärken. In diesem Zusammenhang darf ich dem Gemeindeferrat und vor allem dem Leiter, Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger, ein herzliches Dankeschön für die Bemühungen um die niederösterreichischen Gemeinden sagen. Meine Fraktion wird diesem Bereich der Gruppe 0 die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Kommerzialrat Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Nach diesen wichtigen Beiträgen zur Kommunalpolitik und bezüglich der Gemeinden möchte ich nun über die Landesentwicklung und über die Regionalförderung sprechen. Zunächst einmal möchte ich mich mit der Landeshauptstadt St. Pölten auseinandersetzen, die in den letzten Jahren durch die vielen Bauwerke für einen enormen Investitionsschub für die Wirtschaft in der Ostregion gesorgt hat. Mit Ende November hat die NÖPLAN die 4-Milliardengrenze bei den Auftragsvergaben überschritten. Für das Landhausviertel wurden 3,3 Milliarden in Auftrag gegeben an die Wirtschaft. Im Kulturbezirk gab es bisher Aufträge in der Höhe von 670 Millionen Schilling. Darüber wurden über Niederösterreich hinaus die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe mit Aufträgen versorgt.

Wir wissen, daß gerade die Bauwirtschaft in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, daß Niederösterreich ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte als die anderen Bundesländer und hier besonders in der Ostregion einsame Spitze war. Im Burgenland waren es Minuszahlen die geschrieben wurden, in Wien plus 2 %. Bei uns waren es 1994 4,2 % und sind es im ersten Halbjahr dieses Jahres bereits 3,4 %.

Beim NÖ Landhaus haben mehr als 100 Firmen ihre Arbeiter beschäftigt, im Kulturbezirk sind es 85 Unternehmungen, die im Einsatz stehen. Auf der Baustelle St. Pölten sind seit Jahren an die 1.000 Menschen laufend tätig. Über das Hauptstadtprojekt hinaus fließen daher auch beträchtliche Mittel in die Regionen zurück. 250.000 Besucher wurden bisher von der NÖPLAN auf der größten Baustelle Österreichs gezählt und betreut, darunter Fachorganisationen aus ganz Europa, ja bis hin nach China und Japan. Damit wurde das niederösterreichische Hauptstadtprojekt zur größten "Schaustelle" Österreichs. Ab Mai 1996 beginnt nun die Übersiedlung von Wien nach St. Pölten. Die Vorbereitungen sind bei diversen Institutionen und Einrichtungen bereits voll im Gang. Der Wohnbau ist gerüstet für die Übersiedlung nach St. Pölten. Am 21. November feierte man die Dachgleiche bei der Wohnhausanlage am Mitterbach, ein Projekt in attraktiver Grünlage beim Regierungsviertel. Das Großprojekt "Niederösterreichisches Landhaus" wird also zeitgerecht fertig. Der Zeitplan wird eingehalten, die Budgetdebatte des Jahres 1996 wird bereits in St. Pölten, in der Landeshauptstadt, in der neuen Heimat des NÖ Landtages stattfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Landesentwicklung in den Regionen. Seit Beginn 1995 sah ECO-PLUS die Notwendigkeit, sich den neuen Verhältnissen in Europa anzupassen. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat starke Veränderungen für Betriebsansiedlungen gebracht. Nach dem positiven Ausgang des Referendums ist die Nachfrage nach dem Wirtschaftsstandort Niederösterreich sprunghaft angestiegen. Es hat sich auch gezeigt, daß die Anfragen nach Betriebsansiedlungen aus Ländern stammen, die früher, als Österreich noch nicht Mitglied bei der Europäischen Union war, sich um uns nicht bemüht haben, sich also zurückgehalten haben. Beispielsweise werden jetzt gerade aus Südkorea und Taiwan Anträge bearbeitet. Die taiwanische Firma ATMOSA hat sich vor kurzem in Schwechat angesiedelt. Auch aus den EU-Ländern ist wieder verstärkte Nachfrage nach dem Standort Nieder-

österreich zu bemerken. Hier werden allerdings in letzter Zeit sehr hohe Ansprüche hinsichtlich der Angebote von Dienstleistern mit know how in bezug auf die Reform- und GUS-Länder gestellt. Allgemein ist erkennbar, daß das Anspruchsniveau der potentiellen Investoren hinsichtlich Infrastruktur und Qualität der Rahmenbedingungen stark angestiegen ist. Der Bund und das Land Niederösterreich müssen daher gezielte Anstrengungen unternehmen, wie zum Beispiel Bau der Nordautobahn, Ausbau von Datenhighways, verstärkte Forschungsanstrengungen, Aufhebung der Monopolbereiche, wesentliche Verkürzung der zu langen Behördenverfahren bezüglich Betriebserrichtung, keine Erhöhung der Betriebssteuern, um nur einige Beispiele hier zu bringen.

Der internationale Standortwettbewerb hat sich deutlich verstärkt. Jedes Land und jede Region muß sich als Standort für Betriebsansiedlung den sich ständig ändernden internationalen Konkurrenzbedingungen anpassen, um den erreichten Standard zu sichern, zu verbessern und international darzustellen. Um diesem verstärkten Konkurrenzkampf zu begegnen, kann durch eine Kooperation zwischen den Bundesländern eine stärkere Positionierung des gemeinsamen Großraumes erzielt werden. Es gibt ja hier das Übereinkommen zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland. Das ist der richtige Weg.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Betriebsansiedlungstätigkeit in den Regionen zeigt folgendes Bild: Bis Ende des dritten Quartals 1995 wurden mit Hilfe von ECO-PLUS 40 Betriebe mit 733 Arbeitsplätzen in Niederösterreich angesiedelt. In den letzten fünf Jahren haben sich somit 360 Betriebe mit 9.300 Arbeitskräften in den Regionen Niederösterreichs und in den Industrie- und Gewerbeparks niedergelassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Aktivitäten im Bereich der Betriebsansiedlung möchte ich auf das Regionalisierungsprogramm eingehen. Seit Beginn der Umsetzung des Regionalisierungsprogrammes im Februar 1987 wurden 555 Projekte mit einem Förderungsvolumen von 3,4 Milliarden unterstützt. Diese Förderungen bewirkten Investitionen von über 11,5 Milliarden Schilling. Zwei Drittel der geförderten Projekte entfallen auf den vielfältigen Dienstleistungsbereich. Dazu zählen vor allem der Tourismus-, Gesundheits-, Freizeit- und Kulturbereich, aber auch produktnahe Dienstleistungen wie beispielsweise Modeschöpfung, Design, Softwareentwicklung und Unterstützung bei Anwendung

komplizierter Software. Mit diesen sektorenübergreifenden Förderungen wird auf die besondere Stärke, aber auch auf die Probleme der Regionen eingegangen. Dadurch können maßgeschneiderte Lösungen gefunden werden. Diese Strategie kommt vor allem struktur- und entwicklungsschwachen Regionen in Niederösterreich zugute. Dieser Weg soll auch mit dem Budget 1996 fortgesetzt werden.

Auch für den Bereich Regionalisierung ergeben sich mit dem EU-Beitritt Österreichs neue Chancen. Durch die Einbringung des Regionalisierungsinstrumentes der EU-Programmplanung für Ziel 2- und Ziel 5b-Gebiete in Niederösterreich werden die Regionalbemühungen im Zeitraum 1995 bis 1999 maßgeblich verstärkt. So werden in diesem Zeitraum voraussichtlich 200 Millionen Schilling für regionalwirtschaftlich wichtige Projekte seitens der EU-Strukturfonds an Kofinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Für unser Land bedeutet das, daß dadurch mehr Projekte die Chance haben, gefördert zu werden. Für besonders innovative und grenzüberschreitende Projekte gibt es noch die Möglichkeit auf Förderung der LEADER- und INTERREG-Programme der Europäischen Union, in denen ebenfalls Mittel der Regionalisierung eingebunden sind. Dabei werden weitere 21,5 Millionen Schilling an EU-Kofinanzierungsmitteln verstärkt einfließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Niederösterreich wird schon seit Jahren nicht zuletzt mit dem Regionalisierungsprogramm innovative Regionalpolitik betrieben. Im Mittelpunkt der Förderungen stehen die Regionen Niederösterreichs, ihre Eigenarten und Besonderheiten. Die Nutzung der regionalen Möglichkeiten und damit eine Stärkung der Identität sind weitere sehr wichtige Ziele.

Auch in der EU wird Regionalpolitik im Sinne eines Europas der Regionen groß geschrieben. Die Landesgesellschaft hat in den letzten Jahren ihre Tätigkeit im Auftrag und mit Unterstützung des Landes ausgeweitet und ist auf Grund der Anstrengungen von Management und Mitarbeitern und auf Grund der guten Zusammenarbeit in den Organen der Gesellschaft wie im Fachbeirat und im Aufsichtsrat zu einem wichtigen Entwicklungsfaktor in Niederösterreich geworden. An dieser Stelle möchte ich die gute Zusammenarbeit mit rund 25 Fachabteilungen des Landes im Rahmen der Umsetzung des Regionalisierungsprogrammes hervorheben und als Mitglied des Aufsichtsrates der ECO-PLUS auch meinen diesbezüglichen Dank aussprechen. Wir werden uns bemü-

hen, auch 1996 mit den vorhandenen Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Unser Motto heißt immer, das Wichtigste zuerst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Kapitel 0. Der Herr Abgeordnete Hoffinger hat ja schon fast eine kleine Wirtschaftsdebatte daraus gemacht, aber es war ganz interessant und ich möchte schon darauf eingehen, weil Du in vielen Bereichen sicher recht hast. Aber Du hast einen Punkt angesprochen, wo ich mir schon überlege als Niederösterreicher, daß man einmal nachdenken muß, ob das wirklich so "klaß" ist, wenn sämtliches, was irgendwann einmal bei uns gut funktioniert hat, schön langsam in südostasiatischer Hand ist. Denn im allgemeinen kommen ja die Betriebe jetzt nicht her und bauen da riesige neue Werke, womit wir zusätzlich tausende Arbeitsplätze haben. Sondern gerade das Beispiel Schwechat zeigt es: Das wurde aufgefangen, dann kommt ein Südasiater, führt das Gottseidank mit der niederösterreichischen Belegschaft weiter. Aber ich frage mich oft, wenn ich so bei Betriebsbesuchen unterwegs bin, weshalb ist das so in dem Land? Da muß ja irgend etwas falsch laufen, daß große Betriebe - irgendwo haben wir ja mit den Steyrer-Werken auf Grund der vielen Pendler, die dort hinfahren, auch noch sehr viel zu tun - weshalb muß man das unbedingt an Südasiaten verkaufen, damit das wieder läuft? Oder wenn man jetzt Stölzle betrachtet, wo ich vor einigen Wochen auf Betriebsbesuch war, oder andere Firmen. Wenn man da reinschaut, sitzt fast überall ein deutscher Manager drinnen. Und man muß sich schon diese Fragen, glaube ich, sehr ernsthaft stellen, schaffen wir das nicht oder sind wir bei Besetzungen im Bereich verstaatlichter/halbverstaatlichter Gesellschaften eben schon so weit verpolitisiert, daß wir wirklich aus diesen Gründen nicht überall die Besten hinsetzen? In vielen Bereichen, wenn ich jetzt hernehme, Gerharter usw. liegen ja die Beweise auf der Hand, daß offensichtlich dieses Zusammenspiel ein direktes ist.

ECO-PLUS liefert zahlenmäßig Erfolge, das ist überhaupt keine Frage. Aber ich glaube, man

muß ja auch bei ECO-PLUS sehen, wo landen die die größten Erfolge. Und ich sage jetzt einmal salopp, in Guntramsdorf trau' ich mir auch einen Betrieb anzusiedeln. Spannender wäre es schon in Hollabrunn oder Gmünd.

(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Wir haben Poysdorf!)
Ja, da gibt es einen Erfolg. Aber Hollabrunn und Gmünd, dort sollte man an und für sich diese Erfolge landen. Das wäre meine Vorstellung von einer landeseigenen Gesellschaft. Daß sie nicht dort Betriebe ansiedelt, wo es ohnedies jeder gern und leicht macht, sondern dort, wo die Struktur Betriebe benötigen würde.

Nun zu einem anderen Punkt, das ist der Punkt der Gruppe 0, der sich im wesentlichen mit der Verwaltung des Landes auseinandersetzt. Und hier ist schon festzustellen, daß im Budget selbst keine großartige Veränderung oder irgendwelche phantasievollen Ansätze zu erkennen sind. Sondern hier findet die klassische Fortschreibung statt, da gibt es nur die Anpassung und lineare Fortschreibung des Budgets. Es ist zum Beispiel nicht erkennbar die Übersiedlung nach St. Pölten. Obwohl das im Jahr 1996 stattfindet, ist es aus dem Budget nicht erkennbar. Ich erinnere an einen Dauerbrenner von uns, als wir uns vorgenommen haben, St. Pölten würde uns die Gelegenheit bieten, eine großartig angelegte Verwaltungsreform durchzuführen. Nein, die wird nicht durchgeführt, sondern wir übersiedeln 1:1 nach St. Pölten. Mit kleinen Abweichungen, das gebe ich schon zu. Aber im großen und ganzen übersiedeln wir 1:1.

So ist das auch in anderen Bereichen. Wir haben erst vor einem Monat gehört von der Einführung von LAKIS, wir stellen um auf ein sehr modernes Computersystem, auf das wir sicher stolz sein können. Aber man muß sich die Frage stellen, weshalb hat dieses System überhaupt keine personellen Auswirkungen? Und da denke ich mir, daß es nicht vermessen ist zu sagen, daß bei uns großartige Personalverwaltung, aber sehr wenig Personalplanung betrieben wird. Weil, und das höre ich ja auch, es ist einfach meines Empfindens nach unseriös, zu sagen, wir haben keine Planstellenvermehrung, wie der Herr Landeshauptmann wirklich gesagt hat im Ausschuß, die Freiheitlichen sollen mit diesem Blödsinn aufhören und nicht immer sagen, wir haben eine Planstellenvermehrung. Dem ist aber so. Die letzten drei Budgets ergeben in der Summe um 800 Planstellen mehr. Und da muß man einmal sagen, daß auf Bundesebene selbst die Exekutive, zum Leidwesen muß man sagen, weil es dort schwer oder gar nicht geht - Planstellen einsparen muß. Bei uns beim Land gibt es diese Idee, nämlich

eine Planung mit einer großzügigen Umschichtung. Mir ist schon klar und da muß ich sagen, da wird jeder von uns auch zustimmen, daß es nicht geht, daß ich von heute auf morgen eine personelle Umschichtung mache und benötigtes Pflegepersonal jetzt aus einem Reservoir, ich sage es jetzt einmal bildlich, der Straßenverwaltung herausnehmen kann. Was uns allerdings fehlt ist, daß überhaupt eine Planung in diese Richtung geführt wird. Und ich muß sagen, wir leisten uns ja, im Haus werden sie so liebevoll "die heiligen drei Könige" genannt, drei Hofräte in dem Referat. Die sollten sich doch einmal wesentlich mehr damit beschäftigen, eine Langzeitplanung durchzuführen, die es uns ermöglicht, auch im Land Niederösterreich mit Personalplanung eine tatsächliche Reduktion durch Umschichtung durchzuführen.

Ich habe da zum Beispiel ein Schreiben, das ist für mich so typisch: Die sozialistischen Lehrer haben eine wirklich interessante Einsparungsvariante da schriftlich vorgeschlagen. Den Brief haben die Klubobmänner alle bekommen. Darin wird eben der Vorschlag gemacht auf Auflösung der Bezirksbildstellen, das erscheint möglich und man könnte hier einsparen. Das sind zirka 35 Planstellen um die es hier geht. Diese könnte man tatsächlich einsparen. Aber es ist so, wie ich schon gesagt habe, es hat niemand wirklich den Einsparwillen, sondern ein paar Zeilen vorher werden die sofort wieder eingesetzt. Und man höre und staune: Weil es in den Schulen so viel Probleme mit Kindern und Lehrern gibt, soll man die Planstellen einsparen und dafür Sozialarbeiter in die Schulen aufnehmen. Und da muß ich sagen, da fehlt mir ganz einfach das Verständnis. Wenn man

einmal einen guten Einsparungsvorschlag hat, daß man nicht daraufhin sagt, sparen wir tatsächlich ein, sondern man läßt sich etwas Neues einfallen, Sozialarbeiter in die Schulen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es angekündigt, wir haben uns einige Einsparungsvorschläge vorgenommen. Wir werden die auch jetzt kapitelweise in Form von Abänderungsanträgen vorbringen. Ich weiß, daß es hier keinen Anspruch auf Vollständigkeit gibt, weil wir gar nicht, und das sage ich auch ganz offen, den Apparat von hunderten Beamten, die uns da zuarbeiten können, und Kammerfunktionären, den haben wir nicht. Daher gibt es ganz einfach hier Ansätze von uns, die wir aber sehr ernsthaft vortragen wollen. Weil es ganz einfach an der Zeit ist, daß man sich auch hier einmal ernsthaft mit Einsparungsvorschlägen auseinandersetzt.

Und ich darf daher folgenden Abänderungsantrag einbringen (*liest*):

"Abänderungsantrag

des LAbg. Gratzler zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996 (Ltg. 399/V-3).

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz 02100 (Informationsdienst) Position Ausgaben Voranschlag 1996 lautet: ÖS 20.000.000,-.

Der Ansatz 02211 (Zentralörtliche & regionale Maßnahmen) Position Ausgaben Voranschlag 1996 lautet: ÖS 2.000.000,-.

Der Ansatz 02920 (Lichtbildstelle) Position Ausgaben Voranschlag 1996 lautet: ÖS 700.000,-.

Der Ansatz 030031/6300/900 (Amtsbetrieb Bezirkshauptmannschaft, Leistungen der Post) Position Ausgaben Voranschlag 1996 lautet: ÖS 26.340.000,-.

Der Ansatz 05913 (Figl-Stiftung) Position Ausgaben Voranschlag 1996 entfällt.

Der Ansatz 05914 (Helmer-Stiftung) Position Ausgaben Voranschlag 1996 entfällt.

Der Ansatz 05923 (Ludwig-Fonds) Position Ausgaben Voranschlag 1996 entfällt.

Der Ansatz 05927 (NÖ-Landschaftsfonds, ZG) Position Ausgaben Voranschlag 1996 lautet: ÖS 30.000.000,-.

Der Ansatz 09430 (SC-Landhaus) Position Ausgaben Voranschlag 1996 lautet: ÖS 100.000,-."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche, sich einmal sehr ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Das ist ein Sparvorschlag, jetzt einmal für dieses Kapitel, der für den einen oder anderen einschneidend erscheint, aber im Lichte dessen, was wir bisher hier vernommen haben, daß jeder von sich aus sagt, wir sollen sparen, müßte man ja tatsächlich einmal Sparvorschläge einbringen. Und dieser liegt uns damit vor, das ist der erste Sparvorschlag.

Ich darf einen weiteren Antrag noch einbringen, der sich mit dem Regionalmanagement beschäftigt. Auch hier gibt es neue Budgetansätze. Die neuen Budgetansätze sind schwer nachvollziehbar, aus dem einfachen Grund, weil sie viertelmäßig sehr unterschiedlich sind. Aber auch, weil ich der Auffassung bin, daß man sehr wohl schauen muß, daß diese Regionalmanagements sich auf Tätigkeiten beschränken, die wirklich auch im Interesse des Landtages vollzogen werden.

Ich darf daher zu dem Thema Regionalmanagements einen Antrag einbringen, dessen Absicht ist, daß die Regionalmanagements über ihre Tätigkeit dem Landtag auch berichten (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Gratzler zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996 (LtG. 399/V-3) betreffend Vorlage eines Leistungsberichtes der Regionalmanagements.

In NÖ wurden zur Stärkung und Unterstützung regionaler Initiativen sowohl innerregional als auch gegenüber zentraler Dienststellen außerhalb der jeweiligen Landesviertel Landesbeauftragte bestellt, Regionalmanagements eingerichtet und unterstützt. Dabei handelt es sich um folgende vier Regionalmanagements:

1) Waldviertel Management:
Dieses wurde 1982 mit dem Ziel der Entwicklung der Landwirtschaft, der Wirtschaft, regionaler Maßnahmenkonzepte, der Imagewerbung für das Waldviertel sowie der Förderung regionaler Initiativen des Waldviertels einge-

richtet. Dafür wurden im Budget 1996 ÖS 5,440.000,- vorgesehen.

2) Weinviertel Management:
Die wesentlichste Zielsetzung dieser seit 1993 eingerichteten Institution liegt in der Stärkung und Unterstützung regionaler Initiativen des Weinviertels innerregional und gegenüber Zentralstellen außerhalb des Weinviertels. Wesentliche Aufgaben sind dabei die Imagewerbung sowie Beratungstätigkeiten. Ein wichtiger Bereich bezieht sich auch auf grenzüberschreitende Aktivitäten im Rahmen des EU-Förderungsprogrammes INTERREG II. Dafür sind 1,9 Mio. S budgetär veranlagt.

3) Mostviertel Management:
Das Mostviertel Management wurde 1994 in Form eines Vereines 'Regionalverband Mostviertel-Eisenwurzen' gegründet. Dabei soll das EU-konforme regionalwirtschaftliche Rahmenkonzept koordiniert und umgesetzt werden. Eine weitere Aufgabe liegt in der Koordinierung der Millenniumfeierlichkeiten in Neuhofen/Ybbs. Besondere Ziele sind die Weiterentwicklung der Wirtschaft, der Landwirtschaft und des Tourismus, die Stärkung des Regionalbewußtseins, die Imagewerbung und die Förderung regionaler Initiativen zur Entwicklung, Durchführung und Förderung neuer Projekte. Die budgetäre Vorsorge für 1996 beträgt 1,9 Mio. S.

4) Regionalmanagement NÖ-Süd:
Dieses 1990 gegründete Regionalmanagement agiert in Vereinsform und erstreckt sich auf die Verwaltungsbezirke Neunkirchen und Wr. Neustadt sowie auf alle Gemeinden in den EU-Ziel 2 und Ziel 5b Gebieten des südlichen Niederösterreich. Wesentliche Aufgaben liegen im Aus- und Aufbau land- & forstwirtschaftlicher Initiativen, in der Unterstützung großräumiger Fremdenverkehrsprojekte, im Aufbau regionaler Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Industrie und Fremdenverkehr, im Bereich der Wirtschaft und in der Initiierung und Mitbetreuung regionaler EU-Projekte. Im Voranschlag 1996 wurden dafür 2,3 Mio. S. veranlagt.

Insgesamt weist der Voranschlag des Landes NÖ für diese vier Managements einen ausgabenwirksamen Betrag von ÖS 11,540.000,- aus. Es wäre daher auch im Sinne der Budgethoheit des Landtages sowie der Kontrolle der eingesetzten Mittel sicherlich notwendig, daß diese vier

Regionalmanagements einer jährlichen Berichtspflicht an den Landtag unterliegen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung Sorge zu tragen, daß ein jährlicher Tätigkeitsbericht der vier angeführten Regionalmanagements dem Landtag vorgelegt wird."

Ich ersuche Sie, das wirklich auch von dem Blickwinkel her zu sehen, diesen Antrag, daß diese Aufgaben so unterschiedlich definiert sind, daß es, glaube ich, schon auch im Interesse des Landtages ist, hier zu beobachten, wie diese Entwicklung nämlich in einer gemeinsamen Entwicklung als sozusagen Institutionen, die sich mit dem EU-Beitritt beschäftigen, entwickeln soll. Weil es sicher nicht Ziel und Aufgabe sein kann, dort gibt es ein Management für zwei Bezirke, da gibt es eines für die Region, die machen diese Aufgaben, die machen jene Aufgaben und dafür gibt es irgendwelche Millionen, die halt dann bewilligt wurden. In diesem Sinne ersuche ich um die Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächstes gelangt zum Wort Herr Präsident Ing. Eichinger.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages! Geschätzte Damen und Herren!

Das Motto, unter welchem der heurige Budgetvoranschlag von Landesfinanzreferent Mag. Freibauer gestellt wurde, dieser Budgetvoranschlag "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen" könnte wohl nicht besser zutreffen oder nicht besser gewählt sein für den Bereich der Raumordnung in Niederösterreich. Mit einer gezielten Raumordnungspolitik in den letzten Jahrzehnten ist es dem Bundesland Niederösterreich gelungen, auf die Überholspur aller Bundesländer zu kommen. Das hat begonnen 1968 mit dem ersten Raumordnungsgesetz, mit dem damaligen Referenten Landeshauptmann Ludwig, dann Landeshauptmann Dr. Pröll und jetzt Mag. Freibauer.

Diese Raumordnungspolitik in Niederösterreich beweist eines eindeutig und das geht aus vielen Berichten hervor - zuletzt habe ich erst vor wenigen Tagen einen Bericht der NÖ Kammer für

Arbeiter und Angestellte in die Hand bekommen. Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß gerade im Bundesland Niederösterreich die Anzahl der Beschäftigten gewaltig angestiegen ist. Hatten wir 1983 348.000 Beschäftigte, so halten wir heute, 12 Jahre später, bei 510.000 Beschäftigten. Niederösterreich liegt damit im Spitzenfeld aller Bundesländer bei der Zunahme der Beschäftigten. Und die gleichen positiven Ergebnisse lassen sich auch aus dem Wirtschaftswachstum in Niederösterreich ablesen. Es wurde schon in der Generaldebatte zweimal erwähnt, daß wir in Niederösterreich ein Wirtschaftswachstum haben, das über dem Bundesdurchschnitt liegt mit 3,4 %, daß wir in Niederösterreich eine etwas geringere Arbeitslosigkeit gegenüber der Bundesebene haben. Das ist sicher zurückzuführen auf eine gute Wirtschaftsförderungspolitik, aber auch auf eine Raumordnungspolitik, die darauf Rücksicht nimmt.

Die vor 10 Jahren beschlossenen neuen Strukturen in Niederösterreich mit der Dezentralisierung der Verwaltung, der Regionalisierung und der eigenen Landeshauptstadt haben voll gegriffen. Im Rahmen der Dezentralisierung ist es gelungen, die Verwaltung wesentlich näher zum Bürger zu bringen. Und viele der in der Kommunalpolitik Tätigen können das immer wieder feststellen, daß die Bürger halt nicht mehr nach Wien fahren müssen, wenn sie im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung eine Frage haben. Daß sie das auf ihrer BH erledigen können. Daß die Gebietsbauämter mit der Dezentralisierung wesentlich näher beim Bürger sind, wenn es um Fragen geht. Es hat also diese Dezentralisierung für den Bürger spürbar gegriffen. Und mit der Regionalisierung, die übrigens von vielen anderen Bundesländern sehr aufmerksam verfolgt wird, ich würde auch sagen, von den EU-Ländern ebenfalls anerkannt, verfolgt und bewundert wird, haben wir in den Regionen wirtschaftlich spürbare Impulse setzen können. Hunderte Betriebe konnten angesiedelt werden und damit eben diese viele tausend Arbeitsplätze geschaffen werden.

Von besonderer Auswirkung für die Wirtschaft war sicher die Entscheidung, St. Pölten zur Landeshauptstadt zu wählen. Viele Betriebe haben sich in dem Zentralraum angesiedelt und die Anzahl der Beschäftigten ist seit 1985, seit diesem

Landtagsbeschluß und seit dem Beschluß, St. Pölten zur Landeshauptstadt zu machen, wesentlich gestiegen. Damals, 1985, gab es im St. Pöltener Raum 31.000 unselbständig Erwerbstätige und heute, 10 Jahre später, haben wir immerhin 37.000. Ein Plus von 6.000 Arbeitsplätzen, das nenne ich eine erfolgreiche Regionalisierung und die erfolgreiche Installierung der Landeshauptstadt. Eine Übersicht von der Abgabenbehörde, der Finanzlandesdirektion, zeigt uns eindeutig diesen wirtschaftlichen Aufschwung dieser Zentralregion St. Pölten. Ich habe hier die Zahlen vom Finanzamt St. Pölten. Das Steueraufkommen im Bezirk St. Pölten lag zwischen 1. Jänner 1994 und 30. September 1994 bei S 1.628,000.000,-. Und im gleichen Zeitraum des Jahres 1995, vom 1. Jänner bis 30. September, ist das Steueraufkommen auf S 2.028,000.000,- angewachsen. Das ist also ein Plus von 24,6 %.

Hoher Landtag! Hier handelt es sich nicht um Prognosen oder um irgendwelche Mächtegernzahlen, die wir anpeilen. Hier handelt es sich um den tatsächlich geleisteten Geldfluß, um Einnahmen des Finanzamtes und diese sind untrügerisch. Sie werden sich fragen, was hat das alles mit der Raumordnung zu tun? Ich würde sagen, das hat sehr, sehr viel mit der Raumordnung zu tun. Denn gerade diese Raumordnung hat die Voraussetzungen geschaffen, daß wir diesen geordneten Wirtschaftsaufschwung, den alle bewundern und um den uns viele Länder und auch die anderen Bundesländer beneiden, erleben. Wir haben hier langfristiges Wachstum festgestellt in den Gemeinden, in den Regionen, im Land. Und wenn Herr Klubobmann Dr. Bauer heute bei der Generaldebatte gesagt hat, daß die Rahmenbedingungen stimmen müssen, dann gebe ich ihm voll und ganz recht, was die Rahmenbedingungen für Betriebsansiedlungen, für Betriebsstandorte betrifft. Ich habe erst vor wenigen Wochen die Gelegenheit gehabt, eine hochrangige Delegation aus Taiwan hier im Landhaus im Landtagssitzungssaal zu empfangen und mit ihnen eineinhalb Stunden zu diskutieren. Diese Fachleute haben mir gesagt, was wir in Taiwan können, das ist Massenproduktion, das ist billige Arbeitskräfte, ungelernete Arbeitskräfte entsprechend einzusetzen. Und was wir in Österreich suchen, das sind qualifizierte Facharbeiter. Und die finden sie in Österreich, weil wir in Österreich ein sehr gutes Ausbildungssystem für unsere Facharbeiter haben. Und aus dem Grund kommen sie nach Österreich und gründen hier in Österreich einen Betrieb. *(Abg. Gruber: Gute Lehrwerkstätten haben wir, Herr Präsident!)*

Gute Lehrwerkstätten! Da gebe ich Dir recht, lieber Herr Abgeordneter, das stimmt alles. Wir ha-

ben qualifizierte Kräfte. Und das ist der Grund, warum sie nach Österreich kommen mit ihren Betrieben. Und dieser Bürgermeister von Taipeh hat mir mitgeteilt, daß sie beabsichtigen, nicht nur den Betrieb mit den 140 Beschäftigten nach Österreich zu verlegen, das ist in der Zwischenzeit ja in die Tat umgesetzt worden. Sie wollen auch ihre Europazentrale in Österreich gründen. Weil hier dieser Standort Österreich für diesen europäischen Markt für sie ein besonders qualifizierter, besonders günstiger Standort ist. Und ich glaube, das ist zurückzuführen auch auf eine gute Strukturpolitik, auf eine gute Ausbildungspolitik, aber auch auf eine entsprechende Raumordnungspolitik.

In einem muß ich allerdings dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer leider widersprechen. Weil er gesagt hat, wir können mit der Bahn alles machen und wenn die Bahn gut ausgebaut wird, dann werden wir auch in den Grenzregionen Arbeitsplätze schaffen können. Da kann ich ihm leider nicht recht geben. Weil nämlich auch im Zentralraum rund um Wien, im Raum südlich von Wien nicht die Anzahl der mit der Bahn transportierten Fracht steigt, sondern leider fällt. Die Firma Philips hatte bei uns vier Entladerampen für Güterzüge, heute gibt es diese nicht mehr, weil Philips alles per Achse, mit dem LKW nach Wien transportiert. Eine traurige Feststellung, aber eine Realität, der man auch entgegensehen muß. Also zu glauben, wenn wir Bahnlinien ins Waldviertel oder ins Weinviertel, an die Grenzregion ausbauen, würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, dem kann ich leider auf Grund der Erfahrungen nicht beipflichten.

Das zweite ist, daß diese Betriebe auch deshalb gerade in den Nahraum von Wien gehen, weil es hier gute Fortbildungsmöglichkeiten, ein gutes Personal und genügend Personal für diese Betriebe gibt. Das ist ein Problem, dem wir mit ECO-PLUS entgegensteuern, indem wir eben diese Betriebsareale, die wir von Gmünd bis Heidenreichstein und bis Poysdorf anbieten, um nur einige zu nennen, entsprechend günstig anbieten. Um hier die Betriebe einzuladen, sich dort anzusiedeln. Leider geschieht das nicht in dem Umfang, in dem uns die Produktionen zum Beispiel in der Nahrungsmittelindustrie oder auch in der Textilindustrie in die Billigstlohnländer abwandern.

Geschätzte Damen und Herren! Das Jahr 1996 könnte man durchaus als Jahr der Raumordnung bezeichnen. Hier wurden im Jahr 1995 entscheidende Weichen im Bereich der Raumordnung gestellt. Mit dem lange beratenen und am

29. Juni beschlossenen neuen NÖ Raumordnungsgesetz haben wir, glaube ich, ein Instrumentarium geschaffen, das ebenfalls unter das Motto unseres Finanzlandesrates Mag. Edmund Freibauer zu stellen ist "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen". Mit diesem am 29. Juni beschlossenen Raumordnungsgesetz - wir haben gehört, der Bund hat es beeinsprucht und am 12. Oktober 1995 konnte es endgültig im Landtag verabschiedet werden - werden wir wirklich die Zukunftschancen unseres Landes wahren und sichern können. In vielen Diskussionen in den Bezirken und im Rahmen der Bauquote konnte ich feststellen, daß dieses Raumordnungskonzept angesprochen wurde. Und daß die Bürger, die Bürgermeister und die Kommunalvertreter sehr lange auf dieses Gesetz gewartet haben und daß sie sich jetzt freuen, hier ein Instrumentarium zur Hand zu haben, das rasch und unbürokratisch entscheidet. Ein erster Schritt war der Raumordnungs-Ausschuß zum Raumordnungsbeirat dazu, der die Verfahren der Raumordnung sehr wesentlich beschleunigt hat. Dieser Ausschuß wird sich jetzt mit den Negativfällen befassen und die Positivfälle werden direkt von den Beamten erledigt werden können und in Form von entsprechenden Bescheiden der Landesregierung den Gemeinden zugehen.

Ein weiterer Meilenstein in der Raumordnung war die Unterzeichnung des Siedlungspolitischen Konzeptes Ostregion, welches die Zusammenarbeit von Wien, Niederösterreich und Burgenland auf neue Strukturen stellt. Mit diesem Konzept wird erstmals eine länderübergreifende Raumordnung diskutiert und diese wirtschaftlich dynamischen Gebiete werden neu strukturiert. Daß bei diesem Konzept Niederösterreich federführend war, ist zurückzuführen auf sehr tüchtige Beamte, die wir dafür zur Verfügung gestellt haben, auf die große Erfahrung, die wir mit einbringen konnten als größtes Bundesland der Republik. Und darauf, daß wir eben diese Erfahrung hier auch umsetzen konnten. Ich begrüße es, daß bereits eine Reaktion auf den im Landtag hier beschlossenen Resolutionsantrag betreffend Schaffung einer Regionalkonferenz für Wien, Niederösterreich und Burgenland vorliegt. Am 24. Jänner nächsten Jahres werden sich die Vertreter dieser Bundesländer bei der Regionalkonferenz finden und länderübergreifende Fragen diskutieren. Nach dem gemeinsamen Vorgehen in der Lösung der Verkehrsprobleme im Rahmen des VOR, im Rahmen der Straßen- und Bahnplanung, wird nun auch länderübergreifend die Strukturplanung betrieben. Ich werte das als einen großen Fortschritt und

erwarte mir von dieser Zusammenarbeit auch für unser Bundesland entsprechende Erfolge.

Hoher Landtag! Ein dritter Bereich, von dem ich glaube, daß er für das Land und seine Gemeinden und für die Bürger in diesen Gemeinden sehr wichtig ist, das ist die Bearbeitung und Beratung über die Bauordnung in Niederösterreich. Wir wissen, daß wir diese Bauordnung mit 1. Jänner 1996 brauchen. Sie steht in den abschließenden Beratungen und es wurde hier auch ein Bereich in die Bauordnung gefaßt mit dem Bebauungsplan, der sehr eng mit der Raumordnung zusammenhängt. Wir erwarten uns ja, daß dieses dritte Kapitel der Bauordnung dann später auch in das Raumordnungsgesetz übergeführt wird. Die neue Bauordnung wird wesentlich einfacher und klarer sein und wird es den Bürgern und den Gemeinden erleichtern, entsprechend ihren Bedürfnissen rascher zu handeln.

Wenn Gemeinden noch keinen Bebauungsplan haben, dann sollen diese in sehr rascher Folge mit der Festlegung der Straßenfluchtlinie, der Bebauungsweise, der Bebauungshöhe und des Straßenniveaus neue, vereinfachte Planungsrichtlinien bekommen sodaß hier das politische Ziel erreicht wird, möglichst bald in vielen Gemeinden entsprechende Bebauungspläne zu haben. Zur Erzielung eines geschlossenen harmonischen Ortsbildes sind Vorgaben in diesen Bebauungsplänen zu setzen und da sind die Gemeindevertreter und Bürgermeister besonders eingeladen, sich hier einzubringen.

Die Aktion "Niederösterreich schön erhalten - schöner gestalten" zeigt uns in hunderten Beispielen in Niederösterreich, wie wichtig exakte Vorgaben sind und wie groß die Erfolge bei der Einhaltung dieser Vorgaben auch sein können, wenn man unsere vielen Orte anschaut, die in ihrem Aussehen wirklich beispielgebend sind. Ein exakter Bebauungsplan erspart nicht nur den Gemeinden viel Aufklärungsarbeit sondern, wie ich glaube, auch den Bürgern viel Ärger.

Hoher Landtag! Das Jahr 1995 stand in Niederösterreich im Zeichen der Raumordnung und der Bauordnung. Das Budget für 1996 sieht entsprechende Mittel für die Weiterentwicklung dieser raumordnungspolitischen, verkehrspolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor, sodaß entsprechende Impulse gesetzt werden können. Damit kann und wird unser Bundesland, das sich auf der Überholspur befindet, auch im Jahr 1996 diese Überholspur nicht verlassen und seinen Weg fortsetzen. Die Österreichische Volkspartei wird dieser Gruppe 0

gerne ihre Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Abänderungsantrag der Freiheitlichen, um hier einige Sparmaßnahmen zu treffen ist, glaube ich, nicht unbedingt der richtige Weg, wenn ich etwa bei der Studentenförderung zum Sparen anfangen. Denn der "Oskar Helmer Fonds" und die "Leopold Figl-Stiftung" sind Studentenförderungen. Und wenn ich die auf Null zurückstreiche, glaube ich, zeigt das die Gesinnung dieser Partei, daß sie für junge, studierende Menschen sehr wenig übrig hat. Das zweite kann ich mir auch nicht vorstellen. Ich bin zwar nicht der Anwalt des SC Landhaus, aber wenn bis jetzt rund eine Million Schilling an Förderung gewährt wurde und dann eine Kürzung um 900.000,- Schilling vorgenommen werden sollte, so bedeutet das - und ich bin Sportfunktionär - schlicht und einfach den Ruin des Vereines, von heute auf morgen diese Mittel nicht zu haben. Das heißt, so locker kann man sicher nicht an manche Dinge herangehen, wie es hier vom Rednerpult aus geschehen ist. Wir werden daher diesem Antrag sicher keine Zustimmung geben.

Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat schon davon gesprochen, daß das Jahr 1995 ein Jahr der Raumordnung war. Ich muß ihm beipflichten. Wir sind wieder einen Schritt weiter in die richtige Richtung gegangen. Ich darf aber schon zurückdenken an das Jahr 1966, denn damals haben die ersten raumordnerischen Gehversuche begonnen. Ich war zwar noch nicht in diesem Haus, aber ich kann mich noch gut erinnern, wie von ÖVP-Seite damals das Wort "planen" mit einer abschätzigen Wertung belegt war. Damals wurde der "Niederösterreichplan" erarbeitet, der Öffentlichkeit vorgestellt und die Österreichische Volkspartei hat ein Horrorszenario daraus gemacht. Nun, einige Jahre, einige Jahrzehnte später ist genau das der richtige Weg. Ich weiß schon, daß die Sozialdemokraten hundert Jahre schon der Motor in diesem Österreich waren und der Motor sein werden. Nur muß man alles immer ins richtige Licht stellen und nicht im Nachhinein dann draufkommen, wie gut die Vorschläge waren. Wir wissen es, daß sie gut sind. Und ich darf auch hinzufügen, daß nicht immer alle Schritte in die richtige Richtung gegangen wurden. Aber ich

hoffe, daß wir in Zukunft mehr gemeinsame Schritte in die richtige Richtung setzen.

Ich darf bei einem Punkt einhaken, den wir mitgetragen haben, den wir mittragen werden. Und ich hoffe, daß diejenigen, die es am meisten brauchen, auch so dazu stehen wie die Sozialdemokraten. Nämlich dieser letzte Beschluß, daß Verfehlungen legalisiert werden oder wurden. Wir stehen dazu. Nur, bei der Österreichischen Volkspartei hatte ich einige Zeit nicht das Gefühl, es betraf zwar hauptsächlich ÖVP-Bürgermeister, die hier pardonierte wurden, aber von der ÖVP kam dann das so, als wenn die Sozialdemokraten es gewesen wären. Hier müßte man schon auch wirklich an einem Strang und in eine Richtung ziehen.

Dieses Gesetz hat wirklich einiges bewirkt an Mobilisierung des Baulandes und, was mich als Bürgermeister besonders erfreut, daß die Verfahren rascher abgewickelt werden können. Denn die Auflagefrist wird von acht Wochen auf sechs Wochen zurückgenommen. Und nicht einmal bei positiver Erledigung ist eine Sitzung des Ausschusses notwendig, sondern nur mehr, wenn negative Gutachten erstellt werden. Darüber soll im Ausschuß diskutiert werden und dann entschieden werden als Empfehlung an die Regierung. Ich darf aber auch hinzufügen, daß mit diesem Gesetz sicher auch eine gewisse Bürokratie mit entstanden ist. Und ich werde es dann anhand eines Beispiels erklären. Bürokratie, die wir alle gewollt haben, aber über die wir nachdenken werden müssen, ob wir sie einfacher gestalten können. Nämlich die Verwaltung des Baulandes. Wenn wir sagen, nach fünf Jahren wird eine Abgabe eingehoben, bedeutet die Einhebung dieser Abgabe natürlich einen riesigen Verwaltungsaufwand. Er bringt den Gemeinden Geld, keine Frage. Aber den Verwaltungsaufwand sollte man nicht unterschätzen.

Und das zweite, wo natürlich die Verwaltung auch gefordert ist: Bei jeder Änderung die Verständigung an die Betroffenen und an die Anrainer. Wir wollten es. Ich will nur dazu sagen, daß trägt sicherlich nicht dazu bei, daß die Zahl der Beamten geringer wird. Und wenn ich sage, Beamte, so meine ich natürlich alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, nicht nur jene, die laut Gesetz als Beamte zu bezeichnen sind. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen in Zukunft und noch nachdenken, vielleicht geht es doch noch einfacher.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die überörtlichen Raumordnungspro-

gramme haben einiges auf sich. Ob es jetzt die Siedlungsgrenzen sind, das Bildungsraumordnungsprogramm, ob es der Fremdenverkehr ist. Hier werden Gehversuche unternommen, die irgendwo mit zweierlei Maß gemessen werden. Ich weiß schon, es ist schwierig und ich komme noch auf Beispiele zurück, wo wir sagen, naja, wir haben wohl ein Raumordnungsprogramm, wir haben wohl Normen festgelegt, aber wir können diese Normen hier nicht einhalten und dort nicht einhalten. Aber woanders geht es momentan vielleicht doch. Und damit passiert immer wieder vielleicht Ungerechtes. Ich bin schon bei einem Beispiel, wo wir es nicht einhalten können: Beim siedlungspolitischen Konzept im Raume Wien. Bei dem Feststellen und bei dem Umlenken der Verkehrsströme. Wir werden es nicht schaffen. Denn hier ist ein Ballungsraum, hier können wir raumordnerisch wohl einen Istzustand feststellen, aber wenn wir hier nicht drakonisch raumordnerisch eingreifen werden wir die Verkehrsströme nie in den Griff bekommen. Was meine ich damit? Hier haben wir zu lange weggeschaut, hier hat jede Stadt, jeder Ort ein eigenes Entwicklungsprogramm erarbeitet, das teilweise utopisch war und wo die jetzigen Verantwortlichen Angst vor der eigenen Courage bekommen haben. Denn wenn ich weiß, daß eine Gemeinde mit 4000, 5000 Einwohnern Zielvorstellungen hatte, sich verdoppeln zu wollen oder so viel als Betriebsgrund widmet, daß die dreifache Anzahl der Bevölkerung an Arbeitsplätzen in diesen Ort einpendeln muß, so bedeutet das natürlich Verkehrsströme. Und wir, die wir von Süden nach Wien fahren, spüren jeden Tag diese Verkehrsströme. Der größte Parkplatz beginnt in Traiskirchen und endet in Wien, nämlich die Südbahn.

Wir haben diese Verkehrsströme produziert, indem wir im Süden von Wien eine riesige Fläche nach der anderen als Betriebsgebiet gewidmet haben. Wir haben die Pendler damit produziert. Und wenn wir schon soweit denken, daß wir versuchen entgegenzusteuern, so müßte man dort widmen, wo die Arbeitskräfte zu Hause sind nicht dort, wo sie hinpendeln. Das heißt - das könnte auch für das Grenzland ein Vorteil sein - daß man in Ballungsgebieten mit der Widmung von Betriebsgebiet sehr, sehr sparsam umgeht, aber dort, wo die Menschen zu Hause sind versucht, Betriebsgebiet zu widmen. Ich weiß schon, die Wirtschaft geht dorthin wo sie will. Aber ob das immer gescheit ist? Die Wirtschaft kümmert sich wenig darum, wie der Betreffende zur Arbeit kommt, wie lange er auf der Autobahn steht, wie lange er pendeln muß. Da gilt nur seine Arbeitszeit. Nur, wenn wir von der Raumordnung ver-

nünftig nachdenken, glaube ich, wäre es besser, solche Schritte zu setzen: Daß wir dort widmen, wo eben die Leute zu Hause sind und nicht in den Ballungsgebieten noch mehr umwidmen, damit der Pendlerstrom noch größer wird. Ich denke nur an die B 301, das ist ein typisches Beispiel. Alle haben gewußt, wir brauchen diese Straße, alle haben geplant, alle haben verplant. Wenn sich auch jetzt zwei Landeshauptleute umarmen, dieses Problem ist nicht gelöst - es ist nicht gelöst! Und ich bin überzeugt, daß es noch einige Jahre dauern wird, um - wenn es überhaupt gelöst werden kann - das Problem zu lösen. Hier haben wir und die ganze PGO nicht richtig reagiert oder falsch reagiert. Ich glaube, der Grund lag auch darin, daß in der PGO nur die Exekutive vertreten war und nicht die Legislative. Denn exekutieren kann man normalerweise das, was die Legislative vorschreibt. Nur ab dem Zeitpunkt, wo nichts vorgeschrieben war, ist nichts exekutiert worden außer das, was wir jetzt haben, nämlich daß wir dort nichts mehr ändern können.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich zu einem Problem kommen, ich habe es schon angesprochen, zur überörtlichen Raumordnung. Hier muß uns etwas einfallen. Ich meine, wir haben in Niederösterreich so einen schönen Kiesabbauplan, der die Schottergewinnung regelt. Nur, wir haben niederösterreichische Gesetze und wir haben Bundesgesetze. Und die Bundesgesetze, konkret das Berggesetz kümmert sich um einen niederösterreichischen Kiesabbauplan überhaupt nicht. Und damit haben wir zweierlei Arten von Menschen, jene, die sich an den Kiesabbauplan halten, dort wo Schottergruben entstehen dürfen. Wenn aber irgendeiner gevieft ist, sagt er, mich stört das überhaupt nicht, ihr könnt beschließen was ihr wollt, ich gehe zur Bergbehörde, nehme ein Küberl Sand, laß' den Sand untersuchen, und dann ist das kein Schotter mehr, sondern eine Mineralgewinnung. Und die Bergbehörde erlaubt mir, hier abzubauen. So geschehen in der Gemeinde Breitenau im Bezirk Neunkirchen: Die Bergbehörde hat bis auf 50 Meter neben einer Wohnsiedlung den Schotterabbau genehmigt. Und hat noch dazu keine Rekultivierung vorgeschrieben. Das heißt, die Betroffenen dort wären zu Schaden gekommen, wenn nicht mit riesigem "Tamtam" und mit allen Geschützen aufgefahren worden wäre, um das zu verhindern, zumindest weiter hinauszutreiben. Aber so kann es nicht gehen, daß das Land Niederösterreich Gesetze beschließt, viele sich daran halten und ein geviefter dann kommt, ein Küberl Schotter nimmt und behauptet, das ist kein Schotter sondern Mineralstoff, da ist das Berggesetz zuständig. Und die Berghauptmannschaft bewilligt dann,

ohne zu schauen, ohne sich um die Anrainer zu kümmern. So, glaube ich, soll es und kann es nicht sein! Nebenbei ist das noch eine Verzerrung des Wettbewerbes.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit darf ich zu einem noch heikleren Punkt kommen. Ich weiß schon, alle Menschen sind gleich, alle Gemeinden sind gleich - aber manche Gemeinden sind gleicher. Und hier muß ich auch eine Kritik anbringen an jenen, die Raumordnungsgesetze exekutieren und dementsprechend Gutachten abgeben. Es gibt eine Gemeinde mit tausend Einwohnern, und die Nachbargemeinde hat zufällig 10.000 Einwohner. Und die große Gemeinde mit 10.000 Einwohnern hatte 80 Hektar Bauland/Wohngebiet gewidmet. Bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes wurde auf Drängen des Sachverständigen rückgewidmet auf 55 Hektar. Das wurde zur Kenntnis genommen und wäre natürlich auch so vertretbar. Wenn nicht die Nachbargemeinde - eine 1.000-Einwohner-Gemeinde - 98 Hektar Bauland/Wohngebiet gewidmet gehabt hätte und bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes 99,7 Hektar bekommen hätte. Jetzt sagen Sie mir bitte, ob das vernünftig ist, ob das gescheit ist? Noch dazu, wo der Konflikt prolongiert wird. Denn die linke Straßenseite ist Industriegebiet und dort steht ein Betrieb mit Emissionen und rechts straßenseitig hat man Bauland/Wohngebiet gewidmet. Wie lange die Herrschaften dort miteinander auskommen, glaube ich, kann sich jeder an den fünf Fingern abzählen. Ab dem Zeitpunkt, wo das erste Haus fertig ist, fängt der Krieg an und der Betrieb muß weg. Daß der Bürgermeister da nicht gescheit gehandelt hat, ist seine Angelegenheit. Aber daß die Raumordnung, der Sachverständige ein positives Gutachten dazu abgibt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß er hier komplett so gehandelt hat, wie es sein Gewissen von ihm verlangt.

Es geht aber weiter: Die große Stadt - groß ist sie zwar nicht, 10.000 Einwohner - hatte Bauland/Industriegebiet im Ausmaß von 15 ha gewidmet. Man wollte 3 Hektar dazuwidmen, mußte diese 3 ha woanders rückwidmen, um neue Flächen widmen zu können. Bei der kleinen Gemeinde ist das überhaupt kein Problem gewesen, da konnte man von 35 ha auf 50 ha steigern. So kann es und soll es nicht sein. Doch es ist so! Herr Präsident, wir werden diesen Fall demnächst im Ausschuß zu behandeln haben. Wir werden ihn genau betrachten. Denn ich glaube, so soll und kann Raumordnung nicht sein. Daß man eine kleine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern verzehnfacht auf Grund der Umwidmungen. Denn die große Gemeinde stellt alle Infrastrukturen zur Ver-

fügung, die kleine Gemeinde hat nicht einmal einen einzigen Greißler, alles hat die Großgemeinde zur Verfügung zu stellen. Und die kleine Gemeinde darf alles machen, nur weil sie vielleicht einen anderen Bürgermeister hat. Das ist zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht stillschweigend.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn wir, und ich habe eingeleitet damit, in der Raumordnung vorwärts kommen wollen, dann müssen wir die richtigen Schritte in die richtige Richtung setzen. Der zuletzt erwähnte war in die falsche Richtung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf ebenfalls zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, vor allem im Hinblick auf die Förderungsmöglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes im Zusammenhang mit dem Förderungsangebot der Europäischen Union eingehen.

Nachdem gerade das Förderungsangebot der Europäischen Union natürlich auch sehr stark mit Raumordnung und ähnlichen Dingen zusammenhängt, Herr Kollege Kautz, stört es mich natürlich schon sehr stark, wenn hier gesagt wird, daß in der Raumordnung eine Gleichmacherei betrieben wird zwischen groß und klein. Und womöglich nach sozialdemokratischem Gedankengut die Gewichtungsfaktoren gesetzt werden. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn sich eine kleinere Gemeinde durch entsprechende Widmungsflächen vergrößern kann, wenn dadurch die raumordnungspolitischen Gesichtspunkte nicht verletzt werden. Und ich glaube, das müssen ganz einfach die Kriterien sein der Entwicklungsmöglichkeiten und der Zuordnung von Flächen, wie wohl man natürlich gerade jene Punkte berücksichtigen muß, gegenseitige Störfaktoren und vieles mehr. Aber ich darf doch aus immerhin schon achtjähriger Erfahrung als Bürgermeister sagen, daß die Fragen der Raumordnung hier sehr intensiv immer abgewogen werden. Und daß gerade dem Schutz des Wohnbedürfnisses, des Erholungsbedarfes der Bevölkerung natürlich entsprechend Rechnung getragen wird. Ich glaube, daß es hier nicht um eine Gleichmacherei geht, sondern es geht ganz einfach darum, gerechte Voraussetzungen

auf gesetzlicher Basis, auf fachlicher Basis hier auch entsprechend zu schaffen.

Vielleicht ein Wort zum Herrn Präsidenten Koczur, der hier so deutlich gesagt hat, daß im Zusammenhang mit der Verbrennung auch hier womöglich alles verboten werden muß. Er hat das nur so in den Raum gestellt. Es ist ja richtig, daß die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden müssen, wenn jetzt die Verbrennung in Niederösterreich als wirklich möglicher Weg hier durchkommt. Doch ich darf ein paar Dinge zu bedenken geben. Selbstverständlich, und da gebe ich ihm völlig recht, darf damit keine Monopolsituation entstehen. Denn ich glaube, daß die Deponieverordnung, die ja in Ausarbeitung ist, durchaus mehrere Möglichkeiten einräumen wird. Aber wir haben auch hier die Verantwortung, daß wir das natürlich auch aus der Kostensituation der Gemeinden und damit unserer Bürger sehen. Und wir glauben, daß auf der zweiten Seite nicht eine verantwortungslose Entledigung dieser Dinge in Deponien, wo mit gewissen Reaktionen zu rechnen ist, wenn sich das, was die Wissenschaftler derzeit auf den Tisch gelegt haben, eben erhärtet, daß tatsächlich die Verbrennung der einzig oder der bestmöglich wirksame Weg für die Zukunft ist, um Deponien zu haben, die keine Reaktionen nach sich ziehen, dann bin ich schon davon überzeugt. *(Abg. Feurer: Warum fällt dann die Verordnung des Herrn Bundesministers Bartenstein nicht eindeutig aus?)*

Der Herr Bundesminister Bartenstein ist ja dabei, die Verordnung herauszugeben. Nur gehört die natürlich auch fachlich unter mehr Einbeziehung der Fachkompetenz der Länder entsprechend ausgearbeitet. Und es hat bitte erst vor wenigen Wochen eine große Bürgermeisterkonferenz in Salzburg gegeben, in der Minister Bartenstein auch die Grundzüge dieser Verordnung sehr klar auf den Tisch gelegt hat. Es geht nicht darum, jetzt einseitig ein Monopol zu schaffen. Ich glaube, daß wir gerade in Niederösterreich diesen Vorreiterweg gehen und, das muß man einmal ganz deutlich dazu sagen, daß wir verantwortungsvoll für die Zukunft jenen Weg in der Müllvermeidung und vor allem in der Verwertung gehen. Daß also nachhaltig keine Reaktionen und keine Schadstoffe, weder bei Luft oder Grundwasser dann nach sich gezogen werden. Und da muß man natürlich sagen, daß selbstverständlich die Entsorgung, nämlich das, was organisiert wird hier beim Abtransport vom Hausmüll und vor allem auch von mir aus bei kleinerem Gewerbemüll, sehr kostengünstig durch die öffentliche Hand zu erfolgen hat. Und ich glaube, diese beiden Punkte, erstens einmal die

Frage der Umweltkomponente und natürlich auch die Verantwortung der Kosten gegenüber unseren Bürgern, sind hier klar und in einem vernünftigen gemeinsamen Landesmodell zu realisieren.

Die wesentlichen Punkte, die gerade in der Regionalförderung in unserem Bereich die Entwicklung des ländlichen Raumes zu wirken haben, belasten das Budget unseres Landtages naturgemäß sehr stark. Einerseits ist es ein Sparbudget mit Konsolidierungseffekt, aber andererseits - und das muß man auch sehr deutlich sagen - werden damit natürlich entsprechende wirtschaftliche Impulse für die Entwicklung unseres Landes, und das heißt natürlich, für die Entwicklung unserer Betriebe, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für das Arbeitsplatzangebot, hier entsprechend zur Verfügung gestellt. Das wurde sehr klar von den Verantwortlichen, die das Planungsdokument hier ausgearbeitet haben, realisiert. Wie schaut es denn aus, welche Bereiche sind denn hier jene Gebiete, die entsprechend hier in der Förderung mit einzubeziehen sind? Wenn hier das Parameter gerade im Bereich der Regionalförderung 5b ist, spielt hier der Agraranteil eine wesentliche Rolle. Und wenn die Ziel 5b-Gebiete bei uns in Niederösterreich einen Anteil von 19 Prozent aufweisen, österreichweit von 6,2 Prozent und Niederösterreich im Durchschnitt von 11,3 Prozent, der Industrieanteil bei den Beschäftigten mit 34,4 % am niedrigsten liegt und der Dienstleistungsbereich mit 46 % ebenfalls am geringsten ist, dann sind das wesentliche Parameter der Wirtschaft, die schon sehr deutlich begründen lassen, warum hier entsprechende Regionalförderung auch seitens der Europäischen Union mit der entsprechenden Kofinanzierung in Österreich und durch die jeweiligen Bundesländer zu erfolgen hat.

Wir haben draußen im ländlichen Raum natürlich Abwanderungstendenzen in den verschiedensten Gebieten. Wir haben eine Auspendler-rate, gerade wenn man Teile des Waldviertels hernimmt, von mehr als 40 Prozent, ja manche Gemeinden - auch meine zählt dazu - von mehr als zwei Drittel der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz außerhalb der Gemeinde haben. Hier gilt es, Maßnahmen zu setzen, mit denen man einfach gegensteuern kann, um auch den Arbeitsplatz mit dem Wohnort etwas näher zu verbinden. Und wenn die Zahlen, die noch krasser dafür sprechen, in manchen entlegeneren Gebieten soweit gehen, daß ein Fünftel der Auspendler-rate nicht nur Tagespendler, sondern sogar Wochenpendler sind, dann ist, glaube ich, hier das Problem gerade mit diesen Analysen sehr deutlich

gemacht. Und ich gehe mit all jenen konform, die der Überzeugung sind, daß wir auch im ländlichen Raum die Bildungsinitiativen für die Qualifikation der Arbeitskräfte entsprechend stärken müssen. Denn hier ist ganz ein wesentlicher Punkt, der auch bei der Regionalförderung Berücksichtigung zu finden hat.

Wir haben aber auch im Bereich der Landwirtschaft sehr differenzierte Gebiete. Und da gilt es natürlich auch, daß einerseits beim Investitionsbereich das Ziel 5a-Gebiet entsprechend zur Wirkung kommt, aber daß wir auch eine Reihe von Ziel 5b-Gebieten haben - Teile des Waldviertels und Teile des Voralpengebietes - wo das landwirtschaftliche Einkommen innerhalb dieser Gebiete von den Bauern um mehr als ein Drittel hinter dem Durchschnitt des Agrareinkommens der Europäischen Union, auf die Arbeitskraft bezogen, zurückliegt. Ich glaube, das ist alles sehr, sehr deutlich anzuführen. Man könnte auch das nördliche Waldviertel hier anführen und die Industriezone hernehmen, wo eben allein im nationalen Verhältnis in Einzelfällen bis zu 27 Prozent Einkommensunterschiede bei den Industriearbeitern hier bestehen.

Ich glaube, daß bei der Entwicklung des ländlichen Raumes es wesentlich ist, hier eine Gesamtschau zu haben. Und da ist natürlich erfreulich zu sehen, daß gerade in der touristischen Entwicklung einerseits zwar in den letzten 10 Jahren das Arbeitsplatzangebot, die Arbeitsplätze um 14,2 Prozent gesteigert werden konnten. Daß aber wir gerade im heurigen Jahr mit Problemen konfrontiert sind, wo natürlich der Kaufkraftabfluß auf Grund von Billigflügen nach Fernost, von Billigurlaube in Italien infolge der Abwertung und vieles mehr halt Lockangebote darstellen.

Ich glaube, daß wir in Niederösterreich durchaus stolz sein können auf die Entwicklung einerseits als Agrarland, als Industrieland, aber auch als Arbeitnehmerland. Das ist überhaupt keine Frage. Aber dieser Wirtschafts- und Lebensraum, dieser Erholungsraum ist ganz einfach in einem neuen Europa auch von unserer Vorstellung her hier sehr klar, sicherlich auch selbstbewußt aber auch verantwortungsvoll von unserer Seite aus zu definieren. Und daher geht es darum, daß wir zeitgerecht ans Werk gehen und die Möglichkeiten und Chancen, die sich im Zusammenhang mit diesen Regionalfonds, die angeboten werden, bieten als Chancen für die Regionen draußen, entsprechend nutzen können. Wir verabsäumen sogar oft, möchte ich sagen, das Gedankengut, daß wir auch den Wirtschaftsvorteil haben als Wirtschaftsstandort,

uns gerade im Hinblick auf den Osten im gewerblichen Bereich, im Wirtschafts- und Handelsbereich stärker in der Funktion als Drehscheibe zu sehen. Ich darf von einem Erlebnis berichten: Eine kleine Stadt in Deutschland namens Weidlingen ist in unseren Bezirk gekommen und hat versucht, hier mit Wirtschaftsunternehmen bzw. mit Unternehmen einer Stadt, nämlich aus Pöchlarn, Kontakte zu knüpfen. Und ich habe mit einem dieser Herren gesprochen. Der hat gesagt, ich denke, ihr seid euch in manchen Fällen der Chancen gar nicht bewußt, wenn eine Osterweiterung kommt, wie hier der Standort Niederösterreich im Donaauraum natürlich verstärkt Möglichkeiten und Chancen bietet. Ich glaube, daß es auch notwendig ist, diese Chancen gerade im Hinblick auf die heute schon von einigen Vorrednern zitierte gute Exportentwicklung noch stärker für die Zukunft aufzugreifen.

Wenn der Herr Klubobmann Dr. Bauer davon gesprochen hat, daß wir in verschiedenen Betriebsbereichen draußen auch Defizite haben in der Investitionsfreudigkeit, dann hat er das zum Teil auch damit begründet und ich möchte das hier besonders betonen, daß es nicht um eine mangelnde Innovationsfreudigkeit geht. Sondern es geht ganz einfach auch um die erforderliche Innovationskraft, die den Betrieben hier durch entsprechende strukturelle Maßnahmen zur Verfügung stehen muß. Und es geht auch darum, wenn wir eine Struktur haben, die durchaus vernünftigen gewerblichen Strukturen entspricht, daß es gelingt, auch durch zukünftige Maßnahmenprogramme gerade diese Struktur unserer Unternehmer nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern positiv weiter zu entwickeln. Denn Betriebe, die gerade auch für den ländlichen Raum besonders geeignet sind, sind eben Betriebe, die weniger als 100 Arbeitsplätze haben, wie das der Durchschnitt der NÖ Unternehmer, eben 80 % unserer Unternehmer aufweist. Da geht es natürlich darum, daß wir dann, wenn in den Betrieben entsprechende Sorgen bestehen, wenn Sorgen der Arbeitnehmer hier vorhanden sind, daß wir gerade über die Regionalförderung - da pflichte ich durchaus bei - daß wir bei allen Instrumenten, die wir haben, verstärkt auch in jene Richtung gehen können, wo nicht automatisch Investoren des Auslandes oder größere Banken oder sonstige Unternehmungen kommen und investieren. Es geht, glaube ich, auch darum, daß wir versuchen müssen, verstärkt die Bereitschaft von Unternehmern, hier in den Regionen zu investieren, auch fördern müssen. Daß wir hier eine Begeisterungsfähigkeit erzeugen müssen. Und das können wir sicherlich

nur dann machen, wenn es uns auch gelingt, die entsprechende Infrastruktur in den ländlichen Gebieten wirklich zeitgerecht vorzulegen.

In bezug auf die Infrastruktur ist natürlich der Verkehrsbereich anzusprechen, das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube aber, daß wir die modernen Instrumente der Telekommunikation, wo es eben gute Schritte, gute Ansätze gibt, im Bereich der Telehäuser etwa, durchaus nützen sollten. Der Herr Abgeordnete Litschauer ist ja hier sehr stark "unterwegs" auch im Zuge der Landesverwaltung, hier eine Auslagerung vorzunehmen im Zuge der Telekommunikation. Hier ist manches möglich. Ich glaube aber auch, daß zusammen mit der gewerblichen Wirtschaft und der Industrie auch noch verstärkt brauchbare Konzepte gefunden werden müssen. Denn ich habe einige Gespräche diesbezüglich mit Unternehmen geführt, mit unterschiedlichem Ergebnis, das muß ich auch hier sagen, daß gerade die Auslagerung von Telearbeitsplätzen, vom Bestellwesen her und von verschiedenen anderen Gesichtspunkten nicht bei allen Unternehmen von Haus aus auf sehr positive Grundstimmung fällt, weil natürlich auch der andere Bereich gewisse Vorteile hat. Ich glaube, hier geht es darum, daß die entsprechende Aufbereitung dieses wichtigen Angebotes von Arbeitsplätzen für das ländliche Gebiet als sehr wichtig erkannt wird und da möchte ich zurückkommen auf die bereits erwähnten Ausführungen im Hinblick auf das verstärkte Ausbildungs- und Schulungsangebot. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, qualifizierte Arbeitsplätze auch in den ländlichen Raum hinauszubringen.

Es geht also um diese Standortvorteile, die durchaus auch in ländlichen Gebieten große Vorteile gegenüber manchen Gegenden Europas oder sonstwo bringen können. Wir haben eine schöne Landschaft, wir haben eine reizvolle Landschaft, die natürlich für die entsprechenden Bereiche im Zuge einer vernünftigen Raumordnung auch Verwendung zu finden hat.

Und ich darf hier sagen, daß Niederösterreich gerade mit der ECO-PLUS, mit den Beteiligungsmodellen und vielem mehr wirklich einen wesentlichen Beitrag in dieser Richtung geleistet hat und daß die Förderungsprogramme, die hier seitens der Europäischen Union vorgegeben werden, sicherlich dem Motto der heutigen Budgetdebatte oder der diesjährigen Budgetdebatte in den nächsten Tagen, "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen", gerecht werden. Dies besonders auch unter dem Gesichtspunkt der Chancen, die sich im Zusammenhang mit einem gemeinsamen

größeren Markt, die sich im Zusammenhang mit Europa ergeben. Ich darf hier besonders erwähnen, daß die Förderungen von Brüssel im wesentlichen in zwei Dinge zu gliedern sind, nämlich einerseits in die Strukturförderung und andererseits in verschiedene Einzelprogramme, deren es alleine im Brüsseler Haushalt 170 gibt. Und wenn man dann die Gemeinschaftsinitiativen noch dazurechnet, dann sind das wesentlich mehr als 200 diversifizierte Angebote, die hier zur Verfügung stehen. Wiewohl es also hier in den jeweiligen Bereichen nicht eine allgemeine Versorgung gibt. Es gibt keine "Gießkanne" oder einen "Rasenmäher" oder wie man immer das bezeichnen möchte, sondern sehr klare Zielformulierungen.

Aufbauend auf einem gemeinsamen Programmplanungsdokument geht es darum, hier die Treffsicherheit der Förderung, die Treffsicherheit der Zielsetzung einer politischen Entwicklung und vor allem natürlich auch die Chancen für eine Region im Zusammenhang mit den Angeboten, die über das jeweilige Projekt bzw. Programm hin angeboten werden, zu berücksichtigen. Da ist natürlich die Frage zu stellen, was wird sich denn durch den EU-Beitritt hinsichtlich der Projektförderung im besonderen hier ändern? Nun, wir wissen, daß es wesentlich ist, daß hier erstens einmal Programme gefördert werden und nicht unbedingt in jedem Einzelfall tatsächlich auch mehr zur Verfügung steht. Es wird vielmehr ganz einfach die Summe der Förderungen einen wesentlichen wirtschaftlichen Impuls in unseren Regionen auslösen. Und damit dieses Auslösen auch tatsächlich erfolgen kann, geht es auch darum, daß wir diese regionalen Managements entsprechend ausstatten. Es ist ja notwendig, daß draußen in den Bezirken auch Bezugspersonen da sind, die gerade bei der Umsetzung wertvolle Hilfe leisten.

Man muß schon dazu sagen, daß die Regionalmanagements auf Grund ihrer unterschiedlichen Dauer des Bestehens natürlich eine entsprechende Entwicklung gemacht haben. Daß sie auf Grund auch der differenzierten Aufgabenstellung, eingehend auf die jeweilige Problematik in dem jeweiligen Teil des Bundeslandes natürlich hier eine sehr gute Arbeit leisten. Und wenn man durch das Land fährt, kann man sich davon überzeugen, daß hier eine wirklich sehr, sehr gute Arbeit geleistet wird. Wenn man dann gegenüberstellt, daß es Gebiete gibt, die so mit knapp zwei Millionen Schilling insgesamt das gesamte Regionalmanagement bewältigen, dann kann man wirklich dazu gratulieren, welche Effizienz des Leistungseinsatzes hier geboten

wird. Nämlich nicht theoretisch am Schreibtisch, sondern genau draußen. Dort, wo die Bürger, wo die Unternehmer, wo die Betriebe diese Leistung auch tatsächlich brauchen, wo man diese Leistung und dieses Angebot auch ganz effizient wirtschaftlich umsetzen kann.

Der zweite Bereich, in dem es darum geht, die Grundlagen der Regionalpolitik hier festzulegen: Da hat die Europäische Union natürlich sehr deutlich aufgearbeitet, wo liegen denn die wesentlichen Merkmale und wo sind die meßbaren Grundlagen, damit die Regionalförderung auch dann tatsächlich von Brüssel zur Verfügung gestellt werden kann. Und die wesentlichsten Grundlagen sind das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der Meßfaktor Arbeitslosigkeit, das ist der Agraranteil an der Gesamtwirtschaft und das ist im besonderen der vierte Punkt, den ich auch erwähnen möchte, die Frage der Konvergenzkriterien im Zusammenhang mit der Finanzpolitik innerhalb der Länder der Europäischen Union. Und es geht, glaube ich, darum, daß in diesem Zusammenhang auch der weitere Bereich des Kohäsionsfonds hier mit ins Kalkül gezogen wird. Nicht deshalb, weil wir Österreicher von diesem Kohäsionsfonds nicht direkt profitieren können, aber es geht darum, daß eine ganze Reihe von Ländern hier bei der Finanzierung des Umweltbereiches, von Netzwerken, nämlich jene Länder, deren Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner weniger als 90 Prozent des EU-Durchschnittes beträgt, hier in den Genuß dieser Unterstützung aus dem Förderungsbereich kommen.

Bei diesen wesentlichen Instrumenten des europäischen Regionalfonds geht es darum, daß einerseits der Strukturfonds, der Kohäsionsfonds und natürlich die Europäische Investitionsbank die entsprechenden Tätigkeiten ausüben. Wir haben in Österreich auf Grund dieses Angebotes vier Fonds zur Verfügung. Das ist der Europäische Fonds für die regionale Entwicklung, das ist jener Fonds, wo wir gerade die gesamten Zielgebietsbereiche hier auch im Förderungssektor unterbringen können, das ist der Europäische Sozialfonds, ein sehr wichtiger Bereich, wo es gerade im Sozialbereich um Arbeitnehmerbereiche, um den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft, den älteren Menschen und vieles mehr geht. Um Dinge abzufedern, wo der Mensch natürlich moralisch einen Anspruch darauf hat und wo wir sehr klar dazu stehen, daß demjenigen in unserer Gesellschaft, der Hilfe braucht, auch tatsächlich geholfen wird. Aber das werden wir natürlich alles

auf Dauer nur dann sichern können, wenn wir gewisse Mißbräuche, die sich eingeschlichen haben, mit der Zeit auch abstellen können. Nur dann kann auf Dauer wirklich diese Leistung, die hier dargeboten wird und die benötigt wird, auch zur Verfügung stehen.

Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft ist hier sehr wesentlich. Die Landwirtschaft hat mit dem Beitritt zur Europäischen Union enorme Einkommensverluste erlitten. Viele gerade aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich sagen oft in der Diskussion, wie kann man das einer Gemeinschaft oder einer Berufsgruppe überhaupt zumuten, derartige Einkommensverluste zu haben? Wir wissen, daß die Gegeninstrumente nämlich genau jene sind, daß hier der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft entsprechende Ausgleichszahlungen anbietet. Denn der Vorteil der Preisreduzierung der liegt auf Seite der Konsumenten, das muß man einmal ganz deutlich sagen. Und dieser Vorteil der Konsumenten ist es der Gesellschaft auch wert, daß dann die Preisreduzierungen national auf Grund dieses Fonds entsprechend ausgeglichen werden. Dazu gehören natürlich die degressiven Beiträge und vieles mehr.

Wobei ich einen Punkt hier sehr klar für den Agrarbereich ansprechen möchte. Das sind nämlich jene Maßnahmen, in denen es um die Finanzierung der Umweltleistungen geht. Und da waren wir eigentlich alle sehr erstaunt als plötzlich die Sozialdemokratische Partei gemeint hat, daß man hier eine soziale Staffelung einführen kann. Daß hier Leistungen, die die Allgemeinheit von den Bauern bestellt hat, mit sozialen Aspekten zu versehen sind. Mir kommt das genauso vor, als wenn ein Bürgermeister in einer Gemeinde einen Auftrag gibt, ein Stück Straße zu bauen. Und dieses Stück Straße kostet eine Million Schilling. Nachdem dieser Auftrag mit öffentlichen Geldern bezahlt wird, sagt er dann zur Baufirma, du bist eigentlich sozial ohnehin gut gestellt, du bekommst nicht eine Million Schilling, sondern um einiges weniger. Ich glaube, hier stehen Leistung und Gegenleistung gegenüber, hier steht ein Angebot gegenüber, das von den Bauern in ausreichendem Ausmaß, ja sogar in sehr hoher Bereitschaft, mehr als erwartet, angenommen worden ist und für die Gesellschaft erfüllt wird. Und es geht darum, daß wir alle miteinander - das hat nichts mit Parteipolitik zu tun - daß wir alle gemeinsam unsere Verantwortung für die Schöpfung wahrzunehmen haben. Die Bauern sind diejenigen, die die Landschaft erhalten, die dort auch ihr Einkommen erwirtschaften. Und ich glaube, daß

diese Landschaft in ihrer Betrachtung von allen Landesbürgern, aber selbstverständlich natürlich auch von allen Gästen, die sehr gerne zu uns auf Urlaub kommen, daß die von allen Gästen auch entsprechend gewürdigt wird. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Kautz: Die, die die Landschaft pflegen, schon! - Abg. Keusch: Aber es geht ja um die Überproduktion in der Landwirtschaft, um das Überdüngen!)*

Ich möchte einmal eines sehr selbstsicher betonen in diesem Raum. Ich glaube, daß wir stolz sein können auf die Leistung, die die Landwirtschaft schon in der Vergangenheit erbracht hat. Hier wurde nämlich eine Landschaft der Mitwelt und der Nachwelt übermittlelt, die es tatsächlich noch wert ist, in Zukunft geschützt zu werden. Die es noch ermöglicht, Umweltprogramme zu realisieren, damit wir gerade bei der Lebensmittelerzeugung nicht Billigprodukte, die also bitte industriell als "no name-Produkte" aus verschiedenen Teilen der Welt erzeugt werden, den Konsumenten vorsetzen. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege! Nicht 90 Prozent, ich möchte es einmal ganz klar sagen, es müssen 100 Prozent des Einsatzes hier gegeben werden für die Landschaft, für die Umwelt und damit auch für die Wirtschaft! *(Abg. Keusch: Du vergißt einige Probleme der Landwirtschaft!)*

Ich vergesse überhaupt keine Probleme. Gerade im Wissen, daß es auch Probleme gibt, im Wissen, daß natürlich bei der Produktion dann, wenn die Landwirtschaft mit den Industriegebieten Europas, Kanadas, ja weltweit mithalten muß, es zu Problemen kommt. Wenn der Konsument diese Preise bezahlen möchte, dann wird er nicht jene Produkte bekommen, die er sich von der österreichischen Bauernschaft erwartet. Daher ist es notwendig, daß wir mit entsprechenden Umweltprogrammen dem Bauern die Möglichkeit geben, Nahrungsmittel für den Konsumenten zu erzeugen, die aus einer naturbezogenen Produktion stammen. Die es dem Konsumenten natürlich auch ermöglichen, hier klar dokumentiert zu bekommen durch ein Gütesiegel, das etwa von der AMA geschaffen wird, daß er sich darauf verlassen kann, daß es sich hier um ein österreichisches Qualitätsprodukt aus unseren Berggebieten unter natürlicher Erzeugung handelt. Das ist wichtig für den Konsumenten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf aber schon auch sagen, um hier nicht eine Agrardebatte alleine abzuführen, ich glaube daß eines sehr wesentlich ist: Wenn wir von Landschaft reden, von Landschaftserhaltung, dann lebt dafür eben und genießt die Allgemeinheit auch diese Gesamtheit der Flächen. Und

letztendlich ist ja auch die gesamte Landschaftskulisse die Voraussetzung dafür, daß die Gäste auch sehr gerne in unser Land kommen. Dazu ist es aber notwendig, daß zu den Projekten, die hier von der europäischen Union angeboten werden, auch die entsprechenden Gemeinschaftsinitiativen gesetzt werden. Und da wurde hier schon deutlich gemacht und ich darf hier wirklich besonders betonen, daß die NÖ Landesregierung in ihrer Beschlußfassung ja schon einige Konzepte diesbezüglich, ob es jetzt das INTERREG-Programm ist, das vor allem übergreifend in den verschiedensten Fachbereichen von Wirtschaft, Freizeit, Kultur bis zum Verkehrsverbund hin wesentliche Beiträge auch für die Wirtschaft unseres Landes ermöglicht. 25 EU-Millionen zusätzlich für Niederösterreich allein über das Programm zu haben, was insgesamt mit der Mitfinanzierung des Bundes und des Landes Niederösterreich etwa 75 Millionen Schilling an Investitionsvolumen bewegt, ist, glaube ich, schon sehr wesentlich für uns. Und dazu kommt, daß gerade einige Gebiete hier besonders durch entsprechende Berücksichtigung auch im LEADER-Programm Berücksichtigung finden konnten. Das Projekt oder die Gemeinschaftsinitiative RETEX und die Gemeinschaftsinitiative RESIDER ist hier in diesem Zusammenhang ebenfalls sehr, sehr positiv zu erwähnen.

Ich möchte aber auf eines besonders eingehen und das ist die Frage der Förderung von klein- und mittelbetrieblichen Unternehmen. Ich habe eingangs schon die Situation geschildert wie hier in Niederösterreich sich die Problematik und die Situation darstellt. Es ist aber so, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich jenes Bild ergeben, daß die Wirtschaft sehr klein- und mittelbetrieblich strukturiert ist. 99,8 Prozent der Unternehmungen in Österreich beschäftigen weniger als 500 Mitarbeiter. Das sind also in absoluten Zahlen gerechnet 190.000 Unternehmer, welche 79 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen beschäftigen. Und das Programm der Gemeinschaftsinitiative, wo in den Regionen mit entsprechendem wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand eine Förderung angeboten wird, da geht es vor allem darum - und das darf ich hier besonders hervorheben - daß Niederösterreich gerade dem Bereich der Telekommunikation einen besonderen Stellenwert eingeräumt hat, die Fragen der Umwelt und Energie und natürlich auch der sehr wesentlichen strategischen Unternehmensplanung sind hier zu berücksichtigen. Ich möchte aber auch sagen, daß wir nicht nur Programme, die bei uns angeboten werden, stärker berücksichtigen oder

in diese mit einsteigen sollen. Ich habe gerade im Zusammenhang mit dem Fahrprogramm vor zirka 10 Tagen eine Gruppe bei uns gehabt aus Tokai in Ungarn, die sehr gerne hier gerade bei diesem Bildungsprojekt bei der Ausarbeitung von Konzepten im Zusammenhang mit einem Ausbildungsprogramm arbeiten an einem Projekt. Und wir werden hier gemeinsam, nämlich die höhere Lehranstalt in Tokai, die höhere Lehranstalt in Vesely in Tschechien und die höhere Lehranstalt für Umwelt und Wirtschaft bei uns in Ysper ein entsprechendes Projekt vorbereiten, damit wir gerade in Fragen der Umweltausbildung in Zusammenhang mit der Verantwortung der Wirtschaft gegenüber entsprechende Konzepte länderübergreifend auf den Tisch legen können.

Ich glaube, daß bei den Gemeinschaftsinitiativen bei den vielen Bereichen, die noch dazu kommen, natürlich sich auch die Frage stellt, wie weit ist denn da Niederösterreich mit eingebunden? Wie kann man bei der Beurteilung unseres Landes auch tatsächlich jetzt sagen, mit welchem Gewicht wir dabei sind? Es geht darum, daß im EU-Durchschnitt hier im Zielgebiet insgesamt, nämlich Ziel-2 und Ziel-5b, 25 Prozent der Bevölkerung mit drinnen sind. In Österreich sind es 37 Prozent und in Niederösterreich 51,6 Prozent. Auf das Landesgebiet umgerechnet sind das 65,4 Prozent der Fläche Niederösterreichs. Da kann der Herr Landeshauptmann natürlich sehr stolz sein, daß im Zuge dieser Förderungsmöglichkeiten entsprechende Ausnützung auch von EU-Geldern hier ermöglicht wird.

Ich darf als zweites sagen, daß es natürlich für den Strukturfonds generell Gültigkeit hat, daß es das Geld nur in Verbindung mit der nationalen Kofinanzierung gibt, wenn hier die Programme in Österreich von den Ländern und vom Bund auch entsprechend anerkannt und finanziert werden. Um das Geld, das im Zuge der Regionalförderung hier verteilt wird, kann ja nicht in Brüssel eingereicht werden, sondern bei den bisherigen nationalen Stellen. Wobei ich schon hier betonen möchte, daß gerade im Zusammenhang mit Bürges, ERP und verschiedenes mehr hier wiederum ein Beitrag geleistet wird, die Verwaltung schlank zu halten. Daß nämlich all jene Verwaltungsstellen, die bis jetzt schon im Bereich der Wirtschaftsförderung tätig waren, wo auch die entsprechenden Fachleute zur Verfügung stehen, daß auch diese Damen und Herren in diesen Abteilungen auch in der Lage sind, bestmöglich auch diese neuen Förderungsansätze hier zu bewältigen.

Ich glaube, daß die Beschlußfassung am 6. November 1995 für das Ziel 2-Gebiet ein sehr wesentlicher Schritt war. Und ich bin davon überzeugt, daß die nächste Beschlußfassung gerade im Hinblick auf den Rest der Zielgebietsregelung, nämlich das sehr wesentlich vom Betrag auch ausgestattete und von der Fläche bedeutungsvolle und von den Regionen her sehr wichtige Ziel 5b-Gebiet, daß hierüber die Beschlußfassung am 6. Dezember 1995 in Brüssel vorgesehen ist.

Ein Punkt, der sicherlich für die einen oder anderen Gebiete noch von besonderer Bedeutung sein kann, ist natürlich die sogenannte Artikel 10-Verordnung, wo also Programme für die Förderung interregionaler Kooperationen oder als zweites Programm hier die praktischen Maßnahmen der Raumordnung oder bis hin zu urbanen Projekten die Umsetzung möglich ist. Ich möchte betonen, daß gerade für viele Bereiche der Information, der Berichterstattung, der Kontaktaufnahme und des Informationsflusses es sehr wichtig ist, daß Niederösterreich auch hier zeitgerecht durch eine Außenstelle in Brüssel auch die Kontakte geknüpft hat und die Frau Dr. Heinzl-Schiel bewältigt hier ihre Arbeit sicherlich sehr, sehr hervorragend.

Wir hoffen, daß es gelingen möge, gerade die doch in den ländlichen Gebieten oft vorhandene Abwanderung dadurch zu stoppen, daß die Regionalförderung auf Grund der Zielsetzung des gemeinsamen Programmplanungsdokumentes auch wirklich greift. Daß es gelingen möge, daß hier die Projekte, die dazu auch notwendig sind, nicht nur von den Ideen her einmal vorbereitet werden. Daß dazu auch die entsprechende Finanzierung draußen gegeben ist, daß es aber auch gelingt, die entsprechende Motivation von Unternehmen in diesem Zusammenhang zu erreichen. Und daß vor allem hier die Umsetzung so rasch als möglich vor sich gehen kann. In diesem Sinne darf man wirklich hier seitens des Landes Niederösterreich sehr positiv vermerken, daß die ersten Ansätze der Regionalförderung, daß diese Programmplanungsdokumente nunmehr zur Realisierung anstehen. Ich darf allen dazu sehr viel Erfolg wünschen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Debatte zeigt, glaube ich, eines: Daß kein Sparwille vorhanden ist! Die SPÖ hat sich wenig-

stens schon festgelegt. Die hat schon gesagt, sie wird unsere Sparvorschläge ablehnen. Von der ÖVP haben wir auch schon die Signale bekommen. Für mich ist das aber ganz klar, wenn ich auf den Abgeordneten Kautz eingehen will: Die SPÖ will nicht sparen. In der gestrigen "Presse" steht: "Vranitzky: Die Budgetsituation ist nicht dramatisch", für mich eine klare Verkennung der Lage. Und wenn Du eingehst auf den SC Landhaus, daß man einen Sportverein mit 100.000,- Schilling nicht führen kann, dann schicke ich Dich gern zu Obmännern, die von der Gemeinde 30.000,- Schilling bekommen, in der Oberliga einen Meisterschaftsbetrieb finanzieren und positiv dastehen. Das sind durchaus auch Funktionäre, die Euch sehr nahe stehen, also im ASKÖ und so weiter. Die müssen auch durchkommen, da muß halt der SC Landhaus als Hobbyverein mit 100.000,- Schilling auch durchkommen. Das ist, glaube ich, eh' noch großzügig, das Ganze. *(Beifall bei der FPÖ.)* Hobbyvereine finanzieren sich in der Regel überhaupt selber mit Interessentenspenden und so weiter.

Ja, die ÖVP-Abgeordneten beweihräuchern ihren eigenen Landesrat. Sie reden sogar von einem Sparbudget. Das ist überhaupt das Ärgste, wenn man ein Land in eine massive Neuverschuldung hineintreibt - und für mich ist das Budget das - und sie werden auch unsere Sparvorschläge ablehnen.

Herr Kollege Moser! In einem muß ich Dir schon recht geben: Die Umweltgelder für die Bauern für das ÖPUL-Programm, das ist den Bauern versprochen worden und wir sind immer dazu gestanden. Der Herr Klubobmann Dr. Bauer hat heute gesagt, da brauchen wir halt auch die Sozialisten dazu - wir brauchen Euch nicht dazu. Weil wir da herinnen, glaube ich, über eine Mehrheit verfügen, die den Bauern einfach ihre Gelder zukommen lassen will. Und Ihr dürft Euch nicht immer ein bißchen überbewerten. Die Zeiten, wo man Euch wo gebraucht hat, sind demnächst vorbei. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der SPÖ.)* Das war jetzt kein Zukunftsszenario für nach dem 17. Dezember. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Es ehrt mich, daß der Herr Landeshauptmann bei mir hereinredet, wirklich. In den Genuß kommt, glaube ich, selten ein ganz kleiner Abgeordneter, daß auch der Herr Landeshauptmann einen Zwischenruf macht.

Wir werden mit unseren Sparvorschlägen weitergehen. Ich bringe deshalb zwei Resolutionsanträge ein. Der erste Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 0 des Voranschlages betrifft die Überleitung der Aufgaben der

Agrarbezirksbehörde in die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996 (LtG. 399/V-3) betreffend Überleitung der Aufgaben der Agrarbezirksbehörden in die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften.

Das Gesetz über die NÖ Agrarbezirksbehörde wurde vom Landtag in Ausführung des Agrarbehördengesetzes des Bundes im Jahr 1980 beschlossen. Dieses Gesetz regelt den Aufgabenbereich, die Ausstattung, die Gliederung, den Dienstbetrieb und die Organisation der Agrarbezirksbehörde. Im Voranschlag 1996 in der Gruppe 0 werden für die Agrarbehörden ÖS 127,649.000,- ausgabenwirksam budgetiert, wobei mit Einnahmen von ÖS 930.000,- zu rechnen sein wird. Nun ist es im Sinne einer schlankeren Verwaltung und im Zuge rigoroser Einsparungsmöglichkeiten nötig, bestehende Behördenkonstruktionen anzupassen oder diese in andere Behörden aufgehen zu lassen. So ist es durchaus denkbar, daß die Aufgaben der Agrarbezirksbehörde von den Bezirksverwaltungsbehörden übernommen werden können. Den etwaigen erhöhten Verwaltungsaufwand bei den Bezirkshauptmannschaften stehen durch die Auflösung der Agrarbezirksbehörde Ersparnisse für eine effiziente Budgetsanierung in annähernder Höhe der bis jetzt für die Agrarbehörden budgetierten Ausgaben gegenüber.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, die für eine Überleitung der Agrarbezirksbehörde in die Organisation der Bezirkshauptmannschaften erforderlichen landesgesetzlichen Regelungen zu veranlassen und die dafür beim Bund notwendigen Gesetzes- und Verordnungsänderungen zu erwirken."

Und der zweite Resolutionsantrag betrifft eine Einsparung bei landeseigenen Dienstkraftwagen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996

(Ltg. 399/V-3) betreffend Einsparung bei landeseigenen Dienstkraftwagen.

In den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung kommen aufgrund des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes für das Jahr 1996:

134 PKW
9 Krafträder
498 Kombi-Kraftwagen
153 LKW
315 Spezial-KFZ

zum Einsatz.

Für die ordnungsgemäße Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes der jeweiligen Abteilungen ist eine gewisse Zahl von Kraftwagen unerlässlich. Es besteht aber gewiß die Möglichkeit, besonders bei den PKW beträchtliche Kürzungen des Systemisierungsplanes durchzuführen. So wäre z.B. durch Zusammenlegen von Dienstreisen, Straffung des Dienstbetriebes und gezielter Planung des Einsatzes der PKW eine wesentliche Reduzierung zu erreichen, die sich auch budgetwirksam mittelfristig zu Buche schlagen wird. Die größte Anzahl an PKW hat das Amt der Landesregierung mit 57 Einheiten, die Straßenbauabteilung mit 16 Einheiten und die Bezirkshauptmannschaften mit 39 Einheiten. Gerade dort wird es unerlässlich sein, aus o.a. Gründen die Anzahl der Fahrten besser zu koordinieren um somit zu einer wesentlichen Reduzierung der Anzahl der PKW zu gelangen. So wäre bei den Straßenbauabteilungen und beim Amt der Landesregierung die Reduzierung der bestehenden PKW um die Hälfte sicherlich möglich, bei den Bezirkshauptmannschaften wäre eine Reduzierung von derzeit 39 Dienstkraftwagen auf 1 PKW pro Bezirkshauptmannschaft ohne weiteres durchführbar. Im Sinne einer prekären budgetären Situation ist diese Maßnahme aktueller denn je zuvor.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, eine wesentliche und effiziente Straffung des Dienstwagenbetriebes, insbesondere im Bereich der Personenkraftwagen anzuordnen und gleichzeitig eine Reduzierung auf die in der Begründung angeführten Zahlen einzuleiten."

Ich möchte das kurz kommentieren: Bei den Agrarbezirksbehörden sind von den 127 Millionen Ausgaben 106 Millionen Schilling Personalkosten plus 13 Millionen Reisespesen, das sind 119 Mil-

lionen Schilling und 8 Millionen für den Betrieb. Und ich glaube, da muß etwas passieren. Da muß man sich einmal anschauen, was diese Behörde für 127 Millionen in einem Jahr leistet. Das muß man sich einmal anschauen. Das steht überhaupt in keiner Relation. Ihr könnt nicht immer vom Sparen reden. Ihr seid die Sparweltmeister, Ihr tut den Schilling plakatieren, aber einsparen wollt Ihr überhaupt nichts! Überhaupt dort nicht, wo Eure Leute drinnensitzen. Das ist immer so, das sind wir schon gewohnt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu den Dienstkraftwägen: Da gibt es halt auch diese Beispiele. Da ist eine Wasserrechtsverhandlung und da ist jemand da von B/3-C und da ist jemand da von der B/9 und vielleicht von noch einer anderen Abteilung und dann stehen drei Dienstwägen da mit drei Chauffeuren. Und überall sitzt einer drinnen. *(Abg. Hiller: Das gibt es nicht!)*

Das gibt es! Das ist in meiner Gemeinde vor 14 Tagen passiert. Da kannst Du Dich erkundigen Franz, das gibt es. Und so kann das nicht weitergehen. Weil die Beamten können sich ruhig zusammensetzen und da soll ein Chauffeur fahren und soll die alle mitnehmen. Und bei den Bezirkshauptmannschaften ist mir das sowieso ein Anliegen. 3,7 Millionen Schilling haben wir nur für Dienstwägen bei den Bezirkshauptmannschaften, also nur für die Dienstwägen. Und da ist es dann halt so, wenn irgendein Geburtstag ist oder eine Ehrung im Zuge einer Gemeinderatsfestsitzung, die sind meistens nur am Wochenende, da kommt dann der dritte Stellvertreter vom Bezirkshauptmann oder irgendwo ein junger Jurist mit dem Chauffeur, auch wenn diese Feier sieben Kilometer - wie das bei uns ist - außerhalb entfernt ist von der Bezirkshauptmannschaft. Wochenendstunden, Abendstunden, 4 Stunden sitzt der Chauffeur im Auto, wir bezahlen das alles. Und die 7 Kilometer, glaube ich, kann dieser Beamte selber mit dem Auto fahren und man könnte da unheimlich viel einsparen. Wir würden das nicht gänzlich abschaffen, wir sagen, einen PKW pro BH, der Bezirkshauptmann bei den Fahrten nach Wien usw. sollte mit dem Chauffeur fahren, aber für diese Geburtstagswünsche, wo die Leute dann aus der "NÖN" herauslachen, für das brauchen sie keinen Chauffeur, weil die 10 Kilometer können sie selber auch fahren.

Und dann passiert es halt auch oft, daß man den Herrn Bezirkshauptmann bei gesellschaftlichen Anlässen wie Bällen usw. bis in die frühen Morgenstunden sieht und der Chauffeur im Auto draußen wartet. Wieder Wochenendstunden, die wir alle bezahlen. Und ich glaube, so kann das nicht weitergehen. Wir wären wirklich froh, wenn

bei unseren Einsparungsvorschlägen uns jemand unterstützen würde. Weil wie wir schon gesagt haben, alle reden vom Sparen, wir müssen auch endlich danach handeln. In diesem Sinne würde ich Euch bitten, diese beiden Anträge zu unterstützen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Litschauer.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung ist schon auf Grund der Tatsache, daß in diesem Bereich die Themen Personalkosten, Dienstpostenplan, Verwaltungsabläufe, Strukturen des Landesdienstes im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, Anlaß besonderer Erörterungen. Ich möchte daher auch aus meiner Sicht und verständlicherweise mich mit der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung beschäftigen. Deren Aktualität zeigt sich auch insbesondere regelmäßig in der medialen Berichterstattung, meistens schon im Vorfeld unserer Budgetdebatte, Tage und Wochen vorher. Und da hat man den Eindruck, daß hier natürlich zu Recht sehr viele Ratschläge von berufenem Munde, und manchesmal habe ich den Eindruck, auch eher von unberufenem Munde kommen. Wenn ich nur daran denke, daß die Freiheitlichen erst kürzlich - es war vorige Woche - ihre Überlegungen zum Landesdienst und dessen Weiterentwicklung medial dargestellt haben, und dabei hier ihre Vorschläge auch präzisiert haben, nämlich, bei den Bediensteten einzusparen zwischen 25 und 30 Prozent, radikale Privatisierungsmaßnahmen vorzunehmen, konkret im Bereich der Straßenmeistereien. Neu ist, daß auch die Agrarbezirksbehörde dazukommen soll in die Veränderung.

Ich werde mir erlauben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darauf nun doch gleich am Beginn meiner Rede einzugehen. Zunächst einmal zum Herrn Klubobmann Gratzner: Ich möchte festhalten, wenn Du einen Vergleich anstellst der Budgetansätze des Jahres 1996 mit 1995, dann ist es richtig, daß hier in der Gruppe 0 der Budgetansatz fast unverändert ist im Vergleich zum Vorjahr. Liest man aber auch die Budgetentwicklung des Jahres 1994 zu 1993, erkennt man, daß hier sehr wohl ein sehr deutlicher Sparwille zum Ausdruck kommt. Nämlich im Jahr 1994 betrug die Erhöhung in der Gruppe 0 gegenüber 1993 - das ist jederzeit

nachzulesen - 8 Prozent. Ich glaube, wenn man diese beiden Jahre betrachtet zeigt sich, daß der Finanzlandesrat hier sehr präzise budgetiert hat und seine Vorstellungen auch hier entsprechend Einfluß bekommen haben. Die Ausführungen zur Gruppe 0, Herr Klubobmann, kann ich nicht so unwidersprochen im Raum stehen lassen. Vor allem die Tatsache, wenn hier behauptet wird vom Rednerpult aus, daß die Verlegung der Landesregierung nach St. Pölten im Verhältnis von 1:1 erfolgt. Das stimmt nicht! Es wurden nämlich in den letzten Jahren durch die Tatsache der Dezentralisierungsmaßnahmen über 200 Dienstposten hinaus verlagert an bestehende Einrichtungen der Landesverwaltung bzw. in niederösterreichische Orte verlegt. Es würde jetzt zu weit führen, aber ich darf Dir dann vielleicht auch diese Zusammenstellung geben. Es sind ganz konkret 245 Dienstposten, die bis zum heutigen Tag dezentralisiert worden sind. Daher sind diese Dienstposten nicht mehr dabei, wenn nächstes Jahr die erste Etappe der Verlegung der Landesregierung von Wien nach St. Pölten durchgeführt wird.

Ein zweites: Ich muß schon hier die Abteilungsleiter der Personalabteilung in Schutz nehmen. Ich meine, man kann es sich nicht so einfach machen, sie quasi als Nichtstuer zu bezeichnen und meinen, daß ihnen nichts eingefallen wäre. Gerade zu dem Thema Dezentralisierung ist festzuhalten, daß es im Zusammenwirken mit den personalführenden Stellen, mit den Personalabteilungen, mit der Landesamtsdirektion es möglich war, diese neuen Strukturen zu erarbeiten und zu begeben. Nur zur Klarstellung, damit das auch hier festgestellt ist. Denn die drei Herren können sich ja hier nicht verteidigen. Die Möglichkeit haben sie ja nicht.

Weiters möchte ich hier vielleicht noch eines anführen und damit gleich übergehen zum Änderungsantrag von Dir, Herr Klubobmann, in dem Sparvorschläge genannt werden, in diesem Änderungsantrag. Ich bin ein bißchen überrascht und nachdenklich gestimmt, wenn ich hier höre, daß das Sparvorschläge sein sollen, die wir mittragen sollen. In Wirklichkeit steckt dahinter die Absicht, Stiftungen einfach ersatzlos zu streichen, wegzurationalisieren. Einfach nicht mehr die Möglichkeit zu haben, studierenden Jugendlichen Unterstützungen zu gewähren. Das verstehen wir nicht unter Sparen. Wir werden daher das nicht mittragen können, Herr Klubobmann. Meine Fraktion wird das entschieden abweisen und zurückweisen. Zum Thema des SC Landhaus: Hier ist auch Schützenhilfe gekommen - ich weiß, Herr Klubobmann Gratzner, Du brauchst die

Schützenhilfe des Kollegen Marchat zum SC Landhaus nicht. Auch hier ist die Tendenz des Zurücknehmens von Förderungen die gleiche. Man geht hier einen Weg, den wir nicht mittragen können. Diese Gemeinschaftspflege hat nämlich auch einen gesellschaftspolitischen Wert. Und mit diesem Maß des Budgetansatzes, glaube ich, wollte man das auch unterstreichen. Wir können daher mit diesem Abänderungsantrag wirklich nicht mitgehen.

Zum Kollegen Marchat und seinen Resolutionsanträgen: Herr Kollege Marchat, Sie kommen ein bißchen zu spät mit dem Resolutionsantrag über die Agrarbezirkbehörde. Zu spät deshalb, weil wir in den Strukturen der Agrarbezirksbehörde seitens des Landes schon Maßnahmen gesetzt haben. Die Agrarbezirksbehörde wird nämlich in den nächsten Jahren, spätestens nächstes Jahr nach der Bilanzziehung, kann man sagen, in drei Teile aufgeteilt sein: In einen Teil Hollabrunn, einen Teil Baden und ein kleinerer Teil wird nach St. Pölten mitgehen. Man hat diese Strukturen so gestaltet, wie sie auch der Bevölkerung am besten zugute kommen. Und außerdem hat das auch einen entsprechenden Spareffekt zur Folge. Ich muß sagen, der Wunsch oder die Vorstellung, das den Bezirkshauptmannschaften zuzuordnen, ist unrealistisch. Und das zeigt eigentlich, daß Sie sich mit dieser Thematik meines Erachtens nach zu wenig beschäftigt haben.

Zweiter Resolutionsantrag: Die Einsparung der Dienstkraftwägen. Auch hier kommt eigentlich der Vorschlag insofern zu spät, weil schon entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden seitens des Landes, die Dienstkraftwagen zu reduzieren. Natürlich unter Maßgabe der personellen Situation. Wir müssen uns hier auch auf jene Situation einstellen, daß ja mit den Dienstkraftwägen Bedienstete des Landes fahren und damit ja auch die Möglichkeit für diese geschaffen werden muß. Wenn diese Kraftwagenlenker im Einzelfall in Pension gehen, besteht die Absicht, Dienstkraftwägen nicht mehr nachzubersetzen. Daher können wir auch diesen beiden Resolutionsanträgen seitens meiner Fraktion nicht die Zustimmung geben.

Ich darf nunmehr meine sehr geschätzten Damen und Herren, Hoher Landtag, zu den Ausführungen, die ich mir vorgenommen habe, kommen. Vorerst beschäftige ich mich mit der Ausgabe Seite des Budgets, die Gruppe 0 betreffend. Ich darf dazu festhalten, daß im Jahre 1996 um 40,6 Millionen Schilling mehr aufscheinen als im Vorjahr. Das entspricht einer prozentuellen Steigerung um 0,61 Prozentpunkte. Wie schon

vorhin erwähnt, bleibt der Ansatz nahezu gleich. Und schon aus diesen Zahlen und Ansätzen sieht man, daß bei der Gruppe 0 der von Finanzlandesrat Mag. Freibauer vorgegebene restriktive Ausgabenrahmen wirklich auch in die Tat umgesetzt wurde. Und daher, ich wiederhole es, auch wenn es nicht gerne gehört wird, trotzdem im Rahmen des Möglichen sparsam budgetiert wurde. Diese bei der Gruppe 0 fast gleichbleibende Summe von 1994 auf 1995 bedeutet, daß der Anteil der Ausgaben für die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, an den Gesamtausgaben des ordentlichen Teiles des Voranschlages von 14,48 Prozent im Jahre 1995 auf 14,31 Prozent im Jahre 1996 sinken wird. Das bitte noch zusätzlich auch als Erklärung.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Personalausgaben eingehen, weil sie ja immer wiederum im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Von diesen Zahlen der Gruppe 0 darf ich nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, festhalten, daß sicherlich hier gegenüber 1995 eine Steigerung von 376 Millionen Schilling aufscheint. Und damit hier natürlich die Personalausgaben etwas steigen. Aber sie liegen in der Gesamterhöhung noch unter dem Vergleich der Gesamtausgaben, die bekanntlich um 1,2 Prozent ansteigen werden. Ich möchte aber hier zwei Erklärungen abgeben und ich glaube, das wäre ein Grund, mit dem Sie sich auch identifizieren könnten. Warum werden diese Personalausgaben steigen? Weil im Jahr 1996 auch wieder zu erwarten ist, daß es eine Gehaltserhöhung des öffentlichen Dienstes geben wird, somit auch des Landesdienstes. Und diese Gehaltserhöhung wird vermutlich, wenn es zu einer Einigung kommt zwischen der Regierung und den Sozialpartnern, mit 1. April 1996 wirksam werden. Neu ist an dieser Entwicklung, daß sie nicht mit Jänner, sondern mit April wirksam wird. Und damit hat das Land, und es darf durchaus angeführt werden, daß seitens des Landesdienstes hier aus dem Titel "Sparpaket" schon ein Beitrag geleistet wurde. Es sind 70 Millionen Schilling, die hier seitens des Landes vorerst einmal eingespart werden konnten.

Die weiteren Gründe für die Erhöhung des Personalbudgets liegen auch in der Tatsache, und das ist heute schon in der Generaldebatte zum Ausdruck gebracht worden, daß wir im sozialen Bereich einfach Steigerungen haben, die von uns auch durch verschiedene Beschlüsse schon programmiert wurden. Es geht hier um die Vermehrung der Pensionistenheime. Drei neue Pensionistenheime werden eröffnet werden im nächsten Jahr. Auch die bestehenden Kindergartengruppen

werden ausgedehnt werden. Und daher findet das einen Niederschlag im Dienstpostenplan, der im Jahr 1996 eine Gesamtzahl von 18.177,5 aufweisen wird. Das bedeutet eine Vermehrung um 205,5 Dienstposten, oder in Prozenten ausgedrückt, um 1,14 Prozent. Diese Vermehrungen, meine verehrten Damen und Herren, gehen eigentlich ausschließlich in den Bereich der sozialen Ebene. In den Bereich der Pensionisten- und Pflegeheime, in den Bereich der Kindergärten, aber auch in den Bereich der Landesjugendheime und Schulen. Ich glaube, ich kann mir ersparen, weil wir im Zuge unserer Budgetdebatte noch zu der Gruppe der Pensionisten- und Pflegeheime kommen werden, warum diese Entwicklung notwendig geworden ist. Wir haben nur aus der Sicht des Dienstpostenplanes die notwendigen Konsequenzen zu erkennen. Und weil hier die Pflege intensiver wurde, weil sie notwendiger wurde, werden unter diesem Titel 80 Dienstposten im Jahr 1996 für die besonders schweren Pflegefälle eingesetzt werden müssen. Auf Grund der Tatsache der neu einzurichtenden und zu eröffnenden Pensionistenheime in Orth a.d. Donau, in Pottendorf und in Zwettl ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir 156,5 Dienstposten für diese drei Heime brauchen. Insgesamt sind es für den sozialen Bereich 236,5 Dienstposten.

Gottseidank - und damit möchte ich von den Vermehrungen schon abkommen, die einfach notwendig sind und für die wir als vorgesehene Entscheidungsträger im Landtag auch die Verantwortung übernehmen - darf ich berichten, daß es aber auf einer anderen Ebene entsprechende Einsparungen gibt. Diese Einsparungen sind insbesondere im Bereiche der Hoheitsverwaltung festzustellen. Insbesondere im Jahr 1995 ist versucht worden, durch Umschichtungen und Reduzierungen die Vorgabe der Einsparungen in einem sehr großen Ausmaß zu erfüllen. Wir gehen hier ein Stück weiter. Der Dienstpostenplan 1996 sieht sogar vor, daß wir erstmals auch eine Reduzierung in der Gesamtzahl der Dienstposten erkennen können im Bereich des Amtes der Landesregierung und im gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung im Ausmaß von 29,5 Dienstposten.

Ich möchte aber hier feststellen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Hohes Haus, daß es noch keine Reduktion in den Aufgabenstellungen gegeben hat. Wenn ich auch festhalten darf, daß mittlerweile Deregulierungsschritte eingeleitet wurden, die greifen natürlich noch nicht im erforderlichen Ausmaße. Aber wir haben heute schon erwähnt, auch im Bereich der Dezentralisierungen sind

sehr positive Entwicklungen festzustellen. Auf der anderen Seite müssen wir auch hier im Hohen Haus zur Kenntnis nehmen, daß die Leistungsanforderungen aus dem Titel der mittelbaren Bundesverwaltung nicht zurückgegangen sind, sondern nach wie vor aus diesem Titel große Aufgabenstellungen auch aus der Sicht des NÖ Landesdienstes wahrzunehmen sind. Und daher wird man sicherlich diese reduzierten Aufnahmen weiter fortsetzen. Aber wenn nicht bald entsprechende flankierende Maßnahmen einsetzen, wird man das einfach nicht mehr machen können. Und daher darf ich hier appellieren, auch an Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, als Verantwortungsträger und Entscheidungsträger, daß wir gemeinsam die Deregulierung ernst und in Angriff nehmen. Noch ernster vielleicht. Und daß wir so manche nicht unbedingt notwendige Reglementierung überprüfen, ob sie in dieser Form weiter bestehen soll. Und des weiteren, und hier ist vor allem die Verwaltung gefragt, daß Überlegungen angestellt werden, zeitraubende Verwaltungsabläufe zu verbessern. Erst dann können wir wirklich, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Forderungen erfüllen. Nämlich, mit weniger Personal auszukommen als dies bisher der Fall ist. Und ich möchte hier zusammenfassend doch auf einige Punkte hinweisen, weil ich glaube, gerade das Thema Verwaltungs- und Aufgabenreform ist ein Dauerbrenner und ist ein besonders aktuelles Thema.

Ich darf hier festhalten, daß gerade im Land Niederösterreich mit einer Reihe von konkreten Maßnahmen in den letzten Jahren und insbesondere im abgelaufenen Jahr in der Landesverwaltung ganz entscheidende Schritte gesetzt wurden. Denn die Verwaltungsreform hat ja mehrere Standbeine. Es ist ja nicht nur das eine Standbein, wenn man weniger Dienstposten haben will, sondern hier ist eine Fülle von verschiedenen Maßnahmen gefragt. Und ich darf hier sagen, eine neue Maßnahme konnte im Verwaltungsbereich gesetzt werden, indem im Bereiche der Landesamtsdirektion eine neue Innovationsgruppe geschaffen wurde - ich setze gleich in Klammer dazu, damit ist keine Dienstpostenvermehrung verbunden gewesen - die sich besonders mit den Verwaltungsabläufen im Landesdienst auseinandersetzt und konkrete Strukturvorschläge erarbeitet. Dieses Beispiel der Verhandlungskonzentration, das im Vorfeld begonnen wurde, muß ja bekanntlich weiter entwickelt werden, um die Verfahren zu beschleunigen. Das ist heute von einigen Vorrednern ja schon erwähnt worden. Ich darf hier auch als Randbemerkung anführen, ich habe als

Obmann der Zentralpersonalvertretung selber alle verantwortlichen Funktionäre des Landes aufgefordert, hier nachzudenken innerhalb der Kollegenschaft, was können sie von sich aus vorschlagen zur Verbesserung der Verwaltungsabläufe. Und ich glaube, gerade dort liegt auch das Geheimnis des Erfolges. Wenn wir diese sogenannte Verwaltungsreform, in die der Bedienstete eingebunden ist, so betreiben, daß sie von innen heraus kommt, dann bin ich überzeugt, werden wir auch demnächst noch bessere Erfolge haben.

Ein zweiter Punkt, meine verehrten Damen und Herren, ist hier wichtig in Zukunft. Nämlich, daß es eine flexiblere Dienstzeitregelung geben muß. Das ist heute ein Gebot der Stunde auch in der Privatwirtschaft. Daß moderne Arbeitsmodelle erarbeitet werden, die zum Vorteil für beide Teile sind. Für die Dienstgeberseite genauso wie für die Dienstnehmervertretung. Und hier werden zur Zeit schon Modelle erprobt.

Neue Wege sind wir auch gegangen, ich darf sie anführen, weil es von diesem Rednerpult so oft erwähnt wurde, nämlich mit der Objektivierung im Personalbereich. Ob das die Aufnahme in den Landesdienst ist oder die Bestellung der leitenden Funktionen, wo hier im Wege eines Hearings der beste Kandidat ermittelt wird. Auch das ist ein Teil der Verwaltungsreform. Und neue Strukturen wurden erprobt und das scheint mir zu wenig oder gar nicht beachtet worden zu sein. Ich erwähne es deshalb aus der Aktualität heraus: Es gehört auch hinein in die Gruppe 0 aus meiner Sicht, daß gerade in der Straßenverwaltung neue Strukturen in der jüngsten Zeit gegangen worden sind durch entsprechende Rationalisierungsmaßnahmen, durch die Einführung der Kostenrechnung und einer Dienstposteneinsparung.

Und nicht zuletzt darf ich hier erwähnen die auch heute schon angesprochene Verlegung der Landesregierung nach St. Pölten im nächsten Jahr. Wir beginnen im August, September, wo mit tausend Bediensteten die Verwaltung verlegt wird als erste Stufe. Parallel dazu läuft diese Dezentralisierungsmaßnahme, die ich heute schon in der Beantwortung gegenüber dem Klubobmann Gratzner erwähnt habe. Ich kann mir daher ersparen, jetzt ins Detail zu gehen. Aber diese innovativen Wege sind ein wesentlicher Faktor. Dazu muß ich aber noch eines feststellen: Wir werden damit nicht auskommen, denn die Dezentralisierung muß in einer anderen Form fortgesetzt werden. Nämlich in Form der Telekommunikation, in Form der Telearbeitsplätze. Auch hier hat das Land bereits einen Arbeitskreis eingesetzt, der sich ausführlich

damit beschäftigt. Und wir beginnen demnächst mit Pilotprojekten, um hier die Arbeit vor Ort von Landesdienststellen oder auch von privaten Bereichen im Pilotprojekt zu versuchen. Ich glaube, das ist ein Weg in die Zukunft. Und wenn ich hier, ich habe es auch voriges Jahr gesagt, feststelle, daß in anderen Ländern, etwa in Holland, hunderttausende dezentralisierte Telearbeitsplätze bereits funktionieren, muß es ja bei uns auch eine Möglichkeit dafür geben. Und ich glaube, gerade jetzt ist die Zeit günstig, daß wir diesen Weg gehen.

Ein letztes, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zum Thema Verwaltungsreform und weil es jetzt aktuell ist, zum Thema LAKIS. Das Thema LAKIS, die Umsetzung des neuen Landes-Kommunikations- und Informationssystems ist im Pilotprojekt abgeschlossen. Wir können jetzt daran gehen, quasi in den Abteilungen das auch einzuführen. Das Positive daran ist, daß die Kollegenschaft, die Bediensteten auch mit diesem neuen Arbeitsmodell entsprechend mitgehen und es mitgestalten. In diesem Sinne, meine sehr geschätzten Damen und Herren, möchte ich zum Schlusse kommen: Daß in der Landesverwaltung im Bereich der Gruppe 0, wo wir unter anderem auch als Verwaltung gefordert waren, entsprechende ernstzunehmende Maßstäbe eingeleitet wurden. Und ich bin überzeugt, daß wir die Erfolge auch in Zukunft haben werden. Meine Fraktion wird der Gruppe 0 die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt der Herr Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf nur die Abänderung des Resolutionsantrages betreffend Regionalmanagement bekanntgeben. Und zwar lautet der Antrag, jetzt neuformuliert eingebracht: "Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung Sorge zu tragen, daß ein jährlicher Tätigkeitsbericht der vier angeführten Regionalmanagements" - und jetzt neu - "gemeinsam mit dem Rechnungsabschluß dem Landtag vorgelegt wird." *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Uhl.

Abg. UHL (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat bezüglich der Überleitung der Aufgaben der Agrarbezirksbehörde in die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften möchte ich folgende Erklärung abgeben: Die ganze Verwaltung ist ein Uhrwerk. Und wir haben uns sehr oft über dieses Uhrwerk - manchesmal mehr, manchesmal weniger - geärgert, weil es entweder ein bißchen voroder ein bißchen zurückgegangen ist. Aber man kann und man soll nicht so, wie zu Beginn dieser Budgetdebatte, ganz einfach den Landtag hier in Form von Beschlüssen fesseln und sagen, das muß jetzt so oder so durchgeführt werden. Wenn etwa hier in ein paar Zeilen angeführt wird, was denn überhaupt zu tun oder zu machen wäre. Und daher werden wir diesem Antrag nicht die Zustimmung geben.

Es soll auch nicht das Motto sein - wir müssen sparen, aber es gibt hier ein Motto: "Zu Tode gespart ist auch gestorben". Das aber wollen wir unter gar keinen Umständen haben. Zum zweiten Antrag bezüglich der Einsparung der landeseigenen Dienstkraftwagen. Hier geht vor allen Dingen unsere Kritik dahin, daß auf jeder Bezirkshauptmannschaft auf ein Fahrzeug reduziert werden soll, unabhängig von den Aufgaben dieser Bezirkshauptmannschaft, unabhängig von der Einwohnerzahl oder von der Größe des entsprechenden Bezirkes. Hier kann man nicht alles über einen Kamm scheren. Wobei wir auch hier festlegen wollen, daß wir selbstverständlich für eine sinnhafte und sinnvolle Einsparung eintreten.

Dasselbe betrifft die Reduzierung bei der Straßenbauabteilung, diese Einsparung, wenn hier angeführt wird, man kann das von derzeit 29 um 50 % reduzieren. Das kann man, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ad hoc über die Notwendigkeit der einzelnen Kraftwagen kann man hier nicht bestimmen. Und ich möchte hier nur Beispiel bringen bezüglich eines Dienstwagens für die Mutterberatung. Hier wurde eben festgehalten, daß auch der eingespart werden soll. Da geht es bitte um drei Dienstkraftwagen, die in einem Jahr 2.043 Touren in 145 Gemeinden fahren, wobei 15.590 Eltern und Kinder betreut bzw. besucht werden. Jetzt frage ich bitte, ob hier wirklich unbedingt die Fahrt mit einem Privat-Pkw unternommen werden soll. Oder ich frage jetzt ein bißchen ketzerisch, ob da mit einem öffentlichen Verkehrsmittel überhaupt die Möglichkeit besteht, an diese Einsatzorte zu kommen. Das ist der erste Punkt und der zweite, das ist ja der wesentlichste, ob das überhaupt dann billiger wäre. Wir werden daher auch diesem Resolutionsantrag die Zustimmung nicht geben.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Hiezu liegt ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Gratzner und Resolutionsanträge der Abgeordneten Gratzner und Marchat vor. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag, dann über die Gruppe selbst und zum Schluß über die zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen. *(Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abgeordneten Gratzner): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Ich bitte den Herrn Berichterstatter nunmehr den Antrag zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP):

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 6.657,060.000 Schilling und Einnahmen von 909,041.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 122,986.000 Schilling und Einnahmen von 1.000 Schilling zu genehmigen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ und LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Ich lasse über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Gratzner betreffend die Vorlage eines Leistungsberichtes der Regionalmanagements abstimmen, zu dem es dann im Antrag eine Ergänzung gegeben hat. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Ich lasse nun über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat abstimmen. Er betrifft die Überleitung der Aufgaben der Agrarbezirksbehörde in die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutions-*

antrag): Abgelehnt! Es haben lediglich die Abgeordneten der FPÖ zugestimmt. (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Landtagsabgeordneten Marchat betreffend Einsparungen bei landeseigenen Dienstkraftwagen. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! (*Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.*)

Ich ersuche nun den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP):

In die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, fallen Einnahmen und Ausgaben für Feuerwehrwesen, Katastrophendienst und Landesverteidigung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 245,677.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 51,559.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,53 Prozent. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke dem Herrn Berichterstatter. Die Debatte ist eingeleitet. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Sivec.

Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, umfaßt eine Vielzahl von Organisationen, die entgeltlich und unentgeltlich, sehr oft auch freiwillig Leistungen im Dienste der Öffentlichkeit erbringen. In den letzten Wochen beherrschte Niederösterreich das Thema Sicherheit, wahrscheinlich unter dem Gesichtspunkt der Personalvertretungswahlen. Das Ergebnis dazu liegt ja am Tisch. Wenn man die Berichterstattung in den Medien und die Aussagen gelesen und gehört hat, so wurde von Bankrotterklärung der Sicherheit in Niederösterreich, von nicht vorhandener Ausrüstung, mangelnder Einrichtung, schlechter Bezahlung der Exekutive bis hin zum leidlichen Problem des Personalmangels in vielen Bereichen berichtet. Meine Damen und Herren! Tatsache ist aber auch, daß auf Grund der letzten Statistik des Bundesministeriums für Inneres im Vergleichszeitraum 1994/1995 im Gesamtbereich der Kriminalität sinkende Zahlen zu verzeichnen

sind und die Aufklärungsquote international gesehen in Österreich besser ist. In Niederösterreich sind die Werte der Kriminalstatistik - und das ist beachtlich - von 1994 auf 1995 im Halbjahr um ein Viertel gesunken. Die Eigentumskriminalität ist vor allem aber in manchen Bezirken gerade im Umland von Wien höher. Gerade in diesem Bereich ist es sehr arg, im Bereich der Drogenkriminalität, im Bereich des organisierten Verbrechen, der Einbrüche und Diebstähle.

Österreichweit ist in diesem Halbjahr die Kriminalitätsrate um 4,5 % zurückgegangen. Wesentlich bevorteilt sind jene Bezirke, die weiter von der Großstadt Wien entfernt sind. Der gegenläufige Trend läßt sich aber auch aus den aktuellen Ziffern des Innenministeriums deutlich herauslesen. 1995 sank die Zahl der strafbaren Handlungen und zwar in Ziffern gesehen von 45.260 auf 33.735, das sind ungefähr 25 Prozent. Besonders bedeutend ist auch die Abnahme von Verbrechen, 38 Prozent, und bei geringfügigem Vergehen, nämlich um 21 Prozent. Das soll aber nicht heißen, meine Damen und Herren, daß nicht in vielen Bereichen noch modernisiert, erneuert, verbessert werden muß. Gerade der Ausbildung der Exekutivbeamten muß in Zukunft höhere Bedeutung beigemessen werden. Von einer Bankrotterklärung der Sicherheit in Niederösterreich, meine Damen und Herren, kann aber daher wohl kaum die Rede sein. Wenn verschiedene politische Aussagen in der Öffentlichkeit in letzter Zeit immer wieder gezielt ein sogenanntes Nichtvorhandensein der Sicherheit in unserem Bundesland zum Inhalt hatten, und teilweise noch haben, meine Damen und Herren, so tragen diese dazu bei, dem organisierten Verbrechen Vorschub zu leisten. In einem Land, in dem keine Sicherheit vorhanden ist, wird auch das organisierte Verbrechen steigen.

Eine Umfrage unter den Gendameriebeamten des Bezirkes Gänserndorf und vor allem am Posten Gänserndorf hat aber auch gezeigt, daß 91 % der Bediensteten mit der Besoldung, mit der Dienst- und Freizeitregelung und mit der Ausrüstung zufrieden sind. Und dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem Grenzlandbezirk, wo Probleme im Zusammenhang mit der Grenze sehr wesentlich verstärkt auftreten als anderswo. Gerade die Ausrüstung mit Lasergeräten und die Sektorenstreife zeigen, daß eine wesentlich höhere Präsenz der Exekutive gegeben ist. Auch erklärte der Bezirkskommandant, daß sich im Verwaltungsbezirk die Personalproblematik im Rahmen hält. Niederösterreich hat gesamtge-

sehen 3.298 Planstellen und dazu kommen noch 208, die dem Grenzdienst zugeordnet werden. Das heißt, es sind über 2.991 derzeit verfügbar und 208 für den Grenzdienst. Was aber für den Grenzdienst geschehen muß, meine Damen und Herren, ist vor allem die Regelung der Unterbringung. Und hier müssen die zuständigen Behörden rasche Entscheidungen herbeiführen. Der Ausbau der Abfertigungsgebäude im Grenzgebiet, die Unterkunftsräume der Exekutivbeamten müssen unverzüglich auf den zeitgemäßen Standard gebracht werden, damit die menschenunwürdigen Verhältnisse, wie sie etwa in Berg bestehen, abgestellt werden.

Die Erfüllung des Schengener Abkommens, die Sicherung der EU-Außengrenze muß rasch abgeschlossen werden. Auch wenn man das Ziel einer Integration der Ostblockländer im Auge behält. Denn wenn die Außengrenze abgesichert ist, dann wird hier ein Riegel vorgeschoben dem Drogenhandel, der Autoschieberei, der Geldwäscherei und letztlich wird auch das Auftreten der Ostmafia dadurch verhindert. Wir müssen aber der Exekutive und den Ermittlungsbehörden die zeitgemäße technische Ausrüstung zur Verfügung stellen. Und ich denke hier, daß die elektronische Überwachung, man spricht von Lauschangriff, Rasterfahndung, der verdeckten Fahndung und der Kronzeugenregelung, den Exekutivbeamten und der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden muß. Wobei gesetzlich gesichert sein muß, daß kein Übergriff in die Privatdaten erfolgen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es stimmt mich persönlich nachdenklich, wenn jetzt schon ohne gesetzliche Voraussetzung viele persönliche Daten, viele Schriftstücke zwischen Ministerien und nachgeordneten Dienststellen von politischen Parteien in der Öffentlichkeit verwendet werden. Meine Damen und Herren! Wir wollen keinen Polizeistaat! Wir müssen aber dafür eintreten, daß der derzeit schon vorhandene Mißbrauch von Daten und Akten unterbunden wird. Dazu brauchen wir moderne, zeitgemäße Sicherheit und wir brauchen dazu die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen.

Ein weiteres Kapitel betreffend Sicherheit in Niederösterreich ist die noch immer nicht funktionierende Landes- und Bezirkswarneinrichtung. Schon in der Sitzung am 15. Dezember 1994 wurde auf Antrag des Finanzkontrollausschusses in einem Bericht an den Landtag festgestellt, daß der Ausbaugrad der Landes- und Bezirkswarnezentralen unbefriedigend ist. Aus einem Schreiben des Herrn Landesrates Blochberger bezugnehmend auf diesen

dringlichen Antrag vom 15. Dezember 1994 geht hervor, daß wesentliches auf diesem Gebiet geschehen ist. Dennoch werden aus den Bezirken immer wieder Mängel, was die Finanzierung der Anlagen betrifft, beklagt. Aber auch die Nachrüstung von Sirenen und die technische Ausrüstung weisen Mängel auf. Die Gemeinden beklagen, daß sie zunehmend zur Kostenbeteiligung herangezogen werden, obwohl das keine kommunale Aufgabe ist. Ein Beispiel: Der Brand am 27. September 1995 bei der Firma Agrana in Gmünd hat deutlich gezeigt, welche Schwächen in der Alarmierung der Einsatzkräfte noch immer vorhanden sind. 1991 wurde die Bezirkswarnezentrale errichtet. Von 89 Feuerwehren wurden nur 28 mit Funksirenensteuerungen ausgerüstet, das entspricht nicht ganz einem Drittel der Feuerwehren des Bezirkes. Die rasche Erweiterung wurde zugesagt. Nun sind aber bereits, meine Damen und Herren, vier Jahre vergangen und keine einzige Feuerwehr im Bezirk Gmünd wurde nachgerüstet. Bei dem erwähnten Großbrand, wo es zu mehreren Explosionen kam, mußte ein enormer Zeitverlust bei der Alarmierung in Kauf genommen werden, da viele Feuerwehren nur über telefonische Anforderungen erreicht werden konnten, wobei die Erreichbarkeit sehr gering war. Dieser Vorfall zeigt ganz deutlich, meine Damen und Herren, und dies bestätigt aber auch der Leiter des Zivilschutzverbandes Gmünd, daß bei einer Zeitverzögerung von fast 60 Minuten die notwendigen Maßnahmen wie Absperrung, Sicherungen, Evakuierungen nicht durchgeführt werden konnten. Es muß daher gerade in den Grenzlandbezirken der rasche Abschluß und Ausbau der Landeswarnezentrale bzw. der Bezirkswarnezentralen erfolgen. Es wäre nicht auszudenken, meine Damen und Herren, wenn in einem angrenzenden Atomkraftwerk ein Störfall einträte, wieviel wertvolle Zeit bei einer schlecht ausgebauten Warn- und Alarmanlage verlorengeht.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in Niederösterreich Sicherheit und Schutz der Bevölkerung ernst nehmen, dann müssen wir aber auch dafür Sorge tragen, daß die budgetären Mittel vorhanden sind. Denn seit Jahren kann man feststellen, daß in der Gruppe 1 immer weniger Budgetmittel, auf den Gesamtanteil angerechnet, zur Verfügung gestellt werden. Gegenüber 0,59 Prozentpunkten 1988 haben wir heuer nur mehr 0,49 Prozentpunkte zur Verfügung.

Abschließend meine Damen und Herren möchte ich mich noch bei allen bedanken, die zur Sicherheit in Niederösterreich beigetragen haben, vor allem bei der Exekutive, bei den Grenzgen-

darmen und beim Bundesheer. Ich möchte aber alle, die hier im Landtag vertreten sind aufrufen, daß wir dafür eintreten sollen, egal wo wir stehen, welcher politischen Richtung wir angehören, daß das Bundesland Niederösterreich, das sicher ist, auch sicher bleiben möge! Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Egerer.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich spreche zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, und im speziellen zu den Themen Drogen, freiwilliges Rettungswesen und Feuerwehren.

Zum Thema 1: Es werden immer größere Anforderungen an unsere Drogenberatungen gestellt. Bis jetzt war es eigentlich so, daß die Drogenproblematik nur in den Metropolen unseres Landes anzutreffen war. Vor fünf bis zehn Jahren war dies sicherlich noch zutreffend. Einziger Handelspunkt war damals noch Wien und der Vertrieb in das Land hinein war bedeutend schwieriger als heute. Durch die Öffnung unserer Grenzen gibt es aber heute nahezu alle Möglichkeiten und auch alle Spielarten zu kaufen. Von der Haschisch-Zigarette bis zu Marihuana und LSD, bis hin zu Kokain und Heroin. Die Ostöffnung hat einen gewaltigen Effekt auf die Drogenszene. Und bei manchen Drogen gab es auch einen ganz gewaltigen Preisverfall. Auch bestimmte Designerdrogen, wie Ecstasy und Crack befinden sich zu billigsten Preisen auf dem Markt.

Wir alle wissen aber auch, daß die Drogenproblematik sich nicht auf ein bestimmtes Gebiet eingrenzen läßt. Viele Bereiche fließen auf einen gemeinsamen Nenner zusammen: Gesundheitspolitik, Exekutive, Schul- und Bildungswesen, um nur einige zu nennen. Im Mittelpunkt steht immer wieder der junge Mensch in einer seiner wichtigsten Entwicklungsphasen. Besonders im Alter von 10 bis 18 Jahren sind unsere Kinder am meisten von der Drogenabhängigkeit gefährdet. Dieses Alter kann aber auch eine Chance für die Bekämpfung der Abhängigkeit sein. Die meisten Jugendlichen befinden sich in diesem Alter noch im elterlichen Haushalt. Aufklärung und Förderung der Familien müssen einen noch größeren Stellenwert in der Drogenbekämpfung einnehmen. Strafen und Ausgliederungen sind ein verkehrter

Weg. Die Familie als kleinster aber auch wichtigster Teil unserer Gesellschaft kann mithelfen, einen großen Schritt gegen die rapid ansteigende Abhängigkeit unserer Jugendlichen zu tun.

Ich glaube, wir müssen aber noch mehr die Aufklärung der Jugendlichen in den Schulen fördern, aber auch die Eltern und die Angehörigen informieren. Auch sollten wir mehr Möglichkeiten bieten, den richtigen Umgang mit dieser Problematik zu erlernen. Zu bedenken ist, daß oft 30 Prozent unserer jungen Menschen irgendwann einmal in Kontakt mit Drogen gekommen sind. Laut Drogenberater besteht in den Familien ein großes Tabu - was Gespräche in Richtung Drogen betrifft. Meist können die Eltern und Kinder keine gemeinsame Gesprächsbasis finden um möglichst ohne Emotionen dieses Thema sachlich zu behandeln und zu diskutieren. Resultat ist dann meistens, daß sich die Kinder umso mehr unverstanden vom eigenen Zuhause fühlen. Und somit ist dann wiederum der Schritt in Richtung Drogen noch leichter getan, wo sie doch mit Gleichgesinnten eine neue Form von Gemeinschaft erleben können.

Man kann das Drogenproblem bitte nicht lösen. Aber wir wollen alle gemeinsam versuchen, sowohl international als auch regional, in den eigenen Regionen die Drogenabhängigkeit nicht auszugrenzen, sondern allen Hilfestellung anbieten.

Einen weiteren wichtigen Teil zu unserer Sicherheit im Lande tragen unsere zahlreichen Mitarbeiter in den zwei größten Rettungsorganisationen, dem Roten Kreuz und dem Samariterbund, bei. Die Arbeit wird hier zwischen hauptamtlichen Mitarbeitern, die bei den Organisationen fest angestellt sind und entlohnt werden, und natürlich ehrenamtlichen, die ihre Dienste freiwillig und ohne Anspruch auf finanzielles Entgelt zur Verfügung stellen, aufgeteilt. Besonderer Dank gilt unseren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Derzeit sind es beim Roten Kreuz über 12.200 insgesamt in Niederösterreich und bei den Samaritern 1.300. Ohne diese freiwillige Tätigkeit könnte unser Rettungswesen im Land nicht aufrecht erhalten werden. Bedenkt man doch nur, daß besonders die nächtlichen Einsätze fast ausschließlich von ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistet werden. Erfreulich ist aber auch, daß ganz besonders viele junge Menschen sich für das Rettungswesen interessieren. Nicht zuletzt wird hier auch der Gemeinschaftsgedanke gefördert und werden den Jugendlichen wichtige Wertschätzungen für ihr Leben mitgegeben.

Mehr denn je hat aber auch die Aus- und Weiterbildung im Rettungsdienst höchste Priorität. Die technischen Anforderungen an Geräte und die Kommunikation fordern immer mehr und besser geschultes Personal und vor allem auch mit höchstem Fachwissen. Blitzschnelle Entscheidungsfähigkeit und rasches Eingreifen sind genauso erforderlich wie höchste Disziplin und Anpassungsfähigkeit in den verschiedenen Situationen. Und um all diese Fähigkeiten zu erlangen, sind stundenlange Kurse und Schulungen nötig um immer wieder am neuesten Stand zu bleiben. Durch die immer zuverlässigen und raschen Einsätze der Rettung vergißt man aber auch allzu oft, daß es nicht selbstverständlich ist, bestausgebildete Sanitäter rund um die Uhr und immer zur Stelle zu haben. Man sollte nicht vergessen, wieviel Zeit die Mitarbeiter investieren, um anderen Menschen in deren Not zur Seite zu stehen, wo es doch um Sekunden geht, die sehr oft zwischen Leben und Tod entscheiden. Ich möchte hier von dieser Stelle aus allen freiwilligen Helferinnen und Helfern, auch jenen, die in der Berg- und Wasserrettung tätig sind, ein herzliches Dankeschön sagen. Denn ohne ihre unermüdlichen Dienste wäre diese Organisation unseres Rettungswesens nicht möglich und schon gar nicht finanzierbar.

Die Aufrechterhaltung unseres gut funktionierenden Rettungswesens, basierend auf ehrenamtlichen Mitarbeitern und freiwilligen Spendern, erfordert aber dennoch auch ausreichende finanzielle Unterstützung von seiten unseres Landes. Um die Motivation dieser Frauen und Männer auch weiterhin zu erhalten und neue freiwillige Mitarbeiter zu gewinnen, sind wir auch gefordert, Ihnen zumindest eine optimale Ausrüstung und ein optimales Umfeld zu ermöglichen.

Einen weiteren Eckpfeiler unseres Sicherheitssystems stellen die Freiwilligen Feuerwehren unseres Landes dar. Heutzutage ist ein effizienter Einsatz von unseren Feuerwehrmannschaften nur mit größtem technischen Aufwand möglich. Und der Trend, daß technische Einsätze immer mehr werden, hält weiterhin an. 48.000 technischen Einsätzen standen lediglich 6.000 Löscheinsätze im Jahr 1994 gegenüber. Daher ist es für unsere Gemeinden äußerst wichtig und auch beruhigend, gut ausgerüstete Einsatzkommandos zu haben. Landesweit haben wir fast 69.000 aktive Mitglieder. Erfreulicherweise haben wir auch Zuwachs bei der Feuerwehrjugend. Über 2000 junge Burschen stellen sich den Aufgaben für den Dienst am Nächsten. Und in letzter Zeit sind es auch schon Mädchen und Frauen. Im Jahre 1994 standen 1.744 NÖ Feuerwehren im Dienste der öffentlichen Sicherheit, davon 1.665 freiwillige. Aus die-

sen Zahlen ist ersichtlich, daß ein flächendeckender Katastrophenschutz vor allem in ländlichen Gebieten überwiegend auf freiwilliger und unentgeltlicher Arbeit basiert.

Eine wichtige finanzielle Unterstützung ist seit 1995 die Auszahlung der Feuerschutzsteuer zu hundert Prozent. Somit konnten heuer erstmals alle Förderungsbegehren zur Auszahlung gelangen. Das bedeutet für alle Feuerwehren, daß es momentan zu keinen langen Wartezeiten bei den Auszahlungen kommt. Auch die Drehleiteraktion 1993 konnte im ersten Halbjahr abgeschlossen werden. Darüber hinaus hat das Land gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband die Voraussetzungen geschaffen, daß in den nächsten drei Jahren sechs große schwere Kranfahrzeuge angeschafft werden, welche zu 100 Prozent finanziert werden. Diese Kranfahrzeuge werden in allen größeren Städten stationiert werden.

Leider häufen sich aber auch in letzter Zeit immer mehr Fehleinsätze, die durch mutwilligen Alarm ausgelöst werden. Diese Fehlalarme sind nicht zuletzt ein kostspieliges, vor allem aber auch oft ein gefährliches Unterfangen.

Ein zentrales Anliegen - und mein Vorredner hat es schon gesagt - ist der Ausbau der Warn- und Alarmzentralen, an dem ja bereits gearbeitet wird. Bundeswarnzentrale, Landeswarnzentrale und Bezirkszentralen soll es geben, richtig. Der NÖ Feuerwehrverband hat acht Bereichszentralen bereits vorgeschlagen. In den einzelnen Bereichszentralen sind immer einige Bezirke zusammengeschlossen, beispielsweise in St. Pölten der Verwaltungsbezirk St. Pölten-Land, St. Pölten-Stadt und der Bezirk Lilienfeld. (*Abg. Kautz: Sprechen Sie auch zu Neunkirchen!*) Ich rede von meiner Region, Herr Abgeordneter.

Die Freiwilligen Feuerwehren in allen Teilen unseres Landes üben aber neben der Brandbekämpfung und den technischen Einsätzen auch eine ganz wichtige gesellschaftspolitische Funktion aus. Sie sind ein wichtiger Bestandteil in unseren Gemeinden und können sich auch sehr hoher Wertschätzung erfreuen. Die Bevölkerung schätzt und anerkennt die Leistungen der örtlichen Feuerwehren. Und seitens der öffentlichen Hand müssen wir uns glücklich schätzen und auch alles in unserer Macht stehende tun, daß dieses gut funktionierende System des Feuerwehrwesens auch so weiterhin bestehen kann. Daher gebührt auch von dieser Stelle aus allen niederösterreichischen Feuerwehren unser aufrichtiger Dank, denn sie

alle helfen mit, unsere Zukunftschancen zu sichern. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Nachdem meine beiden Vorredner sich schon mit maßgeblichen Dingen der Sicherheit in Niederösterreich so z.B. Feuerwehr, Alarmsysteme etc. eingehend beschäftigt und auch Dank ausgesprochen haben, was zweifelsohne sehr wichtig ist, hat der Herr Kollege Sivec immer wiederum Schwierigkeiten mit der Kriminalstatistik. Schon im Vorjahr war es so. (*Zwischenruf bei Abg. Sivec.*) Nein, das ist falsch, Herr Kollege! Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß dem nicht so ist. Vermutlich gibt es zwei verschiedene Sicherheitsdirektionen in Niederösterreich - oder zwei verschiedene Bundesministerien für Inneres? Ich habe da die Kriminalstatistik für Niederösterreich, jüngst herausgegeben von der Sicherheitsdirektion Niederösterreich und hier heißt es, daß die strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben immerhin im Jahr 1993 gegenüber Jahr 1994 von 14.139 auf 14.684, das bedeutet, um 3,9 Prozent gestiegen sind. Es ist eine weitere Steigerung von Verbrechen um 31,6 Prozent zu sehen. Herr Kollege Sivec! Die Statistik für 1995 kann ja noch nicht da sein. Bekanntlich ist ja das Jahr 1995 noch nicht zu Ende. Aber ich habe auch eine Teilstatistik vom Jänner bis einschließlich Juni 1995 und die zeigt genau das gleiche Resultat wie die abgeschlossene Statistik von 1994. (*Zwischenruf bei Abg. Sivec.*)

Herr Kollege, darauf komme ich noch. Ihr habt wirklich äußerste Schwierigkeiten immer wieder mit der Kriminalstatistik. Ich darf Ihnen nur sagen, daß bei Sittlichkeitsdelikten eine Steigerung von 151 % zu verzeichnen war von 1993 auf 1994, davon Vergehen um 229 % mehr. Ich glaube, das sollte genügen, um aufzuzeigen, daß es mit der Sicherheit in Niederösterreich ja bei Gott wirklich nicht so ist wie es vorhin vom Kollegen Sivec bezeichnet wurde.

Aber jetzt wirklich zu dem Thema innere und äußere Sicherheit in Europa und in Österreich. Ich habe Gelegenheit gehabt und war eingeladen bei den Weißensee-Gesprächen in Kärnten vom 22. bis 24. September über die innere und äußere Sicherheit in Europa, wo namhafte, ich sage, namhafte Leute des In- und Auslandes bei dieser dreitägigen Sicherheitsenquete referiert haben. Und ich werde in kurzen Worten ein Szenario darüber abgeben, was in etwa der Herr Professor

Vladimir Bankow, Gastprofessor aus Rußland hier in Österreich über die Ostkriminalität und den Einfluß der russischen Mafia auf das organisierte Verbrechen in Österreich ausgeführt hat. Und ich werde Ihnen weiter einen Abriss geben von einem Oberstaatsanwalt Jürgen Fektenheuer, Vereinigung der Richtervereinigung in Berlin, der an maßgeblicher Stelle Deutschland - und ich behaupte, in Europa - die Verbrechenskriminalität auf juristischem Gebiet bekämpft. Und es war auch interessanterweise der Ex-Innenminister Löschnak geladen. Er wollte kommen und über das Thema Sicherheit in Österreich referieren. Es war aber eine so unglückliche Konstellation, daß er aus Termingründen absagen mußte, weil er auf den Bundesparteitag der SPÖ beordert wurde und ihm auch ein Verbot auferlegt wurde, hier an dieser Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Weil er sich schwer getan hätte, dort ein objektives Bild über die Sicherheit darzustellen. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ich kann Ihnen nur das sagen, was uns sein Sekretär gefaxt hat. Daß er nicht kommen kann und daß es nicht gut wäre hier ein anderes Szenarium zu zeichnen.

Bei dieser Sicherheitsenquete in Kärnten sind die Bedrohungsbilder aufgezeigt worden. Und bevor wir uns mit dieser Thematik eingehend befassen, mit diesem Komplex, möchte ich nur kurz ins Bewußtsein rufen, was eigentlich die Bezugspunkte der Bedrohung sind oder andersherum ausgedrückt, was wir als Gemeinschaft für schützenswert erachten. Denn erst dann können wir auch sagen, in welcher Form und in welcher Weise und in welchen Umfängen die Bedrohung subjektiv und objektiv empfunden wird. Es sind ganz einfache Dinge, Ziele unserer Sicherheitspolitik, die wir zu schützen beabsichtigen. Wir treten nämlich für Werte und Interessen ein, die in ihrer Anziehungskraft unverändert bewahrt geblieben sind: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wohlfahrt in einer sozial und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft. Hiezu ist eine Politik zu verfolgen, die zweckmäßigerweise im Rahmen einer gleichgesinnten Wertegemeinschaft, diese folgend im einzelnen, gewährleistet ist: Die Unabhängigkeit des Staates nach außen und die territoriale Integrität und Einheit des Staatsgebietes, die Autonomie im Inneren, also die Selbstbestimmung und die Selbstgestaltung des innerstaatlichen Lebens. Es geht um die Definition jener Bedrohung, die diese Ziele im einzelnen in irgendeiner Weise tangieren bzw. gefährden und bedrohen können.

Meine Damen und Herren! Hier sind Dinge aufgezeigt worden von diesen Gastprofessoren,

die etwa zur organisierten Kriminalität folgendes sagen: Die Probleme der Internationalität der organisierten Kriminalität dürfen kein Tabu sein. Die gehören offen auf den Tisch. Nur aus diesem Eingeständnis der Realität der wechselseitigen Bezüge können effektive Gegenmaßnahmen erwachsen. Daß diese weltweit dringend überfällig sind, hat zuletzt ein berühmter Mann und zwar nämlich der Herr Direktor des FBI, Luigi Free am 28. Juni 1995 in einer Rede in Berlin anlässlich des Beginnes einer durch 11 europäischen Staaten führenden Informations- und Kooperationsreise zutreffend drastisch wie folgt formuliert: Wir können, so sagt nämlich Free, wir können den dunklen Kräften durch Unterlassen zum Sieg verhelfen. Oder wir können einer Polizei ein Strafverfolgungssystem aufbauen, das die Menschen schützt, Verbrecherbanden besiegt und die Vorzüge der Freiheit sichert. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Der Feind ist bereits durch das Tor gebrochen. Probleme, die über Leben und Tod entscheiden, stehen mitten unter uns. Meine Damen und Herren! Ich glaube das sind Worte, die einer der größten Männer, der für die Verbrechensbekämpfung weltweit zuständig ist, nicht nur in Amerika, treffend gesagt hat. Und ich halte nichts davon, wenn hier immer wieder so getan wird und nur Sonntagsreden geführt werden und im wesentlichen sich wenig oder nichts ändert. Die USA, meine Damen und Herren, zahlen dabei ebenso wie Italien bis heute einen sehr hohen Preis für ihr zögerndes Handeln im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche und europäische Sicherheitspolitik - und da sind auch Sie angesprochen von diesem Gastprofessor - hier in Österreich die leidvolle Erfahrung dieser beiden Staaten ignorieren und den Bürger statt eines entschlossenen kompromißlosen Handelns ideologisch verbrämtes Taktieren böte.

Das, meine Damen und Herren, wollte ich Ihnen von dieser Enquete mitgeben. Und ich habe auch schon des öfteren gesagt, wie kann man die Kriminalität in Österreich, europaweit, weltweit bekämpfen? Ich glaube, daß es an der Zeit ist, und das wurde da auch gesagt, daß wir uns ein System aneignen, das in den westeuropäischen Staaten, vor allem in der Bundesrepublik, in Italien, in Frankreich seit langem gang und gäbe ist. Nämlich das System, daß wir überdenken müssen, ob wir nicht einen eigenen Sicherheitsapparat, einen Staatsdienst, wie immer wir ihn nennen wollen, wie es in Deutschland der Verfassungsdienst ist, in diese Szene einschleusen. Um vor Ort diese Verbrechen aufzuspüren, begleiten und

sie im Bestimmungsland oder wo immer gemeinsam zu bekämpfen. Das macht mit Erfolg die Bundesrepublik, das macht mit Erfolg Italien, Frankreich und auch die USA. Und das wäre zu überlegen. Vor Personalvertretungswahlen immer durch die Lande zu reisen, sich endlich einmal vielleicht auch einen Gendarmerieposten von innen anzusehen, ist herzlich wenig. Ich glaube, daß die Probleme wirklich woanders liegen und daß man nicht mit neuem Pistolenhalfter oder langen Stabbatterien, wie es der Herr Landeshauptmann gesagt hat, die Sicherheit in Niederösterreich und in Österreich fördern wird. Aber immerhin, ich billige zu, man hat bereits gelernt, daß man nicht nur vor den Personalvertretungswahlen, sondern sich auch zwischendurch um die Probleme unserer Exekutive kümmern wird müssen. Alleine schon ein politisches Dahinterstehen gibt diesen Leuten, die tagtäglich an der Front stehen, mächtigen Auftrieb. Es kann nicht so sein, daß nur versprochen wird und wenn die Wahlen dann geschlagen sind, dann vergißt man sie wieder.

Meine Damen und Herren! Auf die Kriminalstatistik habe ich schon verwiesen. Das wäre ein kurzer Vorschlag für die äußere Bekämpfung der Kriminalität. Das heißt, vor Ort über der Bundesgrenze hinweg. Ich glaube aber auch, daß es unerlässlich ist, auch hier an der Grenze etwas aufzubauen. Daß wir nach bestem Wissen und Gewissen uns bemühen sollten, hier einen effektiven Grenzdienst, Grenzschutz oder wie immer zu schaffen. Begonnen wurde schon, eigentlich sollte er schon längst stehen, dieser vielberühmte, berühmte Grenzschutz, Grenzdienst, wie er nach neuer Diktion vom neuen Innenminister genannt wird. Aber es geht äußerst schleppend voran. An sich haben wir gewußt und ich brauche mich hier nicht zu wiederholen, daß wir, als wir in die EU gegangen sind und auch schon vorher mit dem Schengener Abkommen eine Verpflichtung zur Überwachung unserer Staatsgrenze und nicht nur das, sondern jener der Europäischen Union übernommen haben. Es kann nicht so sein, daß man mit wenigen Gendarmen, die man jetzt zusammenrafft, mit freigewordenen Zollwachekräften einen effektiven Grenzschutz aufbaut. Und ich habe mich jetzt auch vor Ort bemüht im Zuge der Personalvertretungswahlen, mich zu überzeugen, wie effektiv dieser Grundschutz schon ist. Eigentlich überhaupt nicht. Es sitzen zwar einige hundert Gendarmen irgendwo am Grenzposten herum, etwa in Klein Haugsdorf 38 oder 40 Grenzgendarmen auf 53 m². Meine Damen und Herren! Wie die dort leben oder hausen, wohnen und dort Unterkunft finden, einen Dienstbetrieb aufziehen sollen bei diesem total veralteten Gebäude, bei

diesem Platzangebot, da kann man ja wohl nicht davon sprechen, daß das effektiv ist. Aber das alleine wäre es noch nicht. Diese Gendarmen und auch die optierten Zollwachkräfte wissen jetzt nicht, wo sie eigentlich hingehören. Den Grenzschutz in diesem Sinne gibt es noch nicht. Das sind Vertragsbedienstete, Gendarmen, die ins definitive Dienstverhältnis noch nicht übernommen wurden. Und sie wissen jetzt alle nicht, wohin der Zug geht. Es ist eigentlich wirklich müßig, hier Dinge aufzeigen zu müssen, die eigentlich schon längst als erledigt betrachtet werden müßten. Hier muß man ansetzen. Und ich habe daher einen Resolutionsantrag vorbereitet (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Preisler zur Gruppe 1 des Voranschlags des Landes NÖ für das Jahr 1996 (Ltg. 399/V-3) betreffend Projekt Bundesgendarmerie - Grenzdienst.

Bei der Bundesgendarmerie sind derzeit 419 Vertragsbedienstete im Grenzdienst eingesetzt. Dazu kommen ca. 400 ehemalige Zollwachebeamte, die an die Ostgrenze zum Bundesgendarmerie - Grenzdienst optiert haben. 103 freie Planstellen aus dem Bereich des BM für Finanzen und 400 neue Vertragsbedienstete - Planstellen können noch für 1995 erwartet werden (lt. BM für Inneres), das ergibt für 1995 - 1.325 Planstellen für den Grenzdienst. Für die Folgejahre sind Zuwächse von jeweils 500 Planstellen zu erwarten, wobei im Jahre 1997 wiederum ein größeres Kontingent an Zollwachebeamten bzw. Neuaufnahmen zu erwarten ist. Spätestens 1999 wäre dann der Vollstand im Grenzschutzbereich annähernd erreicht. Ein großes Problem ist, daß die derzeitigen nötigen Amts- als auch Unterkunftsräume als katastrophal einzustufen sind. In Klein Haugsdorf müssen sich z. B. 40 Grenzgendarmen 53 m² Amtsräume teilen. Als Sofortmaßnahme muß geplant werden, mit dem Einvernehmen des BM für Inneres und des BM für Finanzen, bei den bestehenden Zollämtern Räumlichkeiten für die Erstunterbringung zu erhalten. Als weiterer Schritt muß eine Bestandsaufnahme in Blickrichtung Endausbau erfolgen. Die Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen (Sanierung leerstehender Zollhäuser, Anmietung privater Objekte, Ankauf von Grundstücken für Neubauten usw.) ist schnellstens ins Auge zu fassen und wird einen erheblichen Aufwand in dieser Richtung erfordern.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund vorstellig zu werden, um die Situation für die NÖ Grenzwachbeamten ehebaldigst zu verbessern, um damit einen effektiven Einsatz zu gewährleisten."

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das sind Versäumnisse, gegen die die Bundesregierung längst tätig hätte werden müssen. Und ich vermisse auch - und ich glaube, das geht an die Adresse des Herrn Finanzlandesrates Mag. Freibauer - daß hier beim nächsten Budget Mittel vorgesehen wären, um wirklich effektiv, auch wenn das Land nicht zuständig ist, für Wohneinheiten und Unterkunftsräume zu sorgen, weil ja auch der Herr Landeshauptmann immer wiederum, in der NÖ Landeskorrespondenz habe ich es gelesen, vor der Wahl vorgeschlagen hat, daß man sich da was einfallen lassen wird müssen, für die erweiterte Gendarmerie jetzt Wohnungseinheiten zu schaffen.

Zusätzlich zu diesem Problem gibt es ja noch immer das leidige Problem der Unterbesetzung, der Minderausstattung und der Minderausbildung. Ich habe hier wiederholt verwiesen darauf, daß wir die Kapazitäten, die Möglichkeiten einfach nicht ausschöpfen. Ich höre immer wiederholt und ich habe nach wie vor Verbindung zu ausländischen Grenzdienststellen unter anderem zum Grenzschutzpräsidenten Dr. Busch in Ostberlin, der sich angeboten hat, Ausbildung kostenlos für unsere Grenzgendarmen zu geben. Es hat sich das Bundeskriminalamt in Wiesbaden angeboten und ich höre immer wieder auch von den Sicherheitsbehörden im Sicherheitsbüro in Wien, daß hier davon sehr wenig oder gar kein Gebrauch gemacht wird. Genau das gleiche Bild bei der Zollwache, beim Zoll, wo sich das Bundeszollkriminalamt Köln angeboten hat, hier für die österreichischen Kollegen Ausbildung zu geben, kostenlose Unterkunft usw. Ich frage mich nur, wo der Herr Innenminister bis jetzt geblieben ist. Man hört nichts von ihm außer einigen anderen Dingen, die ich hier nicht erwähnen möchte. Hier wäre ein reiches Betätigungsfeld und für die Sicherheit in Österreich einiges zu tun.

Meine Damen und Herren! Wir wissen aber auch, daß Niederösterreich, daß die Ostgrenze insgesamt, nicht nur das Burgenland, auch Niederösterreich, ein Schlepperparadies, ein Land für Schlepper ist, wo laufend, wo immer wiederum tausende Menschen hereinkommen. Ich habe jüngst erst wiederum in einer Zeitung gelesen, Österreich - ein Schlepperparadies. Hier gehe ich mit dem Kollegen Sivec konform mit seiner Stati-

stik. Da läßt es sich nicht nachweisen, wieviele tatsächlich 'reinkommen. Was aufgegriffen wird vom Bundesheer sind ja nur geringe Zahlen. Die Dunkelziffer liegt ja bekanntlich viel höher. Auch hier wären schnellstens Maßnahmen zu setzen, um hier Abhilfe zu leisten. Und ich habe mir auch hier einen Resolutionsantrag vorbereitet (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Preiszler zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996 (Ltg. 399/V-3) betreffend Eindämmung des Schlepperunwesens an der NÖ Ostgrenze.

400 km hat Niederösterreich EU-Außengrenze zur Slowakei und Tschechien. Nach Meinung einschlägiger Fachleute ist dieser Grenzabschnitt zum stärksten frequentierten Tor in den Westen für illegale Zuwanderer geworden. Seit Jahresbeginn 1995 hat dieses Grenzgebiet die für Schlepper vormals bevorzugten Routen des ehemaligen Jugoslawien u.a. Ostblockstaaten abgelöst. Eine Folge davon ist die erschreckend hohe Tendenz der Anzahl der illegalen Zuwanderer. Um dieses Problem, unter dem vor allem die NÖ Bevölkerung in den Grenzregionen besonders leidet zu entschärfen, sind entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen. Und zwar nicht nur im legislativen, sondern auch im personellen und ausstattungsmaßigen Bereich.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund vorstellig zu werden, um die Belastung der NÖ Bevölkerung, vor allem in den Grenzregionen, durch die Flut illegaler Einwanderer so rasch wie möglich und wirksam einzudämmen."

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dem brauche ich nichts hinzuzufügen. Hier wird gefordert, daß am schnellsten Wege die Landesregierung - letztendlich befindet sich Niederösterreich einmal im Zentrum dieser illegalen Zuwanderer, wir haben hier eine hohe Kriminalitätsrate - schleunigst darauf zu dringen, daß der Grenzschutz wie gefordert am schnellsten Weg eingeführt wird. Und nicht, wie geplant laut Bundesministerium für Inneres, erst 1999.

Meine Damen und Herren! Das wären einige Beispiele von Mißständen. Und ich glaube nicht, daß wir als Freiheitliche hier schwarz zeichnen, sondern es so sagen, wie man es draußen emp-

findet und wie es tatsächlich ist. Und ich darf nochmals verweisen auf den FBI-Mann, der gesagt hat, es wäre ein Fehler, ein Riesenfehler, wenn wir glauben und so tun, das alles gäbe es noch nicht bei uns. Es ist viel ärger. Ich könnte Ihnen hier ganze Passagen zitieren von Prof. Bankow, dem russischen Professor, der über die ukrainische Mafia erzählt, über die Russenmafia, über die chinesische Mafia, Tschetschenen und alles, was es da gibt, fürchterliche Szenen. Man kann nur hoffen, und er hat auch gesagt, ich bitte euch darum, nur gemeinsam, europaweit können wir in guter Zusammenarbeit und mit aller technischen Ausbildung und Ausrüstung hier einigermaßen Einhalt gebieten. Jeder von uns weiß, daß man Kriminalität nicht wegschaffen kann. Kriminalität wird es immer geben. Aber es geht darum, sie so gering wie möglich zu halten und es geht darum, daß die Bevölkerung das Gefühl hat, daß sie noch in einem Staat lebt, der sehr wohl für die Sicherheit seiner Bürger sorgt. Daß ihm das etwas wert ist. Hier darf nicht gespart werden.

Zum Abschluß vielleicht noch einige Dinge zu den Personalvertretungswahlen. Meine Damen und Herren! Es war wirklich hochinteressant, landauf, landab zu fahren und hier bei Gendarmeriedienststellen, Sicherheitsdienststellen zu orten, wie es wirklich mit der Sicherheit bestellt ist. Und ich habe vor allem auch den politischen Druck gespürt - und das muß man auch einmal offen sagen - den unsere Personalvertreter, vor allem die Kandidaten, die den Mut gezeigt haben, bei uns anzutreten, in Niederösterreich bei der Gendarmerie - wie hier vorgegangen wurde. Zwei Beispiele: Eines in Ternitz. Ein Gendarmeriebeamter, der 35 Jahre Dienst verrichtet hat, der Zeit seines Lebens der SPÖ angehört hat, der aber wie so viele andere einfach umgedacht hat und jetzt für die freiheitliche Gruppierung angetreten ist als Kandidat, wurde einfach über Nacht zwangsübersiedelt. Also das sind Dinge, die wirklich nicht die englische Manier darstellen. Ein Mann, der 35 Jahre recht und schlecht den harten Gendarmeriedienst getätigt hat, wurde einfach, weil er nicht mehr seiner politisch angestammten Partei angehört, ohne seinen Willen mit gendarmerieeigenen Fahrzeugen nach Hause in seine Garage übersiedelt. Ein Beispiel. Zweites Beispiel: Ein Kandidat aus dem Bezirk Mödling, ein junger Kandidat, der seit zwei Jahren von der Schule zurück ist, hat, nachdem er aus dem Bezirk St. Pölten stammt, ein Ansuchen abgegeben, ob er nicht an irgendeine Dienststelle in St. Pölten zurückkommen könnte. Das wurde abgelehnt. Als man jedoch gesehen hat, daß dieser Mann bei der AUF kandidiert, wurde über Nacht durch ein

Telegramm oder Fax ihm angeboten eine Versetzung nach St. Pölten. So kann man es auch machen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

So geht man vor. Und da sagt der Herr Landeshauptmann, der jetzt hier ist, immer wiederum, die Parteipolitik fliegt aus der Schule, fliegt aus dem Bundesdienst usw. Ihr Wort in Gottes Ohr, Herr Landeshauptmann. Aber hier haben wir, haben Sie alle noch wirklich großen Nachholbedarf. Und ich meine, solche Dinge sollte es wirklich nicht geben. Umso mehr sind wir natürlich stolz, daß wir trotz dieses politischen Drucks von links und rechts es durchgestanden haben und immerhin bei der Gendarmerie niederösterreichweit 25 Prozent, im Dienststellenausschuß 21 Prozent erreicht haben.

Ein Letztes noch: Die Bevölkerung ist immer noch beunruhigt draußen durch die sogenannten Postenschließungen. Ich glaube, es wird immer wiederum vermieden vor Wahlen, Personalvertretungswahlen und vor allem auch vor dem 17. Dezember, hier die ganze Umstrukturierung - die lange noch nicht abgeschlossen scheint, weil ja jetzt wiederum der Herr Innenminister im Bereich des Landesgendarmeriekommandos tätig wird und beabsichtigt, den Gendarmerieposten Straßhof zu schließen. Er wäre wahrscheinlich schon geschlossen, wenn es nicht vehementen politischen Protest dagegen gäbe. Und nicht nur das, sondern daß sich auch die Bevölkerung, der Bürgermeister und die Bevölkerung über alle politischen Parteien hinweg massiv dagegen wehren. Und zwar einfach deswegen, weil es ja wirklich an Blödheit grenzt, einen Gendarmerieposten zu schließen in einem Ort, wo es fünf Banken gibt, wo es über 7 Kilometer Bundesstraße gibt, wo es ein großes Industriezentrum gibt, wo ein Ballungsgebiet ist und vor allem, wo der Ausländeranteil an die 15 Prozent ausmacht. Also all diese Dinge sind sicherlich nicht dazu angetan, hier einfach darüber hinwegzufahren. Und wie sehr dieses so viel gerühmte System der Sicherheit 2000 gefragt ist, ich weiß es nicht, aber ich höre immer wiederum sowohl in der Bevölkerung als auch bei den betroffenen Gendarmeriebeamten, daß es überhaupt nicht paßt. Daß es hier Schwierigkeiten noch und noch gibt.

Meine Damen und Herren! Nicht zuletzt möchte ich natürlich auch noch, aber nicht unbedingt im Vordergrund, sondern schon auch sagen, daß die Sicherheit in Niederösterreich eigentlich für uns es ein Umdenken erfordert und hier in Richtung 2000 gehen sollte, um all diesen Bedrohungen, die letztendlich auf uns zukommen, Einhalt zu gebieten. Ich danke aber auch den tau-

senden, -zigtausenden Feuerwehrmännern, Männern des Rettungsdienstes, des Zivilschutzes, die ihre Freizeit uneigennützig einsetzen für die Bevölkerung in Niederösterreich und hoffe, daß auch hier einige Dinge, die sie noch brauchen in der Ausrüstung etc. nachgebracht werden. Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, diesen beiden Anträgen in Niederösterreich zum Thema Grenzgendarmarie und Schlepperunwesen Ihre Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Bürgermeister Knotzer.

Abg. KNOTZER (*SPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn ich heute zum Thema öffentliche Sicherheit und zu diesem Budgetansatz bzw. über den Budgetposten rede, so möchte ich das nicht nur aus der Sicht des Politikers tun. Mein Vorredner hat ja ein Szenario geprägt, das Glauben macht, man lebt in dem unsichersten Land der Welt, wo so ständig mafiose Zustände herrschen und es die höchste Kriminalität überhaupt gibt. Ich glaube, man sollte sehr wohl auf die entsprechenden Kriminalstatistiken Rücksicht nehmen, Kollege Preiszler. Und ich darf nochmals zitieren den Kollegen Sivec, weil das vielleicht nicht richtig verstanden wurde. Das erste Halbjahr 1994 mit dem ersten Halbjahr 1995 verglichen, ist die Gesamtsumme aller gerichtlich strafbaren Handlungen um 25 Prozent zurückgegangen. Also man soll hier nicht ein Bild prägen, das es gerade im Land Niederösterreich nicht gibt.

Sicher, wir Politiker, wir betrachten natürlich in erster Linie bei der Diskussion des Budgets Zahlen; 245 Millionen Schilling für die öffentliche Sicherheit in unserem Landesbudget. Ich möchte aber das heute auch aus der Sicht des Bürgers bringen, weil hier gerade von der rechten Seite, also von der FPÖ versucht wird, mit verschiedensten Aussagen einen Unsicherheitsfaktor in der Öffentlichkeit herbeizuführen, den es nicht gibt. Wir wissen aus Umfragen - aus Bürgerumfragen und nicht Politikerumfragen - daß sich gerade die Österreicher und die Niederösterreicher in einem der sichersten Länder der Welt wähnen. Und sie sind auch in einem der sichersten Länder der Welt. Wenn wir aus der Sicht des Bürgers diesen Bereich öffentliche Sicherheit betrachten, was setzt der Bürger für Prioritäten? In erster Linie sofort öffentliche Sicherheit, Polizei, Gendarmerie, Exekutive. Also wenn es um Gefahren gegen Leib und Leben, sein Eigentum, seine Sicherheit geht, wenn es zu Verkehrsunfällen und anderen

Delikten kommt, ist in erster Linie natürlich der Ruf nach Exekutive, Polizei, Gendarmerie zu hören. Und wenn man bedenkt, mit welchen Bereichen - ich habe hier nur einige aufgezählt - sich die Gendarmeriebeamten auseinandersetzen müssen, welch' großes Allgemeinwissen sie haben müssen! Allroundbeamte sollen sie sein für alle Bereiche des Lebens und mit vielen Gesetzen vertraut sein und eine sehr hohe Ausbildung haben. Und wir erwarten das auch von unseren Gendarmeriebeamten, daß sie einen sehr hohen Ausbildungsstand haben. Und da wundere ich mich, wenn in einer Presseaussendung der FPÖ und des Kollegen Preisler hier eine Aussage getätigt wurde: Für die Exekutive insgesamt fordert Preisler bessere Bezahlung und Ausstattung sowie mehr Personal, noch ehe zum Beispiel eine Sicherheitsakademie errichtet werde. Also hier glaube ich, widerspricht er sich selbst mit seinen Aussagen. Deshalb, weil es sehr wichtig ist, daß unsere Gendarmeriebeamten, und nicht nur die Offiziere, sondern alle Gendarmeriebeamten, die beste Ausbildung genießen und auch laufende Fortbildung. Und hier ist die Einrichtung einer Sicherheitsakademie wesentlich und erforderlich. Vor allem, wie Sie immer erwähnen, gegen das internationale Verbrechen oder zur Bekämpfung des internationalen Verbrechens wird es sehr notwendig sein, unsere Beamten entsprechend für die Zukunft auszubilden.

Wir wissen alle, daß die Unterbringung der Grenzgendarmarie natürlich sehr wichtig ist. Hier ist der Bund und vor allem Innenminister Caspar Einem gefordert, sehr rasch für die notwendige ordnungsgemäße Unterbringung dieser Beamten zu sorgen. Und das geschieht ja auch laufend. Aber wir meinen, daß gerade eine gute Ausbildung notwendig ist für eine garantierte Sicherheit der Zukunft. Und ich darf dazu aus der 20. KSÖ-Tagung in Wien zitieren: "Sicherheitsakademie mit modernen Mitteln gegen Kriminalität. Den Einsatz aller modernen Mittel und Möglichkeiten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität fordert Mittwoch der Präsident des Kuratoriums Sicheres Österreich bei der 20. Tagung in Wien. Dr. Herbert Schöller: Wir müssen uns gegen die Feinde des Staates und unserer Gesellschaft wehren. Im Bereich der Sicherheitsexekutive soll durch verstärkte Ausbildung und Fortbildung auf die neue Entwicklung der Kriminalität eingegangen werden. Im Innenministerium wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Konzept für eine Sicherheitsakademie in Traiskirchen, Niederösterreich, ausarbeiten wird. Durch die internationale Vernetzung der organisierten Kriminalität ist auch eine verstärkte

Zusammenarbeit der Polizeibehörden in den europäischen Ländern notwendig geworden." Und wir stehen dazu. Und ich fordere hier die FPÖ auf, zu dieser Sicherheitsakademie und ihrer Notwendigkeit zu stehen und sie nicht gegen andere notwendige Maßnahmen austauschen zu wollen.

Wir haben auch betreffend der Unterbringung, der privaten Unterbringung der Gendarmeriebeamten in Niederösterreich, der Grenzbeamten aber auch aller Gendarmeriebeamten und Polizeibeamten, mit dem Innenminister Gespräche geführt. Vielen Bürgermeistern Niederösterreichs war es schon in der Vergangenheit eine Selbstverständlichkeit, daß bei Wohnungsansuchen gerade Gendarmerie- und Exekutivbeamte bevorzugt behandelt wurden. Und das wird in Zukunft genauso geschehen. Deshalb, weil ja jeder Bürgermeister großes Interesse an einer entsprechenden Sicherheit in seinem Ort hat. Und da ist es nicht egal, ob ein Sicherheitsbeamter ein Tages-, Wochen- oder Dreitagespendler ist und eigentlich nur seine Arbeitszeit in diesem Ort verbringt. Oder ob er in seiner Gemeinde wohnt, dort Kontakt zur Bevölkerung hat, dort die Interessen und die Neigungen der Bevölkerung kennt, aber auch selbst dafür sorgt, daß seine öffentliche Sicherheit oder seine Sicherheit in dem Ort, in dem er wohnt mit seiner Familie gegeben ist. Er ist ja selbst interessiert, für die öffentliche Sicherheit in diesem Ort zu sorgen.

Ich habe hier betreffend der guten Unterbringung unserer Gendarmeriebeamten während der Dienstzeit einen interessanten Artikel in einer Zeitung gefunden. Der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll war erst vor kurzem am Gendarmerieposten Traiskirchen und hat gefragt, ob nun endlich ein Umbau des Gendarmeriepostens komme. Und er hat die Unterstützung mit dem Kollegen Breininger zugesagt. Ich hoffe, daß das nicht nur vor der Personalvertretungswahl war, sondern daß nachher tatsächlich Unterstützung gewährt wird, weil wir ja hier wahrscheinlich einen neuen Posten oder neue Unterbringungsmöglichkeiten errichten müssen. Das wird sehr schwer möglich sein. Aber wenn es der Landeshauptmann dementsprechend unterstützt, werden wir das durchbringen. Ein Brief allein ist halt ein bißchen wenig. Ich glaube, daß ein bißchen mehr dazu gehört. Und ich hoffe, wenn die Gemeinde dieses Versprechen des Herrn Landeshauptmannes einzulösen hat, daß man auch die dementsprechende Unterstützung für einen Neubau bekommt. (*Zwischenruf bei Abg. Klupper.*) Du meinst jetzt die Sicherheitsakademie? Es geht jetzt um den Gendarmerieposten. Dem haben wir 1979 ein neues

Gebäude gebaut, das ist leider zu klein geworden. Und jetzt hat der Herr Kollege Breininger und der Herr Landeshauptmann erst vor kurzem, zufällig vor der Personalvertretungswahl, den Gendarmerieposten besucht und festgestellt, daß er zu klein ist. Und er wird seine Unterstützung zusagen. Wir werden natürlich die Unterstützung gerne annehmen und die Gemeinde wird das Versprechen des Kollegen Breininger und des Herrn Landeshauptmannes einlösen und einen größeren Posten bauen. Aber natürlich brauchen wir auch die finanzielle Unterstützung dafür, Kollege Klupper, weil ein Gebäude haben wir damals schon gebaut.

Der nächste Punkt, den der Bürger sofort bei der Sicherheit ins Spiel bringt, das wissen Sie ja alle auch aus den verschiedensten Umfragen, ist natürlich die Feuerwehr. Die Sicherheit, wenn es zu Bränden in Häusern, Wohnungen, Betriebsgebäuden kommt und Gefahr für das Eigentum besteht. Aber auch das wissen wir aus den Statistiken und aus den Berichten, daß gerade bei Verkehrsunfällen immer mehr die Feuerwehr für technische Einsätze herangezogen wird, wie überhaupt der Großteil der Einsätze technische Einsätze sind, nahezu drei Viertel aller Einsätze bereits. Wir erwarten auch von unseren Feuerwehrkameraden einen hohen Ausbildungsgrad. In allen Lagen wird bei verschiedensten Vorfällen, ob jetzt Feuer, technische Einsätze etc., ein sehr hoher Ausbildungsstand erwartet. Viele Feuerwehrmänner sind auch bereit, nicht nur ihre Freizeit für diese Einsätze zur Verfügung zu stellen, sondern darüber hinaus auch noch in unserer Landesfeuerwehrschule in Tulln, aber auch örtliche Ausbildungsseminare zu besuchen. Die Gemeinde stellt mit Hilfe des Landes die entsprechende Ausrüstung zur Verfügung, um die öffentliche Sicherheit für unsere Bürger auch in diesem Bereich zu gewährleisten.

Und nun noch ein Punkt, der vielleicht in dieser Position des Budgets nicht enthalten ist, sondern in einer anderen, aber der sehr eng mit der öffentlichen Sicherheit zusammenhängt und auch von den Bürgern immer wieder in Betracht gezogen wird. Es handelt sich um die Rettungsorganisationen. Hier wird genauso erwartet, daß bei jedem Verkehrsunfall, bei jedem Unfall im Haushalt, am Arbeitsplatz sofort eine Rettung zur Stelle ist, um den Menschen Hilfe zu leisten. Es wird daher notwendig sein, daß wir gemeinsam, und hier sind ja die Kollegen Klupper und Sivec immer wieder dahinter, in Zivilschutz- und Selbstschutzzentren immer mehr die Menschen informieren und auf die Möglichkeiten oder die Wichtigkeit des Selbstschutzes aufmerksam machen. Vor allem

darauf, daß eine rasche Erste Hilfe, eine rasche Erstversorgung sehr wichtig ist um schwere gesundheitlichen Schäden für die Verunfallten hintanzuhalten, zu denen es bei Unfällen immer wieder durch die Schockeinwirkung kommt. Daher ist es sehr wichtig und wir begrüßen diese Aktion, die vom Land gemeinsam mit den verschiedenen Hilfsorganisationen, Zivilschutz und Rettungsorganisationen durchgeführt werden, die Bevölkerung für eine bessere Ersthilfeleistung auszubilden, weil eben die Erstversorgung am Unfallsort sehr, sehr wichtig ist. Es wird erwartet, daß auch die überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer umfassenden Ausbildung unterzogen werden. Das ist an sich ständig der Fall, daß die Rettungsorganisationen ihre Mitarbeiter laufend weiterbilden. Aber sehr wichtig wird auch sein, daß alle Bürger einer Gemeinde sich ebenfalls mit Erster Hilfe beschäftigen, um vor allem bei Herz- und Kreislaufstillstand, was ja immer wieder schwere gesundheitliche Schäden verursacht, Menschen rasch helfen zu können. Viele Rettungsorganisationen - und hier komme ich wieder zu einem Ansatzposten, der in diesem Budgetposten enthalten ist, nämlich der Zivildienst - viele Rettungsorganisationen könnten ihren Betrieb nicht mehr in dem Umfang aufrechterhalten oder nicht mehr mit den geringen Beiträgen der Gemeinden und des Landes aufrechterhalten, hätten sie nicht Zivildienster. Daher soll auch diesen Zivildienstleistenden entsprechend gedankt werden.

Im Sicherheitsdenken, das wird die Offiziere freuen, im Sicherheitsdenken der Österreicher ist aber auch die Landesverteidigung sehr hoch eingestuft. Man soll den Stellenwert, den die Bürgerinnen und Bürger der Landesverteidigung einräumen, nicht gering schätzen.

Ich glaube allerdings, daß es sehr wichtig ist, daß wir im Zivil- und Selbstschutzbereich mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten, um in der Öffentlichkeit mehr Anklang zu finden. Ich glaube, daß gerade dieser Bereich für die Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen wird, da wir uns immer öfter selber helfen müssen. Die Zivilschutzzentren oder Selbstschutzzentren, die jetzt in sehr vielen Gemeinden mit Hilfe des Landes eingerichtet wurden, sind sehr wichtige Informationsstellen, wo sich der Bürger umfassend über Zivilschutz, über Selbsthilfe informieren kann. Diese Einrichtungen haben sich bewährt und sollen noch weiter ausgebaut werden. Abschließend möchte ich allen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern danken. Durch unsere Polizei, Gendarmerie, Exekutive, Feuerwehr, Rettung, Zivilschutz, durch alle Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter, durch unsere Zivildienstler gehört Österreich und Niederösterreich zu den sichersten Ländern der Welt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Hans Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zuerst einmal gleich vorweg zu den beiden Resolutionsanträgen, die eingebracht worden sind. Wir werden dem Antrag "Projekt Bundesgendarmerie - Grenzdienst", mit dem ein forciert-erer Ausbau vor allem auch der Arbeitsbedingungen für die im Grenzdienst eingesetzten Bediensteten gefordert wird, die Zustimmung erteilen. Wir werden aber dem zweiten Antrag "Eindämmung des Schlepperunwesens an der NÖ Ostgrenze" nicht zustimmen. Weil eben durch den Aufbau dieses Grenzdienstes und durch die Forcierung in diesem Bereich eigentlich Vorsorge getroffen werden soll, daß hier eine Eindämmung im Schlepperbereich erfolgt. Daher ist dieser Antrag aus unserer Sicht eigentlich eine Fleißaufgabe und wir werden dem nicht die Zustimmung geben.

Ich möchte vorweg vielleicht noch ein paar Sätze sagen zu meinen Vorrednern, wo immer wieder durchgeklungen ist, so quasi vor Personalvertretungswahlen ist ein Posten besucht worden oder hat man sich um die Sicherheit bemüht. Ich glaube, daß Sicherheit ein so wesentlicher Bereich ist in unserem Land, daß er unabhängig von jeglichen Wahlen, ob Personalvertretungswahlen, Feuerwehrwahlen oder Wahlen in irgendwelchen Organisationen, in diesem Haus behandelt wird. Und wenn wir die Protokolle anschauen, dann wissen wir auch, wie oft wir über die Fragen der Sicherheit hier diskutieren und sprechen. Weil es etwas ist, was unsere Landesbürger sehr berührt. Weil unsere Menschen ganz einfach Sehnsucht nach mehr Sicherheit haben. Und daher behandeln wir dieses Thema hier in diesem Haus. Daher wollen wir auch den Sicherheitskräften, die draußen tätig sind, egal, in welchem Bereich auch die moralische Unterstützung geben, daß sie wissen, daß ihre Aufgabe von uns auch gewürdigt wird. Wir sollen sie ermuntern, in ihren Bemühungen um die Sicherheit nicht einzuhalten, sondern weiter ihr Bestes zu geben, damit die Sicherheit unserer Menschen gewährleistet ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Meine Vorredner haben sich schon sehr stark mit all den Bereichen der Sicherheit befaßt. Es ist dies ein Thema, das viele Organisationen im behördlichen, im ehrenamtlichen Bereich in vielen Facetten beinhaltet. Ich glaube, alle diese Organisationsformen, ob nun behördlich oder freiwillig, würden es verdienen, daß man sich mit ihnen speziell bei so einer Debatte befaßt, das ist aber sicherlich nicht möglich. Ich werde mich daher heute eigentlich hauptsächlich mit einem Thema befassen, von dem ich glaube, daß es ein Thema ist, dem wir in Hinkunft mehr Bedeutung zumessen müssen. Nämlich der Bereich der Kriminalität und hier besonders der Bereich der organisierten Kriminalität. Denn dieser Bereich der organisierten Kriminalität nimmt immer mehr zu. Diese organisierte Kriminalität ist eine Herausforderung geworden für alle Sparten Europas, ich möchte sagen, der Welt. Sie wird nur bekämpft werden können, wenn wir Maßnahmen in unserem Land setzen, wenn wir aber auch international mit den anderen Ländern kooperieren, um hier tatsächlich eine Bekämpfung vornehmen zu können. Diese organisierte Kriminalität kann man, so meine ich, mit fünf Punkten zusammenfassen. Die Kriterien sind erstens eine professionelle Tatausführung, zum zweiten eine internationale Tatbeteiligung, zum dritten eine starke Abschottung, zum vierten Einschüchterung von Mittätern und von Zeugen und führt zum fünften mit hinein in den Bereich Korruption und Bestechung. Und nun zu diesem Bereich der Kriminalität, in welchen Facetten er sich uns zeigt. Das geschieht eigentlich im täglichen Leben. Einmal ist da enthalten der Bereich der Eigentumskriminalität, wo die Einzeltäter immer mehr in den Hintergrund treten und wo organisierte Diebesbanden quasi mit einem Einkaufszettel, mit einem Bestellzettel in der Hand durch das Land ziehen und hier Einbrüche und Diebstähle vollführen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird befürchtet und zu recht befürchtet, daß in den nächsten Jahren diese Form der Kriminalität weiter bei uns zunehmen wird. Weil sich die Beschaffung wieder stärker auszahlen wird. Wenn es nämlich zu einer Normalisierung im ehemaligen Jugoslawien kommt, ist ein breiter Absatzmarkt wieder vorhanden, ein zusätzlicher Markt, sodaß wir mit dieser Form der Kriminalität in den nächsten Jahren stärker rechnen müssen.

Unser Land, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird auch immer mehr zur Drehscheibe von Autoverschiebungen. Fast täglich werden Autos aus Deutschland, aus Italien, der Schweiz und aus dem eigenen Land in den ehemaligen Ostblock verschoben. Die

Banden, hier hauptsächlich aus der Ukraine, agieren äußerst raffiniert. Und wenn auch ab und zu ein Übersteller aufgegriffen wird, an die Hintermänner, an die Drahtzieher kommt man eigentlich nicht heran. Genauso wie derzeit die rumänischen Tresorbanden durch Deutschland und durch Österreich ziehen: An die Hintermänner kommt man nicht heran.

Ein weiterer Bereich dieser organisierten Kriminalität ist die Wirtschafts- und Umweltkriminalität, hier auch mit ihren Facetten der Geldwäsche, des Schlepperwesens. Das Schlepperwesen ist nicht nur ein Problem im Zusammenhang mit dem Osten. Das wird verkannt. Es ist auch ein Problem aus dem italienischen Raum, wo es eine hohe Zahl von Illegalen gibt, die nach Deutschland, nach Österreich kommen wollen. Also nicht nur an der Grenze zum Osten ist hier die Problematik zu sehen. Dazu kommen Geldanlagenbetrug, Schutzgelderpressungen, die es bei uns seit neuestem wieder gibt. Und natürlich bitte der Bereich, der uns große Sorgen bereitet, und meine Vorrednerin, die Frau Abgeordnete Egerer hat schon darauf hingewiesen, nämlich auf den Bereich der Drogenkriminalität. Dieser bereitet uns deshalb so große Sorgen, weil das ein Bereich ist, der quasi quer durchs Land, durch alle Gemeinden und alle Gesellschaftsschichten geht. Und ein Aspekt, der zur Sorge Anlaß gibt, daß das "Einstiegsalter" immer jünger wird. Heute sind dreizehnjährige Heroinsüchtige keine Seltenheit mehr. Wir müssen uns ganz einfach mit dieser Problematik stärker befassen. Das Geschäft der Dealer floriert, es floriert wie noch nie. Es gibt eine Schätzung, daß alleine im Vorjahr rund 5.000 Süchtige in Österreich zwei Milliarden Schilling für Rauschmittel ausgegeben haben. Die Drogenwege führen über die Oststaaten, die Oststaaten sind hier quasi Depotländer. Dort haben sich straff organisierte Schmuggelbanden breit gemacht und die agieren ziemlich ungehindert, bzw. wenig behindert durch die jeweilige Exekutive in diesen Ostländern. Sie haben eine freie Entfaltungsmöglichkeit. So wird zum Beispiel von Bratislava aus der österreichische Markt beliefert mit hochwertigem Heroin, meist in kleinen Portionen, quasi auf "Ameisenwegen", wenn man das so sagen kann, im kleinen Grenzverkehr mit den Autobusreisen nach Wien. Man muß sich einmal mit den Exekutivbeamten, die damit befaßt sind, näher auseinandersetzen, dann kommt man auf Dinge drauf, die in keinen Statistiken stehen, wie nämlich hier diese Situation tatsächlich ist. Ein anderer Weg ist die Donau, wo große Mengen an Schmuggelwaren, auch Drogen bitte, in unser Land und über unser Land gehen, eigentlich völlig unbehelligt, weil wir derzeit nicht in der Lage sind, auf der Do-

nu diesen Kriminellen tatsächlich paroli zu bieten. Wobei ich schon zugebe, daß bei einer Überwachung und Kontrolle in diesen Frachtschiffen eigentlich wirklich nur Spezialisten, die vom Schiffsbau etwas verstehen, in der Lage sind, dort etwas zu erreichen. Aber wir müssen auf diesem Gebiet die Dinge ernst nehmen und müssen schauen, welche Möglichkeiten wir dort haben.

Nun, was ist notwendig, um gegen diese bestorganisierte und mit modernsten Erkenntnissen und Mitteln ausgestattete Kriminalität vorzugehen? Wir müssen uns im klaren sein, daß heute für diese organisierte Kriminalität Technologien und Daten weltweit abrufbar sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Grundvoraussetzung, so meine ich, sind bestausgebildete, bestausgerüstete und motivierte Exekutivbeamte und die in ausreichender Zahl. Sowie aber auch die gesetzlichen und die organisatorischen Voraussetzungen für eine wirksame Verbrechensbekämpfung. Im gesetzlichen Bereich, glaube ich - und ich gebe dem Abgeordneten Sivec recht, der dieses Thema angesprochen hat - wird man die Möglichkeit von Rasterfahndung und Verwendung modernster Lauschmittel zu lösen haben. Ohne diese, und darüber sind sich die Experten einig, wird man vor allem an die Drahtzieher und Hintermänner nicht herankommen. Wenn man den Wunsch nach Sicherheit ernst nimmt, muß man der Exekutive ganz einfach die Möglichkeit einer optimalen Verbrechensbekämpfung einräumen und sich nicht - und ich meine das so - nicht hinter Datenschutzbestimmungen verschanzen. Obwohl ich zugebe, daß man mit diesen Instrumenten dann sehr vorsichtig und überprüft umzugehen hat.

Was die Organisation und die Aufgabenstellung betrifft, so mutet man, glaube ich, den Exekutivkörpern in den letzten Jahren gewaltiges zu. Strukturreformen, Änderungen des Dienstsystems bei der Gendarmerie, Verunsicherungen bei der seit Jahren, ich möchte sagen, seit Jahrzehnten vernachlässigten Zollwache und hausgemachte Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Grenz-gendarmerie, das sind gewaltige Brocken, die diese Wachkörper zu verdauen haben. Gerade der Grenzdienst der Bundesgendarmerie ist ein typisches Beispiel für hausgemachte Schwierigkeiten. Wir haben über 400 Kilometer EU-Außengrenze und daher ist Niederösterreich besonders interessiert am Funktionieren dieses Wachkörpers. Wir sind besonders interessiert, daß sowohl die Ein- und Ausreisen überwacht werden und kontrolliert werden, daß aber auch die Grüne Grenze dementsprechend überwacht und kontrol-

liert wird. Für diese Aufgabe sind in Niederösterreich, und da gehen die Zahlen ein bißchen auseinander, wahrscheinlich gibt es auch täglich andere, muß ich vorweg geben, aus meinen offiziellen Zahlen waren 1.124 Bedienstete vorgesehen, welche nun Dienst bei den Grenzkontrollstellen und den Grenzüberwachungsposten versehen sollen. Dieses Personal setzt sich zusammen aus bisherigen Vertragsbediensteten des Grenzdienstes sowie Zollbeamten, die zur Gendarmerie optieren, Planstellen aus dem Bundesministerium für Finanzen, weil ja dort Zollaufgaben wegfallen, von der Zollwache die Grenzaufgaben wegfallen, und zusätzliche Planstellen. Tatsächlich steht derzeit zirka ein Drittel dieser vorgesehenen Zahl zur Verfügung.

Die Arbeitsbedingungen - und darauf wurde schon hingewiesen - für dieses Personal sind wirklich nicht in Ordnung. Man muß das sagen. Es sind Arbeitsbedingungen derzeit vorhanden, die unzumutbar sind. Ein Beispiel, der Grenzposten Berg: Keine Arbeitsräume für die Grekos. Bitte, für 44 Bedienstete gibt es einen Raum. Wie soll dort vernünftig gearbeitet werden? Keine Räume für Ruhemöglichkeiten, notdürftig in angemieteten Baucontainern. Jedes Matratzenlager auf einer Schihütte ist ein Luxus dagegen. Für das Umkleiden ein Container, für drei Bedienstete ein Blechspind. Den haben sie wahrscheinlich vom Bundesheer ausgeborgt. Ein derartiger Blechspind für drei Bedienstete. Bitte und dort machen weibliche und männliche Gendarmeriebeamte Dienst, unter diesen Umständen! Ich muß sagen, da muß etwas geschehen! Dazu kommt jetzt die Unsicherheit, daß all jenen, die von der Zollwache zur Gendarmerie optieren wollen, von seiten der Zollwache und des Finanzministeriums große Schwierigkeiten bereitet werden. Und ich verstehe die Situation überhaupt nicht mehr, wenn ich jetzt festgestellt habe, daß, obwohl Planstellen von der Zollwache zur Gendarmerie kommen, auf Grund des Wegfalls von Aufgaben, daß die Zollwache jetzt neuerlich Personal aufnimmt. Also ich kenne mich ehrlich gesagt in dem Bereich nicht mehr aus, was man hier wirklich will. *(Abg. Knotzer: Weil das Parlament aufgelöst wurde, als die Planstellen ausgeschrieben waren!)*

Aber bitte, diese Frage wissen wir schon seit einem guten dreiviertel Jahr. Seit dem liegt dieser Plan da, wo alles drinnen steht, wie das ausschauen soll und wie das aufgebaut werden soll! Ich vermute hier, Herr Kollege Knotzer, ich vermute eher, daß es hier nach wie vor einen Kampf gibt zwischen dem Finanzministerium und der Zollwache, die ihre Aufgaben nicht abgeben wollen, und dem Innenministerium, die diese Aufgaben übernehmen sollen. Und das führt zur Unsi-

cherheit jener, die den Dienst praktisch versehen. Und das gehört meiner Meinung nach schleunigst beseitigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur noch ein paar Sätze zur Ausbildungsfrage. Um den kriminellen Herausforderungen gewachsen zu sein, bedarf es einer entsprechenden Ausrüstung und der wirklich besten Ausbildung. Und dabei kommen wir um die Frage der Sicherheitsakademie nicht herum. Herr Kollege Preisler! Mich hat es verwundert, wie man die Frage einer besseren Unterbringung der Grenzgendarmarie eintauschen wollte von Dir aus gegen die Sicherheitsakademie. Beides ist notwendig! Das eine ist eine Notwendigkeit, damit die Bediensteten geordnet arbeiten können, die Sicherheitsakademie ist eine Investition in die Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Knotzer.)*

Wir brauchen nämlich diese Sicherheitsakademie dringend, um eine bessere, eine modernere und erfolgreichere Verbrechensbekämpfung vornehmen zu können. Vor allem im Bereich Terrorismus, Banden- und Drogenkriminalität ist eine solche qualifizierte Ausbildungsstätte dringend notwendig. Und diese Akademie, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll nicht nur Ausbildung für Spezialisten und Führungsebenen der Exekutive sein, sie soll auch Stätte der Forschung werden. Gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft sollte Ausbildung und Forschung in Theorie und Praxis an dieser Akademie betrieben werden. Vor allem sollten auch der Prävention mehr Augenmerk gewidmet werden als bisher. Internationale Erfahrungen im Bereich der Drogenprävention, der Jugendarbeit, der Kriminalprävention sollten ausgewertet, umgesetzt und in dieser Akademie mit verarbeitet werden. Ich glaube daher, daß wir diese Sicherheitsakademie dringend benötigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend allen Dank sagen, die im Sicherheitsbereich tätig sind. Egal in welchem Bereich und egal in welcher Organisation. Sie tragen dazu bei, daß unser Sicherheitssystem in Österreich aufrecht erhalten werden kann. Besonders die freiwilligen Organisationen. Würden sie nicht in der Regel ehrenamtlich tätig sein, könnten wir diesen Apparat aus finanziellen Gründen gar nicht aufrecht erhalten. Ich möchte daher allen herzlich danken, die dafür Sorge tragen, daß wir in Österreich um die Sicherheit bemüht sind. In diesem Sinne werden wir diesem Kapitel unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Resolutionsanträgen möchte ich kurz Stellung nehmen. Der Herr Abgeordnete Klupper hat bereits erklärt für seine Fraktion, daß er dem Antrag zum Thema "Bundesgendarmerie - Grenzdienst" die Zustimmung gibt. Ich glaube, nachdem die verwendeten Zahlen aus dem Bericht der Gendarmerie übernommen worden sind und nach Überprüfung auch übereinstimmen bis auf drei Mann, aber die würde ich durchaus noch tolerieren, daß hier eine Identität zwischen diesem Antrag und dem Bericht der Gendarmerie vorliegt. Ich würde aber bitten, auch die Ergänzung im Bezug auf das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zu treffen, weil ja das zuständige Ministerium für Bauten eigentlich dieses letztere Ministerium ist. Und es ist mir schon aufgefallen, daß der Herr Kollege Klupper zwar immer wieder diese Probleme zwischen Finanzministerium und Innenministerium sehr genau ausgearbeitet hat. *(Zwischenruf: Das sind offensichtlich innerparteiliche Probleme.)*

Das sind keine innerparteilichen Probleme. Ich würde eher sagen, das sind Probleme, die sich in einem ganz anderen Bereich als innerhalb der Partei befinden, um Ihnen das vorsichtig zu sagen. Nämlich zwischen Zollwachekörpern und anderen Einheiten. Ich würde da eher die Schuld ganz woanders lokalisieren, wenn Sie das richtig einschätzen.

Aber zum zweiten: Ich glaube tatsächlich, daß diese Unterbringung - und ich habe mich auch überzeugt - in vielen Bereichen unzumutbar ist. Und nicht nur unzumutbar, es dauert einfach zu lange, bis hier Abhilfe geschaffen wird. Und ich habe in Klein Haugsdorf - und deshalb habe ich mich vor allem auch zu diesem Punkt gemeldet - das Faktum, daß man sich eigentlich seit Jahren einig ist, seit der Grenzöffnung einig ist, daß man hier etwas Neues braucht. Nicht nur die Unterbringung, sondern auch was die Abfertigung betrifft. Das ist so seit sagen wir 1991; 1990 war die Öffnung, da waren sich alle einig. In der Zwischenzeit sind aber fünf Jahre vergangen. Und wir haben im Jänner 1994 von seiten des Landes bereits die Aufforderung nach Abwicklung aller Verfahren an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, noch an Dr. Schüssel, den Wunsch nach Realisierung dieses Projektes gestellt. Tatsache ist, daß seit 1994 keine Anzeichen irgendeiner Realisierung zu erkennen sind. Und ich glaube, daß das auch eine Frage des Vertrauens natürlich zwischen der Politik und den Beamten sein muß. Wenn man Zusagen, die so lange zurückliegen, nicht in

Angriff nimmt, so würde ich meinen, erübrigen sich auch manche Besuche. Weil das ist ja eher unangenehm, dann zu sagen, ich werde mich schon kümmern - und wieder vergeht ein Jahr.

Ich möchte bitten, daß man - das betrifft nicht nur Klein Haugsdorf, das betrifft auch andere Projekte, die sehr wichtig sind - daß man hier eine raschere Entscheidungsfindung in diesem zwischenministeriellen Bereich findet. Denn daß man immer ein Ministerium sozusagen schuldig werden läßt, daß etwas nicht geht, das ist für alle draußen völlig uninteressant. Ich möchte das einmal ganz klar feststellen: Da wird man zwar immer sagen, der Akt liegt jetzt dort oder der Akt liegt gerade bei einem anderen Ministerium, nur, die Antwort wird sein, die bringen einfach nichts zusammen. Und das ist das Entscheidende. Daher würde ich in dem Fall wirklich bitten, daß man dieses wichtige Erfordernis, besonders Klein Haugsdorf ist ein gravierender Punkt, rasch realisiert. Aber rasch, nicht wieder in Jahren gerechnet, sondern ich meine, in der Entscheidungsfindung in Wochen gerechnet. Denn unabhängig jetzt von Wahlvorgängen muß es doch möglich sein, daß man solche an sich außer Streit stehende Fälle gemeinsam durchträgt. Und in dem Sinne werden wir auch als sozialdemokratische Fraktion dem ersten Antrag für die Errichtung der Grenzgendarmerie und der Unterkünfte die Zustimmung geben.

Den zweiten sehe ich so wie Abgeordneter Klupper. Er ist eigentlich mit dem ersten bei Installation der entsprechenden Vorsorgeeinrichtungen und auch der personellen Ausstattung bereits erledigt. Danke.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte nur zu meinem Antrag "Projekt Bundesgendarmerie - Grenzdienst", den ich abgeändert habe mit "Bundesministerium für Inneres" feststellen, ich glaube, es ist schon klar und ich bin damit einverstanden. Aber doch noch, wenn ich schon die Gelegenheit habe, zur Sicherheitsakademie. Es war nicht so gemeint. Sie wissen, daß wir ziemlich lange schon immer eine entsprechende Ausbildung verlangen für unsere Sicherheitsbehörden. Aber es kann nicht so sein, man muß eine Prioritätenreihung vornehmen. Und die, glaube ich, ist eindeutig. Kollege Dr. Bauer hat es gesagt, wenn man sieht, wie die draußen, ich sage jetzt, draußen an der Grenze, egal ob

Zollwache oder Grenzgendarmerie, hausen müssen, dann kann man von Wohnen und Wohnräumen oder Amtsräumen ja bei Gott nicht reden. Und da glaube ich, wenn es immer wiederum heißt, daß wir nur beschränkte Möglichkeit haben auf Grund der budgetären Lage des Bundes, dann kann ich nicht eine Sicherheitsakademie verlangen mit Glanz und Gloria, in Traiskirchen oder wo immer. Dann wird es notwendig sein, in erster Linie das zu machen, damit die Beamten wenigstens notdürftig untergebracht sind. Ich glaube, daß das von der Prioritätenreihung her vor allem weit wichtiger sein wird als eine Ausbildungsstätte, die wir ja sowieso in Niederösterreich durch die Zentralschule und andere Möglichkeiten haben. Und ich meine, man könnte auch noch darüber reden, es gibt noch in Wr. Neustadt eine Einheit, die ein bißchen im Dornröschenschlaf dahindöst. Auch hier könnte man zweckmäßigerweise schon etwas machen und auch einmal eine Leistung einfordern. Die Sicherheitsakademie ist gut, aber ich glaube, daß es momentan wirklich notwendiger Dinge in Niederösterreich, vor allem für die Gendarmerie gibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt nun vor die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit und hierzu zwei Resolutionsanträge des Herrn Abgeordneten Preiszler. Nämlich der Antrag Nr. 7a, der den Antrag Nr. 7 ersetzt, zum Grenzdienst und der Antrag Nr. 8 betreffend Eindämmung des Schlepperunwesens. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über die vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zu Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP):

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 245.677.000 Schilling und Einnahmen von 51.559.000 Schilling zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, in Er-*

fordernis und Bedeckung): Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge, zunächst über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Preiszler Nr. 7a, Bundesgendarmerie - Grenzdienst. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Wir gelangen nunmehr zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Preiszler betreffend Eindämmung des Schlepperunwesens an der NÖ Ostgrenze. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP):

Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, umfaßt die Einnahmen und Ausgaben für die gesonderte Verwaltung, den allgemeinbildenden Unterricht, den berufsbildenden Unterricht einschließlich Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, die Unterrichtsförderung, die vorschulische Erziehung, die außerschulische Jugenderziehung, den Sport und die außerschulische Leibeserziehung, die Erwachsenenbildung sowie für Forschung und Wissenschaft. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 11.506.693.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 9.277.202.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 24,74 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 152.531.000 Schilling und Einnahmen von 311.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bildungsbereich ist ein eminent wichtiger Bereich. Und daher glaube ich, ist es auch notwendig, anlässlich der Budgetdebatte sowohl Vor-

schau als auch ein bißchen Rückblick über den vergangenen Budgetzeitraum zu halten. Dabei beziehe ich mich auf die letzten Neuerungen, die in der Novelle des Schulzeitgesetzes erfaßt sind. So wurde die Fünftagewoche durch den Bund geregelt. Die Schulfreierklärung der Samstage kann in Hinkunft den Schulpartnerschaftsgremien, wie Klassenforum, Schulforum, Schulgemeinschafts-Ausschuß übertragen werden. Und es ist im Sinne der Autonomie eben so, daß die Schulen künftig über freie Tage für schulische oder Anlässe des öffentlichen Lebens selbst autonom entscheiden können. Weiters wurden die Semesterferien zentral geregelt, wobei Wien, Niederösterreich und Burgenland in Zukunft ihren Ferientermin in der ersten Februarwoche haben werden.

Jetzt zum Bildungsbereich allgemein: Ich bin der festen Überzeugung, daß wir ein qualitativ hochstehendes System haben, daß aber dennoch in Einzelbereichen Verbesserungen möglich sind. Denn ein entsprechender Stellenwert der Bildung in unserer Gesellschaft bedeutet auch bessere Zukunftschancen für unsere Kinder und für unsere Jugend und damit auch für unsere Zukunft. Das Nutzen der vorhandenen Potentiale und Begabungen ohne Hemmnisse durch gleiche Grundvoraussetzungen und Rahmenbedingungen ist für alle wesentlich. Und da bin ich jetzt ein bißchen in manchen Teilen bei der ÖVP: Auch für mich sollte Leistung im Vordergrund stehen und nicht Herkunft oder finanzielle Möglichkeiten. Daher erscheint es mir ganz wesentlich, den freien Zugang zu unseren Bildungseinrichtungen zu erhalten. Wenn ich mich hier auf die Diskussionen über Studiengebühren beziehe, wo es die Idee gegeben hat, die Familienbeihilfe wegzulassen und dafür anscheinend sozial gerecht über Stipendien zu fördern, so sieht das auf den ersten Blick ganz gut aus. In Wirklichkeit sind aber die Voraussetzungen nicht für alle gleich gegeben. Denn auf der einen Seite besteht die Möglichkeit des niedrig angesetzten Einheitswertes, auf der anderen Seite gibt es die Steuergestaltungsmöglichkeiten, während der unselbständig Erwerbstätige jedoch nicht die Chance hat, seinen Wohnbaukredit oder ähnliches in Anrechnung zu bringen.

Ähnlich verhält es sich bei der Schulbuchaktion. Auch hier die Position meiner Bewegung: Ich bin nicht sehr glücklich über die derzeitige Regelung mit den Selbsthalten, die, da bin ich sicher, keine Zukunft hat, sondern wir haben hier ganz andere Modelle im Auge. Nämlich eine Grundausstattung für jeden Schüler in Form einiger wichtiger lexikalischer Werke. Und der restliche Bereich

kann ohne weiters in der Verwaltung der einzelnen Schule bleiben und mehrfach genützt werden. Das wäre gerade in der heutigen Zeit ein wesentliches Anliegen.

Anliegen gibt es auch im pädagogischen Bereich. Ich glaube, wir sollten den Schulbeginn überdenken, den Einstieg in unser Schulsystem. Wesentlich wäre doch hier eine offene Eingangsstufe, die dem Entwicklungsstand oder dem Entwicklungszustand der einzelnen Schulanfänger gerecht wird. Das müßte mit dem Vorschulbereich verknüpft werden und zwei bis drei Einstiegsmöglichkeiten für jeden Schüler in Zukunft zulassen. Mir persönlich erscheint es auch sehr wesentlich, verstärktes Augenmerk auf eine bereits vorhandene Möglichkeit zu richten, nämlich das Klassenlehrersystem im Volksschulbereich. Und zwar hier speziell im Bereich der musischen Fächer. Es gibt Kollegen und Kolleginnen, die Neigungen und Eignungen in diesem Bereich besitzen. Und es gibt Kollegen und Kolleginnen, die weniger geeignet oder geneigt sind, sei es für Zeichnen, Musik oder ähnliche Dinge. Und hier die Lehrer einzusetzen, die auch für diesen Unterrichtsgegenstand passen, böte auf der einen Seite für unsere Schüler eine Qualitätsverbesserung, auf der anderen Seite wäre es ein sanfterer Übergang zum Fachlehrersystem ab dem 10. Lebensjahr.

Damit bin ich auch schon bei der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen und wie ich meine, sinnvollerweise der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Denn de facto ist es doch so, daß der Lehrplan sowohl im Hauptschulbereich als auch im AHS-Unterstufenbereich ident ist. Wir haben hier ohne weiteres die Möglichkeit, innere Differenzierungen durchzuführen, die ohnehin selbstverständlich sein sollten. Wir haben die Möglichkeit, über Wahlfächer Neigungen zu forcieren. Ich bin der Auffassung, daß mit zehn Jahren eine Berufsvorentscheidung einfach zu früh ist. Genauso ist es im Hinblick auf Europa und die Internationalisierung wesentlich, nicht immer nur von Fremdsprachenoffensive zu reden, sondern hier auch tätig zu werden. Wir Österreicher neigen zu großer Erwartungshaltung im Ausland. Jeder sollte deutsch können, um mit uns sprechen zu können. Wir selbst sind eher der passive Teil. Und wenn ich mich erinnere an die ganzen Diskussionen im Zuge des Referendums, die Befürchtungen der großen Migrationsbewegungen. Es war damals abschätzbar und wir sehen es heute, diese großen Migrationsbewegungen gibt es nicht. Aber für den Schulbereich sehe ich hier schon eine Chance mit einer minimalen Migration. Nämlich, daß wir diese Chance auch ergreifen zur Verbesserung unseres Systems und

speziell im Fremdsprachenbereich sogenannte "native-speakers" wirklich einsetzen in Austauschformen.

Damit komme ich auch schon zu den Sparansätzen im Bildungsbereich, die sicherlich auch notwendig sind, teilweise schon durchgeführt sind und teilweise noch in Rede stehen, wie schon bei den Schulbüchern angeschnitten. Da haben wir als erstes einmal den Teil der Freigegegenstände, der sicher bei vielen Unmut hervorgerufen hat, bei anderen aber auf Verständnis getroffen ist. Es gibt viele Freigegegenstände, die meiner Auffassung nach ohne weiters auch von anderen Trägern, zum Beispiel von Sportvereinen und ähnlichen Einrichtungen, und auch hier wieder, in diesen Bereichen, in den Sportvereinen zum Beispiel, von engagierten Lehrern durchgeführt werden können. Alle Aufgaben der Schule zu übertragen ist einfach zu viel.

Die Öffnung der Schulen war ein Thema in meiner letzten Rede und es ist auch ein Thema in der Öffentlichkeit. Unsere Schulen stehen im öffentlichen Eigentum und sollten daher auch öffentlich zugänglich sein. Das bezieht sich sowohl auf die Sportstätten als auch auf den Schulraum. Und ich glaube in der letzten Rede auch eindeutig darauf hingewiesen zu haben, was hier notwendig ist und die ersten entsprechenden Schritte, die das Land Niederösterreich dazu beitragen kann sind auch schon eingeleitet.

Schulveranstaltungen wurden viel besprochen. Im allgemein bildenden Pflichtschulbereich ist das eher kein Problem, aber im AHS-Bereich ist das sehr wohl ein Problem, wobei man nicht unterschätzen darf, daß gerade Schulveranstaltungen auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sind.

Beziehen möchte ich mich auch auf den schulärztlichen Dienst, denn ich glaube, hier wären Verbesserungen nicht nur möglich, sondern auch eindeutig nötig. Im Sinne der Früherkennung und damit auch im Sinne der Volksgesundheit müssen wir uns Gedanken hinsichtlich der Prävention machen. Und ich glaube, jeder kennt die laufenden Schuluntersuchungen aus seiner eigenen Schülerzeit. Es hat sich nicht wesentlich viel geändert. Nachdem ich aus der Praxis komme, kann ich sehr wohl bestätigen, daß wir hier neue Wege beschreiten und auch umdenken müssen. Ich glaube, jeder Schüler sollte im Bereich seiner Pflichtschulzeit einmal die Möglichkeit eines wirklich ordentlichen "Gesundheitschecks" bekommen. Und dazu könnte ich mir vorstellen, die Diagnosezüge, die vorhanden sind, sei es beim Land

oder auch bei anderen Einrichtungen, für diesen Bereich zu verwenden. Man kann auch ohne weiters andere Träger in diesem Bereich einbeziehen, vom Bundesheer angefangen. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt. Ich glaube, es wäre wirklich wichtig, wir würden uns am Ende unterm Strich eine ganze Menge ersparen und auch einzelnen Menschen einigies ersparen.

Wenn ich schon beim schulärztlichen Dienst bin, ist die Überleitung nicht weit zur Integration. Die Integration in der Grundstufe, in der Elementarstufe ist ja an sich heute überhaupt keine Diskussion mehr. Jetzt geht es um die Integration für die Sekundarstufe, für den Bereich der Hauptschule. Und hier stimmt mich etwas bedenklich die Helm-Aussage in der BV, daß wir an den Grenzen der Integration angekommen sind. Ich glaube, daß das nicht in diesem Sinne ist in dem wir weiterdenken sollten. Ich wurde bei vielen Veranstaltungen von besorgten Müttern und Vätern in diese Richtung schon angesprochen. Natürlich ist es eine Gratwanderung im Hinblick auf die Grenzen. Aber ich glaube, der Pflichtschulbereich sollte hier auf jeden Fall außer Diskussion stehen. Es gibt viele Modelle, die überlegenswert sind. Für mich persönlich steht auch das kommunikative Modell sehr im Vordergrund, das ich eigentlich für sinnvoll halte. Allerdings müssen die Grundvoraussetzungen, die räumlichen Voraussetzungen dafür von Haus aus stimmen. Und das kann ich heute nur mehr bei Schulneubauten berücksichtigen. Wenn ich Volksschule, Hauptschule, Sonderschule in einem großen Bereich in einem Rahmen beisammen habe, dann kann ich durch das kommunikative Modell den Transfer in den einzelnen Unterrichtsgegenständen ohne weiteres durchführen und wirklich gelebte Integration in allen Bereichen damit erreichen.

Weiter zu den Lehrplänen: Das wesentlichste für mich - für mich auch als Lehrer, das möchte ich hier betonen - ist es, daß wir über einen Rahmenlehrplan verfügen. In diesem Rahmen erscheint mir wesentlich, daß der Lehrer, der Pädagoge hier seine Gestaltungsmöglichkeiten hat. Wenn jetzt immer wieder die Diskussion auftaucht, Kern- und Erweiterungsstoffe ins Auge zu fassen, dann bin ich überzeugt, daß das kein zielführender Weg ist. Denn es wird in der Praxis immer so herauskommen, daß die Maximalforderungen auch auf Druck der Eltern im Vordergrund stehen werden. Der Druck kommt auch von außen auf die Schule. Wenn ich da in andere Länder schaue, die Erfahrungen in den ehemaligen Ostblockländern etwa zeigen ja schon, daß dort eine Trendumkehr stattfindet, weil

man einfach mit diesem System der Kern- und Erweiterungstoffe schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Auch die Schülerbeurteilung wird häufig angesprochen, immer wieder diskutiert. Ich möchte hier nur einen kleinen Gedankenstoß in diese Richtung geben. Ich glaube, wir sollten uns orientieren, eine Änderung in Richtung direkte Leistungsvorlage zu erreichen. Wobei es ein Modell gibt, das sicherlich überprüfenswert ist und sinnvoll erscheint. Ein Modell von Prof. DDr. Firlinger von der Universität Passau, der vorher aus dem katholischen Bildungsbereich gekommen ist.

Zu den Wochenstunden: Wesentlich bei den Wochenstunden erscheint mir, daß wir vom Bereich der Elementarstufe zur Sekundarstufe einen viel zu abrupten Übergang haben. Vom Bereich der vierten zur fünften Schulstufe haben wir nämlich derzeit einen Wochenstundensprung, einen Mehranfall bis zu einem Drittel. Es sind genau, wenn man sich die Stundenanzahl anschaut, sieben Wochenstunden und das bei einer Altersdifferenz von zwei Monaten. Die Schüler sind um zwei Monate älter geworden und haben sieben Wochenstunden mehr zu bewältigen. Ähnlich verhält es sich im Bereich von der achten zur neunten Schulstufe. Ich glaube, daß hier ein generelles Umdenken einsetzen müßte. Sowohl in diesen Nahtstellen als auch, ob wir nicht unseren Kindern einen Teil ihrer Kindheit und speziell einen Teil ihrer Jugend stehlen. Wenn ich mir etwa heute die Stunden im HTL-Bereich anschau, alleine die Wochenstunden, die ausgewiesen sind, ohne einzuberechnen was heute noch zu Hause erledigt werden muß an Vorbereitungs-, an Hausarbeiten und ähnlichem. Ich glaube, daß wir hier am Ziel der Bildung vielleicht manchmal etwas vorbeigehen. Sinn kann doch heute nicht mehr sein, daß wir unsere Jugend, unsere Kinder mit Wissen vollstopfen. Sondern es ist doch viel wesentlicher, sie anzuleiten zum selbständigen Wissenserwerb, zur Ermittlung von Arbeitstechniken, zur Teamfähigkeit usw. Das erscheint doch wesentlich besser. Wenn ich mir heute anschau die Halbwertszeit des Wissens, dann glaube ich, daß dieser Weg der gangbarere ist.

Wenn ich schon bei Arbeitstechniken bin, dann möchte ich gleich überleiten zum Bereich der Lehrer, aus dem ich selber komme. Ich glaube, es herrscht ziemliche Einigkeit zwischen allen Gruppierungen darüber, daß die Ausbildung der Lehrer auch bei uns dem Hochschulniveau anzupassen ist und auf dieser Ebene in Zukunft durchgeführt werden sollte. Denn es gibt bereits Negativbeispiele. Ich kenne einen Fall, der jetzt

zum Beispiel in Bayern versucht hat, dort im gleichen Bereich eine Stellung zu bekommen. Es war nicht möglich, nachdem trotz EU unsere Qualifikation dort nicht anerkannt wurde. Nicht nur die Ausbildung ist wesentlich im Lehrbereich, sondern für die Lehrer ist auch ein ganz elementarer Teil die Fort- und Weiterbildung. Und diese Fort- und Weiterbildung passiert derzeit zum überwiegenden, ja beinahe ausschließlichen Teil in der unterrichtsfreien Zeit. Und ich glaube, wenn ich mir anschau welche Probleme auch Kollegen und Kolleginnen oft haben, sei es durch psychosomatische Erkrankungen, sei es zum Beispiel durch das viel besprochene "Burn-out-Syndrom" - jeder kennt die Aufgaben, die heute in der Pädagogik für einen Lehrer anfallen - so müßte man hier durch neue Denkmodelle Ansätze finden, es den Kolleginnen und Kollegen zu erleichtern. Vielleicht sollten wir einmal so ein Modell überdenken, daß man zum Beispiel sagt du kannst jetzt fünf Jahre bei 80 Prozent deines Lohnes arbeiten, dafür hast du die Möglichkeit, ein Jahr auszusteigen aus dem Beruf und dieses Jahr wie auch immer, sei es für Weiterbildung, sei es zur Regeneration, wie es beim Burn-out-Syndrom ist, zu verwenden. Damit wäre finanziell dem Staat kein Schaden entstanden und ich glaube, daß viele das gerne annehmen würden.

Jetzt sind wir schon beim Berufsbild der Lehrer. Die vielfältigen Aufgaben der Pädagogen möchte ich hier gar nicht anführen, ich glaube, sie sind in den Kreisen, die sich dafür interessieren, wirklich hinlänglich bekannt. Um hier ein bißchen mehr Ehrlichkeit in die Diskussion zu bringen, wäre es meiner Ansicht nach fair, einmal die Jahresarbeitszeit darzustellen und damit gegen die unwürdige Diskussion aufzutreten, nämlich den Neid vieler Berufsgruppen, weil die zeitliche Einteilbarkeit der Freiräume für die Lehrer natürlich gestaltungsmäßig einfacher ist. Ich habe es selbst immer wieder erlebt, wenn ich einen Nachmittags-termin wahrnehmen wollte war das kein Problem. Dafür bin ich dann in der Nacht gesessen oder wie gesagt am Samstag oder am Sonntag. Die Arbeitszeit muß geleistet werden, nur hat er die Gestaltungsmöglichkeit. Und darum müßte man hier wirklich einmal ein bißchen Ehrlichkeit reinbringen. Der Personenkreis, den es betrifft, ist kein kleiner. In Niederösterreich haben wir derzeit knapp 13.000 Planstellen, davon rund 1.000 in leitender Funktion bei zirka 130.000 Schülern. Vielleicht ein paar interessante Fakten, die ich mir herausgearbeitet habe, nachdem das auch immer wieder ins Gespräch kommt: Im Volksschulbereich kommt ein Leiter auf rund sieben Lehrer. Und in diesem Bereich gibt es einen Anteil von rund 9 Prozent mit Schülern

nicht-deutscher Muttersprache. Im Hauptschulbereich ist es so, daß ein Leiter auf zirka 20 Kollegen und Kolleginnen kommt, und der Anteil der Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache bei 6 Prozent liegt. Im Sonderschulbereich, der insgesamt 3 % bis 5 % des Pflichtschulbereiches ausmacht, kommt ein Leiter auf zirka 13,5 Lehrer. Hier ist der Anteil von Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache höher, nämlich 12 Prozent. Im Polytechnischen Lehrgang ist das Verhältnis 1:13 und zirka 5 % Anteil nicht-deutscher Muttersprache. Ich glaube, hier wäre es auch an der Zeit, einmal von dieser Stelle eine Honorierung der Leistung der Kollegen und Kolleginnen auszusprechen, die draußen in den Schulen jeden Tag mit Ausnahme des Samstages oder des Sonntages mit Sicherheit wirklich an der Front ihren Mann oder ihre Frau stellen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch der prozentuelle Anteil für die Bildung in Niederösterreich, der von 24,53 % auf 24,74 % am Ausgabenvolumen insgesamt gestiegen ist. Eines ist für mich auch noch ein bißchen diskussionswürdig, muß ich sagen: In Niederösterreich reden wir immer wieder von der Objektivierung und wir haben auch ein Objektivierungsmodell, es ist vorhanden. Aber das Ziel jeder Objektivierung kann nur eine umfassende Personalentwicklung als Objektivierungsinstrument sein. Und das würde meiner Ansicht nach folgendes bedingen: Die Zuziehung von externen Beratern, aber in richtiger Funktion, nämlich als Impulsgeber, als Moderator, als Fachleute. Aber nicht als Personengruppe, an die man die Verantwortung für die wichtigen Aufgaben der Personalführung und Entwicklung delegieren kann und darf. Und damit komme ich zum Istzustand, zur gegenwärtigen Situation, die oft bei der Besetzung von Posten relevant ist. Der Stellenwert des Hearings nimmt meiner Meinung nach einen zu großen, zu breiten Raum ein. Es wird ihm zu viel eingeräumt. Es ist zwar jetzt neu, daß der Bezirksschulinspektor als Aufsichtsorgan beim Hearing vertreten sein kann, aber auf der anderen Seite wird die Wertigkeit der pädagogischen Qualifizierung durch ihn im direkten Arbeitsfeld des Lehrers, an der Schule, gemindert. Die Schule selbst, sprich die Kollegenschaft, die Eltern haben einen eher vernachlässigbaren Stellenwert in diesem Zusammenhang. Ich weiß, man kann das diskutieren. De jure ist alles in Ordnung, de facto geht es meiner Meinung nach nicht immer in die richtige Richtung.

Der Trend zur Autonomie wurde heute schon mehrfach von mir angesprochen. Ich stehe dem

sehr positiv gegenüber, denn mehr Eigenverantwortlichkeit zieht auch mehr Eigeninitiative nach sich. Ich glaube, daß das für das Einbringen von Ideen und für das Engagement sehr förderlich ist. Denn wenn ich etwas einbringe, identifiziere ich mich auch damit.

Und jetzt komme ich zu einem Thema, zu dem mir die Kollegin Egerer eigentlich schon den Einstieg vorbereitet hat in Ihrer Rede, indem sie das Problem der Drogen in den Schulen angerissen hat und angeregt hat, Hilfestellungen zu geben. Ich hätte hier auch einige konkrete Ansätze als Lösungshilfe anzubieten. Ich glaube, daß es in Hinkunft notwendig sein wird, Sozialarbeiter im Bereich der Schulen einzusetzen. Und um auch gleich zu sagen, wie das zu bewerkstelligen wäre: Es gäbe Möglichkeiten, hier relativ kostenneutral vorzugehen, indem man sich Überlegungen im Bereich der Bildstellen macht. Ich habe mir das ein bißchen durchgerechnet. Die Erhaltung der Bildstellen liegt bei über fünf Millionen Schilling, wobei hier ein Großteil Gemeindegelder sind, Transfersummen der Gemeinden mit knapp fünf Millionen, Verwaltung/Personal an die drei Millionen, Reisekosten ein paar hunderttausend Schilling, Personal/Sonstiges - damit ist gemeint die Vergütung für die Nebentätigkeit - rund eineinviertel Millionen. Wobei ich die knapp sechs Millionen an regulären Bezügen nicht rechne, da die ohnehin auch weiter bestehen bleiben werden und ohnehin zu 60 % vom Bund und zu 40 % vom Land getragen werden. Aber immerhin ergibt sich hier ein Potential von rund neuneinhalb Millionen Schilling. Wenn ich jetzt eine Abschaffung der Bezirksbildstellen ins Auge fasse, dann muß ich natürlich für den Verbleib der Landesbildstelle plädieren, das ist selbstverständlich, ich werde das auch näher begründen. Damit steht immerhin noch eine Summe von rund sechs Millionen Schilling zur Verfügung, die ich dazu verwenden könnte, um Sozialarbeiter für den Schulbereich einzustellen. Damit komme ich auch schon zur Begründung: Die Medienlandschaft hat sich in den letzten Jahren wesentlich geändert und jeder, der im Schulbereich tätig ist, weiß das auch. Es gibt längst keine Neuproduktionen mehr, sei es am Filmsektor, sei es bei den Diareihen oder ähnlichen Dingen. Und mit dieser Situation muß man auch konform gehen. Wenn ich jetzt allein an das Beispiel denke, daß großartig ein Softwarekopierer angeschafft wurde, dann war das eigentlich, wenn man es genau hinterfragt, ein Flop. Denn man ist draufgekommen, daß der schulpolitische Bereich in Klagenfurt zum Beispiel diese Agenden wesentlich kostengünstiger durchführen kann, genauso wie die Privatwirtschaft kostengünstigere Preise hier

anbietet. Die Daseinsberechtigung für die Bildstellen besteht im wesentlichen in Erhebungen, Statistiken. Und ich mußte selbst jedes Jahr umfangreiche Erhebungs- und Statistikblätter ausfüllen. Ich frage mich, wozu? Im Endeffekt hat man die Ziffern von Jahr zu Jahr übernommen. Und es wird auch sehr viel von Wartung und Ersatzteilen gesprochen. Gerade in der heutigen Zeit, bei dem ständigen Wechsel der Technik und der Geräte ist der Ersatzteilsektor oder der Wartungssektor wirklich kein relevanter Sektor mehr.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Es hätte auch den Vorteil, daß Schulraum dazugewonnen würde. Man muß sich die Sinnhaftigkeit der Erhaltung von Strukturen überlegen, wenn ich eine zentrale Verwaltung in Form der Landesbildstelle besser machen kann. Es ist ja auch derzeit bereits so, daß die SHB sämtliche Filme umkopiert auf Video. Und sowohl die Zukunft als auch natürlich bereits die Gegenwart besteht doch schon aus Video, CD-ROM und anderen technischen Möglichkeiten. Daher wäre es wichtig, anzustreben, die durch den Bund zur Verfügung gestellten Mittel auch weiterhin zu erhalten. Das wäre damit für das Land Niederösterreich relativ kostenneutral und damit für eine andere Verwendung einsetzbar, nämlich für den Bereich der Sozialarbeiter für Erziehungsprobleme und soziale Problematiken.

Es ist auf der anderen Seite ja auch so, daß der Lehrer eine Exekutivgewalt des Staates darstellt und damit auch ein Vornehmen von Selektionen ihn immer wieder aufs neue in Gewissenskonflikte im Hinblick auf die Leistung bringt. Hier könnte Abhilfe geschaffen werden, indem ein Sozialarbeiter als Moderator zwischen Eltern, Lehrern und Schülern eingesetzt wird. Die Ausbildungsschiene für diesen Bereich ist bereits vorhanden. Hier könnte die Sozialakademie in St. Pölten zum Beispiel vorbildliche Dienste leisten. Vorerst würde es ideal erscheinen, pro Bezirk einen Sozialarbeiter einzustellen, der meiner Auffassung nach bei den Bezirkshauptmannschaften im Bereich der Verwaltung anzusiedeln wäre. Es hat ja zu diesem Thema bereits eine Enquete hier in diesem Haus unter Frau Landesrätin Traude Votruba stattgefunden. Viele Probleme sind dabei zutage gekommen und die einhellige Meinung war eigentlich positiv und in die Richtung, daß das wirklich notwendig ist. Ich glaube, man kann diesen Bereich wirklich nicht durch Zusatzqualifikationen und ähnliches wieder den Lehrern übertragen. Sondern es ist

entscheidend, hier wirklich Fachleute mit entsprechender Ausbildung einzusetzen. Es geht doch auch unheimlich viel Unterrichtszeit durch diese ganze Problematik verloren. Und diese fehlt allen.

Der ganze Bereich war eigentlich zu schade, hier von einem Resolutionsantrag zu reden oder sich Gedanken in diese Richtung zu machen. Denn ich glaube, das ist ein Thema, das man nicht in 10 Minuten abhandeln kann oder abhandeln soll. Sondern ich glaube vielmehr, daß es besser ist, hier den Herrn Landeshauptmann aufzufordern, über dieses Thema nachzudenken. Hier ist eindeutig Handlungsbedarf gegeben. Wir müssen einfach auf notwendige strukturelle Änderungen auch in der Zukunft eingehen. Ressourcen sind vorhanden und gehören genützt.

Damit komme ich auch schon vom allgemeinbildenden Pflichtschulbereich in direkter Fortsetzung zum Bereich der Erwachsenenbildung. Bildung, wie wir alle wissen, ist nicht nur für Kinder und Jugend wichtig. Nicht umsonst reden wir immer vom lebenslangen und lebensbegleitenden Lernen. Gerade in der heutigen Zeit, mit der ständigen Vermehrung des Wissens - die Halbwertszeit wird immer weiter heruntersetzt - ist es notwendig, daß die Schule die Erstausbildung bzw. die Grundlage liefert.

Aber der Aufbau muß ständig durch die Anforderung im Berufsleben weiter erfolgen durch ständig veränderte Situationen und Entwicklungen in unserer modernen und hochtechnologisierten Welt. Und Träger dieser permanenten Bildung über den schulischen Bereich hinaus sind nun einmal die Einrichtungen unserer Erwachsenenbildung. Ein wesentliches Element davon, das auch parallel Lebenshilfestellungen in seiner breiten Kurspalette anbietet, ist der NÖ Volkshochschulverband. Als gebürtiger Kremser und Erster Landesvorsitzender des NÖ Volkshochschulverbandes bin ich natürlich stolz, daß die Wurzeln dieser Vereinigungen in meiner Geburtsstadt und meinem langjährigen Wohnort Krems beheimatet sind. 1997 wird diese Bildungseinrichtung ihr 40-jähriges Jubiläum begehen.

Ein weiterer Aspekt in diese Richtung: 1996 wird von der Europäischen Union propagiert als das "Jahr des lebenslangen Lernens". Unter dieser Betrachtungsweise und dem Stellenwert der Erwachsenenbildung gerade in der heutigen Zeit ist es für mich nicht oder kaum verständlich, daß der heurige Budgetansatz um 2,4 Millionen niedriger ausgefallen ist für den gesamten Bereich der

Erwachsenenbildung. Von rund fünfzehneinhalb Millionen im Gesamtbereich wurde reduziert auf dreizehneinviertel Millionen und im Volksbildungsbereich von 12,4 Millionen auf 10 Millionen.

Hier vielleicht ein treffender Vergleich und ein bezeichnendes Beispiel: Bei aller Wertschätzung und ich stehe dem Donaufestival sehr positiv gegenüber, aber für diese zeitlich und räumlich begrenzte Veranstaltung ist der Ansatz um 10 Millionen höher als für die konsequenten und permanenten Bildungseinrichtungen, die landesweit und nahezu flächendeckend agieren. Das spiegelt für mich den bedauerlicherweise zugewiesenen Stellenwert der Erwachsenenbildung in unserem Bundesland wider. Reden und Handeln passen hier einfach nicht zusammen. Und dazu kommt eine Aussage unseres Herrn Landeshauptmannes laut der Landeskorrespondenz vom 6. November 1995 wie gerufen. Ich zitiere wörtlich: "Wer Kunst und Kultur in Frage stellt, stellt sich selber in Frage." Wir können es uns also gar nicht leisten, Kultur nicht zu fördern. Denn die Kultur leistet Schrittmacherdienste, sie gehört ebenso zu einem Land wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der soziale Aufbau. Aus diesem Grund erscheint es mir auch als unzumutbarer und unhaltbarer Zustand, daß die Erwachsenenbildungsverbände wie zum Beispiel der Verband der NÖ Volkshochschulen, das Bildungs- und Heimatwerk und andere, jährlich regelrecht um diese Zuteilungsquoten "raufen" müssen. Das hemmt vor allem langfristige Planungen, die deshalb nicht oder nur äußerst schwierig möglich sind. Unter diesem Aspekt ist es ebenso schwer verständlich, daß ein Veranstalter, ich beziehe mich hier auf den "zeitgeNÖssischen Herbst", an der Verteilung der Subventionen beteiligt ist und sich dadurch logischerweise selbst beteiligt. Ohne etwas unterschieben zu wollen, halten Sie diese Vorgangsweise für glücklich?

Gefragt und gefordert wären daher gesetzliche Rahmenbedingungen im Sinne eines Gesamtbildungskonzeptes, um dieses für Niederösterreich unwürdige Schauspiel zu beenden und den Erfordernissen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Unser schönes Bundesland kann sich in vielen Bereichen rühmen, Vorreiter zu sein. Im Bereich der Erwachsenenbildung trifft das leider eher nicht zu. So vergibt der Bund neben der Subventionszuteilung auch Mittel für Personal. Das Land Niederösterreich hat dagegen alle Ansuchen um Personalförderung bislang abgelehnt. Sparen ist derzeit sicher angesagt und nötig. Aber für den Bildungsbereich muß das entscheidende Augenmaß bewahrt werden.

Lippenbekenntnisse und falsche Einschätzung der Tatsachen sind fehl am Platz. Wenn ich in Diskussionen mit Fachleuten und somit mit der Thematik befaßten und vertrauten Menschen höre, wir müssen die Chancen der Erwachsenenbildung im vereinten Europa wahrnehmen, zum Beispiel im Hinblick auf Entwicklungsprogramme aber auch auf eventuelle Förderungen, kann ich nur zustimmen. Auch dem Verlangen nach Qualitätssicherung stehe ich sehr positiv gegenüber, obwohl ich der Auffassung und Überzeugung bin, daß wir in diesem Sektor, aufbauend auf der Strukturanalyse zum Beispiel des Verbandes der NÖ Volkshochschulen schon sehr weit sind. Aber ohne gewährleistete Basis kann nichts davon entsprechend funktionieren. Um bei dem Vergleich mit dem Wohnbau zu bleiben, wir können vom Dachgeschoßausbau und der Mansarde reden und träumen. Aber ohne festes Fundament gehen wir an der Realität vorbei. Und dieses feste Fundament in Form der gesicherten Basis, speziell im finanziellen Bereich, bilden unsere Erwachsenenbildungseinrichtungen. 67 aktive Volkshochschulen in Niederösterreich mit 4.730 Kursen, an denen 63.314 Menschen teilgenommen haben und 1.862 Veranstaltungen mit über einer Viertelmillion Besuchern sprechen eine deutliche Sprache und verlangen von dieser Stelle ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön an alle ehrenamtlichen, nebenberuflichen und hauptamtlichen Mitarbeiter im Sinne deren Einsatzes für ihre Mitmenschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren der Regierung! Hohes Haus!

Das Bildungswesen, wie mein Vorredner bereits betont hat, ist eines der wesentlichsten Fundamente für den Aufbau eines Landes. Hier sind die Grundsätze, die festgeschrieben werden, um im Leben bestehen zu können. Und ich glaube deshalb, daß es nicht nur die Frage ist, welche Ausbildungselemente sehr wohl vorhanden und wichtig im Schulwesen und darüber hinaus in der Erwachsenenbildung sind, sondern wichtig ist für mich zu wissen, daß das Leben jede Minute, die ich hier verbringe, eigentlich Bildung ist bzw. Bildung sein soll. Daß wir begreifen müssen, daß wir als Menschen tagtäglich bewußt lernen sollen, um alles aufzunehmen und danach vielleicht in Zukunft manches besser zu transportieren und manches besser zu übersetzen.

Wenn Schulen immer wieder in der Thematik, aber auch der Finanzierung, gerade im landwirtschaftlichen Bereich, in Diskussion gestellt werden, dann müssen wir auch das offene Bekenntnis dazu abgeben, daß hier Probleme auf uns zukommen, daß hier Probleme vorhanden sind und daß wir sie auch lösen müssen. Lösen heißt nicht schieben für mich, sondern lösen heißt konsequent auch Schnitte zu setzen. Konsequent auch in der Frage der Entscheidung einmal aufzutreten.

Und wir sollten wirklich vermeiden, wie in den letzten Jahren des öfteren hier bei der Budgetdebatte diskutiert worden ist, ist nun eine landwirtschaftliche Schule XY noch zu führen, brauchen wir dort einen anderen Schlüssel, damit wir überhaupt diese Schülerzahlen haben, um die Schule weiter aufrecht zu erhalten? Oder wie es das letzte Mal hier in diesem Saal diskutiert wurde, vielleicht sperren wir in jeder zweiten Schule noch ein Pferd dazu, daß dann ein paar mehr hinkommen, die sich fürs "Pferdstreicheln" interessieren. Die aber auf der anderen Seite, wie es in Gumpoldskirchen ist, nichts vom Weinbauunterricht halten, weil sie nicht einmal nach den Rebstöcken die Sorten unterscheiden können, weil sie das nicht interessiert. Sondern weil sie nur das "Hobby Pferd" legitim in einer Schule vermittelt erhalten wollen. Das kann nicht Aufgabe der Bildungspolitik und schon gar nicht Aufgabe der Bildungspolitik im landwirtschaftlichen Schulwesen sein. Wir haben hier Rahmen zu schaffen, wir haben hier Rahmen vorzugeben, um ein Denken im landwirtschaftlichen Bereich auch in seiner Veränderung zu transportieren. Wenn mir dann hier von dem Rednerpult letztes Mal jemand erklärt hat, der Pferdepfleger ist so ein wichtiger Beruf, dann frage ich: Zeigen Sie mir und erzählen Sie mir, in welchem Bereich - ich sage das sehr trocken - einer zum Ausmisten einen Pferdepfleger mit Ausbildung anstellt, und ihn auch noch zahlt vielleicht dafür.

Denken wir einmal realistisch darüber nach, welche Ausbildungsschienen hier gelegt werden müssen. Ich habe heute die Möglichkeit, daß ich Reitlehrer, Bereiter in Seminar- und Colleaguebildungen im Bereich von Sechswochenkursen werden kann. Dann können Sie mir nicht erzählen, daß zwei Jahre Schulbildung für irgendjemand interessant ist. Ich glaube, hier muß man realistisch sein, hier muß man einfach die Realitäten erkennen. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Das ist nicht Demagogie, sondern das ist eine wichtige Frage. Daß ich sage, was ist Ausbildung, was ist Ausbildungsziel und wie und

wo ist es gegeben? Und das heißt für mich sehr wohl, daß man darüber nachdenken muß, in neue Sparten zu gehen. Diese Ausbildungen sehr wohl anzubieten im Bereich des Kurswesens, im Bereich des Collegewesens, ohne Probleme. Nur kann ich

nicht künstlich etwas aufbauen wollen, um gewisse Elemente zu erhalten. Ich glaube, daß man die Ehrlichkeit auch in Ausbildungsfragen haben sollte. Und daß wir uns klar vor Augen führen sollten, wir haben Strukturbereinigungen, die auf uns zukommen. Diese Strukturbereinigungen sind wichtig. Für mich gibt es wesentliche Aufgaben im Bereich der landwirtschaftlichen Schulen, das ist, sage ich einmal, die Aus- und Weiterbildung im Erwachsenenbereich. Das ist sehr wohl auch die Beratung im Bereich der Vermarktung. Das ist Beratung im Bereich der Förderungsstrukturen, etwa bezüglich der Ziel 5b-Gebiete. *(Abg. Kautz: Genau das wollen wir; Ausbildung in der Buschenschank-Führung!)*

Das ist praxisorientierte Ausbildung, mit der ich den Rahmen vorgeben kann, um darüber hinaus danach die Beratung anzusetzen. Ich halte das für sehr wichtig. Ich glaube aber, daß die Lösung all dieser Fragen nicht von der Anzahl der Schulen abhängt und nicht an der Anzahl verschiedener Strukturen gemessen werden kann. Sondern hier ist für mich ein schlanker, effektiver, konsequenter Apparat gefordert, der das Wissen vermittelt, sozusagen den Grundstock. Und der darüber hinaus einen Rahmen anbietet von speziellen Seminaren, welche dann eben strukturbewußt und auch betriebsspezifisch gesetzt werden sollten. Ich glaube, daß das eine effiziente Gestaltung dieses Bildungsbereiches wäre. *(Abg. Gruber: Das ist eine Frage der Allgemeinbildung!)*

Das ist ein Bereich der Bildung, ich weiß nicht, inwieweit Allgemeinbildung - für mich gehört es zur Allgemeinbildung aus meinem bäuerlichen Verständnis heraus. Ich weiß nicht, ob in St. Pölten einer sehr glücklich wäre darüber, wenn in dieser Stadt, sagen wir, eine Fachrichtung Weinbau angeboten würde. Das wäre mit Allgemeinbildung nicht unbedingt zu begründen. Aber eines muß ich sagen: Ich habe in St. Pölten schon gute Weine getrunken. Fundament dafür ist die Weinbauschule zum Beispiel in Tulln oder in Hollabrunn oder in Retz. Und das ist wichtig! Das heißt, wir brauchen diese Ausbildungselemente, ob sie dann in Krems gesetzt sind oder wo anders, das ist ziemlich egal. Wichtig ist für mich eines: Das Bekenntnis, das Sie damit abgegeben haben. Das ist für mich Begeisterung. Sie zeigen mir nämlich, daß Sie genau das, was der Bauer an sich für die Gesellschaft erbringt, auch aufnehmen. Er ist es, der den Buschenschank für den Konsumenten bietet! Er ist es, der die Produkte in seinem Betrieb produziert, sie auf Bauernmärkten dem Konsumenten nahebringt. Das ist die Schiene, auf der wir uns verstärkt bewegen müssen, damit das Naturprodukt der Bauern die Konsumenten entsprechend erreicht. Und dann ist

nämlich der Rahmen rundherum, unsere Landschaft und unser Kulturgut, das wir so oft und so gern verkaufen, auch mitgepflegt, mitgehegt. In diesem Sinne werden wir in Zukunft eine starke, schlanke Struktur im landwirtschaftlichen Schulwesen brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX *(LIF)*: Wie Sie wissen, sind meine Reden immer sehr angenehm kurz. Ich werde diese Tradition auch heute nicht brechen. Ich möchte nur auf die wichtigsten Punkte zum Thema Schule eingehen.

Punkt Eins ist für mich die schon lange überfällige Reform der Lehrpläne. Meiner Meinung nach lernen unsere Kinder zu viel und doch zu wenig. Ich möchte das in der Folge etwas genauer ausführen. In den Lehrplänen von heute steht in nahezu jedem einzelnen Fach ein Zuviel an Details, ein Zuviel an lebensfremdem Wissen. Es ist meiner Meinung nach nicht lebenswichtig, über die Getreidetonnagen Herodes' Bescheid zu wissen oder jedes einzelne Farn beim Namen nennen zu können. Wesentlich wichtiger wäre es, zu wissen, welche Rechte und Pflichten man zum Beispiel als Staatsbürger hat, wie man sich gegen die Bürokratie wehren kann, wie man mit einer Bank redet, in welchem Wirtschaftsraum wir leben, wie ich eine Lampe reparieren kann. So ganz simple Dinge. Mit einem Wort, die Schule hat neben der Allgemeinbildung auch die Aufgabe, die Kinder fürs Leben vorzubereiten. Denn woher käme denn sonst das Wort Reifeprüfung oder Matura?

Damit aber die Kinder nicht zu lange in der Schule sitzen, gehören endlich die Lehrpläne entrümpelt. Und darüber gehört nicht nur geredet, sondern es gehört endlich etwas getan. Denn geredet wurde schon, als ich noch die Schulbank drückte. In der Geschichte zum Beispiel könnte man meiner Meinung nach die gesamte Steinzeit in nur ein oder zwei Stunden abhandeln und sie außerdem mit Geographie verbinden. Denn es ist wichtig, zu wissen, daß es überall einen Zusammenhang gibt. Und damit würde außerdem dieses Schachteldenken von Fach zu Fach ein Ende haben.

Und so gibt es meiner Meinung nach sehr, sehr viele Möglichkeiten, den verstaubten Lehrplan zu entrümpeln. Wenn wir nicht bald etwas tun, dann wird es uns so wie den Engländern gehen. So schrieb nämlich Caroline Cox, sie ist die Sprecherin des House of Lords, in der Zeitung "Zeitfragen", ich will zitieren: "Die Entwicklung im

Schulsystem spiegelt unsere politische Situation wider. Wir sind in Großbritannien über eine ganze Reihe von miteinander verflochtenen Veränderungen in unserem Bildungssystem besorgt. Es gab und es gibt eine sehr ernstzunehmende Abnahme des Bildungsstandards in Schlüsselbereichen, vor allem in den Grundschulen. Dort gibt es Kinder mit immer geringeren Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen." Sie schreibt weiter in diesem Artikel, daß sie sehr besorgt sei über den Mangel an Basiswissen. Und damit verbunden sei die Sorge um das Wertebewußtsein, die Vermittlung von Werten und die Vermittlung über das Grundwissen unseres geistigen und kulturellen Erbes.

Ich möchte in dem Bereich noch ganz kurz auf den Kollegen Cerwenka eingehen, der gesagt hat, wir sind als Österreicher nicht so bereit, fremde Sprachen zu lernen, wir glauben immer, es müßten alle anderen deutsch können. Ich muß Ihnen da widersprechen. Wenn Sie die Franzosen und die Italiener anschauen, die sind sogenannte "one-languager". Die können überhaupt keine Fremdsprachen. Wir Österreicher sind schon eher bereit als viele andere, eine Fremdsprache zu lernen. Und gerade Englisch ist heute überhaupt nichts mehr Außergewöhnliches. Ich kenne fast niemanden, der nicht Englisch kann, zumindest beherrscht man das Basiswissen.

Der zweite Punkt ist für mich, daß die Schule nicht nur eine reine Wissensanstalt sein soll, auch das haben Sie schon angesprochen, sondern ein Forum, wo Kindern in Lebenskrisen, sei das nun ein Mißbrauch in seelischer oder körperlicher Hinsicht oder auch bei kleinen Problemen, die die Schule selbst oder auch Privates betreffen, eine Anlaufstelle geboten wird. Denn die Schule hat neben ihrer Lehrverpflichtung auch eine Erziehungsaufgabe. Und die wird in den meisten Schulen, weil es eben nicht geht, nicht gewährleistet. Es muß endlich in die Köpfe, daß primär auf das Wohl des Kindes und erst hernach auf das Wohl der Beamtenschaft Rücksicht genommen werden muß.

Der dritte Punkt ist die Verpolitisierung der Schule. Wir haben im Schul-Ausschuß beschlossen vor mehr als einem Jahr, daß sich die Politik so sukzessive aus den Schulen zurückziehen muß. In der Praxis hat sich nicht sehr viel geändert. Noch immer ist es so, daß diejenigen Lehrer, die ein Parteibuch besitzen, schnell pragmatisiert werden. Daß die Direktoren an Schulen noch immer aus einem Politikum besetzt werden. Hier funktioniert die leistungsorientierte Gesellschaft noch immer nicht. Und ich will noch etwas weiter

gehen. Ich weiß, daß ich jetzt eine heilige Kuh schlachte. Ich sehe nicht ein, daß Lehrer pragmatisiert werden. Ich sehe es wirklich nicht ein. Weil ich finde, es nicht einzusehen, daß ein schlechter Lehrer, aber vielleicht ein guter Wissenschaftler immer wieder auf die Schüler losgelassen wird. Ich habe ein Beispiel aus meiner eigenen Schulkarriere. Wir haben einen miserablen Mathematiklehrer gehabt, der aber sicher ein exzellenter Wissenschaftler gewesen wäre. Nur der hat auf einer allgemeinbildenden Schule nichts zu suchen gehabt. Er war aber pragmatisiert, deswegen ist er halt geblieben und unterrichtet nach wie vor Kinder. Und Kinder können bei ihm nach wie vor nicht Mathematik. Unsere Kinder sind unsere Zukunft und sie haben daher auch ein Recht auf eine gute Qualität ihrer Bildung und deren Wissensvermittlern.

Der vierte und an dieser Stelle letzte Punkt sind die Einsparungen am Schulsystem. Eines ist klar, wir müssen sparen, auch im Schulbereich, aber vernünftig. Da wäre zum einen diese viel umstrittene Schulbuchaktion, wo ja vor einiger Zeit die halbherzige Lösung des zehnpromzentigen Selbstbehaltes gesetzt wurde. Es ist nicht notwendig, daß ein Kind jedes Jahr funkelneue Bücher bekommt, wenn zum Beispiel ein Geschwister bereits die gleichen Bücher zu Hause hat. Es ist auch nicht notwendig, jedes Buch anzumalen und dann wegzuschmeißen. Es muß - und ich finde man kann es nur dadurch tun, indem man eben diese Schulbuchaktion etwas eindämmt - es muß auch den Kindern bewußt werden, daß Bücher etwas Wertvolles sind. Unseren Müttern und Vätern war das bewußt. Bücher muß man nicht bemalen und wegschmeißen.

Weiters finde ich es zweckmäßig, Schulen in ihrem Haushalt zu autonomisieren. Das heißt, ihnen ein gewisses Budget zu geben, mit dem sie haushalten müssen und dessen Einsparungen sie für Investitionen wie zum Beispiel die Erweiterung einer Schulbibliothek oder sonstige Lernbehelfe autonom bestimmen und verwenden können.

Damit will ich zu einem Ende kommen: Zusammenfassend sei gesagt, der Lehrplan muß endlich entrümpelt werden und modernisiert und die Schule muß wieder an Bedeutung als Ort der Wertevermittlung und Hilfestellung gewinnen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei LIF.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte

Regierungsmitglieder! Sehr geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Ich glaube auf Grund der Ausführungen meiner Vorredner ist es ganz einfach unbestritten, daß das größte Kapital unseres Landes, auch wenn es um Wettbewerbsvorteile geht, die gute Qualifikation unserer Bevölkerung ist. Qualifikation ist ganz einfach gleichzusetzen mit Bildung. Ich meine, daß zukünftig in noch stärkerem Ausmaß als in der Vergangenheit die Qualifikation der Arbeitnehmer, die wirtschaftliche Flexibilität und die Innovationsfähigkeit der Bevölkerung über die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes entscheiden wird. Das heißt aber, daß Kenntnisse und Fähigkeiten der Jugend damit auf längere Sicht zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor werden. Das heißt, daß die Zukunft der Kinder uns ein besonderes Anliegen sein muß, welche Zukunft wir durch eine Qualitätssicherung im Bildungswesen daher auch entsprechend mitzugestalten haben. Ich bringe es auf den Punkt: Der Schlüssel zum Erfolg liegt im Humankapital unseres Landes und dieses zu maximieren muß Aufgabe unserer Bildungspolitik werden. Denn in Wirklichkeit sieht es im österreichischen Schulwesen derzeit bedauerlicherweise etwas anders aus. Die Wirklichkeit des Bildungssektors geht derzeit leider heute in eine andere Richtung.

Die Abbrecherquoten an den allgemeinen und an den berufsbildenden Schulen steigen in einem fast nicht mehr vertretbaren Ausmaß. Die Lehrer klagen über außerordentlich hohen psychischen Streß, die Kosten für die Nachhilfe explodieren, die Hauptschule droht zu einer Restschule zu verkommen, die Volksschule kann oft ihren Auftrag, Kulturtechniken zu vermitteln, nicht nachkommen. Maßnahmen zur Förderung von Begabung und Neigung fehlen und die Bausubstanz einer gar nicht geringen Anzahl von Schulen ist erschreckend desolat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß wir uns mit unserer freiheitlichen Forderung nach Qualitätssicherung im Bildungswesen nicht allein auf weiter Flur befinden, haben mir die Worte von Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop anlässlich der Volksschüleröffnung in Katzelsdorf bewiesen, als sie wörtlich meinte: Bildungsarbeit ist der entscheidende Faktor, wie man die Zukunft gestaltet, denn unsere Kinder sind unsere Sicherheit. Nur, wenn ich heute die Worte der Frau Abgeordneten Egerer bei ihren Ausführungen zur Drogenproblematik gehört habe und sie mit ihren Ausführungen eine gewisse

Lehrerautorität in Frage gestellt hat, dann erhält diese von mir geortete Übereinstimmung leider wieder verschwommene Konturen. Auch beim Herrn Abgeordneten Cerwenka, als er über die Drogenproblematik in der Schule gesprochen hat, habe ich ein bißchen den Eindruck gewonnen, daß er fast einer Liberalisierung der Drogen in den Schulen das Wort geredet hat und dann Handlungen setzen möchte. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, weil die Eltern ganz einfach gegenüber der Schule eine Erwartungshaltung haben, daß es hier keine Drogenproblematik zu geben hat.

Zurück aber zum Budget: Es bereitet uns keine wirkliche Freude, wenn die Ausgaben der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft nominell gegenüber 1995 zwar um 303 Millionen oder 2,71 % auf rund 11,5 Milliarden ansteigen, an den Gesamtausgaben gemessen aber der Anteil der Ausgaben für Bildung und Sport seit 1993 ständig rückläufig ist und im Vorschlag 1996 nur mehr 24,75 % beträgt. Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer an der Bildung spart, spart an unserer Jugend, spart an der wohl wichtigsten Zukunftsinvestition für unser Land.

Kalt über den Rücken gelaufen ist es mir jedoch, als ich kürzlich "Das andere Schulwörterbuch", herausgegeben von der PULL-UG, "Parteiunabhängige Lehrer/Lehrerinnenliste, Unabhängige Gewerkschafter/Gewerkschafterinnen", offensichtlich als Werbemittel für die Personalvertretungswahlen gedacht, in die Hände bekam. In diesem Büchlein kann man lesen, daß diese Gruppierung der Tendenz zu Stagnation und Rückschritt in der Schule entgegenwirken und eine lebendige Diskussion in Gang bringen möchte. Mit dem Inhalt dieser Broschüre wird ganz einfach eine Negativdiskussion über das Schulwesen und über all jene, die es tragen, die Lehrer, die Lehrerinnen, die Pädagogen eingeleitet, die der Bildung im Gesamten schadet.

Und so kann man zum Beispiel in diesem Schulwörterbuch unter A lesen: "Auslese: Die stark ausgeprägte Auslese und die vertikale Gliederung unseres Schulsystems ab der fünften Schulstufe verringern schon früh Bildungschancen für viele Kinder." Man kann weiter hier unter "interkulturelle Erziehung" lesen: "Wir wollen die Chancen des Aufeinandertreffens verschiedener Kulturen durch interkulturelle Erziehung nützen und das Recht auf Muttersprache in das Unterrichtsangebot aufnehmen." Das ist alles schön und richtig, nur wer das bezahlt, kann man in die-

ser Broschüre nicht finden. Man kann dann weiter zum Beispiel unter Auslese lesen, daß die Lehrer, die Lehrerinnen Chancenverteiler sind. Es wird aber noch weiter in dieser Broschüre dann über die darin sogenannten Chancenverteiler polemisiert. Unter "Bildungsziele" kann man lesen: "Die bisherigen Bildungsziele haben die Zerstörung der Lebens- und Überlebensressourcen Luft, Wasser, Boden, das Wiederaufflackern von Rechtsextremismus und Rassismus, atomare Bedrohung, Menschenrechtsverletzung, Verarmung eines Großteils der Bevölkerung, Sexismus usw. nicht verhindern können." Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, derart polemische Aussendungen haben im Bildungssektor absolut nichts verloren und sollten der Vergangenheit angehören! Unter "Koedukation" kann man zum Beispiel lesen: "Mädchen werden in gemischten Klassen öfter übersehen, Lehrerinnen nehmen sie geringer wahr als Buben, Rollenklischees werden verstärkt und Mädchen sind oft Ziele sexueller Gewalt." Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Sexbilder in diesem sogenannten anderen Schulwörterbuch sieht, dann qualifizieren sich die Herausgeber dieses Buches wohl selbst. (*Abg. Gruber: Wer hat das geschrieben?*)

Kollege Gruber, Du hast gefragt nach dem Herausgeber. Ich verlese es: PULL-UG, "Parteiunabhängige Lehrer/Lehrerinnenliste, Unabhängige Gewerkschafter/Gewerkschafterinnen." Hohes Haus! Wen wundert es aber, wenn derartige Tendenzen, die man hier schließlich wahrnehmen konnte in dieser Broschüre, von folgenden Organisationen finanziell unterstützt wurden: Durch die Grüne Bildungswerkstatt - die Paradeinken -, durch das Liberale Bildungsforum - Kollege Ing. Dautzenberg ist leider nicht da, was mich auch schon nicht mehr wundert - und durch den Gewerkschaftlichen Linksblock im ÖGB. Hohes Haus! Diesbezüglich gilt es wirklich zu verhindern, daß sich derartige Tendenzen im österreichischen Bildungswesen einnisten. Diesbezüglich gilt es, die notwendige hohe Bildung in unserem Land sicherzustellen und zu verhindern, daß diese durch eine negative Diskussion gefährdet wird.

Daß es einigen in unserem Land leider nach wie vor nicht um eine bedarfsgerechtere, um eine nachfragegerechte und wettbewerbsorientierte Bildung unserer Jugend geht, sondern vielmehr um tendenziell politische Einflußnahme über den Bildungssektor wird einem aber auch bewußt, wenn man verschiedene andere Aktivitäten im Zuge der Personalvertretungswahl wahrgenommen hat. Und hier gibt es zum Beispiel die KPÖ-

Bezirksleitung Villach, die in einer Aussendung über die Lehrerautorität polemisiert hat. Das ist mir bei der KPÖ wirklich nicht verwunderlich. Bedauerlich ist es aber, wenn diese KPÖ-Aussendung bitte wortgleich von der österreichischen Bildungsallianz, wortgleich von einer Frau Dr. Petra Reiner-Geistler, pädagogisch-psychologischer Dienst, und wortgleich bitte vom Institut für Weiterbildung an der Universität Klagenfurt übernommen wird. Und daß diese Aussendungen sogar in unser Bildungswesen hereingetragen wurden gibt Anlaß, hier Handlungsbedarf zu sehen, wie ich schon erwähnt habe, daß man diese Tendenzen verhindern muß. (*Zwischenruf bei Abg. Kautz.*) Richtig! Dann stimmen wir ja überein und ich nehme an, daß Du uns in diesen Bestrebungen auch entsprechend unterstützen wirst.

Um aber die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Schulwesens auch sicherzustellen, wird man auch darüber nachdenken müssen, durch welche Maßnahmen es zu einer Kostenstabilisierung kommen kann. Diesbezüglich meine ich, daß durch Selbstverantwortung der Schulen, durch eigene Schulbudgets das Kostenbewußtsein sicherlich verstärkt werden kann. Das Kostenbewußtsein wird im gesamten Bildungssektor Platz greifen müssen, also auch bei den Landesberufsschulen, den landwirtschaftlichen Berufsschulen, den gewerblichen und den landwirtschaftlichen Fachschulen. Es kann also durch verschiedene Maßnahmen, man könnte über dieses Kostenbewußtsein noch sehr lange diskutieren, eine Kostenstabilisierung in verschiedenen Bereichen des Schulwesens erreicht werden. Dann wird auch ganz einfach nicht mehr die Notwendigkeit bestehen, die Budgetmittel für den so wichtigen Schul- und Kindergartenfonds um rund 33,3 Millionen Schilling oder 15 Prozent zu kürzen. Dann wird auch nicht mehr die Notwendigkeit bestehen, die Budgetmittel für Kindergartenversuche um 11,7 Millionen Schilling oder fast 59 % zu kürzen,

was letztendlich zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung unserer ohnehin finanzmaroden niederösterreichischen Gemeinden führen wird. Dann wird auch nicht die Notwendigkeit bestehen, die Budgetmittel für die Erwachsenenbildung, die Volksbildung um 2,4 Millionen oder fast 16 % zu kürzen. Dann wird es auch möglich sein, dem Berufsschulbaufonds jene Mittel zuzuführen, die dieser benötigt, um sich seiner Aufgabe in den letzten Jahren, nämlich der Schuldenverwaltung, zu entledigen.

Zum Schluß kommend bringe ich noch einen Resolutionsantrag zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996 ein. Er betrifft die Thematik "mehr Sport an Pflichtschulen". Denn Statistiken beweisen, daß 40 % der Volksschüler zu Haltungsschwächen neigen und 6 % bereits irreparable Schäden haben. Die offiziellen Stundentafeln der NÖ Pflichtschulen zeigen auch, warum. Das höchste der Gefühle sind vier Turnstunden in der Woche, doch das ist auch nur eine Ausnahme (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996 (Ltg. 399/V-3) betreffend Erhöhung der Stundenanzahl für Leibesübungen an den NÖ Schulen.

In Berichten und Stellungnahmen zur Gesundheit der Jugend wird immer wieder aufmerksam gemacht, daß sich der allgemeine Gesundheitszustand dieser Altersgruppe laufend verschlechtert, die körperliche und damit auch die geistige Belastbarkeit sinkt und häufige spätere daraus resultierende gesundheitliche Schädigungen nachweisbar sind. Dies findet u.a. seinen Niederschlag in den höheren Kosten für die Herstellung der Gesundheit, welche immer schwerer zu finanzieren sind. Eine wirksame Maßnahme dagegen wäre neben einer Stärkung des Gesundheitsbewußtseins die vermehrte sportliche Betätigung in allen Bereichen, vor allem aber in der Schule. Gerade der Schulsport trägt wesentlich zur körperlichen Ertüchtigung des Heranwachsenden bei. Leider ist in letzter Zeit - nicht zuletzt auch durch das Sparpaket - die Anzahl der Stunden für Leibesübungen an fast allen Schulen zurückgegangen. So sind an:

VS: 1. - 2. Schulstufe 2 Wochenstunden
3. - 4. Schulstufe 3 Wochenstunden

HS: 1. - 2. Schulstufe 4 Wochenstunden
3. - 4. Schulstufe 3 Wochenstunden

AHS: 1. - 3. Schulstufe 4 Wochenstunden
4. - 6. Schulstufe 3 Wochenstunden
7. - 8. Schulstufe 2 Wochenstunden

HTL: 1. - 4. Schulstufe 2 Wochenstunden
5. Schulstufe 1 Wochenstunde

für Leibesübungen vorgesehen.

Es wäre daher im Interesse der Volksgesundheit unbedingt erforderlich, die Anzahl der Turnstunden vor allem für die Schüler in den höheren Klassen wesentlich zu erhöhen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Bereich und beim Bund alle Maßnahmen zu setzen, daß im Sinne einer Hebung des Gesundheitszustandes unserer Schüler die Anzahl der Turnstunden erhöht wird."

Wir Freiheitlichen meinen dazu, daß es ganz einfach durch eine Entrümpelung der Lehrfächer zugunsten einer Erhöhung der Unterrichtsstunden für Leibesübungen möglich sein muß, dieses Anliegen zu verwirklichen. Wir setzen dabei selbstverständlich eine gleichbleibende Gesamtwochenstundenanzahl voraus. Und ich darf Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren bitten, dem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

(*Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.*)

Ich möchte abweichend von meinem Konzept eingangs auf die vom Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek so dargestellten Tendenzen im Bildungswesen, die er so bedauert hat und die er mit irgendwelchen Broschüren untermauert hat, die mir persönlich nicht bekannt sind, noch sagen, mir sind natürlich auch jene Tendenzen sehr unsympathisch, die ich in den letzten Tagen aus Mel

dungen erfahren mußte: Daß zum Beispiel Ihr Bundesparteiobermann Haider Schüler vor Gericht zitieren läßt, um gegen eine kritische Lehrerin auszusagen. Also vor diesen Tendenzen fürchte ich mich vielmehr. (*Zwischenruf bei der FPÖ: Wo? Erklären Sie uns das. Das wissen wir nicht! - Unruhe im Hohen Hause.*) Lesen Sie Zeitung! Im Gymnasium Leoben, meines Wissens nach.

Und nun darf ich, nachdem ein wenig Aufregung nicht schadet und Aufmerksamkeit bringt, zum eigentlichen Thema, zu Wissenschaft, Unterricht und Erziehung sprechen. Ich möchte heute so beginnen: Vor wenigen Wochen hatte ich Gelegenheit, mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen des Klubs der SPÖ das Forschungszentrum Seibersdorf zu besuchen. Und von dieser eindrucksvollen Besichtigung einer wissenschaftlichen Stätte unseres Landes sind mir viele Eindrücke in guter Erinnerung geblieben, die so zusammengefaßt werden können: Daß das Forschungszentrum für die österreichische Wirtschaft Hervorragendes leistet und auch für staatliche Einrichtungen und vor allem für die Länder und Gemeinden praktische Serviceleistungen anbietet.

Was mir in unangenehmer Erinnerung geblieben ist, ist folgendes Faktum. Bei der Darstellung der Inanspruchnahme der Serviceleistungen der wissenschaftlichen Angebote des Forschungszentrums und so weiter durch die österreichischen Bundesländer fällt der Umstand auf, daß das Bundesland Niederösterreich im Reigen der neun Bundesländer zu jenen gehört, die sich am wenigsten der wissenschaftlichen Leistungsangebote dieses Forschungszentrums bedienen. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel die Steiermark, die an der Spitze steht, scheinen mit einem wesentlich höheren Anteil im Hinblick auf Wissenschafts- und Forschungsvorhaben auf. Das mag möglicherweise an der NÖ Wirtschaft liegen, vielleicht sind ihr die Angebote des Forschungszentrums zu wenig bekannt. Sicherlich aber hat das auch mit der allgemeinen Unlust an Forschung und Innovation zu tun. Es wurde heute schon einmal von Klubobmann Dr. Bauer erwähnt, daß Niederösterreich nur 7 Prozent der Forschungsmittel in Anspruch nimmt, andere Bundesländer bedienen sich hier in weit höherem Ausmaß.

Ich habe bereits wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig es wäre, daß unsere Wissenschafts- und Forschungsbemühungen ganz allgemein und unsere finanziellen Vorgaben im besonderen deutlich zu forcieren sind. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft im Rahmen der EU. Hier wäre eine zusätzliche Aufgabe auch für die neue LAK zum

Beispiel gegeben, im Forschungsbereich Kooperationen in verstärktem Ausmaß einzugehen.

Das vorliegende Budget, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein Beispiel, daß zu wenig diesem notwendigen Ziel zugestrebt wird. Es ist für mich kein erfreulicher Umstand, daß im Jahr 1996 alles in allem die Ausgaben für den Sektor Forschung und Wissenschaft dramatisch gekürzt werden. 1994 umfaßte dieser Budgetbereich noch 153,8 Millionen, im heurigen Jahr wurden 163 Millionen budgetiert, aber 1996 kommt ein totaler Rückschritt auf knapp 126,5 Millionen. Ich weiß schon, daß das ein Sparbudget ist und ich weiß auch, daß das nächste Jahr vor allem der um 20 Millionen Schilling geringere Ansatz für die neu organisierte LAK enthalten ist. Aber auf die übrigen Bereiche entfallen immerhin noch Kürzungen von fast 17 Millionen Schilling. Das ist sicherlich kein gutes Signal an unsere Wirtschaft und leider kein gutes Zeichen für eine zukunftsorientierte Forschungspolitik in diesem Land. Noch einmal: Ich weiß schon, daß wir heuer ein hartes Sparbudget beschließen müssen. Dennoch sei mir gestattet, diesen Umstand so drastischer Kürzungen im ungemein wichtigen Bereich der Forschungs- und Wissenschaftsausgaben zu kritisieren.

Wo liegen nun die besonderen Einschnitte, die Sorgen machen müssen? Zum ersten springt zum Beispiel ins Auge, daß die vorgesehenen Ausgaben für fachwissenschaftliche Institute in Niederösterreich von sechs auf vier Millionen, also um ein Drittel gekürzt werden. Der Ansatz für die Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten, Dissertationen von Studenten usw. geht, sieht man es relativ, noch deutlicher zurück: Von 2,55 Millionen Schilling auf eine einzige Million. So, glaube ich, können nicht die ausreichenden Impulse gesetzt werden und die ausreichenden Anreize für junge Forscher und Wissenschaftler in diesem Land. Ich glaube auch, daß wir hier in Zukunft grundsätzlich umdenken müssen. Wenn man nämlich in den Erläuterungen nachsieht, so gelangen hier vorwiegend nicht technische Arbeiten zur Unterstützung, sondern eher lokale und regionale, historische, landesbezogene Arbeiten. Also alles eher im historisch-musealen Bereich, aber nicht im innovativ-technischen Bereich.

Nehmen wir als anderes Beispiel die Fachhochschulen. Drei Millionen Schilling weniger werden 1996 vom Land Niederösterreich für diesen wichtigen neuen Hochschulbereich ausgegeben. Dabei wäre es doch sehr wichtig, die gut angelauten Fachhochschulstudiengänge im Lande verstärkt zu fördern, um unseren jungen Menschen

die Chancen auf diese kürzere, aber in vielerlei Hinsicht praxisnähere Hochschulausbildung zu bieten. Ich trete daher für ein verstärktes Engagement des Landes vor allem im Hinblick auf die Bemühungen in den Standorten Wr. Neustadt, Krems und St. Pölten ein, die bereits bestens funktionieren in Wr. Neustadt und Krems und ich erachte die Errichtung der Fachhochschule, die kommen soll in St. Pölten für unbedingt notwendig. Eine kurze Anmerkung zu dieser Fachhochschule in St. Pölten. Das Zögern der Stadt bzw. der bisher noch nicht erfolgte Start der geplanten Studiengänge für wahrscheinlich Telekommunikation, Produkttechnik, Qualitätsmanagement sowie Anlagenbau ist ja ein Ausdruck der materiellen Unsicherheit und der Sorge der Träger, wie es in Zukunft weitergehen soll und welche Belastungen auf sie zukommen werden.

Mir erscheint es in unserem großen Bundesland mit seiner regionalen Vielfalt und wirtschaftlichen Unterschiedlichkeit unbedingt angebracht, mehr als nur zwei Standorte für Fachhochschulen einzurichten. Es liegt ja das konkrete Projekt der Fachhochschulbetreiber in Krems auf dem Tisch, die nunmehr bereits einen dritten Studiengang beim Fachhochschulrat eingereicht haben und dessen Chancen auf Realisierung ziemlich groß sind. Nach dem Tourismusbereich, der bereits bestens läuft, und dem im kommenden Jahr beginnenden Gesundheitsmanagement ist bereits ein Studiengang für International Business-Management von der Trägerorganisation, dem IMC Krems eingerichtet worden.

Starke Anstrengungen unternimmt man zur Zeit auch in der HTBLA Krems, einen oder mehrere Fachhochschulstudiengänge im Baubereich, und hier im besonderen Restaurierungstechnik und Baubiologie, aufzubauen, nach denen seitens der Wirtschaft starke Nachfrage herrscht. Sollte ein dritter Vollstandort nicht durchsetzbar sein, so gäbe es auch den Weg einer Kooperation im niederösterreichischen Zentralraum mit einer gemeinsamen Fachhochschule St. Pölten-Krems und dislozierten Studiengängen. Träger einer solchen zentralen Fachhochschule Niederösterreich mit Niederösterreich-Zentral könnte meiner Meinung nach sehr gut wiederum unsere Landesakademie unter der Beteiligung lokaler Trägergesellschaften sein, wie sie in Wr. Neustadt und Krems bereits existieren. Der gesetzliche Rahmen wäre, glaube ich, auch nach dem neuen LAK-Gesetz durchaus gegeben.

Hoher Landtag! Wenn ich vorhin Einsparungen im Wissenschaftsbereich deutlich kritisiert habe, so möchte ich auch nicht verhehlen, daß

die steigenden Ausgaben für die Donau-Universität ein Positivum darstellen. Vereinbarungsgemäß leistet das Land Niederösterreich 1996 einen Beitrag von 16 Millionen Schilling. Gegenüber dem Vorjahr ist das fast eine Verdoppelung. Ich hoffe, sehr geehrte Damen und Herren, daß diese Mittel, daß dieser Aufwand durch eine erfolgreiche Entwicklung der "DUK", wie sie bei uns kurz genannt wird, der Donau-Universität Krems gerechtfertigt wird. Erst kürzlich titelte die "Presse" in einem umfangreichen Bericht "Mit Aufbruchstimmung an der Donau-Uni neue Chancen in der Weiterbildung". Wir haben vor nicht allzu langer Zeit die große Eröffnungsfeier mitverfolgt. Und wenn die Entwicklung der Donau-Uni mit ähnlich großem Schwung vor sich geht, dann kann es ja nur gut sein, dann wird sie ihren Erwartungen sicherlich gerecht werden. Sie hat am 13. September offiziell ihren Betrieb aufgenommen, bewegt sich aber noch auf universitärem Neuland. In anderen Staaten schon längst selbstverständlich muß die österreichische "postgraduate-Bildung" erst Erfahrung sammeln. Diesbezüglich kann sie auf guten Vorleistungen der bisherigen Landesakademie aufbauen. Nicht immer habe ich allerdings das Gefühl - und ich bin vor Ort - daß dies mit dem entsprechenden Nachdruck und Willen geschieht.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Das amtierende Präsidium ist ja nach wie vor ein Rumpfpräsidium, nachdem der Kurzzeitpräsident Lehner nach wenigen Wochen das Weite gesucht hat. Die beiden Vizepräsidentinnen, das möchte ich klarstellen, arbeiten wirklich sehr engagiert. Aber dennoch wäre es der Sache dienlich gewesen, hätte man eine Nachbesetzung des verlorengegangenen Präsidenten durchgeführt, um einen kontinuierlichen Übergang von der LAK auf die Donau-Universität auch in personeller Hinsicht zu haben. Eine Entscheidung wäre der Sache förderlich, weil einerseits die beiden "Neulinge", wenn ich mir erlauben darf, sie so zu bezeichnen, mit großem Innovationsgeist aber verstärkt durch einen Routinier mit langjähriger Erfahrung und nicht zu unterschätzender Anerkennung von seiten der etablierten österreichischen Hochschulen, die Zielvorstellungen der DUK rascher erreichen hätten können.

(Abg. Gratzner: Wieso haben die keine Erfahrung? Das ist überraschend, daß die beiden keine Erfahrung haben!)

Die haben sicher keine Erfahrung auf dem universitären Sektor, wiewohl sie aus dem privaten Bereich mit sehr großen Erfahrungen kommen.

Sie kommen mit sehr viel Kreativität und Engagement, waren aber universitär nicht tätig.

Hoher Landtag! Das war der erste Bereich meiner Stellungnahme zu diesem Budgetkapitel. Nun muß ich einen sehr großen Sprung zu einem völlig anderen Bereich machen. Es wäre keine Bildungsdebatte, kämen nicht auch die Anliegen der landwirtschaftlichen Berufsausbildung zur Sprache. Als Vertreter der SPÖ im landwirtschaftlichen Schulbeirat habe ich mich in den ersten zweieinhalb Jahren dieser Legislaturperiode des Landtages, das können Sie mir glauben, mit dem landwirtschaftlichen Schulsystem sehr genau beschäftigt. Obwohl ich Lehrer bin, habe ich mit diesem Bereich früher wenig zu tun gehabt, umso mehr habe ich versucht, in die Geheimnisse dieses Schulbereiches einzudringen. Er ist in einer Umstrukturierung begriffen, weil die Notwendigkeit geänderter gesellschaftlicher Verhältnisse es erfordert. Rückgängige Schülerzahlen einerseits, neue Bildungserfordernisse andererseits machen ein Umdenken hier notwendig. Ich bestreite auch gar nicht, daß dieses Umdenken bei den Verantwortlichen insbesondere der zuständigen Abteilung, dem zuständigen Landesrat und der Beamtenschaft eingesetzt hat. Nachdem Kollege Friewald allerdings vorhin dieses Thema sehr direkt aufgegriffen hat, darf ich auch darauf eingehen. So kann es nicht gehen, daß man neben der Berücksichtigung menschlicher Aspekte, sprich der Schülerzahlen, materieller Aspekte, sprich notwendiger Einsparungsvorgaben und lokaler Aspekte, sprich Erhaltung von Standorten mit regionaler Funktion unter Umständen auch parteipolitische Aspekte zum Anlaß einer Reform nimmt. Und das muß ich ganz deutlich ankreiden, wenn ich auf die Vorgangsweise bei der landwirtschaftlichen Fachschule Gumpoldskirchen zu sprechen komme. Eine Schule, die für die Region ungemein wichtig ist. Wir haben sie vor zwei Wochen besucht und haben zum Beispiel festgestellt, daß das Weinlabor in der Saison an starken Tagen bis zu 400 Weinproben täglich übernimmt und zu analysieren hat. Daraus erkennt man schon die Wichtigkeit dieser Schule für die Weinbauregion. Seit Jahren allerdings gibt es ganz offensichtlich Bestrebungen seitens der Verantwortlichen, diese Schule zu demontieren. Rückläufige Schülerzahlen waren einmal die erste formale Begründung, Gumpoldskirchen in Frage zu stellen. So wie hier aber gearbeitet wird, läßt es eine gewisse Absicht nicht ausgeschlossen erscheinen, ich sage es ganz offen, ist doch der dortige Direktor der einzige, der nicht ins politische Farbenspektrum der Landwirtschaftsgewaltigen paßt. Dabei täte diesem Bereich wahrscheinlich auch ein bißchen

mehr Buntheit gut. So wie die Natur, von der wir ja dauernd reden, auch mehr Farben aufweist und einfach bunter ist. Der Natur schadet es auch nicht, wenn sie sich manchmal verfärbt.

Ich kann mich also des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade der Leiter der landwirtschaftlichen Fachschule Gumpoldskirchen ein Typ ist, den das landwirtschaftliche Schulwesen vielleicht häufiger bräuchte. Der Ihnen allerdings nicht ganz geheuer erscheint, weil er nämlich manchmal, das gebe ich zu, unkonventionell denkt und handelt, nicht nur in eingefahrenen Geleisen arbeitet. Weil er neue Ideen hat und vor allem den bislang sehr eng gezirkelten, ja oft mit Scheuklappen ausgestatteten Blickwinkel zu erweitern versucht. Der Herr Kollege Friewald hat ja dazu heute schon Stellung genommen. Also bitte, ich kann mich wirklich des Eindruckes nicht erwehren, daß da die Angst mitschwingt vor Leuten, die unabhängig werden, weil sie innovativ sind. Weil sie erfolgreich sind und weil sie vielleicht nicht auf gewisse Subventionen angewiesen sind und so nicht vollkommen abhängig gemacht werden können.

Ich darf zum Beispiel, weil das hier so ins Lächerliche gezogen wurde, diese Idee dieses Toskana-Modells, zu dem ich dann noch kommen werde, also Wein, Landschaft, Tourismus und Tier, also Pferd zu verbinden - und das wurde ins Lächerliche gezogen - sagen, daß es in der Wachau sogar heute schon Überlegungen gibt, im Rahmen des Tourismus die Faktoren Wein, Kultur und Sport in Form von Mountainbiking usw. zu verbinden. Wenn das mit dem Drahtesel möglich ist, warum soll dann nicht auch das Pferd in dem Sektor eine Zukunftsrolle spielen?

Es ist eine Tatsache für mich, daß auf die Demontage der landwirtschaftlichen Fachschule Gumpoldskirchen ganz offensichtlich gezielt hingearbeitet wird. Und das für mich mit unverständlichen und manchmal sogar unglaublichen Methoden. Ich darf Ihnen einige Beispiele dieser unglaublichen Methoden hier berichten. Einem Trend der Zeit nachkommend hat der Schulleiter mit Unterstützung der Elternschaft eine Marktlücke entdeckt, nämlich die touristische Pferdewirtschaft. In einem ganz speziellen Bereich hat er sie forciert, in einem Bereich, der an keinem anderen Standort existiert und daher auch keinen konkurrenziert. Er legt sein Gewicht auf das erwähnte Toskana-Modell. Es ist eine Art Symbiose von Landschaft, Wein und Tier, die hier wirklich Zukunft haben könnte im Tourismus, Hoher Landtag. Noch einmal: Die Idee kam von den Eltern, die Umgebung des Wienerwaldes, die

traditionelle Wander- und Kurzzeiterholungsregion vor den Toren der Großstadt Wien, und die bodenständige Weinkultur zu einer neuen touristischen Idee zu verbinden. (Abg. Ing. Gansch: *Wie hoch ist derzeit die Schülerzahl?*)

Ich komme schon dazu, Kollege Ing. Gansch. (Abg. Lembacher: *Also, wenn man sich für jede Schule so engagiert, kann man zufrieden sein!*)

Ja, den Zwischenruf habe ich gut gehört, Kollegin. Wir haben uns für andere Schulen, die Zukunftschancen haben, sehr wohl intensiv eingesetzt. Ich darf nur auf meine letzte Rede zur Fachschule Krems hinweisen.

Also, die Nähe zur Großstadt bringt nicht nur Gäste, sondern sie bringt auch Schüler. Und jetzt sind wir bei den Schülern. Seit dem Start dieses Ausbildungsbereiches hat die Schule nämlich keinen Schülermangel mehr. Und gerade das dürfte den Verantwortlichen ein Dorn im Auge sein. Stellen Sie sich vor, anstelle des gewollten Absterbens einer Schule erwacht sie zu neuer Blüte! Zu den Schülern, egal aus welcher Gesellschaftsgruppe sie kommen: Ihre Ausbildung soll gesichert sein! Es kann doch auch nicht so sein, daß nur Kinder von Ärzten wieder Ärzte werden dürfen oder daß nur Lehrerkinder wieder Lehrer werden dürfen. Und es kann nicht so sein, daß nur Bauernkinder wieder in landwirtschaftliche Fachschulen gehen dürfen. Wer Interesse hat, hat auch die Möglichkeit, eine landwirtschaftliche Fachschule zu besuchen. Und wenn es möglich ist, daß wir aus der Slowakei und aus Tschechien Schüler in die grenznahen Schulen holen, warum soll es nicht möglich sein, Wiener nach Niederösterreich zu holen? Die Berufschancen habe ich geschildert, sehr geehrte Damen und Herren. Die Berufschancen liegen in neuen touristischen Ideen. Und es ist durchaus auch so, daß zum Beispiel im Weinmanagement in Krems nicht nur Kinder aus Weinbaubetrieben sind, sondern Absolventen ganz anderer Schulen, die in diesem Bereich tätig werden wollen. Wer fragt denn, darf ich eine Gegenfrage stellen, wer fragt denn die Absolventen der Höheren Lehranstalt für Fremdenverkehrsberufe mit Matura, anschließend sogar Fachhochschule, Magistri FH, ob sie eine absolute Garantie haben, daß sie im touristischen Bereich adäquat eingesetzt werden können? Dennoch wird die Ausbildung angeboten und dennoch muß diese Chance geboten werden.

Es ist halt einfach so, daß man auch bürokratische Mittel einsetzt, fragwürdige bürokratische Mittel. Zum Beispiel vom Verbot des Pferdeankaufes angefangen über die plötzlich hochgespielte Frage der Flächenwidmung - übrigens, die

Gemeinde will eine passende Widmung, das Land muß sie nur durchführen und unterstützen - bis hin zur schikanösen Einschränkung des budgetären Spielraumes des Schulleiters spannt sich der Bogen der Behinderungen. Selbst vor Disziplinarverfahren wurde nicht zurückgeschreckt. Meines Wissens nach sind sie alle wie das Hornberger Schießen ausgegangen und haben mit der Rehabilitierung des Direktors in den Vorwurfspunkten geendet. Ja man schreckt auch - und das darf ich jetzt sagen, um zum Schluß zu kommen - vor haarsträubenden Unsinnigkeiten nicht zurück. Man bewilligt zum Beispiel die Einrichtung einer Lehrküche, um die Ausbildung im Buschenschankwesen möglich zu machen, verbietet aber gleichzeitig, daß Herde angekauft werden. Man wirft der Schule vor, auf zu großen Weinvorräten zu sitzen. Wir haben uns das angeschaut. Sie sind fachmännisch hervorragend dort gelagert, wunderbare Sorten. Wir haben teilweise auch gekostet, haben uns natürlich unter dem Aspekt, daß wir selber fahren müssen, sehr zurückgehalten, Kollege Ing. Gansch. Und ich sage das als Wachauer, daß in Gumpoldskirchen ein hervorragender Wein im Keller der Schule liegt. Man wirft also der Schule vor, auf zu großen Vorräten zu sitzen. Aber man erlaubt ihr keine Vermarktungsaktivitäten. So haben die Schüler zum Beispiel begonnen im Rahmen des lehrplanmäßigen Unterrichtes mit der Adaption des Kellers zu einem Degustationsraum und zu einer Vinothek. Was ist geschehen? Die Schulbehörde hat die halbfertigen Arbeiten einstellen lassen. Obwohl sie keine zusätzlichen Kosten verursachen. Und das hat gar nichts mit den Pferden zu tun! Pferde hin oder her, wer weiß kommen sie, wer weiß bleiben sie. Aber wenn ich eine Schule, eine Weinbauschule in der Region habe, die Buschenschankwesen, die den Weinbau, die die Degustation usw. lehren soll, dann brauche ich auch die entsprechenden Räumlichkeiten dazu. Ich glaube, wenn man diese Möglichkeiten behindert, dann zerstört man auch den letzten Funken von Einsatzfreude und von Engagement unserer jungen Menschen.

Abschließend: Diese Schule muß für die Region bestehen bleiben, sie ist die einzige in dem Bereich. Weinbauverein und Elternschaft sind eine Stütze der Schule und wollen sie. Und sie sehen ihre Hauptaufgabe in gediegener Ausbildung im Weinbau- und im Buschenschankwesen und im Marketing. Und wenn dazu neue touristische Aspekte kommen, dann kann das nur gut tun. 90 Schüler sind der Beweis, daß die Vorgangsweise an und für sich

richtig ist. Ich erlaube mir daher einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Sacher und Marchat zu Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996, Ltg. 399/V-3, betreffend landwirtschaftliche Fachschule Gumpoldskirchen.

Der Landtag und der Finanzkontrollausschuß haben sich wiederholt mit der Zukunft der landwirtschaftlichen Fachschule Gumpoldskirchen beschäftigt. Wenn auch der Landtag anlässlich der Voranschlagsberatungen für 1994 seinem Wunsch nach Überarbeitung des landwirtschaftlichen Schulkonzeptes Ausdruck verliehen hat, um eine größere Effizienz und Wirtschaftlichkeit dieser Schulen in bezug auf die Schülerzahlen zu erreichen, ist doch festzuhalten, daß neben dem Vorhandensein einer entsprechenden Schülerzahl auch regionale Gesichtspunkte beachtet werden müssen. Gerade aufgrund der Bedeutung der Weinbauregionen südlich der Donau erscheint ein Standort in diesem Bereich unerlässlich. Für diesen Standort sprechen nicht nur die speziellen klimatischen Bedingungen dieser Region und die damit verbundene Kultivierung spezieller Sorten im Obst- und Weinbau, sondern auch die besonderen Formen der direkten bäuerlichen Vermarktung der Produkte, wie sie sich im Buschenschankwesen darstellen.

Die Stärke des NÖ Fremdenverkehrs liegt vor allem im Ausflugstourismus und in Kurzaufenthalten. Für die Zielrichtung erscheint aber gerade das 'Land um Wien' besonders prädestiniert. Neben dem Buschenschank und der sonstigen Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte sollten weitere neue touristische Angebote eine wesentliche Bereicherung darstellen. Eine dieser Möglichkeiten besteht im Angebot des touristischen Reitens bzw. des 'Pferdewanderns'. Für in diese Richtung zielende Ausbildungsangebote besteht große Nachfrage, der die landwirtschaftliche Fachschule Gumpoldskirchen aufgrund ihres Standortes und ihrer Einrichtungen entsprechen könnte. Die mittlerweile wieder gestiegenen Schülerzahlen beweisen die Richtigkeit dieser Überlegungen. Diese Überlegungen stehen in keinerlei Konkurrenz zu anderen landwirtschaftlichen Fachschulen, da diese andere Zweige wie z.B. das sportliche Reiten, Turnier- und Springreiten etc. forcieren.

Die Landesregierung und insbesondere das für die landwirtschaftlichen Schulen zuständige Mitglied der Landesregierung, Herr Landesrat Blochberger, werden aufgefordert, im Rahmen der Erstellung eines landwirtschaftlichen Schulkonzeptes auf den Standort der landwirtschaftlichen Fachschule Gumpoldskirchen Bedacht zu nehmen, insbesondere durch Schaffung entsprechender Wahlpflichtfächer für die bäuerliche Direktvermarktung und allenfalls für die Pferdewirtschaft."

Damit möchte ich enden, sehr geehrte Damen und Herren, und abschließend noch sagen, wir stehen zur Reform des landwirtschaftlichen Schulsektors, wir wollen eine Erneuerung des gesamten Bildungsbereiches bis hin zur Wissenschaft, wie ich es vorhin ausgeführt habe. Wir werden diesem Teil des Budgets unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (*ÖVP*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf, bevor ich auf ein paar grundsätzliche Dinge des Bildungsbereiches eingehe, auf meine Vorredner eingehen und im speziellen auf den Kollegen Sacher, der unmittelbar vor mir gesprochen hat.

Ich finde es schon etwas merkwürdig, Herr Kollege Sacher, daß man plötzlich die Liebe zu den landwirtschaftlichen Fachschulen entdeckt. Wo war die Liebe, als in den letzten Monaten und Jahren 11 einschlägige Fachschulen in diesem Bereich eingestellt wurden? Daß man hier so vordergründige Argumentationen findet wie parteipolitische Motivation bezüglich des Leiters dieser Schule, das disqualifiziert jene, die das überhaupt in den Raum stellen. Das möchte ich vorweg einmal klar deponieren. Wenn es darum geht, eine Schule zu erhalten, dann darf ich gleich auf einen nächsten Punkt eingehen, den Sie hier angezogen haben, nämlich eine Quasi-Arbeitsgarantie. Ich gehe davon aus, und da hat gerade das Fachhochschulgesetz elementare zukunftsorientierte Grundlagen gebracht, daß man nämlich, bevor man hier einschneidende Schritte verlangt in Richtung einer zusätzlichen Fachhochschule und ähnliches mehr, eines Lehrganges, daß man feasibility-Studien erstellt, wie sinnvoll der Einsatz öffentlicher Mittel in neue Aktivitäten ist. Es ist locker und opportun, immer

wieder etwas Neues zu verlangen oder auf der anderen Seite auf Bestehendes sich zu kaprizieren. Wesentlicher wäre es, zu hinterfragen, ist das heute noch zeitgemäß, ist das marktgemäß? Sind wir da mit unserer Bildungspolitik am Markt, am Menschen oder nicht? Und ich glaube, da soll man nicht nur fordern um der Opportunität willen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Wenn auch hier bemängelt wurde, daß im Fachhochschulbereich heuer etwas weniger im Budget steht, dann darf ich als einer jener sagen, der - und darauf möchte ich heute noch zu sprechen kommen - gerade die zwei Fachhochschulstudiengänge in Wr. Neustadt sehr gut kennt, daß es nicht darum geht, nach immer mehr Mittel zu rufen. Gefragt ist Eigeninitiative! Gefragt ist, selber zu überlegen, wo gibt es Ressourcen in diesem Land, die man einfach zielorientiert einsetzt. Und gerade die Fachhochschullehrgänge sowohl in Krems als auch Wr. Neustadt zeigen, daß es durchaus Ressourcen in unserem Land gibt, die wir suchen und finden müssen und dann zielentsprechend einsetzen müssen.

Herr Kollege Dkfm. Rambossek! Eines tut mir schon weh: Wenn man eine Bilanz quasi über das Bildungswesen zieht und vieles bemängelt, dann verstehe ich nicht, warum die Abgänger, ob das die Lehrlinge sind, ob das die Abgänger der mittleren und höheren Schulen sind, ob das die Abgänger der Universitäten sind, die in unserem Land ihre Ausbildung genossen haben, internationale Anerkennung finden. Bei jedem Lehrlingswettbewerb schneiden unsere Lehrlinge hervorragend ab. Bei jedem internationalen Arbeitsmarktvergleich schneiden unsere Absolventen hervorragend ab. Dann muß doch auch unser Bildungssystem in Ordnung sein. Das heißt nicht, daß es nicht verbesserungswürdig ist. Das heißt nicht, daß man nicht dann und wann positive Änderungen herbeiführen sollte. Aber im Bausch und Bogen eine negative Bilanz zu ziehen, das halte ich nicht für in Ordnung und würde meinen, daß das auch der Sache nicht entspricht.

Darf ich aber, weil ich beim Kollegen Dkfm. Rambossek bin, gleich zum Resolutionsantrag Stellung nehmen, den Sie hier eingebracht haben. Na selbstverständlich! Ich glaube, es gibt keinen in diesem Saal, der nicht für ein Mehr an Leibesübungen in unseren Schulen eintritt. Na selbstverständlich! Nur, so kann man es doch nicht machen. Man kann doch nicht herausgehen und sagen, so wir stellen jetzt einen Antrag, die Stundenzahl für Leibesübungen soll erhöht wer-

den. Morgen kommt ein Mathematiker und sagt dasselbe, übermorgen der Physiker. So kann man nicht Bildungspolitik betreiben! Wir haben außerschulisch so viele Angebote, die Möglichkeiten bieten, daß wirklich auch Gesundheitspolitik nach den Ambitionen der jungen Menschen gemacht wird. Wenn wir die einmal ausnützen, ist unserer gesellschaftspolitischen Wertfolge entsprechend etwas gemacht worden. Schreien wir nicht immer nach mehr Stunden, nach mehr Aufwand, nach mehr Budget, weil das kostet ja alles was. Nützen wir das einmal effizient, was wir haben, um hier entsprechend positiv wirken zu können. In diesem Sinne sind wir zwar für eine stärkere Leibesübungsentwicklung bei unserer Jugend, ich glaube aber nicht, daß das in der Form möglich ist, wie es hier vorgeschlagen ist. Daher werden wir diesem Resolutionsantrag die Zustimmung versagen.

Der Herr Kollege Cerwenka hat in seinen Ausführungen über Bildungspolitik grundsätzliche Momente angeschnitten, wo wirklich einem das Herz lachen würde wenn man jetzt darauf eingeht, weil es quasi eine Reideologisierung ist, die hier gebracht wurde. Wenn ich von der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen rede, wenn ich vom freien Zugang zu den Bildungseinrichtungen rede, von der Ganztagschule und ähnlichem mehr. (*Abg. Dr. Bauer: Lehnen Sie das ab, den freien Zugang zu den Mittelschulen, lehnen Sie das ab?*)

Lieber Herr Kollege Klubobmann Dr. Bauer! Gerade bei den Fachhochschulen wäre es, was die Finanzierung der Fachhochschulen anlangt, durchaus eine Möglichkeit. Der freie Zugang war ja so gemeint, daß hier vom Kollegen Cerwenka die Studiengebühr in Abrede gestellt wurde, währenddessen wir der Ansicht sind, daß man mit einer sozialen Treffsicherheit und mit einem entsprechenden sozialen Begleitinstrument durchaus diese Studiengebühr wieder einführen könnte. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ja, schau, Gottseidank trennen uns verschiedene Dinge! Gottseidank gibt es diesen politischen Eintopf nicht, den viele gerne hergezaubert hätten. Wir sehen das in einer Richtung, daß es hier durchaus Sinn macht, eine Studiengebühr einzuführen, weil wir eben ein Land sind, in dem man die ältesten Studenten und die jüngsten Pensionisten findet. Und das werden wir uns auf Zeit nicht leisten können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber wir können gern einmal wirklich eine bildungspolitische Diskussion abführen. (*Abg. Dr. Bauer: Wollen Sie das auch für die normale Studiendauer?*)

Schütten wir doch nicht das Kind mit dem Bade aus! Ich bin vielmehr überzeugt, daß die Frage

der Studiengebühr eine Frage ist, die man intensiv nach allen Seiten überlegen muß und hier eine Lösung bringen muß, die auch sozial verträglich ist. (Abg. Dr. Bauer: *Es ist eine ganz simple Frage: Wollen Sie Studiengebühren auch für die normale Studiendauer?*)

Lieber Kollege Dr. Bauer! Wir können nachher über die Geschichte reden. Ich sage Dir eines: Ich habe Dir die grundsätzlichen Überlegungen genannt. (Abg. Sacher: *Der Studierende soll wieder Bittsteller sein bei Ihnen!*)

Herr Kollege Sacher! Machen Sie sich das nicht immer so billig! Ihre Argumente sind so billig. Zuerst haben Sie Argumente gebracht, weil das ein "roter" Direktor ist, wird die Schule eingestellt. Ich meine, Sie disqualifizieren sich selbst mit solchen Untergriffen. (Weiterhin *Unruhe im Hohen Hause.*)

Lassen Sie mich jetzt in aller Kürze doch zu jenem Punkt kommen, den ich bei der Bildungsdiskussion am heutigen Abend ansprechen wollte, in aller Kürze und Intensität. Es geht darum, daß wir im Vorjahr die Fachhochschulstudiengänge in Niederösterreich plaziert haben. Damit ist ein Jahr danach durchaus Zeit, Bilanz zu ziehen. Eine Bilanz, die zeigt, die wieder einen Beweis dafür gibt, wie recht unser Finanzreferent bei der Aussage hat, es geht um Niederösterreichs Zukunftschancen. Denn durch diese Präferenz im Bereich der Fachhochschulstudiengänge hat Niederösterreich gezeigt, daß es sehr wohl diese Zukunftschancen wahrnimmt. Wir haben drei Fachhochschulstudiengänge: Einen in Krems mit zirka 80 Studenten, zwei in Wr. Neustadt mit 363 Studenten - im Jahr 1994 haben wir 130 gehabt, im Jahr 1995 233. Wenn ich darauf eingehe - und das ist, glaube ich, die Frage, die uns gerade bei den Fachhochschulen interessiert - wie schaut es mit der Zugangsqualifikation aus, dann ist auch hier mit dem Fachhochschulgesetz auch in Niederösterreich in der Anwendung das gelungen, was man wollte. Nämlich auch den freien Zugang zu erreichen. Er ist zwar noch minimal, das ist logisch, von den Eingangsvoraussetzungen besteht hier sehr wohl eine Schwelle. Aber gehen wir davon aus, daß mit Lehrabschluß und mittlerer Reife, also berufsbildende mittlere Schulen, etwa im Bereich der Präzisions-, System- und Informationstechnik insgesamt 9 Prozent im Vorjahr und 8 Prozent im heurigen Jahr diesen Zugang geschafft haben. Das zeigt, daß diese Durchlässigkeit grundsätzlich einmal vorhanden ist. Man kann nicht erwarten, daß hier ein großer Prozentsatz das löst, diese Möglichkeit wahrnehmen kann und wird, aber sie ist wahrnehmbar. Das zeigt diese Statistik. (Abg. Dr. Bauer: *Das ist positiv, aber ursprünglich war das gar nicht so gewollt!*)

Herr Kollege Dr. Bauer, eines kann ich Dir sagen:

Bei der Entstehung der Fachhochschulgeschichte war ich von Anfang mit dabei, daher weiß ich, daß das immer beabsichtigt war, diese Durchlässigkeit. (Abg. Dr. Bauer: *Von Dir vielleicht, aber sicher nicht generell!*)

Daß es unterschiedliche Auffassungen da oder dort immer gibt, das ist legitim. Aber die wesentlichen Meinungsträger haben immer diese Durchlässigkeit gewährleistet. Was auch interessant ist für das Land Niederösterreich, und das zeigt auch die Attraktivität dieser Lehrgänge, wenn man sich die regionale Herkunft der Studenten vor Augen führt, aus dem Südteil Niederösterreichs stammen in beiden Jahrgängen über 66 Prozent. Das heißt, hier sind entsprechende Ressourcen da, hier ist man der Bildungsnachfrage einer Region nachgekommen. Und was uns stolz stimmen kann als Niederösterreicher ist die Tatsache, daß 13 % Wiener, 11 % Burgenländer und auch Steirer und Kärntner, in Summe 13 %, diese Fachhochschullehrgänge frequentieren. Das zeigt, daß sie angenommen wurden und zeigt eben auch die überregionalpolitische Bedeutung dieser Fachhochschullehrgänge.

Wenn nunmehr auch heute wieder der Ruf laut geworden ist, zusätzliche Studiengänge einzurichten, so muß man das grundsätzlich befürworten. Ich weise aber auch auf die feasibility-Studien hin, weil ich meine, daß es wieder um unsere finanziellen Mittel geht. Es kann nicht Prestigedenken Pate von Studiengängen sein. Und es ist sicherlich sinnvoll und notwendig, daß man hier so vorgeht, daß man zwei Zentralbereiche von Fachhochschulstandorten schafft: St. Pölten-Krems, Krems-St. Pölten, wie immer man hier diese Wertung vornimmt, und den Süden mit Wr. Neustadt. Und daß man hier dislozierte Lehrgänge andockt, weil es einfach von der Effizienz des Handlings damit auch von der Budgetfrage sicherlich sinnvoll ist, wenn man diesen Weg geht, der auch vom Fachhochschulrat hier entsprechend goutiert wird. Wie ich überhaupt glaube, daß dieses System der Finanzierung der Fachhochschulen, der Fachhochschullehrgänge wie es richtigerweise heißt, ein System der Zukunft sein sollte. Nämlich daß man Träger findet, die nicht nur im öffentlichen Haushalt budgetieren, sondern die auch im Bereich der Wirtschaft hier ihre Ansiedlung finden. Ich gehe also davon aus, daß in Wr. Neustadt allein die Wirtschaft 3,6 Millionen in Form von einer stillen Beteiligung an der Fachhochschul GesmbH lukriert hat. Das zeigt, daß hier durchaus Möglichkeiten vorhanden sind, hier Mittel, die normalerweise nicht in diesen Bereich einfließen, entsprechend für das Bildungswesen

zu lukrieren. Es wäre sicherlich reizvoll, noch näher auf die Details, der Fachhochschulstudiengänge einzugehen. Ich habe mir das auch vorbereitet, erspare es Ihnen aber in Anbetracht des Zeithorizontes.

Aber eines möchte ich zum Schluß schon sagen, daß es durchaus positiv ist, daß wir in Niederösterreich bereits an die 500 Studierende an den Fachhochschullehrgängen haben. Daß in Wr. Neustadt im Jänner der Weiterbau beginnen wird. Daß wir den Bau der Fachhochschule so durchführen, daß wir die restlichen zu erwartenden Studenten auch unterbringen, wieder mit einem Investitionsvorhaben in der Größenordnung von 55 Millionen Schilling. Das heißt, daß es wirklich Niederösterreich als erstes Bundesland schaffen wird, eine echte, dem Gesetz entsprechende Fachhochschule zu haben.

Den Stellenwert, und damit möchte ich schließen, den Stellenwert von Niederösterreich in der Fachhochschullandschaft Österreichs kann man auch daraus ersehen, daß sowohl der Studentenvertreter als auch jener der österreichweit organisierten Erhalter der Studiengänge, also dieser Vereine, von Wr. Neustadt gestellt wird. Das heißt, sowohl bei den Studenten haben wir in Österreich den Sprecher als auch mit dem Initiator der Fachhochschule in Wr. Neustadt, Mag. Jungwirth, den Sprecher der Lehrgänge ganz Österreichs. Das zeigt und legt die Schlußfolgerung nahe, Niederösterreich hat auch jene Persönlichkeiten, mit denen der Spruch- und der Leitgedanke des heurigen Budgets entsprechend dokumentiert wird, daß unser Land wirklich Zukunftschancen hat. Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Auer. Bevor ich ihr das Wort gebe, darf ich feststellen, daß ich nach der Wortmeldung der Frau Kollegin Auer die Beratungen unterbrechen werde. Bitte, Frau Kollegin.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als letzte Rednerin habe ich noch eine Viertelstunde Zeit, aber ich sage es gleich, ich sage trotzdem was ich sagen will und ich laß' mich nicht unter Druck setzen und von niemandem, egal ob ich um Punkt acht Uhr fertig bin oder nicht. Ich hoffe, nachdem ich nicht die Absicht habe, über Schule zu reden sondern wie jedes Jahr zum Kindergarten, daß vielleicht ein bißchen

mehr Übereinstimmung herrscht und weniger Unruhe den Saal heimsucht.

Bevor ich zum Inhalt komme, hätte ich gern ein paar Worte zum Dienstpostenplan gesagt, weil mir da einiges ein bißchen eigenartig vorkommt. Ich lese in der Landeskorespondenz am 28. November 1995 im Zusammenhang mit der Integration, daß es derzeit 998 Landeskindergärten gibt mit 1.897 Gruppen. Das steht in jeder Statistik und stimmt überein. Dann lese ich weiter: Diese Gruppen werden von etwa 2.600 Kindergärtnerinnen betreut. Es steht auch dabei, daß in dieser Summe die sich in Karenzurlaub befindenden Kindergärtnerinnen enthalten sind und auch die Springerinnen. Dann frage ich nach, weil mir das ein bißchen eigenartig vorkommt, daß im Dienstpostenplan steht, Kindergartendienst 2.105. Und ich denke mir, irgend etwas kann da nicht stimmen. Ich versuche, mir Zahlen zu holen. Und dann lese ich: Kindergärtnerinnen 2.436, davon zirka 355 in Karenz. Wenn ich die 355 abziehe, weil ich mir denke, die sind vielleicht woanders, dann stimmt es nicht: Dann habe ich nur 2.081. Da könnten die Springerinnen vielleicht nicht drinnen sein. Weil Springerinnen gibt es 168. Also sind die jetzt drinnen oder sind die nicht enthalten? Ziehe ich von der Summe nur die 168 ab, dann habe ich 2.268. Das heißt, irgend etwas kann nicht stimmen! Und das ist ein Punkt, von dem man sagen kann, das kann einem wurscht sein, Hauptsache wir haben die Kindergärtnerinnen. Mir zeigt der aber so deutlich, wie klar ersichtlich die Ziffern in unserem Budget sind, wie durchschaubar sie sind. Wie deutlich man erkennen kann, wie die Situation wirklich aussieht. Wie genau man erkennt, wie viele da ganztätig sind, wie viele da halbtätig sind. Ist das nicht möglich, in einem Bereich alle einfach aufzuschreiben, so viel Kindergärtnerinnen haben wir, so viel sind in Karenz, das sind die heilpädagogischen, das sind die Springerinnen ganztätig, das sind die Springerinnen halbtätig, und die Summe muß übereinstimmen? Das sollte man glauben. Soviel gleich als Einstieg zur Klarheit und Wahrheit, wie man das nachvollziehen kann. Weil ich mich wirklich bemüht habe, nachzufragen, mir die Zahlen geben habe lassen, ganz detailliert, also nicht irgendwo herausgesucht aus irgendwelchen Zetteln, sondern aus genauen Unterlagen. Und ich komm' trotzdem nicht hin.

Zum Inhalt jetzt genauer: Die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop hat vor ungefähr einem Jahr, im November 1994, bei einer Enquete über "Alleinerziehende - Situation- und Zukunftsperspektiven" in ihren Grußworten unter anderem folgendes gesagt: "Wir haben in

Niederösterreich fast 50.000 alleinerziehende Elternteile. In diesen Familien leben 65.000 Kinder." Und dann hat sie noch gesagt: "Diese Enquete soll ein Forum zum Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven zur Verbesserung der Lebenssituation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder sein." Stimmt ganz genau, auch die Ziffern - da sind wir uns einig - unterstreiche ich voll und ganz. In dieser Enquete gab es auch eine sehr gute Unterlage von der österreichischen Plattform für Alleinerziehende. Und auch da möchte ich nur ein paar Passagen kurz zitieren, weil sie nämlich genau die Situation, die wir tagtäglich draußen vorfinden, wiedergeben. Da steht drinnen: Von den Alleinerziehenden sind 75 % Frauen. 75,8 % der Mütter gehen einer Beschäftigung nach. Da steht drinnen, sie sind in der überwiegenden Zahl vollbeschäftigt, da sie mit einer Teilzeitbeschäftigung die Lebenshaltungskosten für sich und ihre Kinder gar nicht bestreiten können. 73 % der Alleinerziehenden machen die Erfahrung, daß ihre Arbeitgeber keine Rücksicht auf ihre speziellen Bedürfnisse nehmen. Häufig wird nicht akzeptiert, daß sie der Kinder wegen die Arbeit pünktlich beenden müssen. Jede sechste alleinerziehende Mutter leistet regelmäßig Überstunden. Dann steht noch drinnen: Besonders schwierig ist die Kinderbetreuung in den Ferien. Den fünf Wochen Urlaub stehen mehr als 12 Wochen Schulferien gegenüber. Und nur einen Satz vielleicht: "Bedeutungsvoll für Alleinerziehende sind vor allem flexible Öffnungszeiten der Kinderbetreuungsangebote und die Möglichkeit, während der Schulferien und über Mittag eine kontinuierliche Betreuung zur Verfügung zu haben." Das war vor einem Jahr. Dinge, die wir seit Jahren alle wissen, genau statistisch festgehalten, nicht zu widerlegen. Das sind Fakten.

Dazu kommt noch, daß 57,2 % der verheirateten Frauen, Mütter sage ich jetzt dazu, mit Kindern berufstätig sind. Dazu kommt, daß eine immer besser ausgebildete Jugend - Gottseidank, das haben wir ja gerade vom Vorredner gehört - ihr Wissen und Können auch einsetzen will, ohne auf eine Familiengründung und auf Kinder verzichten zu müssen, was ich sehr positiv finde. All das aber sind die Gründe, unsere Situation am Kindergartensektor endlich einmal an die gesellschaftliche Realität anzupassen! An die Realität anzupassen heißt aber erstens, eine vernünftige Ferienregelung. Wir haben es gerade gehört, fünf Wochen Urlaub zu 12 Wochen Ferien. Das bedeutet, daß es für alle Alleinerzieher zu einer immensen Belastung wird. Das heißt, Regelungen darüber hinaus noch suchen zu müssen. Aber nicht nur für Alleinerziehende, sondern für Eltern,

wo beide Elternteile berufstätig sind. Jetzt kann man sagen, sie teilen es sich ein. Nicht alle haben Großeltern. Es gibt sicher andere Eltern, es gibt Nachbarn, es gibt Tagesmütter, man kann alles machen. Aber das sind genau die Situationen, von denen ich dann sagen möchte, daß das Kind herumgeschoben wird: 14 Tage bei den Großeltern, 3 Wochen oder eine Woche zwischendurch bei der Tagesmutter, dann geschwind zwischendurch drei Tage einmal bei der Nachbarin. Von einer kontinuierlichen Betreuung durch eine Bezugsperson ist überhaupt keine Rede mehr.

Das heißt, hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir uns etwas einfallen lassen. Und man kann nicht immer nur sagen, "wir müssen", sondern man soll nach Möglichkeit mit konkreten Vorschlägen arbeiten. Ich könnte mir vorstellen oder meine Fraktion könnte sich vorstellen, bei mehrgruppigen Kindergärten, also immer, wenn mehr als eine Kindergartengruppe in einer Gemeinde ist, kann es kein Problem sein. Ohne daß der Urlaubsanspruch der Kindergärtnerinnen auch nur um einen Tag geschmälert wird, möchte ich gleich dazu sagen. Also es braucht niemand glauben, es ginge auf Kosten der Kindergärtnerin. Doch wo steht denn geschrieben, daß alle zur selben Zeit zusperren müssen? Ab Anfang Juli kann man ohne weiteres eine Staffelung vornehmen. Die einen fangen 14 Tage oder drei Wochen früher an und eine Überlappung kann bei mehreren, von zwei Gruppen angefangen überhaupt kein Problem sein. Das böte nicht nur den Eltern Sicherheit. *(Zwischenruf: Da wechseln aber genauso die Bezugspersonen!)*

Ja, aber nur einmal und nicht dreimal, viermal oder fünfmal, womöglich am selben Tag. Noch dazu, wenn bei mehrgruppigen Kindergärten ohne weiters die Kinder die Tante oder die Kindergärtnerin der anderen Gruppe bereits kennen und auch die Helferinnen. Da sehe ich kein Problem, das ist überhaupt keines. Und ich kann Ihnen sagen, in meiner Gemeinde gibt es das. Wir haben fünf Kindergartengruppen. Keine einzige Woche gibt es in den Ferien, in der alle fünf Gruppen gesperrt haben. Auch zum Nulltarif, ohne Mehrkosten. Das heißt, wir haben es. Alles, was ich da sage, ist nicht einfach von mir erfunden, sondern durch Jahre hindurch in der Praxis erprobt, möchte ich sagen. Das heißt, das ist nicht etwas, was ich mir einfach da zusammengeschrieben habe, sondern das ist tatsächlich machbar.

Und noch etwas: In jenen Gemeinden, die tatsächlich nur über eine Gruppe verfügen, könnte man sagen, man sperrt nur drei Wochen zu. Es

sind nur wenige Gemeinden, die nur über eine Gruppe verfügen, aber es gibt sie. Dort sperren wir drei Wochen zu, das ist möglich. Dann können nämlich die Eltern, Vater und Mutter, mit den Kindern gemeinsam auf Urlaub fahren, und sie bräuchten nicht abwechselnd zu fahren, weil sie es sich einteilen müssen. Das verstehe ich unter familienfreundlich: Daß die Familie gemeinsam in den Urlaub fahren kann.

Und die restliche Zeit kann ich mit Kindergartenschülerinnen aus dem letzten Jahrgang abdecken. Die können ja Praxis dort machen. Jetzt sind sie ein Jahr länger in der Ausbildung, auch vom Alter her würde es passen. Man könnte auch diese Lücke schließen. Ein Praktikum für die einen, eine Hilfe für die Familien und eine Qualitätsverbesserung für die Kinder. Und das, glaube ich, wäre zum Beispiel eine Hilfestellung, um jene Probleme wegzubekommen, die ich am Anfang erzählt habe. Es könnten jene, die ohnehin wenig Einkommen haben, wenn beide arbeiten gehen müssen oder nur einer vielleicht sogar, nicht in der Hauptsaison, sondern in der Vor- oder Nachsaison auf Urlaub fahren. Und das täte ihnen auch ganz gut, wenn sie ein bißchen billiger den Urlaub genießen könnten und die Wochen, die sie vielleicht wegfahren, preisgünstiger finanzieren könnten. Wenn das Kind dann in die Schule geht, ist das ohnehin nicht mehr möglich. Das heißt, es wäre eine Möglichkeit, hier wirklich anzusetzen.

Der zweite Punkt betrifft die Öffnungszeiten. Auch darüber habe ich am Anfang gesagt, das sind die Kriterien, wo wir immer wieder anecken. Für mich ist das ein noch immer nicht geregelter Problempunkt. Auch hier möchte ich etwas zitieren, weil so wie es da steht, unterschreibe ich es voll und ganz. Nur entspricht es nicht der Realität. Das heißt, praktiziert wird es schon so.

Wir haben vor einem Jahr, in der Budgetdebatte 1994, also für das Budget 1995, einen Resolutionsantrag betreffend Personalreserve bei Kindergärtnerinnen eingebracht. Mit 13. Juli 1995 datiert kam eine Stellungnahme dazu von Landeshauptmann Dr. Pröll. Es steht drinnen und so wie es da steht, stimmt es, das sage ich gleich, weil ich weiß es aus der Praxis: Während vormittags eine hohe Auslastung besteht, sinken die Besuchszahlen am Nachmittag stark ab. Gegenüber dem Vormittag beträgt der Besuch am Nachmittag durchschnittlich (im Landesdurchschnitt) lediglich 32 Prozent, in 16 Bezirken noch wesentlich weniger. Ich fahre kreuz und quer durchs Land und der Bereich interessiert mich sehr. Und ich erlebe Diskussionen, nicht parteipolitisch, auch Einsatzleiterinnen vom Hilfswerk sind dabei, Beschäftigte

der BHs. Ich diskutiere mit den Tagesmüttern, mit Personen, die die Genehmigung erteilen, mit betroffenen Eltern und Bürgermeistern. Ich höre immer wieder, daß mir ein Bürgermeister sagt, das zahlt sich nicht aus, weil Nachmittag habe ich vier Kinder in der Gruppe. Daraufhin frage ich, wie lange ist der Nachmittagskindergarten geöffnet? Und erhalte zur Antwort, bis 15.00 Uhr. Das ist lachhaft. Da kann er nicht mehr Kinder haben! Weil all jene, die tatsächlich eine vernünftige Betreuung brauchen, das Kind von den Öffnungszeiten her nicht in den Kindergarten geben können. Die müssen sich eine andere Regelung suchen, einen Privatkindergarten etwa, egal, wie immer, eine Nachbarin. Und man zahlt 50,- Schilling pro Stunde oder mehr. Das ist die Realität. Und jetzt sage ich Euch etwas: Nicht im Süden, im Bezirk Lilienfeld sind sie aufgestanden. Und noch einmal, genau dort war es auch dieser Personenkreis, der gekommen ist und hat gesagt, sollen wir nicht gleich Unterschriften sammeln gehen, damit hier eine vernünftige Regelung endlich einmal zum Tragen kommt? Und das verstehe ich unter Realität. Ich kann nicht die Leute fragen oder die sehen, die es sich geregelt haben, die mit diesen Öffnungszeiten einverstanden sind, sondern ich muß mit jenen reden, die ihr Kind in ein, zwei Jahren in den Kindergarten geben wollen, weil sie eine Betreuung brauchen. Nicht nur für den halben Tag, weil sie zu Hause sind, sondern weil sie tatsächlich in der Situation mit dem Kindergarten keine Hilfestellung bekommen, sondern darüber hinaus eine andere Regelung finden müssen.

Und ich glaube, auch da kann man eine ganz konkrete Lösung anbieten, das habe ich auch in der Praxis schon ausprobiert, auch seit einigen Jahren. Man kann Ganzzzeitgruppen führen und man kann Teilzeitgruppen führen. Weil genauso wie es Teilzeitbeschäftigte gibt, genügt oft eine Teilzeitgruppe. Und so wie ich Ganztagsbeschäftigte habe, kann ich Ganztagsgruppen führen. Und aus der Praxis weiß ich, wenn im Frühjahr Eltern kommen und ihr Kind für den Kindergarten anmelden, dann wissen neun von zehn Eltern, ob sie mit einer Teilzeitgruppe das Auslangen finden oder nicht. Das heißt, ich weiß, am Kindergartenbeginn brauche ich zwei oder drei Teilzeitgruppen, brauche ich eine oder zwei Vollzeitgruppen. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: 90 Prozent sagen Vollzeit und nur 10 Prozent Teilzeit, wenn bis 17 Uhr geöffnet ist.)*

Bitte! Die Bestätigung von Präsident Eichinger. In meiner Gruppe habe ich zwar die Öffnungszeiten bis 18.00 Uhr, wegen der Handelsangestellten, von halb sieben Uhr früh bis halb sieben Uhr

abends. Und ich sage dazu, nicht alle Kinder sind von in der Früh bis am Abend im Kindergarten. *(Abg. Präs. Eichinger: Ja, aber 90 Prozent verlangen das und nur 10 Prozent nehmen das tatsächlich in Anspruch!)*

Bei uns nicht. Bitte zu kommen und sich das anzuschauen. Wir sind voll ausgelastet. Zum Nulltarif, ich sage es noch einmal, zum Nulltarif; ohne Mehrkosten für das Land. Man glaubt ja gar nicht, wie viele Kindergärtnerinnen ja selbst auch frustriert sind, wenn mittags die meisten nach Hause gehen. Sie sitzt mit drei "Patscherln" da und in Wirklichkeit will sie selber schon nach Hause gehen, weil sie vielleicht schulpflichtige Kinder hat. Es gibt genug Kindergärtnerinnen, die gern eine Teilzeitbeschäftigung in Anspruch nehmen würden. Weil es ihnen entgegenkommen würde. Und das könnte man ganz einfach regeln. Hier könnte man wirklich den Wiedereinstieg für Kindergärtnerinnen viel besser ermöglichen. Das wäre auch preisgünstig fürs Land, weil es nicht ganztägig Beschäftigte hat bis 15.00 Uhr, obwohl am Nachmittag nur drei bis vier Kinder betreut werden. Wißt Ihr, warum das bei uns geht? Weil wir keinen Landeskindergarten haben, sondern einen privaten Pfarrkindergarten. Und da läßt sich das machen. Ich finde es nämlich nicht so lustig, das muß ich auch dazu sagen.

Der dritte Punkt ist, daß eine Helferin pro Gruppe obligat sein sollte. Jetzt gibt es sie in jenen Gruppen, deren Gemeinden sich geschwind angemeldet haben. Die über die Versuche sich das geholt haben. Und alle anderen bleiben auf der Strecke. Warum nehmen denn so viele die Kindergartenversuche in Anspruch? Weil einfach der Bedarf gegeben ist! Weil es auch wieder eine Qualitätsverbesserung für die Kinder im Kindergarten wäre. Oder wenn ich die Kinderzahl hernehme. Wir haben derzeit 28 bis 30, die Teilungszahl ist praktisch 42. Weil 14 brauche ich wieder um, 28 plus 14, um eine neue Gruppe eröffnen zu können. Warum kann ich nicht die Teilungszahl der Schulen verwenden? Alles was unter 15 fällt, das heißt bei 31 habe ich die Möglichkeit zu teilen. Damit hätte ich nämlich gleichzeitig auch den ersten Schritt gesetzt, um die Anzahl in den Gruppen zu senken. Weil wenn ich eine zusätzliche Gruppe schon früher brauche, das teilt sich auf. Ich hätte mit einem Schritt sofort eine Reduzierung in der Gruppengröße erreicht.

Jetzt möchte ich den Herrn Finanzreferenten Mag. Freibauer zitieren. Er hat heute am Vormittag in seiner Einbegleitungsrede - auf Seite 14 steht es - zum Kindergarten gesagt: "Wo in den

Kindergärten durch wesentlich längere Öffnungszeiten die reine Betreuung stark ausgeweitet wird, wäre sicher ein sozial gestaffelter Beitrag der Eltern angebracht." Ich muß ehrlich sagen, die Formulierung tut mir direkt weh. Jeder weiß, nur der eine gibt es zu und der andere gibt es nicht zu, das ist der Unterschied, aber es weiß jeder heutzutage schon, daß Erziehungs- und Betreuungszeiten pädagogisch und entwicklungspsychologisch nicht zu trennen sind. Kinder lernen in dieser Altersgruppe ganzheitlich gesehen vor allem durch die Wahrnehmung beim Betreuungspersonal. Notwendig - und das weiß jeder heutzutage - ist ein fließender Übergang zwischen pädagogischer Betreuung, gleitender Spielzeit, freier Spielzeit und den Ruhepausen. In der Altersstufe bis sechs Jahre gilt das nicht so wie in der Schule, daß man sagt, Vormittag - Erziehung, Nachmittag - Betreuung. Das wäre das Schlechteste für die Entwicklung der Kinder, das man sich überhaupt nur vorstellen kann. Und jeder, der etwas anderes sagt, redet wider besseren Wissens. Das alles, was ich jetzt so aufgezählt habe, wäre in Wirklichkeit eine echte Hilfestellung für die Eltern. Und vor allem, und das ist ganz wesentlich, eine Qualitätsverbesserung, die unseren Kindern in erster Linie zugute kommen würde.

Schließen möchte ich wieder mit den Worten von Landesrat Freibauer. Er hat heute Vormittag, allerdings im Zusammenhang mit der Gesundheit, zwei Passagen gesagt, die man voll und ganz unterschreiben kann. Die ich nur auf die Kinderbetreuung ummünzen möchte. So sagt er: Das könnte eine gerechte und tragfähige Neuregelung sein. Und ich könnte mir vorstellen, daß diese Vorschläge - und da gäbe es noch viel mehr in der Richtung - wirklich eine gute, gerechte und tragfähige Neuregelung werden. Und er sagt dann: "Unbestritten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, daß wir auch und gerade" - und er sagt, im Gesundheitswesen und ich sage, in der Kinderbetreuung - "neue Wege gehen müssen und auch nicht davor zurückschrecken dürfen, Tabus anzutasten." Vieles von dem, worauf Sie beharren, sind längst überholte Tabus, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich unterbreche die Beratungen über den Voranschlag des Landes, Gruppe 2. Die Verhandlungen werden morgen um 9.00 Uhr Vormittag fortgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 20.05 Uhr.)*